Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

92. Sitzung

Hannover, den 13. Dezember 2001

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 19:	Tagesordnungspunkt 23:
Dringliche Anfragen8973	Zweite Beratung:
	a) Vom Landwirt zum Energiewirt - mehr Ar-
Einnahmen aus Steuern und Abgaben und deren	beitsplätze im ländlichen Raum durch Förde-
Verteilung zwischen Land und Kommunen -	rung erneuerbarer Energie - Antrag der Fraktion
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs.	der CDU - Drs. 14/1485 - b) Biogas-Offensive in
14/29698973	Niedersachsen für Arbeitsplätze im ländlichen
Golibrzuch (GRÜNE)8973, 8978, 8985	Raum entfachen! - Antrag der Fraktion Bünd-
Aller, Finanzminister 8974, 8978 bis 8987	nis 90/Die Grünen - Drs. 14/1577 - Beschluss-
Klein (GRÜNE)8978, 8981	empfehlung des Ausschusses für Ernährung, Land-
Wenzel (GRÜNE)8979, 8983	wirtschaft und Forsten - Drs. 14/29079022
Möllring (CDU)8979	Wojahn (CDU), Berichterstatter9022
Schröder (GRÜNE)8980, 8982	Klein (GRÜNE)9023, 9024
Coenen (CDU)8981	Wojahn (CDU)9024, 9025
Hagenah (GRÜNE)8981, 8984	Schack (SPD)9026
Frau Steiner (GRÜNE)8982	Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft
Wiesensee (CDU)8984, 8984	und Forsten9027
Möhrmann (SPD)8986	Beschluss9027
Frau Pothmer (GRÜNE)8986	(Erste Beratung zu a: 47. Sitzung am 30.03.2000; zu b: 49. Sitzung am 10.05.2000)
Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2002/2003	Tagesordnungspunkt 26:
- Debatte über ausgewählte Haushaltsschwer-	ragesoranangspunkt 20.
punkte (einschl. einzubringender Änderungsan-	Zweite Beratung:
träge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressort-	Verschärfung des Ausländerrechts - Konsequente
minister (Kultus, Wissenschaft und Kultur)8988	Ausweisung extremistischer Ausländer - Antrag
Busemann (CDU)8988, 8993, 8993	der Fraktion der CDU - Drs. 14/2766 - Beschluss-
Frau Litfin (GRÜNE)8996	empfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung
Frau Seeler (SPD)8999, 9000	- Drs. 14/2927
Klare (CDU)9002, 9006, 9010	Harden (SPD), Berichterstatter 9028
Wulf (Oldenburg) (SPD)9004, 9006, 9007	Biallas (CDU)9030
Jürgens-Pieper, Kultusministerin9007, 9011	Lanclée (SPD)
Frau Mundlos (CDU)9011, 9020	Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE) 9031, 903
Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kul-	Beschluss
tur	(Erste Beratung: 85. Sitzung am 24.10.2001)
Golibrzuch (GRÜNE)9016	(=====================================

Möllring (CDU)......9021

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2002/2003
Debatte über ausgewählte Haushaltsschwer-
punkte (einschl. einzubringender Änderungsan-
träge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressort-
minister (Innenpolitik, Städtebau, Justiz, Soziales
und Frauen, Jugend und Sport, Wirtschaft und
Verkehr, Bundes- und Europaangelegenheiten,
Landwirtschaft, Umwelt)9034
Schünemann (CDU)9036
Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE) 9037, 9048
Adam (SPD)9039
Biallas (CDU)9040
Collmann (SPD)9042
Bartling, Innenminister
Dr. Stratmann (CDU)9045
McAllister (CDU)
Jahn (CDU)9047
Hagenah (GRÜNE)9048
Frau Leuschner (SPD)9051
Decker (CDU)9051
Harden (SPD)9053
Stratmann (CDU)9054, 9057
Frau Bockmann (SPD)9055 bis 9057
Dr. Pfeiffer, Justizminister
Frau Pawelski (CDU)9060
Frau Pothmer (GRÜNE)9063, 9075
Mühe (SPD)9065
Frau Schliepack (CDU)9067
Schwarz (SPD)
Frau Hemme (SPD)9073
Frau Vockert (CDU)
Viereck (SPD)9079
Frau Janssen-Kucz (GRÜNE) 9081
Dr. Trauernicht, Ministerin für Frauen, Arbeit
und Soziales
Dinkla (CDU)9086, 9089
Frau Steiner (GRÜNE) 9089, 9114
Schurreit (SPD)9091, 9092
Eppers (CDU)9093
Wenzel (GRÜNE) 9095, 9098
Dr. Knorre, Ministerin für Wirtschaft, Techno-
logie und Verkehr9095, 9096
Rabe (SPD)9097
Kethorn (CDU)9099, 9101
Senff, Minister für Bundes- und Europaangele-
genheiten
Biestmann (CDU)
Klein (GRÜNE)9107
Brauns (SPD)9108
Ehlen (CDU)
Groth (SPD)9111
Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten9111
Frau Zachow (CDU)9112
Inselmann (SPD)9116
Schwarzenholz (fraktionslos)
Tittner Umweltminister 9119

Zur Geschäftsordnung:
Plaue (SPD)
Schünemann (CDU)
Frau Pothmer (GRÜNE)
Tagesordnungspunkt 20:
Zweite Beratung:
Mit Glaubwürdigkeit gegen Politikverdrossen-
heit: Zusagen an Butjadingen endlich einlösen -
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs.
14/527 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für
Häfen und Schifffahrt - Drs. 14/2902
Klein (GRÜNE), Berichterstatter
Klein (GRÜNE) 153
Buß (SPD)9123, 9124
Wiesensee (CDU)
Dr. Knorre , Ministerin für Wirtschaft, Technolo-
gie und Verkehr
Beschluss
(Erste Beratung: 21. Sitzung am 17.02.1999)
Nächste Sitzung

Vom Präsidium:

Präsident Wernstedt (SPD) Vizepräsident Gansäuer (CDU) Vizepräsidentin Goede (SPD) Vizepräsident Jahn (CDU) Litfin (GRÜNE) Vizepräsidentin Schriftführer Biel (SPD) Eckel (SPD) Schriftführerin Schriftführerin Groneberg (SPD) Schriftführerin Hansen (CDU) Schriftführer Lanclée (SPD) Schriftführerin Saalmann (SPD) Schriftführerin Schliepack (CDU) Schriftführer Schlüterbusch (SPD) Schriftführer Sehrt (CDU) Schriftführerin Vogelsang (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Staatssekretär Schneider,

G a b r i e l (SPD) Staatskanzlei

Innenminister Staatssekretär Lichtenberg, Bartling (SPD) Niedersächsisches Innenministerium

Finanzminister Staatssekretär Dr. Le mme, Aller (SPD) Niedersächsisches Finanzministerium

Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales Staatssekretär Witte,

Dr. Trauernicht (SPD) Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und

Soziales

Kultusministerin Staatssekretär Dr. Wewer, Jürgens - Pieper (SPD) Niedersächsisches Kultusministerium

Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Dr. Knorre
Staatssekretärin Dr. Grote,
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft,

Technologie und Verkehr

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Staatssekretär Schulz,

Forsten Niedersächsisches Ministerium für Ernährung,

B a r t e l s (SPD) Landwirtschaft und Forsten

Justizminister Staatssekretär Dr. Litten,
Dr. Pfeiffer (SPD) Niedersächsisches Justizministerium

Minister für Wissenschaft und Kultur Staatssekretär Dr. Reinhardt,

Oppermann (SPD) Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft

und Kultur

Umweltminister Staatssekretärin Witte,

Jüttner (SPD) Niedersächsisches Umweltministerium

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten

Senff

Beginn: 9.01 Uhr.

Präsident Wernstedt:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 92. Sitzung im 36. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 14. Wahlperiode.

Die Beschlussfähigkeit stelle ich zu gegebener Zeit fest.

Geburtstag hat heute Frau Abgeordnete Bührmann. Das Geburtsdatum entnehmen Sie bitte dem Abgeordnetenhandbuch.

Zur Tagesordnung: Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 19, Dringliche Anfragen. Anschließend wird die Beratung mit dem zweiten Block der Haushaltsberatung fortgesetzt. Danach behandeln wir die Tagesordnungspunkte in der Reihenfolge der Tagesordnung.

Die heutige Sitzung soll gegen 20.45 Uhr enden.

Ich weise an dieser Stelle noch einmal darauf hin, dass wegen der voraussichtlich langen Sitzungsdauer der für heute Abend vorgesehene Parlamentarische Abend der Parlamentariergruppe Bahn Niedersachsen abgesagt wurde.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst - bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr - wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin.

Schriftführerin Vogelsang:

Es haben sich entschuldigt der Kollege Wolfkühler von der Fraktion der SPD und Frau Philipps von der Fraktion der CDU.

Präsident Wernstedt:

Meine Damen und Herren! Wir kommen damit zu

Tagesordnungspunkt 19:

Dringliche Anfragen

Es liegt eine Dringliche Anfrage vor: Einnahmen aus Steuern und Abgaben und deren Verteilung zwischen Land und Kommunen - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/2969.

Zum Prozedere: Jeder Abgeordnete kann bis zu zwei Zusatzfragen stellen; das ist Ihnen bekannt. Die Zusatzfragen müssen knapp und sachlich sein. Vor allem dürfen sie nicht verlesen werden.

Wir kommen damit zu

Einnahmen aus Steuern und Abgaben und deren Verteilung zwischen Land und Kommunen - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/2969

Dazu erteile ich dem Kollegen Golibrzuch das Wort.

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den Ergebnissen der amtlichen Steuerschätzung von November sind trotz des vergleichsweise stabilen Konsums die Umsatzsteuereinnahmen eingebrochen. Noch im Mai hatten die Schätzer mit einem Zuwachs von 2,4 % in diesem und 3 % im nächsten Jahr gerechnet. Jetzt erwarten sie für 2001 ein Minus von 1 % und für 2002 ein Plus von nur noch 2,7 %. In absoluten Zahlen ausgedrückt fehlen den öffentlichen Haushalten allein aus dieser Steuerart knapp 10 Milliarden Euro.

Einen regelrechten Einbruch weist die Steuerschätzung für die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen aus. Fast 10 % weniger Einnahmen bedeuten für die Kommunen ein Minus von rd. 2,2 Milliarden Euro im laufenden Jahr. Insbesondere Großstädte beklagen einen dramatischen Abbruch der Gewerbesteuerzahlungen. Weil man den Kommunen im Rahmen der Steuerreform höhere Einnahmen prognostiziert hatte, wurde jedoch die Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder deutlich erhöht. Angesichts der tatsächlichen Einnahmeentwicklung hat Bayern den Vorstoß unternommen, diese Erhöhung rückgängig zu machen, scheiterte damit aber in der vergangenen Woche bereits im Finanzausschuss des Bundesrates - auch an der Stimme Niedersachsens.

Obwohl sich die niedersächsischen Kommunen aus den genannten Gründen in einer überaus schwierigen Einnahmesituation befinden, hat die SPD-Landesregierung angekündigt, sie zusätzlich noch an der Finanzierung der Nettolasten beteiligen zu wollen, die für das Land aus dem Urteil des Bun-

desverwaltungsgerichts zur Förderabgabe resultieren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

- 1. Welche Erklärung hat sie dafür, dass trotz vergleichsweise stabilen Konsums die Einnahmen aus der Umsatzsteuer weit unterhalb der ursprünglichen Schätzungen liegen?
- 2. Wie begründet sie ihr Abstimmungsverhalten im Finanzausschuss des Bundesrates zu der beantragten Absenkung der Gewerbesteuerumlage?
- 3. Wie begründet sie ihre Absicht, die niedersächsischen Kommunen im Rahmen der Steuerverbundquote an der Nettobelastung des Landes aus dem BEB-Urteil zu beteiligen, nachdem es eine vergleichbare Beteiligung der Kommunen an den Nettoeinnahmen des Landes aus der Förderabgabe erst seit Mitte der 90er-Jahre gibt, für den strittigen Zeitraum der Rückzahlung aber nie gegeben hat?

Präsident Wernstedt:

Die Antwort erteilt Finanzminister Aller.

Aller, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Dringliche Anfrage spricht ein Thema an, das in diesen Wochen und Monaten von besonders großer Bedeutung gewesen ist. Ich darf darauf hinweisen, dass die Konzentration auf die finanziell schwierige Situation der Kommunen im Vorspann die etwas angespannte Haushaltslage sowohl bei den Kommunen als auch bei Bund und Ländern, also auf allen drei Ebenen der Gebietskörperschaften, etwas ausblendet.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf einen sehr ausführlichen Artikel in der heutigen Ausgabe des *Handelsblatt* über die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses aus dieser Woche verweisen. In diesem Artikel sind, ohne auf die Frage einzugehen, gleichwohl einige Aspekte im Zusammenhang mit der Steuerreform, Steuerentlastungen und die Auswirkungen auf die Kommunen und insbesondere auch auf den Mittelstand angesprochen worden.

Die Anfrage selbst ist in ihrer Komplexität dazu angetan, etwas ausführlicher beantwortet zu werden. Ich bitte um Verständnis dafür, wenn ich dies auch tue.

Die Landesregierung betrachtet auch mit Sorge die Entwicklung der Steuereinnahmen bei den niedersächsischen Kommunen wie im Übrigen - wie ich bereits ausgeführt habe - auch bei allen anderen Gebietskörperschaften. Trotz der in nicht vermutetem Ausmaß wegbrechenden Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte vertritt sie nach wie vor die Auffassung, dass die Zustimmung zu den außerordentlich ausfallwirksamen Steuerentlastungsund Steuersenkungsgesetzen des Bundes geboten war, um dringend erforderliche Entlastungen für die deutsche Wirtschaft umzusetzen und damit den Standort Deutschland nicht nur zu sichern, sondern auch attraktiver zu machen.

Ich darf darauf hinweisen, dass die fragestellende Fraktion die Steuerentlastungsgesetze im Bund ebenso wie die Fraktionen der Grünen in den Ländern, in denen die Grünen in der Regierungsverantwortung vertreten sind, mitgetragen hat und damit einen Teil dessen, was in den Fragen abgeleitet worden ist, natürlich ursächlich mitverantwortet hat. Ich meine trotzdem, dass das, was dort gemacht worden ist, nicht falsch war, weil die Steuerreform in ihrer Zielsetzung eindeutig einen vernünftigen Hintergrund hatte, nämlich den Standort Deutschland insbesondere für international operierende Konzerne attraktiv zu machen, den Mittelstand massiv zu fördern und die privaten Haushalte letztlich wieder in den Stand zu versetzen, die Binnennachfrage zu stärken.

(Möllring [CDU]: Das ist aber gründlich schiefgegangen!)

Das Stichwort "Geld in die Kassen der Unternehmen und in die Portemonnaies der Familien" ist nachweislich richtig gewesen; denn die Steuerausfälle sind gleichzeitig der Wirtschaft und den privaten Haushalten zurückgegeben worden.

Ich stelle heute fest: Wäre die Steuerreform nicht so angelegt gewesen, dann wäre der konjunkturelle Einbruch in Deutschland noch wesentlich massiver. Denn das, was an Selbstfinanzierungseffekten ursprünglich eingesetzt war, dient heute der Vermeidung eines noch drastischeren Einbruchs der Konjunktur.

(Möllring [CDU]: Das ist ja ein Riesentrost! - Zuruf von Wiesensee [CDU])

- Wenn Sie das tröstet, bin ich mit dieser Einschätzung wenigstens nicht alleine.

(Möllring [CDU]: Wer glaubt denn das noch?)

- Dass Sie nicht zustimmen, ist bei dieser Veranstaltung irrelevant.

Ich darf darauf hinweisen, dass diese Einschätzung, so wie ich sie eben dargestellt habe, auch ein tragendes Element der Politik in Deutschland gewesen ist und auch von den Fachleuten völlig unbestritten so gesehen wird. Dass sich die Landesregierung bei der Beratung der Steuergesetze im Bundesrat nicht nur ihrer Verantwortung für den Landeshaushalt, sondern auch für die Haushalte der Kommunen bewusst war, hat sie durch eine Vielzahl von zur Vermeidung noch höherer Steuerausfälle im Bundesrat gestellter Anträge – insbesondere auch im Interesse der Kommunen - bewiesen. Sie begrüßt deshalb das Vorhaben der Bundesregierung, noch in dieser Legislaturperiode eine Expertenkommission zur Vorbereitung einer Gemeindefinanzreform einzuberufen, uneingeschränkt.

Dies vorausgeschickt, beantwortet die Niedersächsische Landesregierung die gestellten Fragen wie folgt:

Zu Frage 1: Die Schätzung der Umsatzsteuereinnahmen für Deutschland wurde im Rahmen der November-Steuerschätzung von 144,2 Milliarden Euro um rund 4,7 Milliarden Euro auf rund 139,5 Milliarden Euro reduziert. Die Schätzkorrektur in der gleichen Größenordnung für das Jahr 2002 ergibt sich aus der reduzierten Basis des Jahres 2001.

In der gesamtwirtschaftlichen Prognose des Bundesfinanzministeriums, die der Schätzung zugrunde liegt, wurden die Werte für den privaten Konsum um 0,5 bzw. 1 Prozentpunkt nur sehr moderat verringert, und zwar auf plus 3,5 % bzw. 3 %. Die für die Schätzkorrektur bestimmende Umsatzsteuer-Ist-Entwicklung - minus 1,4 % bis Oktober 2001 gegenüber dem Vorjahr - ist demnach in der Tat aus der Entwicklung des privaten Konsums allein nicht erklärbar.

Ansatzpunkte für die Ursachen der Umsatzsteuerentwicklung liegen möglicherweise in folgenden Faktoren: Dämpfend auf die Umsatzsteuereinnahmen hat sich der im Wohnungsbau zu verzeichnende Rückgang ausgewirkt. Auch Strukturverschiebungen innerhalb des privaten Konsums weg von umsatzsteuerbelasteten Komponenten und hin zu ermäßigten oder nicht umsatzsteuerrelevanten Komponenten - dürften eine Rolle gespielt haben.

(Zuruf von Möllring [CDU])

- Wenn Sie nicht mehr Güter kaufen, die mit dem vollen Umsatzsteuersatz belastet sind, sondern nur noch Güter, die mit einem halben Umsatzsteuersatz belastet sind – z. B. Zeitungen oder Lebensmittel -, dann wirkt sich das aus. Wenn Sie nur ein begrenztes Budget haben und auf der einen Seite verzichten und auf die andere Seite umschichten, dann ist das so. Bei Ihnen ist das vielleicht nicht so. Aber bei finanzschwächeren Familien mag das durchaus sein.

So wirken sich die höheren Ausgaben für die mit ermäßigtem Satz belasteten Nahrungsmittel - hier kommt die Antwort auch im Redeentwurf - und bedingt die gestiegenen Mietnebenkosten infolge der eingetretenen Nahrungsmittel- und Energieverteuerung tendenziell dämpfend aus. Zudem ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass die Umsatzsteuereinnahmen des Jahres 2000 mit 140,9 Milliarden Euro und einer Steigerung um 2,7 % gegenüber dem Vorjahr einen relativ hohen Wert erreichten, sodass im Jahr 2001 auch eine basisbedingte Korrektur eintritt.

Es bleibt jedoch intensiv zu prüfen, inwieweit diese und weitere Faktoren das Umsatzsteueraufkommen beeinflussen. Dies wird verstärkt anhand der Ist-Zahlen des Jahres 2001 erfolgen müssen; dies gilt insbesondere, wenn die gegebenenfalls korrigierten Ist-Zahlen des privaten Konsums im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorliegen.

Soweit gesetzwidriges Verhalten zu der beobachteten Entwicklung bei der Umsatzsteuer beigetragen hat, sind durch das Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz - toller Name für eine richtige Sache-Gegenmaßnahmen getroffen worden, die zum 1. Januar 2002 wirksam werden; entsprechend sind auch schon Mehreinnahmen veranschlagt worden. Das kennen Sie.

Zu Frage 2: Bayern begründet den Antrag mit den aktuellen Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden sowie mit den nicht eingelösten Maßnahmen des Steuersenkungsgesetzes, z. B. den AfA-Tabellen. Diese belegen nach Auffassung Bayerns, dass die beim Steuersenkungsgesetz getroffene Prognose über Mehreinnahmen der Kommunen im Verhältnis zu den übrigen Gebietskörperschaften fehlerhaft war und deshalb als Recht-

fertigung für die Erhöhung der Umlage und ihre im Gesetz angelegte Steigerung in den Jahren 2002 bis 2004 entfalle.

Der Antrag Bayerns konnte nicht unterstützt werden. Die negative Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinden im Jahre 2001 ist für sich genommen kein ausreichender Grund, die Gewerbesteuerumlage zu senken.

Die Landesregierung sieht die aktuelle Gewerbesteuerentwicklung mit Sorge und hat sich nicht zuletzt deswegen nach Kräften dafür eingesetzt, dass die Belastungen durch die Maßnahmen zur Fortsetzung der Unternehmenssteuerreform in vertretbaren Grenzen gehalten werden. Die Vermeidung von Steuerausfällen hilft den Kommunen mehr als eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage. Der Bundesrat hat z. B. im Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz bereits die Angleichung der gewerbesteuerlichen an die körperschaftsteuerliche Organschaft mit der Folge der Entlastung für die Kommunen in Höhe von 1 Milliarde DM erreichen können.

Im Vermittlungsausschuss am 11. Dezember 2001 wurden weitere Verbesserungen beschlossen, nämlich die Wiedereinführung der Gewerbesteuerpflicht für Dividenden aus so genanntem Streubesitz, die Beibehaltung des Verbots des Betriebsausgabenabzugs im Zusammenhang mit steuerfreien Erträgen - nach § 8 Abs.1 und 2 des Körperschaftsteuergesetzes - und der Verzicht auf systemwidrige Neuregelungen bei der Grunderwerbsteuer.

Ich weise noch einmal auf den Artikel hin, den ich vorhin angesprochen habe. Ich möchte einmal mit zwei indirekt zitierten Positionsbeschreibungen mitteilen, wie unterschiedlich die Bewertungen dieser Entscheidung des Vermittlungsausschusses sind. Vertreter der Wirtschaft haben ausdrücklich moniert, dieser Vermittlungskompromiss sei viel zu stark auf die Interessen der Kommunen ausgerichtet. Eigentlich hätte man - so Vertreter von Siemens - auf die gesamten Korrekturen verzichten können. Vertreter des kommunalen Bereiches haben gesagt, die Entlastungen im Vergleich zur Ausgangsgesetzgebung seien zu gering. Das Fazit ist jedoch, dass der Kollege Poß aus dem Deutschen Bundestag die Entlastungseffekte für den gemeindlichen Teil mit 750 Millionen Euro beziffert. Das ist wohl ein relativ gutes Ergebnis angesichts der Beschlusslagen, die vorausgegangen waren, und der sehr kontroversen Positionierung

einiger Bundesländer bei ähnlich gelagerten Sachverhalten.

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Das ist erschütterlich!)

- Auch die CDU-Vertreter haben zugestimmt, Herr Wulff; das möchte ich Ihnen einmal sagen.

Die Gewerbesteuereinnahmeminderungen im Jahre 2001, die sich im Übrigen auf die Gemeinden sehr unterschiedlich verteilen und insbesondere jene gewerbesteuerstärkeren Gemeinden treffen, die in den Vorjahren von stetigem Wachstum der Gewerbesteuereinnahmen profitierten, sind auf vielfältige Ursachen, insbesondere auf die konjunkturelle Entwicklung und bereits früher vorhandene steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten und weniger auf das Steuersenkungsgesetz, zurückzuführen. Ich darf daran erinnern, dass zwei Stufen noch gar nicht in Kraft getreten sind. Insoweit widerlegen sie die Prognosen des Steuersenkungsgesetzes nicht und sind insbesondere nicht der Beweis, dass die vermuteten strukturellen Folgewirkungen auf die Verteilung des Aufkommens nicht auftreten werden.

(Zuruf von Möllring [CDU])

Demgemäß sind Bund und Länder aus vergleichbaren Ursachen ebenso durch erhebliche Steuerausfälle belastet. Die meisten Länder verfügen nicht über den finanziellen Spielraum, die Absenkung zu finanzieren. Mit Blick auf das Finanzierungsdefizit in den westdeutschen Ländern - das ist das Ergebnis des Finanzplanungsrates - ist das negative Wachstum von 6 Milliarden DM auf mindestens 20 Milliarden DM im Jahre 2001 und auf 17 Milliarden DM im Jahre 2002 zu beziffern. Im Vergleich dazu: Das Wachstum in den westdeutschen Kommunen beträgt rund 2 bis 3 Milliarden DM. Daran wird deutlich, dass eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage jedenfalls zu diesem Zeitpunkt für die Länder nur schwer zu verkraften und finanzierbar ist.

Bei einer Erholung der Konjunktur wird das - stark reagible - Aufkommen der Gewerbesteuer voraussichtlich rasch wieder aufholen. Die Wirkungen der Maßnahmen des Steuersenkungsgesetzes, aber auch der aktuell verhandelten, zum Teil ausdrücklich der Aufkommenssicherung bei den Kommunen dienenden steuerlichen Maßnahmen werden sich erst im Jahre 2002 zeigen. Von daher geben die aktuellen Einbrüche des Jahres 2001 keinen Anlass dazu, dem Vorschlag Bayerns entsprechend

die Gewerbesteuerumlage dauerhaft auf das Niveau vor Erlass des Steuersenkungsgesetzes zurückzufahren. Folgerichtig hat die Mehrheit der Bundesländer diesem Antrag nicht zugestimmt.

Eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage käme als Stärkung - das ist ein Nebeneffekt - der Finanzkraft vor allem gewerbesteuerstarken Kommunen zugute, während schwache Kommunen nur sehr wenig profitieren würden. Im Zuge des Länderfinanzausgleichs gäbe es einen Verlagerungseffekt mit der Folge, dass die finanzschwächeren Kommunen die finanzstärkeren - diese liegen tendenziell im Süden - finanzieren würden.

Zu Frage 3: Bis einschließlich 1989 setzten sich die Steuerverbundeinnahmen des kommunalen Finanzausgleiches aus dem Aufkommen des Landes aus der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, der Umsatzsteuer, der Kraftfahrzeugsteuer sowie den Einnahmen des Länderfinanzausgleichs zusammen. Mit der 9. Novelle des FAG vom 9. Dezember 1989 wurden die Steuerverbundeinnahmen auf die Einnahmen des Landes aus sämtlichen Steuern mit Ausnahme der zweckgebundenen Feuerschutzsteuer ausgeweitet. Zu diesen Steuereinnahmen traten noch die Einnahmen des Landes den Bundesergänzungszuweisungen, der Spielbankabgabe sowie der Förderabgabe hinzu. Insofern irrt die Fragestellerin - ich muss davon ausgehen, dass die Unterschreibende die Fragestellerin war; aber auch der Fragesteller, der die Frage hier vorgetragen hat, irrt -, wenn sie von einer Einbeziehung der Förderabgabe in den kommunalen Finanzausgleich erst ab Mitte der 90er-Jahre ausgeht. Das geschah also schon in 1989.

Dabei muss aber festgestellt werden, dass es 1989 nicht darum ging, den Kommunen zusätzliche Einnahmemöglichkeiten zu eröffnen. Die erhebliche Verbreiterung der Steuerverbundeinnahmen hatte zum Ziel, Einnahmeschwankungen bei einer einzelnen Einnahmeart auszugleichen und den Zufluss des kommunalen Finanzausgleichs zu verstetigen. Folgerichtig wurde die Steuerverbundquote mit der 9. KFA-Novelle deshalb von 22,27 % auf 17,5 % gesenkt.

Maßgeblich für die Höhe der Zuweisungen des kommunalen Finanzausgleichs ist nicht der Zeitpunkt der Entstehung oder Festsetzung der Steueroder Abgabeschuld, sondern das jährliche Aufkommen des Landes an den Steuerverbundeinnahmen; so § 1 Niedersächsisches Finanzausgleichsgesetz. Am Aufkommen der Steuer- oder

Abgabeeinnahmen, die seit 1990 zum Steuerverbund gehören, sind die Kommunen selbstverständlich auch dann beteiligt worden, wenn die Steuerabgabeschuld zum Teil erheblich vor diesem Zeitpunkt entstanden ist, der Anspruch des Landes aber erst später, z. B. durch Betriebsprüfungen oder Fahndungsmaßnahmen, realisiert werden konnte.

Es darf daher noch einmal auf die Thesen des Gutachtens von Herrn Prof. Dr. Wieland zum "Gegenwartsbezug des Länderfinanzausgleichs" hingewiesen werden. Ich habe Ihnen dieses Gutachten im Zusammenhang mit der Diskussion um BEB zukommen lassen. Dieses Gutachten stellt auch die Position des Landes in der Auseinandersetzung des Landes über die Einbeziehung der Förderabgaben-Rückzahlungsverpflichtung in den Länderfinanzausgleich dar, die ursächlich zu dieser Dringlichen Anfrage geführt haben mag.

Professor Wieland führt darin u. a. aus:

Erstens. Das Finanzausgleich bringt in seinen Regelungen das Jährlichkeitsprinzip zum Ausdruck und legt für den Finanzausgleich das Kassenprinzip, also den Zuflussgrundsatz, fest.

Zweitens. Zum Aufkommen der bergrechtlichen Förderabgabe im Sinne von § 7 Abs. 2 FAG zählen nicht nur die positiven Erträge aus der Abgabe, sondern auch Rückzahlungen, und zwar unabhängig davon, ob die Saldierung zu einem positiven oder negativen Ergebnis führt.

Drittens. Der Finanzausgleich bezieht sich auf Zahlungsströme und nicht auf normative Zahlungspflichten. Er ist also solidarischer Beistand, gegenwartsbezogen und bezweckt keine Rückabwicklung vergangener Finanzbeziehungen.

Diese Thesen gelten auch für den kommunalen Finanzausgleich uneingeschränkt.

Zum Schluss sei noch darauf hingewiesen, dass eine landesinterne Diskussion - dazu habe ich gestern während der Haushaltsdebatte sehr ausführlich geredet - von unseren Freunden in den anderen Bundesländern natürlich sorgfältig beobachtet wird. Die Ergebnisse, die wir hier erzielen, werden in den Verhandlungen, die wir mit den anderen Bundesländern führen, unterstützend oder behindernd gewertet werden. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Die erste Zusatzfrage stellt der Kollege Golibrzuch.

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Minister, wie beurteilen Sie denn die Auffassung, dass die Einnahmeentwicklung bei den Steuerarten, von denen Länder und Kommunen profitieren, neuerdings weit hinter der Einnahmeentwicklung bei den Steuerarten zurückbleibt, von denen ausschließlich der Bund profitiert?

Präsident Wernstedt:

Herr Aller!

Aller, Finanzminister:

Ich habe soeben sehr ausführlich ausgeführt, wie die Steuerreform konzeptionell angelegt worden ist. Es gibt eine Reihe von Steuern, deren Aufkommen dem Bund zu 100 % zusteht, und es gibt Steuerarten, an deren Aufkommen er nur zum Teil beteiligt ist. Das eklatanteste Beispiel ist die Erhöhung der Tabaksteuer, die eine Steuer ausschließlich zugunsten des Bundes ist. Wenn Ihre Frage in diese Richtung zielt, gebe ich Ihnen durchaus Recht Diese Steuererhöhung ist kritisiert worden. Aber das ist ausgerechnet von einer rot-grünen Bundesregierung auf den Weg gebracht worden.

(Möllring [CDU]: Sie haben doch zugestimmt!)

- Sicher haben wir zugestimmt! Aber jetzt antworte ich dem Fragesteller, wenn Ihnen das recht ist.

(Möllring [CDU]: Aber Sie tun so, als wenn er Schuld hat! Sie haben Schuld! - Mientus [SPD]: Möllring kann sich melden!)

Präsident Wernstedt:

Zwischenrufe sind im Hause gestattet. - Aber bitte fahren Sie mit Ihren Ausführungen fort.

(Möllring [CDU]: Im Gegensatz zu Ihnen kann ich sogar eine Frage stellen, ohne dass sie mir jemand aufgeschrieben hat! - Gegenrufe von der SPD)

- Meine Damen und Herren, der Minister hat das Wort und möchte antworten.

Aller, Finanzminister:

Das stimmt. - An dem Beispiel der Tabaksteuer wollte ich gerade deutlich machen, Herr Golibrzuch, dass der Bund aufgrund seiner gesetzgeberischen Kompetenz in der Lage ist, Änderungen bei Steuerarten, die für ihn von besonderem Nutzen sind, durchzusetzen.

Es ist unbestritten, dass die Steuerreform Effekte bewirkt hat, die die Steuergestaltungsmöglichkeiten verdeutlicht haben. Gestern hat z. B. der Kollege Hogrefe erklärt, dass die Effekte aus der Freistellung von Veräußerungsgewinnen von der Steuer auf die Wirtschaft durchschlagen und dadurch mittelbar die Länder und Kommunen betroffen sind.

Im Mittelpunkt der Diskussion - ich gehe davon aus, dass die Fragesteller weiterhin auf diesen Punkt abzielen - steht derzeit aber die tendenzielle Aushöhlung der Gewerbesteuer durch eine Reihe von Gesetzesinitiativen oder Sekundäreffekte aus anderen Steuerarten. Diese Komplexität des Steuerverbundes ist verantwortlich für die Ergebnisse, die Sie zutreffend dargestellt haben.

Präsident Wernstedt:

Herr Klein! Dann Herr Wenzel.

Klein (GRÜNE):

Herr Minister, am 6. Dezember hat der Finanzausschuss des Bundesrates mit den Stimmen Niedersachsens eine Erhöhung der Beteiligung der Kommunen an den Kosten des Fonds "Deutsche Einheit" beschlossen. Welche Auswirkungen wird das auf die niedersächsischen Kommunen haben?

Präsident Wernstedt:

Bitte schön!

Aller, Finanzminister:

Sie wissen, dass wir im Zusammenhang mit der Diskussion über den Länderfinanzausgleich und den Solidarpakt II ein sehr komplexes Regelwerk verabschiedet haben, das die Interessen der Länder, der Kommunen, aber auch des Bundes berücksichtigt hat. Lassen Sie mich mit wenigen Bemerkungen verdeutlichen, worum es dabei im Kern ging.

Der erste, nach 2005 einsetzende neue Zeitabschnitt für den Länderfinanzausgleich und den

Solidarpakt II ist im Zusammenhang mit den Zahlungen, die noch für den Aufbau Ost zu leisten sind, verhandelt worden. Wir haben mit der Bundesregierung die Tilgungsstreckung und Übernahme der Kosten des Fonds "Deutsche Einheit" durch den Bund verabredet, was ein gewaltiger Entlastungseffekt für die Länder und damit mittelbar auch für die Kommunen ist. Ich finde, dass diese Zusammenführung der verschiedenen Parameter und Elemente sachgerecht ist, weil sie beiden, Ländern und Kommunen, kurzfristig Entlastungseffekte bescheren wird und darüber hinaus das Ergebnis langfristig gesehen ein wichtiger Bestandteil für die einstimmige Verabschiedung des Länderfinanzausgleichs und des Solidarpakts II gewesen ist.

Präsident Wernstedt:

Es folgt Herr Wenzel. Dann spricht Herr Möllring.

Wenzel (GRÜNE):

Herr Minister, welche Vorstellungen bezüglich einer Gemeindefinanzreform verfolgt die Landesregierung aktuell mit Gesetzesinitiativen im Bundesrat?

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Aller, Finanzminister:

Ich habe gestern und soeben darauf hingewiesen, dass in den jüngsten Verhandlungen des Vermittlungsausschusses die Frage, inwieweit Entlastungselemente auf die Gewerbesteuer durchschlagen, eine wichtige Rolle gespielt hat. Ich möchte meine Antwort in zwei Phasen trennen.

In der ersten Phase kommt es darauf an, die Kommunen dadurch zu entlasten, dass an der Gewerbesteuer nicht weiter herummanipuliert wird, um der Expertenkommission, die in der nächsten Legislaturperiode das Thema "Gemeindefinanzreform" beraten und Lösungsvorschläge unterbreiten wird, nicht vorzugreifen. Die Gewerbesteuer wird in dem Zusammenhang die zentrale Bedeutung haben, weil sie mit einem Gesamtvolumen von über 50 Milliarden DM die zentrale Finanzierungsquelle der Kommunen in direkter Abhängigkeit zu Unternehmen ist. Sie kennen die Verfassungsvorgabe, dass die Kommunen auch künftig einen Anspruch auf eine unternehmensbezogene Besteuerung in

eigenem Hebungsrecht haben sollen. Alle diese Fragestellungen sollen von dieser gemeinsamen Expertenkommission vorbereitet und einer Lösung zugeführt werden.

Tendenziell - das ist hier im Landtag mehrfach deutlich gemacht worden - soll die folgende Zielrichtung verfolgt werden: Bevor es in den die Gewerbesteuer betreffenden Fragen keine befriedigende Lösung gibt, gibt es auch keine Zustimmung zur Abschaffung der Gewerbesteuer. Dieses zentrale Thema wird letztlich auch auf die bundeseinheitlichen Lösungsansätze ausstrahlen, die zwischen dem Bundestag und dem Bundesrat verabredet werden müssen. Wir gehen in Niedersachsen davon aus, dass diese vorbereitende Diskussion in ganz enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt wird. Sie wissen, dass insbesondere mein Kollege Heiner Bartling, der Innenminister, und ich als Finanzminister diese Gespräche ständig mit den kommunalen Spitzenverbänden führen. Die Interessenlagen sind in diesem Punkt bei uns beiden identisch.

Präsident Wernstedt:

Herr Möllring! Dann Herr Schröder.

Möllring (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Herr Minister, teilen Sie die Meinung Ihres Staatssekretärs, der bei der Jahrestagung der Steuerberaterkammer für Ihr Haus in seinem Grußwort ausgeführt hat, dass sich der Bund kommunal- und landesfeindlich verhalte, weil die Länder der Tabaksteuer- und Versicherungssteuererhöhung – Sie haben ja darauf hingewiesen – zugestimmt hätten, die jedoch ausschließlich dem Bund zugute kommen? Der Bund hätte jedoch auf die Bitten der Länder hin, etwas für die Kommunen und für die Länder zu tun, nur die Schultern gezuckt und gesagt: Das interessiert uns nicht, das bringen wir nicht ein.

Präsident Wernstedt:

Herr Aller, bitte!

Aller, Finanzminister:

Isoliert betrachtet kann es – wie Sie es eben dargestellt haben – zu solchen Bewertungen kommen. Mein Kollege Lemme und ich setzen uns ständig mit den Fragen der Steuerentwicklung in diesem Lande auseinander und suchen nach Lösungsmöglichkeiten, wenn es darum geht, die Interessen der Kommunen, des Landes, der Länder und des Bundes so zusammenzuführen, dass es tragfähige Ergebnisse gibt. Wir kommen unter dem Strich zu einer Bewertung, die tendenziell in einem Punkt übereinstimmt: Die Auswirkungen der Steuerreform auf den Bund, auf die Länder und auf die Kommunen müssen erst einmal unter den derzeitigen konjunkturellen Bedingungen bewertet werden. Dazu habe ich mich eben ausführlich geäußert.

Es ist außerdem überhaupt nicht abzustreiten, dass durch die Auswirkungen insbesondere der Gewerbesteuer die Kommunen in vielerlei Hinsicht betroffen und getroffen sind. Inzwischen hat sich aus der Diskussion jedoch eindeutig herauskristallisiert, dass die Steuerreform in dieser Gesetzgebung nicht für den größeren Teil der Gewerbesteuereffekte verantwortlich gemacht werden kann. Das macht sich u. a. dadurch bemerkbar, dass es unterschiedliche Auswirkungen der Gewerbesteuer gibt. Es gibt durchaus kommunale Gebietskörperschaften, die bei der Gewerbesteuer extreme Zugewinne verzeichnen. Derzeit ist sich die Fachwelt völlig im Unklaren darüber, wo die eigentlichen Ursachen liegen. Die zweite oder dritte Stufe der Steuerreform dafür verantwortlich zu machen, trägt nicht.

Im Hinblick auf die Tabaksteuer gebe ich Ihnen Recht. Es war ein eleganter Schachzug – so würde ich es bezeichnen – des Bundesfinanzministers, zusammen mit der Versicherungssteuer Mehreinnahmen für den Bund zu generieren, um dringend zu tätigende Ausgaben im Zusammenhang mit der Sicherheitspolitik zu finanzieren. Diese Wege stehen den Ländern überhaupt nicht offen, weil sie kein eigenes Heberecht haben. Das ist dem Bund aus niedersächsischer Interessenlage ganz deutlich dargelegt worden. Insofern hat mein Staatssekretär völlig Recht, wenn er das in der Öffentlichkeit in dieser Präzision darstellt.

Es hat uns – das sage ich ausdrücklich – in den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss am 11./12. Dezember sehr geholfen, dass es uns gelungen ist, diesen Sachverhalt insgesamt der Öffentlichkeit so deutlich darzustellen. Nur so war es nach meiner Einschätzung möglich, im Vermittlungsausschuss eine einvernehmliche Regelung durchzusetzen, die gleichzeitig dem Mittelstand dringend notwendige Entlastungen zugesteht und einen großen Teil – ich erinnere noch einmal daran: 750 Millionen Euro – an Entlastungen für die

Kommunen erreicht, die schon verloren geglaubt waren.

Präsident Wernstedt:

Herr Schröder! Dann Herr Coenen.

Schröder (GRÜNE):

Herr Minister, warum hält es die Landesregierung für sinnvoll, die Förderabgabesätze zu senken, obwohl das erhebliche Mindereinnahmen für Niedersachsen, für die anderen Bundesländer und für die Kommunen in Niedersachsen bedeutet?

Aller, Finanzminister:

Sie wissen, dass die Förderabgabe sehr klar an die Entwicklung auf dem Öl- und Gasmarkt und an die von den übrigen Fördertatbeständen abhängigen Rohstoffe angedockt ist. Die Beobachtung der Weltmarktpreise schlägt auf die Beurteilung im Lande Niedersachsen durch. Sie wissen, dass wir in Zeiten günstigerer Konjunktur die Förderabgabe erhöhen und in der Vergangenheit auch erhöht haben. Wir reagieren in etwa sechsmonatigem Abstand auf die Entwicklung.

Tatsächlich ist es so, dass die Förderabgabe kein Willkürakt des Landes Niedersachsen gegen die fördernde Industrie sein darf. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass insbesondere auch aus Reihen der Grünen und der CDU-ich sage ausdrücklich: zu Recht – immer wieder der Zusammenhang zwischen der Förderabgabe und dem unmittelbaren Unternehmensverhalten dargestellt wird. Bei einer überzogenen Förderabgabe weichen die fördernden Unternehmen in andere Fördergebiete aus. Das hat entsprechende negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in den Förderregionen Niedersachsens und wirkt sich direkt auf die Gewerbesteuer der Sitzgemeinden aus.

Dieser Zusammenhang muss immer im Auge behalten werden, sodass unter dem Strich eine zeitnahe Beurteilung, eine richtige Einschätzung und dann eine konsequente Entscheidung zum richtigen Zeitpunkt angezeigt ist. Das ist jedenfalls die Leitlinie der Landesregierung. Sie hat bis jetzt dazu geführt, dass wir uns auch gegenüber den Kommunen und dem Arbeitsmarkt verantwortlich positionieren konnten.

Präsident Wernstedt:

Es folgt Herr Coenen! Dann Herr Hagenah.

Coenen (CDU):

Herr Minister, können Sie dem Parlament kurzfristig eine Liste über die zu erwartenden Steuerausfälle der Kommunen, nach Landkreisen gegliedert, vorlegen?

Präsident Wernstedt:

Herr Minister, können Sie das?

Aller, Finanzminister:

Sie haben sicherlich Verständnis dafür, dass ich sie jetzt nicht in der Tasche habe. Aber wenn Sie Ihre Frage etwas präzisieren könnten, z. B. auf welche Steuerarten Sie abheben und wie diese Darstellung zusammengestellt sein soll, werde ich mich bemühen, mit meinem Kollegen Innenminister eine solche Liste vorzubereiten. Das ist mein erstes Angebot, weil ich es für vernünftig halte, dass man unmittelbar im Ausschuss für Haushalt und Finanzen und im Innenausschuss darüber spricht. Sie müssen uns allerdings zugestehen, dass wir die Weihnachtszeit - möglicherweise auch in Ihrem Interesse – zur Vorbereitung aussparen. Ich biete Ihnen diese Liste für das nächste Frühjahr an. Dann wissen wir auch mehr über die Auswirkungen der Steuerentscheidungen, die jetzt getroffen worden sind.

Präsident Wernstedt:

Herr Hagenah! Dann Herr Klein zur zweiten Frage.

Hagenah (GRÜNE):

Herr Minister, wird das Land den Kommunen möglicherweise entgegenkommen und ihnen eine Beteiligung an der BEB-Last unterhalb der Steuerverbundquote anbieten?

Präsident Wernstedt:

Herr Aller, bitte!

Aller, Finanzminister:

Ich habe eben ausgeführt, wie sich die Beteiligung der Kommunen an der BEB-Last - wie Sie es bezeichnen – nach den Vorstellungen, die Herr Professor Wieland in Richtung Länderfinanzausgleich dargestellt hat, analog regelt. Ich kann gleichwohl sagen – das ist gestern nicht wegen der Dringlichen Anfrage, sondern aus anderem Anlass, das muss ich deutlich sagen, mit dem Kollegen Innenminister verabredet worden -, dass wir die vielen unterschiedlichen Aspekte der steuerlichen Wechselbeziehungen zwischen Landeshaushalt und Kommunalhaushalten sowie die Auswirkungen von bundesgesetzlichen Bestimmungen auf den Prüfstand stellen. Das deckt sich auch mit der Anfrage von Herrn Hagenah.

Es wird mit den kommunalen Spitzenverbänden - das wurde inzwischen zwischen mir und dem Innenminister auch verabredet – einen sehr intensiven Gedankenaustausch geben, weil kaum noch erkennbar ist, wo die Ursache für Ausfälle liegt und ob eine zusätzliche Beteiligung der Kommunen an Mehreinnahmen möglich ist. Diese Vorbereitungsgespräche finden statt. Ich kann Ihnen sagen, dass es Sonderdotationen - aus welchen Gründen auch immer - nicht geben wird.

Präsident Wernstedt:

Herr Klein zur Frage 2! Dann Frau Steiner.

Klein (GRÜNE):

Herr Minister, wir haben im kommunalen Finanzausgleich des Landes das Gebot der Verteilungssymmetrie. Angesichts der enormen Einnahmeausfälle der Gemeinden - ich denke auch an das Vermittlungsergebnis im Bundesrat, von dem die Gemeinden vermutlich weniger profitieren werden als die Länder – frage ich Sie: Kommt diese Verteilungssymmetrie dadurch nicht erheblich ins Rutschen? Wie beurteilen Sie das, und wie werden Sie darauf reagieren?

Präsident Wernstedt:

Das waren drei Fragen. - Bitte!

Aller, Finanzminister:

Die Feststellung, dass die Verteilungssymmetrie im kommunalen Finanzausgleich ein tragendes Prinzip ist, ist richtig. Das ist auch tragendes Prinzip unserer Bewertung der jeweiligen Situation. Sie wissen, dass der kommunale Finanzausgleich in Verbindung mit den jeweiligen Haushaltsgesetzen den Zeitpunkt bestimmt, zu dem neu justiert werden muss. Das ist gute Praxis und hat sich auch vor dem Staatsgerichtshof als tragfähiges System bewährt.

Die Einflussfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs wirken in ihrer Art auf Land und Kommunen. Wenn Sie das Zahlentableau, das ich Ihnen zum Lesen anempfohlen habe, richtig auswerten, werden Sie feststellen, dass die Vorschriften des Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetzes die Kommunen gegenüber der ursprünglichen Absicht tendenziell eher entlasten und die Länder nicht bevorteilen. Die entscheidenden Vorteile für die Länder, die wir mit 91 Millionen Euro veranschlagt haben, entstehen im Wesentlichen daraus, dass wir z. B. mit dem Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz Missbrauchstatbestände ausschalten, wobei die Kommunen mittelbar wieder beteiligt sind.

Bezieht man die Frage, wie Sie sie gestellt haben, auf die einzelnen Bausteine, dann kann ich Ihnen sagen, dass die Wirkungen des Finanzausgleichsgesetzes, wenn man dieses richtig, vernünftig und gesetzeskonform anwendet, wie wir dies tun - davon können Sie ausgehen -, berechenbar und zu berechnen sein werden. Die entsprechenden Ergebnisse werden sowohl im Plus als auch im Minus berücksichtigt.

Präsident Wernstedt:

Das Wort haben jetzt Frau Steiner. Danach kommt Herr Schröder zu seiner zweiten Frage.

Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Minister, werden Sie, wenn es Ihnen misslingt, den gesamten Rückzahlungsbetrag an die BEB nach dem Kassenprinzip über den Länderfinanzausgleich zu verrechnen und wenn dementsprechend höhere Lasten für Niedersachsen entstehen, die Kommunen an diesen erhöhten Kosten beteiligen?

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Aller, Finanzminister:

Ich habe in meiner zusammenhängenden Antwort auf die Anfrage der Grünen zu diesem Sachverhalt ausführlich Stellung bezogen. Sie können das im Protokoll nachlesen. Die Landesregierung hält die Beurteilung durch Prof. Dr. Wieland, was das Gegenwartsprinzip und das Zuflussprinzip angeht, für

tragfähig und richtig. In diesem Sinne wird derzeit von uns die Anwendung in Richtung Länderfinanzausgleich betrieben. Analog sind die Auswirkungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat jetzt Herr Schröder zu seiner zweiten Frage. Danach folgt Herr Wenzel.

Schröder (GRÜNE):

Herr Minister, wird sich die Landesregierung vor dem Hintergrund der von Ihnen beschriebenen dramatischen Steuerausfälle gegenüber dem Bund für eine Reform der Erbschaftsteuer oder für eine Wiedereinführung der privaten Vermögensteuer einsetzen – bei beiden Steuerarten steht das Steueraufkommen zu 100 % dem Land zu - , womit unsere Finanzkraft deutlich gestärkt werden könnte?

Präsident Wernstedt:

Herr Aller!

Aller, Finanzminister:

Die Landesregierung wird sich bemühen, Gesetzesvorhaben insbesondere im Bundesrat mehrheitsfähig zu machen, die dem Aspekt der Steuerreform entsprechen, Steuern nur in dem Umfang zu erheben, in dem dies unter dem Gesichtspunkt – das sagen wir sehr deutlich - der Zumutbarkeit und Belastung der jeweiligen Bevölkerungs- und Unternehmensgruppen sinnvoll ist. Das war tragendes Element der Steuerreform und hat zu den drei Entlastungseffekten geführt, die ich vorhin genannt habe. Was die international tätigen Konzerne angeht, befinden wir uns auch in einem Steuerwettbewerb. Wir haben den Mittelstandseffekt sehr stark betont. Das ist auch richtig so, weil der Mittelstand mit seinem hohen Anteil an Arbeits- und Ausbildungsplätzen und der ihn auszeichnenden Dynamik für uns die Zielgruppe in der Wirtschaft ist, die besonders bedacht werden muss. Wir haben außerdem immer der Gesichtspunkt der Binnennachfrage im Auge.

Die beiden Steuerarten, die Sie angesprochen haben, sind unterschiedlich zu bewerten. Das Auslaufen der Vermögensteuer ist ein Faktum. Diese Entwicklung wird, so glaube ich, nicht wieder zurückgedreht werden können. Dafür wird es keine

Mehrheiten geben. An dieser Stelle kann man sich nur verkämpfen, aber nicht gewinnen.

(Möllring [CDU]: Wie bei BEB!)

Ich gehe sehr stark davon aus, dass das Thema der Erbschaftsteuer in den nächsten Wochen und Monaten stärkere Beachtung finden wird. Wir sind länderübergreifend in einen Prüfungsprozess eingetreten, weil nämlich mittlerweile ein Urteil des Bundesfinanzhofs vorliegt, der eindeutig davon ausgeht, dass Kapitalvermögen und Immobilienvermögen nicht in einem richtigen Verhältnis zueinander bewertet werden. Dieses Urteil ist der Bundesregierung zur Stellungnahme zugeleitet worden mit der Aufforderung, dem Urteil des Bundesfinanzhofs beizutreten. Ich habe inzwischen Gespräche mit der Staatssekretärin, Frau Dr. Barbara Hendricks, darüber geführt, wie die Bundesregierung sich hierzu äußern werde. Sie hat gesagt, der Prüfungsvorgang sei eingeleitet. Man werde sich bemühen, kurzfristig die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Bewegt man sich im Sinne des Urteils des Bundesfinanzhofs, so muss Aktivität entwickelt werden. Diese Aktivitäten lägen dann sehr stark in Richtung des Länderantrages, der im Bundesrat seinerzeit keine Mehrheit gefunden hat und deshalb nicht weiter verfolgt wurde. Nach dem Urteil des Bundesfinanzhofs ist die Ausgangssituation jedoch eine andere. Sie wissen, dass Niedersachsen zu den fünf Ländern gehört hat, die sich dafür ausgesprochen haben, diesen Gesichtspunkt auf der Ebene der Finanzminister voranzutreiben. Ich glaube, dass sich auf mittlere Sicht eine positive Bewertung des Urteils des Bundesfinanzhofs ergeben muss. Anderenfalls besteht nämlich die Gefahr, dass der Automatismus eintritt, in dessen Folge die Vermögensteuer abgeschafft wurde. Das kann nicht im Sinne aller politischen Parteien, auch der Fraktionen in diesem Hause, sein.

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat nun Herr Wenzel. Dann folgt Herr Hagenah zur zweiten Frage.

Wenzel (GRÜNE):

Herr Minister, Sie hatten angedeutet, dass Sie sich im Rahmen der Diskussion über eine Gemeindefinanzreform unter bestimmten Bedingungen einen Verzicht auf die Gewerbesteuer vorstellen könnten. Wie sehen Ihre ganz konkreten Forderungen für eine Alternative aus, oder welche Alternativen könnten Sie sich ganz konkret vorstellen?

Präsident Wernstedt:

Ganz konkret!

Aller, Finanzminister:

Ich gehe davon aus, dass ich meine Antwort kurz halten soll. Die wichtigste Komponente, die bei einer Alternative eingehalten werden muss, ist die Verfassungskonformität. Diese ergibt sich in direktem Zusammenhang mit dem Unternehmensbezug. Weil ich davon ausgehe, dass der Grundgedanke darin besteht, Steuereinnahmen nicht nur aus indirekten Steuern zu generieren, wird dieser Gesichtspunkt eine zentrale Rolle spielen.

Ferner muss das direkte Hebungsrecht der Kommunen erhalten bleiben. Wenn dies auf eine Art und Weise organisiert wird, dass am Schluss das Aufkommen aus der Gewerbesteuer von der Größenordnung her gerechter nach Anzahl der zahlenden Wirtschaftsbeteiligten verteilt wird, dann wäre das ein riesiger Erfolg. Bis jetzt sind alle Versuche, in dieser Richtung etwas Tragfähiges zu schaffen, gescheitert. Deswegen setze ich unter den veränderten Steuerrechtsrahmenbedingungen große Hoffnungen auf die Expertenkommission, die sich an den Punkten, die ich dargestellt habe, orientieren muss, weil sonst kein tragfähiges Konzept entwickelt werden kann.

Wir werden uns mit den kommunalen Spitzenverbänden bei jedem Lösungsansatz, der diskutiert wird, rückkoppeln. Wir werden auch länderübergreifend in dieser Angelegenheit sehr stark zusammenarbeiten müssen. Die Weiterungen dieser gesamten Diskussion, nämlich die Frage der Finanz- und Steuerkraft der Gemeinden, wird auch auf das Thema des Länderfinanzausgleichs durchschlagen. Wir haben ein großes Interesse daran, dass dieser Gesichtspunkt nicht außer Acht gelassen wird.

Präsident Wernstedt:

Herr Hagenah hat das Wort zu seiner zweiten Frage. Danach kommt Herr Wiesensee.

Hagenah (GRÜNE):

Herr Minister, wie beurteilt die Landesregierung die Auffassung, dass aufgrund der Steuerausfälle und in Niedersachsen speziell auch aufgrund der zusätzlichen Lasten, die sich infolge des BEB-Urteils ergeben, weit mehr Kommunen als bisher auf Bedarfszuweisungen angewiesen sein werden?

Aller, Finanzminister:

Die aktuellen Steuerausfälle sind berechenbar und darstellbar. Inwieweit sich im Zusammenhang mit BEB massive Belastungen ergeben, hängt ganz wesentlich davon ab, wie stark sich Niedersachsen und auch die Gesamtheit der Abgeordneten in diesem Landtag dafür verwenden, dass unsere Strategie zu einem Erfolg führt. Ganz entscheidend wird sein, ob es gelingt, die konjunkturelle Situation, in der wir uns befinden, schnell und erfolgreich ins Gegenteil zu wenden und wieder wirtschaftliches Wachstum zu ermöglichen.

Ich gehe davon aus, dass der Landeshaushalt, der morgen verabschiedet wird, einen niedersächsischen Beitrag zur Stärkung der Steuer- und Finanzkraft über eine anspringende Konjunktur leisten wird. Des Weiteren gehe ich davon aus, dass Sie dem Haushaltsplanentwurf zustimmen werden, damit die 45 Milliarden Euro, die wir in diesem Haushalt verankert haben, dem Wirtschaftskreislauf zugeführt werden können. Jede Verzögerung des Doppelhaushaltes wäre konjunkturschädlich, damit steuerschädlich, finanzkraftschädlich und würde damit die Rückwirkung, die Sie eben erfragt haben, noch beschleunigen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Herr Wiesensee! Dann Herr Golibrzuch zu seiner letzten Frage!

Wiesensee (CDU):

Herr Minister, Sie haben in Ihren Ausführungen die dramatischen Einbrüche bei der Gewerbesteuer nicht den Steuerreformen zugeschrieben. So habe ich Sie jedenfalls verstanden. Auf der anderen Seite haben Sie aber ausgeführt, dass durch eine Rücknahme der Entscheidung bezüglich der Besteuerung der Dividendeneinnahmen wahrscheinlich 750 Millionen DM Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen wären. So habe ich Sie jedenfalls verstanden. In den Steuerreformen wurde doch meines Erachtens auch vereinbart - - -

Präsident Wernstedt:

Fragen Sie bitte!

Wiesensee (CDU):

- - Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften steuerfrei zu stellen. Welche Auswirkungen hat das für die Kommunen gehabt?

Aller, Finanzminister:

Ich habe vorhin in meiner Antwort auf Herrn Hogrefe verwiesen, der gestern eine Grafik hochgehalten hat und die dramatischen Steuereinbrüche aus dem letzten Teil Ihrer Frage beschrieben hat. Das sind Milliardenbeträge durch die Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen von Kapitalgesellschaften.

Wir haben jetzt in der Tat analoge Überlegungen im Vermittlungsausschuss angestellt. Wir haben bei den Veräußerungsgewinnen bei Streubesitz eingegriffen und haben die Dividenden aus der Steuerfreiheit herausgenommen. Dadurch ergibt sich größenordnungsmäßig ein Plus für die Kommunen von 200 Millionen DM. Insgesamt waren Ausfälle von 900 Millionen DM veranschlagt. Die sind also teilweise durch die Besteuerung der Dividenden zurückgenommen worden. Die Steuerfreiheit bei Streubesitzbeteiligungen von unter 10 % bleibt im Übrigen erhalten.

Die Gesamtausfälle aus der Steuerform - das ist unbestritten - treten ein, aber nicht nur bei den Kommunen, sondern - wie ich anfangs versucht habe deutlich zu machen - sie treffen die drei politischen Ebenen unterschiedlich hart und unterschiedlich bei den Steuerarten.

Die Gewerbesteuer - das war ja der Kern Ihrer Frage - als gemeindliche Steuer ist in der Regel auch abhängig von dem Bereich der Körperschaftsteuer und der Einkommensteuer. Gerade dazu gab es weitere Elemente in der Diskussion - ich könnte das jetzt ausführen - bis hin zu der steuerfreien Übertragung beim Generationswechsel. Da haben wir gesagt: Das bleibt steuerfrei, es kommt nur eine Behaltefrist hinein. Das ist mittelstandsorientiert.

Zu der Frage, ob es Freibeträge bei der Reinvestitionszulage gibt, hat es einen breiten Konsens bei den Vorbereitungsverhandlungen, dann aber auch im Vermittlungsausschuss gegeben, dass wir das im Interesse des Mittelstandes durchaus wollen. Wir haben die Freigrenze bei 500 000 Euro festgeschrieben und zwei Fristen eingezogen, nämlich zwei und vier Jahre; vier Jahre bei Übertragung von Grundbesitz. Das ist sicherlich auch im Inte-

resse der CDU und auch der Grünen gewesen, Mittelstandspolitik in diesem Sinne zu fördern - da bin ich mir mit der Kollegin Knorre ausdrücklich einig, die mich in dieser Auffassung sehr bestärkt hat -, hier konjunkturfördernde Elemente mit einzubeziehen, weil sich gerade das, was mittelstandsorientiert auf den Weg gebracht wird, mit kurzer Verzögerung auch wieder steuerpolitisch - insbesondere bei der Gewerbesteuer - positiv auswirkt.

Diese komplexen Zusammenhänge zwischen Steuerpolitik und Wirtschaftspolitik im Auge zu behalten, scheint mir eine Verantwortung zu sein, die man als Finanzminister wahrzunehmen hat, auch wenn er gleichwohl die Steuerfragen und die Auswirkungen von Steuerfragen auf die jeweilige Gebietskörperschaft im Auge behalten muss. Aber Fiskalist zu sein ohne Rücksicht darauf, was sich aus den steuerpolitischen Beschlüssen ergibt, das ist nicht meine Art und nicht die Art der Landesregierung.

Präsident Wernstedt:

Herr Golibrzuch! Dann Herr Möhrmann.

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Fiskalist Finanzminister Aller, Ministerpräsident Gabriel hat vor einigen Monaten Ihren Vorstoß für eine Neubewertung des Immobilienvermögens und eine dadurch ermöglichte verfassungsgemäße Erhebung der Erbschaftsteuer ausgebremst. Ich frage Sie: Wie beurteilen Sie die Auffassung, dass Herr Gabriel damit in unverantwortlicher Weise Einnahmeausfälle für das Land Niedersachsen provoziert, eingedenk auch der Stellungnahme des Bundesfinanzhofes?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Herr Aller!

Aller, Finanzminister:

Der Finanzminister hat die Aufgabe, die Finanzen so weit wie möglich auch unter Gesichtspunkten der Rechtmäßigkeit beizutreiben und, wenn es notwendig ist, Rechtsänderungen zu initiieren und voranzutreiben. Gleichwohl - das war allen Initiatoren auf der Finanzministerebene klar - gab es zu diesem Zeitpunkt erhebliche Probleme, die notwendigen Mehrheiten im Bundesrat zu organisie-

ren, die Voraussetzung dafür gewesen wären, überhaupt eine Gesetzesinitiative nachhaltig in den Beratungsgang zu bringen, weil die Bundesseite für sich erklärt hat, nicht gesetzesinitiativ zu werden. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, sitzen in der Bundesregierung auch die Grünen. Die Bundesseite hat aber gesagt: Wir machen das nicht, es müsste von der Länderseite kommen.

Es hat in der Tat auf der Finanzministerseite - Herr Golibrzuch, Sie wollen es ja immer wieder hören, dass Sie bei den Grünen nichts zu sagen haben; dann sage ich es Ihnen mal - fünf Länderkollegen gegeben, die diesen grundsätzlichen Antritt zur Erbschaftsteuer vorangetrieben haben. Nun kommt das, was vielleicht einen Ministerpräsidenten vor einem Finanzminister zuzurechnen ist. Der Ministerpräsident hat unter Rückkoppelung zu anderen Bundesländern und der Bundesregierung die klare Frage gestellt: Gibt es derzeit eine Mehrheit für eine solche Gesetzesinitiative? - Die Antwort war eindeutig: Nein.

Dann gibt es einen kleinen Unterschied zwischen den Grünen hier und den Grünen im Bund. Im Bund haben sie das akzeptiert und keine Gesetzesinitiative ergriffen. Die Grünen hier wollten aus reiner Selbstbefriedigung eine Gesetzesinitiative auf den Weg bringen, die zum Scheitern verurteilt wäre. Aus dieser klugen Einschätzung der Situation hat der Ministerpräsident entschieden: Wir vertagen dieses Thema und warten eine günstigere Zeit ab, in der dann gesetzeskonform und verfassungskonform diese Regelung auf den Weg gebracht werden kann.

Da sich der Bundesfinanzhof nun eindeutig geäußert hat, wird die Politik nicht umhin können - auch die CDU und die CSU nicht, auch die PDS nicht, und wer sonst verantwortlich tätig ist -, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen. Ich glaube, die Chancen, diesen Gesetzesantritt, den wir versucht haben, nun auf den Weg zu bringen, nachdem sich der Bund geäußert hat, wie er sich verhält - das ist die Voraussetzung, die ich für vernünftig halte -, sind nicht schlecht.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Herr Möhrmann! Dann Frau Pothmer.

Möhrmann (SPD):

Herr Minister, der CDU-Bundesparteitag hat ziemlich unbemerkt von der Öffentlichkeit beschlossen, das kommunale Mehrwertsteuerprivileg abzuschaffen. Können Sie uns schon in einer ersten Einschätzung sagen, was das auf der Einnahmeseite bedeuten würde, wenn zukünftig alle Abwässer, jede Müllabfuhr und weitere kommunale Dienstleistungen mehrwertsteuerpflichtig werden, und was das für die Verbraucher bedeutet?

Präsident Wernstedt:

Was bedeutet das?

Aller, Finanzminister:

Herr Möhrmann, ich muss Ihnen gestehen, dass mir der CDU-Bundesparteitag gar nicht bewusst ist. Welchen meinen Sie? Wenn es tatsächlich einen gegeben haben sollte, der eine solche Beschlusslage herbeigeführt hat, dann wäre das natürlich ein Schlag ins Kontor. Nicht nur bei den Kommunen würde das erhebliche Probleme aufwerfen, wenn die 16 % dort aufgeschlagen würden. Auch wir als Land haben die eine oder andere Einrichtung als Landesbetrieb, der dann in diesem Sinne steuerpflichtig würde. Es wäre eine hoch interessante Rechnung, die wir mal aufmachen sollten. Ich sichere Ihnen zu, dass ich mich bemühen werde. Von wann ist der Beschluss?

(Möhrmann [SPD]: Beschluss F 3!)

- Man wird den Beschluss dieses CDU-Parteitages irgendwo in den Archiven finden. Ich werde den Beschluss auswerten und dem Landtag insgesamt die Ergebnisse zustellen.

(Zuruf von der SPD: Sehr schön!)

Präsident Wernstedt:

Ich darf nur darauf hinweisen, dass die Landesregierung keine Fragen beantworten muss, die auf Parteien bezogen sind.

(Zuruf von der SPD: Aber sie darf!)

Frau Pothmer!

Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Minister, mich würde interessieren, wie es überhaupt zu der Initiative Niedersachsens im Bundesrat gekommen ist, wenn sich doch der Ministerpräsident eindeutig gegen eine Anhebung der Erbschaftsteuer ausgesprochen hat. Hatten Sie dafür noch nicht einmal im Kabinett eine Mehrheit?

Präsident Wernstedt:

Herr Aller!

Aller, Finanzminister:

Ich habe versucht, Ihnen deutlich zu machen, wie man auf der Bundesebene, vor allen Dingen auch in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, die ja häufig auch erst wegen der unterschiedlichen Auffassung der beiden Koalitionspartner

(Zurufe von der CDU: Oh!)

eine Positionierung finden muss, für Mehrheiten werben muss, die in Bereichen des Steuerrechts nicht unumstritten sind.

Dass die Erbschaftsteuerfrage in dieser Gesellschaft nicht unumstritten ist, ist klar.

(Frau Harms [GRÜNE]: Frau Pothmer wollte aber wissen, ob die Landesregierung zusammengefunden hat!)

Die Landesregierung hat in Vorbereitung auf diese Frage und in Kenntnis dieses Sachverhalts auf Initiative des Finanzministeriums - das ist unstreitig - auf der Ebene der Finanzminister für Mehrheiten geworben. Stärkster Partner war Schleswig-Holstein. Wir haben auch - das kann ich durchaus sagen - innerhalb der sozialdemokratischen Partei für Mehrheiten geworben. Es hat sich allerdings gezeigt, dass Koalitionsregierungen nicht immer in der Lage sind, Initiativen zuzustimmen, die von sozialdemokratischen Regierungen auf den Weg gebracht worden sind.

(Frau Harms [GRÜNE]: Um welche Koalition geht es denn in Niedersachsen?)

In diesem Kontext ist es doch gar kein Problem, Frau Harms, zuzugestehen, dass diese Initiative, nachdem sich fünf Länder gefunden hatten, es aber nicht mehr wurden, zum Scheitern verurteilt war. Deshalb haben kluge Leute gesagt: Diese Initiative wird zu diesem Zeitpunkt nicht weiter verfolgt. Zu denen gehörte auch der Niedersächsische Ministerpräsident.

(Frau Harms [GRÜNE]: Nicht beantwortet!)

Präsident Wernstedt:

Frau Pothmer stellt ihre zweite Frage.

Frau Pothmer (GRÜNE):

Herr Minister, nachdem Sie mir meine erste Frage nicht beantwortet haben, versuche ich es mit einer zweiten. Mich würde interessieren, ob sich die Landesregierung in dieser Frage inzwischen gefunden hat oder ob sie sich immer noch sucht.

Präsident Wernstedt:

Herr Minister!

Aller, Finanzminister:

Die Landesregierung hat sich bei diesem Sachverhalt auf folgende Position verständigt: Der Bundesfinanzhof hat entschieden. Das Urteil ist ergangen. Die Bundesregierung ist zum Beitreten aufgefordert worden. Ich habe vorhin deutlich gemacht - möglicherweise ist Ihnen das entgangen -, dass ich inzwischen mit der Staatssekretärin Frau Hendricks gesprochen habe.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Durften Sie das? Was sagt der Ministerpräsident dazu?)

Dabei hat Frau Hendricks deutlich gemacht, dass die Bundesregierung in einem Entscheidungsfindungsprozess ist und dass es dann, wenn dieser abgeschlossen ist, eine Rückkopplung geben wird. Zu dem Zeitpunkt werden sich insbesondere die fünf Bundesländer, die schon einmal initiativ geworden sind, dieser Frage mit besonderer Priorität annehmen. Darauf können Sie sich verlassen.

Präsident Wernstedt:

Weitere Wortmeldungen für Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die Dringliche Anfrage beantwortet.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, weise ich darauf hin, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, vor der Mittagspause eventuell noch den Tagesordnungspunkt 23, dessen Beratung für morgen vorgesehen ist, zu behandeln. Ich sage das, damit sich die möglichen Rednerinnen und Redner darauf vorbereiten können.

Ich rufe auf

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2002/2003 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Kultus, Wissenschaft und Kultur)

Für den jetzt anstehenden Teil der Haushaltsberatungen stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zur Verfügung: SPD und CDU jeweils 48 Minuten, Bündnis 90/Die Grünen 31 Minuten. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, dass die Landesregierung eine Redezeit von 31 Minuten nicht überschreitet.

Um die Debatte zu strukturieren, bitte ich, dass Sie sich schriftlich zu Wort melden und dabei angeben, zu welchem Gebiet Sie sprechen möchten.

Nach den Vorstellungen des Ältestenrates beginnen wir mit dem Bereich **Kultus**. Wenn dieser Bereich argumentativ abgearbeitet ist, kommen wir zum Bereich Wissenschaft und Kultur. Wie gesagt, danach werden wir, wenn die Zeit es zulässt, noch den Punkt 23 behandeln.

Es hat sich zunächst der Kollege Busemann zu Wort gemeldet.

Busemann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir kommen nun von der trockenen Finanzpolitik zur spannenden Bildungspolitik; das ist doch auch mal was.

Ich halte es für einen guten parlamentarischen Brauch, Herr Möhrmann, dass - entsprechend unserer Vereinbarung - jeweils die Opposition beginnt und die Regierung antwortet. Ich glaube, das ist eine gute Sache.

Die miserablen Ergebnisse deutscher Schülerinnen und Schüler im internationalen Leistungsvergleich, insbesondere in den Kategorien Lesen, Rechnen und Naturwissenschaften, zeigen einmal mehr, wie wichtig es ist, dass wir die Bildungsdebatte einmal grundsätzlich führen. Bildung und Wissen, Qualifikation und Kompetenz sind die ausschlaggebenden Standortfaktoren im weltweiten Wettbewerb.

Dass in Niedersachsen Grund zum Nachdenken besteht, zeigen diverse Studien. Das haben auch die letzten Ministerpräsidenten nach und nach bemerkt. Auch Herr Gabriel hat vor einiger Zeit ausgemacht, es bestünde Handlungsbedarf. Auch er hat erklärt, dass Schüler in Bayern und Baden-Württemberg wohl besser ausgebildet seien als in Niedersachsen. Daran ist ja wohl auch ein Stück Wahrheit. Wenn Schulabgänger in Niedersachsen danach gefragt werden, ob sie sich im Wettbewerb denn besser oder schlechter als die Absolventen anderer Bundesländer fühlen, kommt dabei immer wieder heraus, dass sie sich bundesweit offenbar am schlechtesten auf das Studium oder auf das Berufsleben vorbereitet fühlen.

Wenn wir bei den Bundeswehrsoldaten die Deutsch- und Rechenkenntnisse abchecken. kommt dabei heraus, dass die niedersächsischen Schulabgänger die schwächsten Ergebnisse vorweisen, bei Niedersachsen also die rote Laterne platziert ist. Dann hören wir von TIMSS und anderen Befragungen, dann hören wir von PISA. Angesichts der feinen Randbemerkungen, die unser Herr Ministerpräsident gestern gemacht hat, müssen wir uns, glaube ich, darauf einstellen, dass es, wenn im nächsten Jahr der Ländervergleich innerhalb Deutschlands präsentiert wird, für Niedersachsen nicht so gut ausgehen wird. Ich bin gespannt darauf, Frau Ministerin, was da auf uns zukommt. Wenn es denn so sein sollte, können Sie das nicht mehr auf Lehrer oder auf Ebbe und Flut abschieben, sondern dann müssen Sie bekennen, wo die Ursachen liegen, und darüber müssen wir reden.

(Beifall bei der CDU)

Es wird sehr oft - das gilt auch für uns - über quantitative Merkmale gesprochen. Das gehört zum Ganzen dazu. Aber ich meine, in erster Linie muss man sich in der Bildungspolitik ausführlich über Qualitätsfragen unterhalten.

Ich möchte an dieser Stelle, wie gestern bereits angedeutet, einmal den Komplex der Grundschule beleuchten. Gefordert ist insbesondere die Grundschule, in der die entscheidenden Grundlagen für Lerninhalte, Lernverhalten und Lernentwicklung gelegt werden. Ohne solides Fundament in der Grundschule - ich hoffe, das wird jeder unterschreiben - können wir die Schulstruktur so oder so machen; das ist völlig egal. In der Grundschule muss für das Wissen der jungen Leute ein ordentliches Fundament gelegt werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe den Eindruck, dass sozialdemokratische Bildungspolitik in den letzten zehn Jahren so gelaufen ist, dass man die Grundschule mehr oder weniger als Spiel- und Spaßschule verstanden hat oder sich dazu hat entwickeln lassen.

(Mühe [SPD]: Quatsch!)

- Da kommt schon wieder Protest. Dies zeigt, dass ich offenbar die richtige Wunde getroffen habe. - Offenbar hat man versäumt, notwendige Reformen voranzutreiben.

Wir sind, was die kleinen Schüler angeht, in der Diskussion schon wieder so weit, dass wir den Bildungsauftrag des Kindergartens mit Leben füllen wollen. Sie haben die Betreuung in der Grundschule dagegen gesetzt. Ich sage Ihnen: Unterrichtsausfall können Sie nicht mit Betreuung bekämpfen, sondern Unterrichtsausfall müssen Sie mit Unterricht bekämpfen.

(Beifall bei der CDU)

Es müssen Unterrichtsstunden her, die den Schulfächern verbindlich zugeordnet werden, und die Grundfertigkeiten - Lesen, Schreiben, Rechnen; man kann das nicht oft genug wiederholen - müssen gestärkt werden. Es muss geübt werden; es muss wiederholt werden. Das ist das, was die kleinen Klassenjahrgänge 1 bis 4 wirklich brauchen.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Es wäre auch vernünftig - da scheint sich die andere Seite ein bisschen zu bewegen -, ab der zweiten Klasse wieder Zensuren einzuführen. Auch die Kleinen wollen durchaus wissen, wo sie stehen. Wenn sie gute Noten erhalten, dann freuen sie sich darüber. Bei schlechteren Noten werden Hinweise darauf gegeben, was vielleicht zu verändern ist. Ich fordere an dieser Stelle ausdrücklich Zensuren ab der Klasse 2 zur Einschätzung des jeweiligen Leistungsstandes.

Die Frau Ministerin versucht ja bereits, die Kurve zu kriegen. Es war bereits von Vergleichsarbeiten nach der vierten Klasse die Rede, um zentrale Standards messen zu können. Ich meine, Frau Ministerin, dass wir da nicht weit auseinander sind. Sie können bei uns wahrscheinlich mehr Unterstützung erwarten als in Ihrer eigenen Partei und Fraktion. Aber warten wir einmal ab, wie es da so läuft.

Das Problem besteht erstens darin, die Standards über Rahmenrichtlinien richtig zu beschreiben. Das zweite Problem ist, den objektiven Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler den vorgegebenen Standards anzupassen. Was nützen die Wolkenkuckucksheime, wenn sie nicht erreicht werden? Daher muss der Leistungsstand den vorgegebenen Standards angepasst werden. Da wird es wohl nicht ohne Tests, Vergleichsarbeiten und ähnliche Dinge gehen; denn wir müssen immer wieder vermitteln und auch abprüfen, wie es um die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen wirklich bestellt ist.

Ich halte es für elementar wichtig, dass wir wieder das Grundschullehramt einführen.

(Beifall bei der CDU)

Meiner Meinung nach brauchen die Kleinen die besten Trainer, die ausdrücklich dafür ausgebildet sind, die um ihre Aufgabe wissen und sich den Kindern entsprechend zuwenden können, um sie für die weiterführenden Schulen entsprechend vorzubereiten. Ich habe den Eindruck, Frau Ministerin, dass dieses Ziel durch Ihre Einheitslehrerausbildung absolut nicht erreicht wird.

(Beifall bei der CDU)

Man kommt ja ins Nachdenken. Die jungen Leute, die in ein, zwei Jahren in Niedersachsen Abitur machen werden, sind unter Herrn Wernstedt 1990 eingeschult worden. Sie haben bislang nur sozialdemokratische Bildungspolitik genossen. Vielleicht haben Sie auch selbst einige Fehlentwicklungen in ihrem Schulwesen bemerkt.

Wenn ich jetzt noch einmal in die Grundschule hineinblende, dann kann ich feststellen, dass die Schülerinnen und Schüler an zahlreichen Grundschulstandorten in den Kernfächern Deutsch und Mathematik zu 70 % die Note Gut bekommen. Im Bundesschnitt bekommen diese Note - nebenbei bemerkt - etwa 30 % der Schülerinnen und Schüler. Insofern kann hier ja irgendetwas nicht stimmen. Man muss das einmal registrieren und fragen: Soll hier wieder einmal eine ehrliche und auch eine leistungsbezogene Bewertung vorgenommen werden? Das wird sicherlich ein Auftrag für die nächste Zeit sein, hier wieder eine vernünftige Ordnung hineinzubringen.

Darüber hinaus möchte ich Ihnen ausdrücklich sagen: Wir können Bildungspolitik nicht immer

schubladenweise betrachten. Vielmehr ist hier eine ganzheitliche Betrachtungsweise gefordert.

(Zuruf von Frau Steiner [GRÜNE])

Das sagt uns ja auch PISA, Frau Kollegin. Das beginnt im Kindergarten und endet beim Hochschulwesen und bei der Lehrerausbildung. Ich fordere an dieser Stelle die ganzheitliche Betrachtung. Deshalb kann ich mich nur schlecht damit abfinden - das sage ich Ihnen ganz offen -, dass die Zuständigkeiten innerhalb der Landesregierung auf drei Ministerien verteilt sind. Ich habe es gestern schon gesagt und möchte es heute ausdrücklich wiederholen: Wenn Sie, Frau Ministerin, den Bildungsauftrag des Kindergartens auch für das Schulwesen richtig verstehen, dann müssen Sie doch von sich aus antreten und sagen: Frau Trauernicht, das gehört nicht in Ihren Zuständigkeitsbereich. Wir möchten das wieder im Kultusministerium ansiedeln, um im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler alles Notwendige beordnen zu können.

(Zuruf von Coenen [CDU])

- Das kann auch der Ministerpräsident machen. Gut, da warten wir vielleicht auf die nächste Ideenskizze. Sei es drum. - Auch beim Wissenschaftsministerium muss zumindest die Koordination besser gehandelt werden. Außerdem müssen dort rechtzeitig Vorkehrungen dafür getroffen werden, dass wir den erforderlichen Lehrernachwuchs bekommen. Numerus clausus da und dort - das kann doch nicht die richtige Antwort sein.

Zum gesamten Problem der Qualitätssicherung im Schulwesen gehört natürlich auch die Schulstrukturreform. Absolut! Das ist vielleicht nicht das Allerwichtigste, aber das eine kann vom anderen nicht getrennt werden. Hier muss ich sagen: Der Status quo ist seit Jahren unverändert. Ein SPD-Modell jagt das andere. Kaum haben wir über das eine Modell miteinander gesprochen, kommen schon wieder neue Vorstellungen, sodass die Oppositionsseite nur unter Schwierigkeiten richtig einschätzen kann, wer das Sagen hat und was aufseiten der Sozialdemokraten eigentlich gewollt ist. Zuletzt gab es das elfte Modell des SPD-Landesvorstandes.

(Zuruf von Frau Steiner [GRÜNE])

- Was regen Sie sich denn über die SPD-Modelle auf, Frau Kollegin? Sie sind mit Ihren Vorstellungen zur sechsjährigen Grundschule usw. aus dem politischen Meinungsaustausch beinahe schon ausgeschieden. Es wird immer viel geredet. Aber Ihre Modelle sind weiß Gott nicht tragfähig.

(Frau Steiner [GRÜNE]: Wenn Sie die PISA-Studie lesen, werden Sie feststellen, dass wir da bestätigt werden!)

- Sie haben sie ja schon ganz gelesen, was für Sie sicherlich erfreulich ist.

Ich möchte Ihnen jetzt etwas zu dem jüngsten Modell, das uns vom SPD-Landesvorstand präsentiert worden ist, sagen. Ich möchte einmal die *Hannoversche Neue Presse* zitieren, die nicht in dem Verdacht steht, dass sie der christdemokratischen Seite nach dem Mund redet. In einem Kommentar vom 24. November dieses Jahres heißt es u. a.:

"Wohlfeile Worte sind eine ideale Tarnung, wenn die Kraft zu echten Taten fehlt. Womöglich reduziert sich die große Reform darauf, dass die Hausmeister nur ein neues Schild "Förderstufe" am Schulgebäude anschrauben."

Der Verfasser dieses Kommentars hat möglicherweise gar nicht so sehr Unrecht. Das macht uns auch Sorge. Frau Ministerin, noch vor vier Wochen wurde getönt: Orientierungsstufe wird abgeschafft. - Dann kriegen wir über das Etikett "Förderstufe" vielleicht wieder das gleiche Modell vorgelegt.

(Frau Vockert [CDU]: Das ist der Schwerpunkt!)

Es muss miteinander geklärt werden, ob das denn so ist. Beleuchten wir das, was zurzeit - ich sage einmal - als SPD-Modell mit Förderstufe in der Diskussion ist, dann muss man auch einmal fragen: Gilt da wirklich noch der Elternwille, der seit einiger Zeit ja auch von Ihnen so hochgehalten wird? Also: Der angeblich freie Elternwille nach Klasse 4 wäre dann doch nur noch Etikettenschwindel. Wenn Sie die angeblich freie Wahl der Förderstufe nämlich durch die Kapazitäten der Schule - die Kapazitätsverordnung läuft ja schon, was vielleicht sogar zu einem Losverfahren führen kann -, durch die Festlegung von Schulbezirken und durch die Forderung nach ausgewogener Sozialstruktur so weit einschränken, kann von Freiheit des Elternwillens überhaupt keine Rede mehr sein. Diese Frage müssen Sie beantworten.

(Beifall bei der CDU)

Die Förderstufe wird ja aufgrund Ihrer Definition zur Mogelpackung, wenn Lehrpläne und Lehrkräfte letzten Endes die gleichen sind. Herr Plaue hat es letztens verdeutlicht. Ich glaube, auch Herr Wulf hat sich gestern in einem Beitrag in diesem Sinne geäußert. Ich zitiere Herrn Plaue: "Alle Schüler absolvieren in den Klassen 5 und 6 das gleiche Kerncurriculum." Also, liebe Leute: Was soll diese Förderstufe? Das ist die O-Stufe, die wir schon seit eh und je haben und zu der DIPF und alle anderen - auch der Ministerpräsident - sagen, dass sie eigentlich abgeschafft werden soll.

(Zuruf von Meinhold [SPD])

- Zu Ihnen komme ich noch, Herr Meinhold, Ja. das ist wunderbar. Passen Sie mal auf! - Zum Gymnasium sagt uns der Philologenverband - diesen Kommentar sollten wir ernst nehmen -, das werde keine Förderstufe, sondern eine Bremsstufe. Es ist ja auch so. Das Gymnasium wird geschwächt, weil es in den Klassen 5 und 6 nicht nach gymnasialen Richtlinien unterrichten kann und dort Lehrkräfte aller Schulformen tätig sein sollen. Das Angebot eines Abiturs nach zwölf Schuljahren kann den notwendigen gymnasialen Qualitätsansprüchen nicht genügen, weil es erst in Klasse 7 beginnt und durch die ersatzlose Streichung eines ganzen Schuljahres erkauft wird. Zwei parallele Angebote, einmal so, einmal so, einmal 13 Jahre, einmal zwölf Jahre. Jedermann, der bürokratisch-technische Erfahrungen hat, sagt Ihnen: Das geht nicht; das kann kein Schulsystem leisten. - Zu den Kostenfragen möchte ich mich an dieser Stelle noch gar nicht äußern.

Dabei, meine Damen und Herren, habe ich eine ganz, ganz große Sorge. Ich bitte Sie, diese Sorge noch einmal genau zu beleuchten, weil wir auch ein Stück Ehrlichkeit brauchen. Ich habe den Eindruck, dass hier eine landesweite Kampagne gegen selbständige Hauptschulen und Realschulen installiert wird. In Niedersachsen gibt es 573 selbständige Hauptschul- und Realschulstandorte, die nicht miteinander verbunden sind. Oder sagen wir einmal: 60 % der Realschulen, 68 % der Hauptschulen. Sie provozieren durch Zusammenlegung dieser Schulen ein Schulsterben in Niedersachsen vor allem im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU)

Sie vernichten ein wohnortnahes Schulangebot. Das war bislang doch auch ein Stück weit ein Gütesiegel für unser niedersächsisches Schulwesen.

(Schack [SPD]: Rede doch keinen Blödsinn!)

Sie sagen immer: Alles freiwillig, alles nicht so gemeint, Übergangszeiten. - Ich aber bezeichne dies als Nadelstoß- und Dolchstoßpolitik. Es beginnt bei der mangelhaften Unterrichtsversorgung und setzt sich fort über die Einheitslehrerausbildung, die Nichtbesetzung von Schulleiterstellen und den Ausschluss von Ganztagsangeboten, es sei denn, die Schulen gehen nach der sozialdemokratischen Weltlehre vor. Dann kriegen sie Ganztagsangebote; andere aber nicht. Wenn Sie die Schulen schrittweise in Ihr kooperatives Modell hineinzwingen, bewirken Sie auf Sicht und offenbar gewolltermaßen ein Schulsterben insbesondere auf dem platten Lande. Das ist nicht unser Weltbild, und da werden wir auch nicht mitmachen. Das sage ich Ihnen ganz deutlich, Frau Ministerin.

(Beifall bei der CDU)

Förderstufen für diese kooperativen Systeme - das haben Sie beim Parteitag in Walsrode wohl auch zugestanden, Frau Ministerin; Sie sagen: "Wenn es gar nicht mehr anders geht", also am Liebsten überall nicht, allenfalls nur übergangsweise - können wir nicht mitmachen.

Ich möchte jetzt noch einmal auf die Diskussion über die Orientierungsstufe zurückkommen. Sie - vor allem aber Herr Gabriel - rühmen sich ja immer damit, Sie würden diesbezüglich Seite an Seite mit der Elternschaft vorgehen. Da passt angeblich kein Blatt Papier mehr dazwischen. Ich sage Ihnen jetzt aber, was der Landeselternrat zu Ihrem jüngsten Modell gesagt hat. Dazu gebe ich den Beschluss des Landeselternrates wieder.

(Biel [SPD]: Herr Busemann, was sagt denn Ihr Landrat dazu?)

- Sie können das alles ja gleich anders erzählen.
- Ich zitiere den Landeselternrat. Er sagt:

"Die Anbindung der Jahrgangsstufen 5 und 6 an alle weiterführenden Schulformen darf nicht nur möglich, sondern muss obligatorisch sein. Eine bloße einfache Umetikettierung werden wir nicht akzeptieren." An diesen Vorgaben werden sich alle an der bildungspolitischen Diskussion Beteiligten künftig messen lassen müssen. Ich sage: Alle weiterführenden Schulformen müssen die Jahrgangsstufen 5 und 6 obligatorisch erhalten. Wenn Sie hinter dieser Richtungsentscheidung zurückbleiben, sind Sie nicht mehr d'accord mit dem Landeselternrat. Dann können Sie nicht mehr herumlaufen und sagen: Wir und die Eltern machen das alles miteinander richtig. - Hier ist eine Trennung entstanden, mit der Sie politisch fertig werden müssen.

(Biel [SPD]: Haben Sie mit Ihrem Landrat schon einmal darüber gesprochen?)

- Darüber machen Sie sich mal keine Sorgen!

Nun die Kommentierung von einer anderen Seite. Sie haben vor Jahren ja ein ganz tolles ganzheitliches Mittelstandskonzept entwickelt, das die Zustimmung des Handwerks usw. gefunden hat. Ich sage Ihnen jetzt einmal, was das Handwerk denn zu Ihrem Modell sagt.

(Zuruf von Frau Steiner [GRÜNE])

- Frau Steiner, beruhigen Sie sich doch! - Das Handwerk hat kürzlich einen offenen Brief mit folgendem Inhalt geschrieben:

"Gerade Hauptschulen und Realschulen benötigen eine frühe Ausbildung in den Klassen 5 und 6, da gerade an diesen Schulformen die zurückgehende Ausbildungs- und Berufsreife von den Ausbildungsbetrieben am meisten beklagt wird. Eine Schlechterstellung der Haupt- und Realschulen gegenüber anderen Schulformen können wir nicht akzeptieren, weil 80 bis 90 % aller Lehrlinge des Handwerks aus diesen Schulformen kommen."

Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis, und pfeifen Sie vielleicht auch einmal Ihre Schulaufsichtsbeamten zurück, die noch vor wenigen Tagen offiziell erklärt haben - 30. November im *Weserkurier* -, aus der Hauptschule werde ein Auslaufmodell. Ist das nun Ihr Weltbild oder nicht? - Schaffen Sie da bitte Klarheit!

Meine Damen und Herren, nun zu den vielen Reförmchen, die wir aus den SPD-Unterbezirken wahrnehmen dürfen. Das ist doch ein Trauerspiel. Ich weiß auch nicht, wer bei Ihnen letztendlich Richtung hineinbringt. Herr Plaue ist gerade nicht da. Da gibt es eine bildungspolitische Meinungsvielfalt, angesichts derer ich sagen muss, dass die Steuerung eines Flohzirkusses beinahe noch einfacher ist.

Den SPD-Landesvorstand habe ich schon zitiert. Der SPD-Unterbezirk Stade hat sich ausdrücklich für die Nichtabschaffung der Orientierungsstufe ausgesprochen. Der SPD-Unterbezirk Gifhorn - Frau Ministerin, das ist doch Ihr Verein, da sollten Sie einmal Klartext reden - - -

(Buß [SPD]: Na, na, na!)

- Ihr geschätzter Parteiverein. Jede Partei ist ein Verein. BGB, meine Damen und Herren! - Also, der SPD-Unterbezirk Gifhorn hat sich für den Erhalt der O-Stufe ausgesprochen. Diese Position sei vorbehaltlos, denn die Schulform habe sich bewährt. - Ist das nun so, oder wie hat man das Ganze zu sehen? - Sie haben gar nichts begriffen, scheint mir.

(Zurufe von der SPD)

- Jetzt werden Sie langsam munter.

SPD Weser-Ems, Bericht *Neue Osnabrücker Zeitung* vom 3. Dezember: Auf Distanz zur Landespartei. Überwiegende Mehrheit des Bezirksausschusses sei gegen die Marschroute des Ministerpräsidenten.

Und jetzt Herr Kollege Meinhold.

(Meinhold [SPD]: Ja, schön!)

Das ist eine wahre Freude. Ich lese ja immer gerne die *Hannoversche Allgemeine Zeitung*. Sie kraftmeiern da, das ist herrlich, wunderbar, Sie poltern jeden Tag durch die Medien. Zitat Meinhold:

"Mal sehen, ob nicht auch hier gilt, dass Totgesagte länger leben … In dieser Partei"

- das ist Ihre Partei, Herr Meinhold, die Sozialdemokraten –

"wird immer noch diskutiert und nicht kommandiert."

So in der Neuen Presse vom 1. Dezember.

(Meinhold [SPD]: Alles von mir!)

Ich bin ja mal gespannt. Sie haben ja bald Parteitag. Ich habe Sorge um Sie. Nicht dass Sie hier groß kraftmeiern, den Tiger mimen und nachher in Goslar als Bettvorleger landen. Passen Sie auf!

(Zurufe von der SPD)

- Na ja, ein bisschen Humor gehört doch auch dazu.

(Klare [CDU]: Der Präsident lächelt auch schon!)

- Wenn der Präsident milde lächelt, freut mich das.

In der ganzen Auseinandersetzung toppt man sich ja Tag für Tag. Kürzlich hat der SPD-Bezirk Nordniedersachsen "schulformunabhängige Schulverbünde" entdeckt und spricht ganz deutlich davon: Jetzt muss es richtig losgehen mit Gesamtschulen in Niedersachsen. - Da sind Sie wieder bei Ihrem alten ideologischen Gedankengut, und da finden wir auch nicht mehr zusammen, habe ich den Eindruck, es sei denn, Sie schaffen da ganz, ganz schnell Klarheit.

(Meinhold [SPD]: Lesen Sie doch mal den Landeselternrat! Der fordert das!)

- Den Landeselternrat habe ich eben schon zitiert. Gucken Sie in das DIPF-Gutachten, was die prognostizieren, wozu es führt, wenn man in diesem Flächenland Niedersachsen auf der Basis der vorhandenen Schulstruktur das Gesamtschulsystem flächendeckend verbreitern will. Das darf ich hier ja eigentlich nicht sagen, aber die haben gesagt, das führe zum Schulkrieg.

(Meinhold [SPD]: Wer hat das gesagt?)

Es führt zu nachhaltigen Auseinandersetzungen, wenn diese Modelle Platz greifen sollten. - Aber das war bei Ihnen nur der Unterbezirk. Am Ende kommandiert ja ein anderer, und dann ist das auch wieder in Ordnung. Warten wir das einfach mal ab!

Dann gehen Sie immer gerne hin und sagen, weil Sie genau wissen, dass unser Modell griffig ist und das ieder versteht - - -

(Meinhold [SPD]: Das will nur keiner!)

Präsident Wernstedt:

Herr Kollege Busemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Voigtländer?

Busemann (CDU):

Nein.

Präsident Wernstedt:

Nein.

Busemann (CDU):

Dann sagen Sie, wir wären reaktionär, wir wollten zurück in die Schule der 50er- und 60er-Jahre.

(Beifall bei der SPD)

- Na prima. - Klopfen Sie doch einmal unser Modell ab! Gucken Sie sich einmal Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen an - das sind, glaube ich, sozialdemokratisch regierte Länder -: freier Elternwille nach Klasse 4, weiterführende Schulen mit eigenem Bildungsauftrag, aber hoher Durchlässigkeit ab Klasse 5. Dann würden Sie feststellen: So wahnsinnig weit weg von unseren Vorstellungen ist das auch nicht. Also, wo sitzen hier denn nun die Reaktionäre? Auf Ihrer Seite, auf unserer Seite oder in der Gesamtschulideologenkiste? - Seien Sie vorsichtig mit solchen Zuordnungen!

Wir Christdemokraten bieten an - das hat jeder begriffen; wir haben das mit "Qualitätsschule" überschrieben, und der Name ist gleichzeitig Programm -:

(Beifall bei der CDU)

Qualität gegen Gewusel, gegen Leistungsabfall. Wir bieten an: Weg mit der Orientierungsstufe, Abitur nach zwölf Jahren, ein modernes gegliedertes Schulwesen ab Klasse 5 mit Nachmittagsangeboten unter hoher Durchlässigkeit sowie eine Unterrichtsgarantie.

(Beifall bei der CDU)

Das mit der Unterrichtsgarantie ist ja ein abendfüllendes Thema: diese ständige Trickserei mit der Aushöhlung der Stundentafeln, den Klassenbildungserlassen, dem Größermachen von Klassen. Wir wollen über eine schulgesetzliche Regelung die Bandbreite so beschreiben, dass die Trickserei aufhört und die Schülerinnen und Schüler zu ihrem Unterricht kommen, dass es zur Erfüllung von Stundentafeln nach vorgegebenen Erlassen kommt. Das können wir an anderer Stelle gerne noch einmal vertiefen. Ich habe nichts dagegen - ich fände es sogar gut -, wenn hier ein Signal gesetzt würde und die Landesverfassung das entsprechend ausweist.

Die Unterrichtsversorgung gehört zu dem ganzen Thema dazu. 1989/90 - die Phase Ernst Albrecht, Kultusminister Horrmann; er war eben noch hier -, das waren goldene Jahre, zugegebenermaßen bei etwas niedrigeren Schülerzahlen.

(Lachen bei der SPD)

- Das gehört zur Gesamtbetrachtung dazu. Aber was ist zwischenzeitlich passiert? - Heute 12 % weniger Unterrichtsstunden pro Schüler und 19 % mehr Schüler pro Lehrer seit 1990. Das ist Ihre Bilanz! Das hat auch nichts mit Schülerzahlen zu tun; das kann man statistisch so zuordnen, dass man genau weiß, wer was gemacht hat und wer nichts gemacht hat.

Die Lehrerstellenreduzierung, die vor allen Dingen Ministerpräsident Schröder zu verantworten hat, haben Sie durch Ihre bescheidenen Zusatzeinstellungen noch nicht einmal wieder aufgefangen. Das ist die Wahrheit.

Der Stadtelternrat Braunschweig hat - das war in der *Braunschweiger Zeitung* am 4. November zu lesen - festgestellt: In Niedersachsen verliert jeder Schüler in seiner Schulzeit ein komplettes Unterrichtsjahr durch den Unterrichtsausfall. Im Schnitt 16 % Unterrichtsausfall in Niedersachsen quer durch unser Schulsystem. - Diesen Zustand kann man nicht hinnehmen. Das heißt, Herr Meinhold, jede Woche fallen in Niedersachsen 250 000 Unterrichtsstunden aus.

(Meinhold [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Wo haben Sie denn Rechnen gelernt?)

- Sie können ja gleich nach vorne kommen und das widerlegen. Aber Sie haben ja auch nicht widersprochen; das stand in der *Braunschweiger Zeitung*, amtlich ermittelt, amtlich bestätigt: 250 000 Unterrichtsstunden fallen aus.

(Zustimmung bei der CDU)

Da wird einem ja Angst und Bange. Ich habe den Eindruck, Frau Ministerin: Mangelbewirtschaftung, man sieht irgendwie zu, alles wird abgebügelt - der Finanzminister hat es gestern gesagt -, bis man über den Wahltermin 2002/2003 hinwegkommt, und dann kommt das Drama.

Ich sehe überhaupt keine Ansätze dafür, dass Vorkehrungen für den weiter wachsenden Schülerberg getroffen worden wären. In 2004, also in zweieinhalb Jahren, haben wir mindestens 8 000, wahrscheinlich noch ein paar mehr Schülerinnen und Schüler an den allgemein bildenden Schulen. Sie haben kein Konzept, wie dem durch Lehrereinstellungen begegnet werden soll.

(Wulf (Oldenburg) [SPD]: Natürlich haben wir das!)

- Wo ist denn der Haushaltsantrag, Herr Kollege Wulf?

Wenn wir in den berufsbildenden Bereich gucken: bis 2009 weitere 30 000 Schülerinnen und Schüler.

- Null Konzept, wie man das mit einer vernünftigen Lehrerversorgung auffangen will. Das wird einfach an die Seite gewischt und gesagt: Das werden wir schon irgendwie schaffen, irgendwann ist Wahl, und danach sieht man weiter. - Warten wir mal ab!

Ein weiterer dramatischer Faktor, meine Damen und Herren: Ab dem Jahr 2004 müssen wir dann noch die Hypothek der Lehrermehrarbeit abtragen. Sie kennen das ja: Die dürfen heute alle ein bisschen mehr arbeiten und hoffen, dann eine Gegenleistung in Form von weniger Arbeit, vielleicht auch Geld, zu bekommen. - Da ist bislang ein Gegenwert von 700 Vollzeitlehrkräften aufgestaut worden. Das ist, verteilt auf einen Zeitraum von 20 Jahren, ohne Zins und Zinseszins hochgerechnet, eine Belastung von 1,2 Milliarden DM. Frau Ministerin, ich weiß gar nicht, ob Ihnen das zahlenmäßig überhaupt so gegenwärtig ist. Sie haben da einen Wechsel auf die Zukunft ausgestellt. Das muss über 20 Jahre erst einmal wieder aufgearbeitet werden, sowohl fiskalisch als auch was Lehrerstellen anbelangt. Da kann ich nur sagen: Da haben Sie uns schon ein Ding hinterlassen. Es wird eine schwierige Sache, das wieder aufzuarbeiten.

(Voigtländer [SPD]: Sie brauchen das nicht!)

Aber wir trauen uns das schon zu, Herr Voigtländer. Warten Sie mal ab! Irgendeiner muss es ja machen. Sie stellen Wechsel auf die Zukunft aus und hoffen auf den Regierungswechsel, das wissen wir wohl.

(Beifall bei der CDU)

Zum Fachlehrermangel: Schon jetzt ist es so, dass von den ausgeschriebenen Stellen 20 % nicht mehr so besetzt werden konnten, wie sie ausgeschrieben waren, weil es dramatisch an Fachlehrern - etwa für Naturwissenschaften - fehlt. In den nächsten zehn Jahren gehen über 40 % unseres Lehrerbestands in den Ruhestand, und die "Nachwuchsproduktion", selbst wenn wir jetzt vielleicht eine kleine Trendwende erleben, läuft nicht zu 50 % einher. Das werden wir möglicherweise erst in zehn Jahren wieder einholen - wenn alles gut läuft und wenn der richtige politische Wille hinzu kommt.

Hier sehe ich also dramatische Verhältnisse auf uns zukommen. Dafür, Frau Ministerin, tragen Sie zu einem erheblichen Anteil die Mitverantwortung, und Ihre jeweiligen Regierungschefs natürlich auch. Da kann ich mich auch immer wieder auf die bekannten Positionen beziehen:

Warum haben wir keine Lehrer gekriegt? - Sie haben über etliche Jahre nur Dreiviertelstellen angeboten. Hier wurden die Lehrer schlechtgemacht: "faule Säcke", jetzt ist von Gänsen die Rede usw. Da wundert man sich, bei immer mehr Arbeitsbelastung, mehr Stunden, bei der Übertragung von immer mehr Aufgaben auf die Schulen? Sprechen Sie doch einmal mit den Lehrern an der Front, in den Kollegien, mit den Schulleitungen. Warum will denn kaum noch einer Lehrer werden? - Weil die Arbeitsbedingungen so schlecht geworden sind. Das gehört zur Wahrheit dazu, und da kann man Sie auch nicht aus der Verpflichtung entlassen.

Jetzt ist PISA gekommen - wir haben das gestern diskutiert, ich will das nicht vertiefen -, und Sie haben gleich wieder einen Schuldigen ausgemacht, nämlich denjenigen, den man vielleicht am meisten braucht, wenn man was verbessern will. Das passt auch nicht zu Ihrer eigenen Kampagne "Gute Leute machen Schule". Das hört sich wunderbar an. Aber wenn es dann konkret wird, haben wir die Lehrer gleich wieder als Sündenbock ausgemacht.

(Zustimmung bei der CDU)

Ein Punkt, der noch eine Rolle spielt, ist die Lehrerfortbildung. Da kann man nicht sagen, die Lehrer haben auch selber Schuld, die sollen sich gefälligst fortbilden, dann werden sie den Anforderungen auch besser gerecht. - Wir haben das hier vor einigen Wochen schon einmal ansprechen müssen,

und, Frau Ministerin, ich hoffe, Sie dementieren das heute nicht: Die Mittel für die Lehrerfortbildung sind in den Jahren von 1992 bis 2001 von 7 Millionen DM auf 3 Millionen DM reduziert worden. Das sind nicht die richtigen Signale, die man braucht. Sie sollten überlegen, ob Sie da nicht zur Umkehr kommen.

Schließlich: Wer mit uns aus gutem Grund in Konsensgesprächen über Schulstrukturfragen, über Qualitätsfragen usw. ist - es ist gute demokratische Kultur, dass man das so macht -, der kann dann nicht einfach in einer, wie ich finde, beschämenden, der Problematik nicht würdigen Form, Herr Finanzminister, hier sagen: 2 500 Lehrerstellen können wir nicht, wollen wir nicht, ist alles Quatsch.

Ich glaube, die Zahlen belegen es auch. Wir haben eine dramatische Situation im Bereich der Unterrichtsversorgung zu verzeichnen.

(Voigtländer [SPD]: 97 % sind bei Ihnen dramatisch?)

- Für den Zwischenruf kann ich mich nur bedanken. - Bei unseren Haushältern muss ich mich dafür bedanken, dass sie es immer wieder hinkriegen. zu sagen: Wir haben noch eine Finanzressource, wir haben noch das Potenzial. - Mit der politischen Beschlussfassung, dass wir das Potenzial für die Bildung bündeln wollen, sagen wir, dass wir versuchen sollten, vom Lehrermarkt das zu kriegen, was noch zu holen ist und was wir zahlenmäßig brauchen, nämlich 2 500 zusätzliche Lehrer. Das ist noch machbar. Jedes Jahr, in dem Sie das verhindern, wird es schwieriger; das ist wohl wahr. Aber wir haben uns das vorgenommen. Es ist auch machbar, es ist bezahlbar. Deshalb kann ich nur sagen - es ist ja auch der Änderungsantrag vorgelegt worden -: 2500 zusätzliche Lehrer werden von uns gefordert.

(Beifall bei der CDU)

Wer bildungspolitische Signale setzen will, wer mit uns über Konsens reden will, der muss auch darauf eine angemessene und würdige Einlassung bieten und darf nicht einfach sagen: Nein, das wollen wir nicht. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Wernstedt:

Zur zeitlichen Orientierung sei gesagt: Herr Busemann hat 27 Minuten Redezeit verbraucht. - Jetzt spricht Frau Litfin.

Frau Litfin (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es war ja ganz nett, dass der Kollege Busemann wenigstens zum Schluss seiner umfangreichen Einlassungen auf den Kern unserer Debatte, nämlich auf den Haushalt, zurückgekommen ist.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Das, was er gesagt hat, lässt sich aber sehr schnell vom Tisch wischen. Die 2 500 zusätzlichen Stellen für Lehrer und Lehrerinnen finanziert die CDU mit ihren Haushaltsanträgen genau ein halbes Jahr lang.

(Möhrmann [SPD]: Fünf Monate! - Klare [CDU]: Haushaltssystematik!)

Was ist danach, was passiert dann? Schmeißen wir die Leute dann wieder raus, oder erhöhen wir wegen der Personalkosten den Schuldenstand des Landes Niedersachsen, was wir aber nicht dürfen? - Daran sieht man, wie windig die Vorschläge sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Klare [CDU]: Wann beginnt das Schuljahr?)

Natürlich kann ich mich mit dem Kollegen Busemann auch auf das, was er inhaltlich zum Schulsystem, zu dessen Struktur und zu der Arbeit in der Schule gesagt hat, überhaupt nicht verständigen. Ich finde, er ist genau da, wo er vor einigen Jahren gestartet ist, nämlich in den 50er-Jahren,

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

und er kommt aus dieser Fessel einfach nicht heraus. Es ist doch sehr, sehr wichtig, dass erwachsene Menschen im Laufe ihres Lebens lernen, dass sich die Welt verändert, dass sich die Kinder verändern, dass sich auch die deutsche Gesellschaft verändert, dass sich auch die Herausforderungen verändern und dass sich selbstverständlich auch Schule verändern muss - es sei denn, Sie wollen über jede Schule den Spruch "Schuster bleib bei deinen Leisten" nageln. Von dem Kollegen Busemann habe ich den Eindruck, dass er das will. Dann wird

es aber auch keine Entwicklung in der Gesellschaft geben. Keine gesellschaftliche Entwicklung heißt: Rückentwicklung. Wir können uns ausrechnen, wie schnell wir mit den Vorschlägen des Kollegen Busemann in der Bronzezeit, wie ich einmal sagen will, angekommen sein werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber, meine Damen und Herren, ich habe natürlich herbe Kritik an der Vorgehensweise der Landesregierung zu üben. Damit war ja auch zu rechnen.

(Mühe [SPD]: Sonst würde uns etwas fehlen!)

Noch im Sommer hat die Landesregierung großspurig von einer Bildungsoffensive gesprochen, mit der sie Niedersachsen überziehen wollte. Inzwischen hat sie sich in ihrer Schulstrukturreform völlig verheddert. Sie sorgt selbst dafür, dass die große Bildungsoffensive den Stellenwert erhält, den sie verdient, nämlich gar keinen. Es ist alles ja auch folgerichtig. Denn die Landesregierung hat ihren Mund reichlich voll genommen, als sie ein paar zusätzliche Stellen in den Schulen "Bildungsoffensive" genannt hat.

Seitdem die SPD in Niedersachsen allein regiert, hat sie das hiesige Schulwesen leider gründlich heruntergewirtschaftet. Trotz steigender Schülerzahlen sind jahrelang Lehrerstellen abgebaut worden. Bei der Schüler-Lehrer-Relation ist Niedersachsen von seiner einstigen Spitzenstellung unter den Bundesländern inzwischen unter den Bundesdurchschnitt abgerutscht. Die Sollzahlen für die Unterrichtsversorgung wurden drastisch gesenkt, und trotzdem liegt die statistische Unterrichtsversorgung in Niedersachsen bei nur 97,2 %. Jeder weiß, was diese Zahl im Schulalltag bedeutet.

(Busemann [CDU]: Bei Statistik ist das wie mit der Haarfarbe!)

Mit ihrer großartigen Bildungsoffensive will die Landesregierung die Unterrichtsversorgung gerade mal um 0,9 Prozentpunkte anheben - von 100 % noch weit entfernt.

Als Bildungsoffensive will die Landesregierung heute verkaufen, dass sie die Stellen wieder einrichtet, die sie selbst in den vergangenen Jahren, seitdem die SPD hier allein regiert, abgebaut hat.

(Frau Körtner [CDU]: Trotz steigender Schülerzahlen!)

Die Schülerzahl ist inzwischen - da hat die Kollegin Körtner Recht - um mehr als 100 000 gestiegen. Auch am Ende dieser so genannten Bildungsoffensive wird also, vorausgesetzt, der Landesregierung geht nicht zwischendurch die Puste - sprich: das Geld - aus, die Schüler-Lehrer-Relation immer noch um 10 % schlechter sein als 1994. Das ist keine Bildungsoffensive, sondern ein Bildungsbluff. Ich glaube, weder Eltern noch Lehrkräfte noch die älteren Schüler und Schülerinnen lassen sich dadurch bluffen. Sie wissen genau, was mit ihnen geschieht.

Der Alltag wird in den niedersächsischen Schulen weiterhin von Mangelverwaltung gekennzeichnet sein. Meine Fraktion hat 17,5 Millionen Euro für 350 zusätzliche Stellen in ihre Haushaltsvorschläge eingesetzt. Die sollen dafür verwendet werden, die Unterrichtsversorgung anzuheben.

(Frau Steiner [GRÜNE]: Die sind auch noch solide finanziert!)

Im Gegensatz zu den Vorschlägen der CDU, die sich ja bombastisch anhören, sind diese Stellen durch die Haushaltsvorschläge meiner Fraktion real finanziert, und zwar langfristig und nicht nur bis übermorgen.

Nun ist es schlimm genug, dass die Landesregierung noch immer zu wenig Mittel für die Schulen einsetzt. Aber noch schlimmer ist es, dass sie diese Mittel nicht gezielt und sinnvoll einsetzt. Zweimal 45 Stellen sollen allein für zusätzlichen Unterricht in Naturwissenschaften in der Sekundarstufe I eingesetzt werden. Abgesehen davon, dass die Landesregierung Mühe haben wird, diese Stellen überhaupt zu besetzen, muss man dazu sagen: Mehr vom Gleichen hilft nicht weiter. - Wenn es der heutige Physik- und Chemieunterricht in aller Regel leider nicht schafft, die Schüler und Schülerinnen für diese Fächer zu begeistern, dann werden zwei Stunden mehr davon eher noch mehr Frust erzeugen.

(Frau Seeler [SPD]: Sollen wir die Stellen streichen, oder was?)

Was wir brauchen, ist nicht mehr Unterricht, sondern ein anderer, ein besserer Unterricht, ein Unterricht, der an den Interessen der Schüler und Schülerinnen anknüpft, ein Unterricht, der problemlösungsorientiert ist, ein Unterricht, der Schülern und Schülerinnen Freude macht. Ich finde, die Dänen sagen völlig zu Recht: Die Lust ist das halbe Werk.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zusätzliche Ressourcen werden - da hat der Kollege Busemann ausnahmsweise Recht -

(Busemann [CDU]: Danke!)

vor allem in der Grundschule gebraucht. Hier wird das Fundament für das weitere Lernen auch in den Naturwissenschaften gelegt. Deutschland leistet sich den zweifelhaften Luxus, weit weniger Mittel für den Grundschulbereich aufzuwenden als der Durchschnitt der OECD-Länder. Länder wie Japan und Schweden, die auch bei PISA deutlich besser abgeschnitten haben als wir, geben weitaus mehr Geld für ihren Grundschulbereich aus. In Italien, das wir vor einiger Zeit mit dem Kultusausschuss besucht haben, sitzen im Durchschnitt 15 Schüler und Schülerinnen in einer Klasse, und die Doppelbesetzung ist eher die Regel als die Ausnahme. In Italien werden grundsätzlich alle behinderten Kinder, alle Kinder mit Beeinträchtigungen in der Regelschule beschult. Auch Italien sieht beim Leistungsvergleich besser aus als wir.

An dieser Stelle, im Grundschulbereich, muss zunächst umgesteuert werden, und zwar zügig. Wir als Gesellschaft können es uns nicht leisten, damit bis zum Sankt-Nimmerleinstag zu warten. Aber auch hier kann es nicht um mehr des Gleichen gehen. Notwendig ist ein Unterricht, der alle Kinder dort abholt, wo sie stehen, und der alle Kinder in ihrer Vielfalt und in ihren Begabungen fördert.

Wenn ein Befund von PISA wirklich erschütternd ist, dann ist es der, dass nirgendwo sonst benachteiligte Kinder und Migrantenkinder so wenig gefördert werden wie in Deutschland. Darauf hat aber der Kollege Busemann in seinen Einlassungen überhaupt keine Rücksicht genommen. Er berücksichtigt nicht, dass die Experten in der PISA-Studie festgestellt haben, dass gerade die sehr frühe Selektion im deutschen Bildungswesen, also das Aufteilen nach Klasse 4, dafür sorgt, dass Kinder aus nicht bildungsbewussten Elternhäusern keine Chance im deutschen Schulwesen und damit auch keine Chance in der Arbeitswelt und zur Gestaltung ihrer Zukunft haben.

Aber der SPD-Landesregierung muss vorgeworfen werden, dass sie in Niedersachsen dafür gesorgt hat, dass es auch im Bereich der Benachteiligtenförderung schlechter geworden ist. Sie hat 1994 die Förderstunden um ein Drittel gekürzt. Mit den zwei Mal 115 Stellen für Förderstunden und für sozialpädagogische Maßnahmen an Haupt- und

Realschulen gibt die Landesregierung nicht einmal das zurück, was sie selbst den Schulen an Förderstunden genommen hat, obwohl auch dort inzwischen mehr Schüler und Schülerinnen mit zusätzlichem Förderbedarf sind.

Und warum wieder nur für die Sekundarstufe? Bereits in der Grundschule werden für viele Kinder die Weichen völlig falsch gestellt. Wenn sie dort nicht gezielt gefördert werden können - auch das sagen die Experten von PISA -, sind sie in den weiterführenden Schulen verloren.

Für das Projekt "Lernen unter einem Dach" werden so wenig Mittel bereitgestellt, dass es nur noch ein Feigenblatt ist, um das Auslaufenlassen der Integrationsklassen in Niedersachsen zu kaschieren. Wenn es die Landesregierung mit der Förderung benachteiligter Kinder ernst meinen würde, dann müsste sie endlich dafür sorgen, dass das Projekt "Lernen unter einem Dach" vorankommt und in Niedersachsen obligatorisch wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn nicht nur die Kinder mit offensichtlichen Beeinträchtigungen der Lernfähigkeit profitieren von sonderpädagogischer Förderung in den Grundschulen, sondern alle Kinder profitieren davon; selbst die Leistungsstarken werden besser. Das ist durch Integrationsklassen bewiesen worden, wenn sonderpädagogische Förderung in den Grundschulklassen stattfindet.

Unsere Gesellschaft kann es sich weder sozial noch ökonomisch leisten, dass ein Zehntel oder mehr der Jugendlichen ohne ausreichende Schulbildung bleibt, dass sie oftmals schon abgeschrieben werden, bevor sie die Schule verlassen haben. Hier muss sehr viel mehr Mühe, aber auch sehr viel mehr Geld aufgewendet werden, um diese Jugendlichen mitzunehmen.

Ich darf Sie noch einmal an die Bevölkerungsentwicklung erinnern, die wir bereits haben und die wir nicht umkehren können. Wir brauchen auch als Gesellschaft, auch für unsere wirtschaftliche Entwicklung jedes einzelne dieser Kinder. Keines darf verloren gehen.

Die Landesregierung hat im Sommer vollmundig auch ein flächendeckendes Ganztagsschulangebot versprochen. Auch bei diesem Thema sind inzwischen leise Töne eingekehrt. Zwei Mal 120 Stellen für Ganztagsschulen will die Landesregierung im Doppelhaushalt bereitstellen. Rheinland-Pfalz, das Ministerpräsident Gabriel sich ja gerne zum Vorbild nimmt, setzt 1 000 zusätzliche Stellen für die Ganztagsschulen ein, obwohl das Land viel kleiner ist. Niedersachsen wird mit den 240 Stellen der SPD-Landesregierung vielleicht ein billiges Aufbewahrungsangebot organisieren können, ein sinnvolles ganztägiges Bildungsangebot wird so an den Schulen nicht zu schaffen sein. Das ist der gleiche Fehler, den die Landesregierung schon mit den Grundschulen gemacht hat. Sie verpulvert erhebliche Ressourcen für die Verlässliche Grundschule, nur um den Kindern eine Aufbewahrung bis 13 Uhr garantieren zu können.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Damit entlastet sie die Jugendhilfe - das ist ja auch ganz nett -, aber an zusätzlicher Bildungszeit für die Kinder bringt das gar nichts. Im Gegenteil, in vielen dieser Schulen können wir beobachten, dass in Krankheitsperioden Förderstunden für Vertretungsunterricht genutzt werden müssen, um die Aufbewahrungsgarantie einhalten zu können,

(Frau Körtner [CDU]: Genau!)

sodass auch noch das bisschen Förderzeit wegfällt, das in den Pausen stattfinden sollte.

Die Kultusministerin ist immer schnell dabei, anderen die Schuld zuzuschieben, wenn über die Misere an den Schulen gesprochen wird. Mal sind es Schüler und Schülerinnen, denen es angeblich an Anstrengungsbereitschaft fehlt und die mit Kopfzensuren und mit immer mehr Vergleichsarbeiten angetrieben werden sollen. Mal sind es die Lehrer und Lehrerinnen, die angeblich nicht bereit sind, an Fortbildungen teilzunehmen. Tatsächlich war es die Kultusministerin, die die Lehrkräfte für die Teilnahme an Fortbildungen diskriminiert hat, die die Möglichkeiten zur Fortbildung drastisch eingeschränkt hat und die dann natürlich erleben musste, dass die Teilnahme an Fortbildungen deutlich zurückgegangen ist.

Noch eine Aufgabe, die die Landesregierung nicht erfüllt, ist, den Fortbildungs- und Beratungsbedarf durch entsprechende Angebote zu befriedigen, die den Schulen bei ihrer Qualitätsentwicklung und bei der Qualitätsentwicklung des Unterrichtes tatsächlich weiterhelfen.

Die Ignoranz und Arroganz der Kultusministerin gegenüber ihren eigenen Lehrkräften schadet nicht nur den Schulen und damit den Kindern, sondern auch dem Landeshaushalt. Im Oktober ist berichtet worden, dass die Zahl der Lehrkräfte in Niedersachsen, die wegen Dienstunfähigkeit frühzeitig pensioniert werden mussten, einen neuen Rekordstand erreicht hat. Das Land zahlt dafür jährlich einen dreistelligen Millionenbetrag. Die Kultusministerin hat aber kein wirksames Konzept, wie sie dieser Entwicklung gegensteuern will.

Die 500 000 Euro, die sie jetzt für den Arbeitsschutz an Schulen bereitstellen will, haben nur eine Alibifunktion und reichen nicht einmal aus, um die seit Jahren bestehenden gesetzlichen Arbeitsschutzverpflichtungen, die das Ministerium nie erfüllt hat, zu erfüllen. Auch dafür fordern wir mehr Geld. Wir wollen 5 Millionen Euro für den Arbeits- und Gesundheitsschutz einsetzen, damit endlich wirksame Programme gegen die vorzeitige Dienstunfähigkeit und auch gegen den hohen Krankenstand an den Schulen aufgelegt werden können. Dieses Geld würde sich für das Land auf mittlere Sicht rentieren. Denn es ist preiswerter, Lehrer und Lehrerinnen bis zur Beendigung ihrer normalen Dienstzeit in den Schulen zu halten und sie für Unterricht zu bezahlen, anstatt sie vorzeitig in Pension zu schicken und weiter bezahlen zu müssen. Denn wir alle wissen ja: Das kommt aus dem Landeshaushalt. Es gibt keinen Sparstrumpf für Pensionen, der irgendwo unter dem Tisch liegt und aus dem dann gezahlt wird.

Die Kultusministerin stellt die Schule gerne als einen Betrieb und sich selbst als moderne Betriebsleiterin dar. Wenn sie wirklich Erfolg haben will, dann muss sie endlich lernen, dass man den Betrieb Schule nicht mit dem Rohrstock leiten kann. Dann muss sie endlich lernen, die eigenen Fähigkeiten, die Motivation der Lehrer und Lehrerinnen, der Schüler und Schülerinnen zu aktivieren und zu fördern. Ich fürchte, bis dahin ist noch ein langer Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Wernstedt:

Das Wort hat die Abgeordnete Seeler.

Frau Seeler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Litfin, am Anfang sind Sie ja gut gestartet. Aber dann sind Sie leider doch wieder in das übliche Oppositionsverhalten verfallen.

(Busemann [CDU]: Sagen Sie uns lieber, was Sie meinen!)

Das zeigt sich darin: Opposition ist die Kunst, etwas zu versprechen, was die Regierung nicht halten kann.

(Klare [CDU]: Das macht ihr schon ganz allein! - Busemann [CDU]: Jetzt sagen Sie uns, was Sie nicht alles halten! Das ist ja spannender!)

Wir müssen das natürlich anders machen. Wir versprechen nämlich nur das, was wir halten können.

(Ontijd [CDU]: Jetzt haben Sie sich aber versprochen!)

Bildungspolitik ist, wie in den vergangenen Jahren, so auch in diesem Jahr, Schwerpunkt unserer Landespolitik, was sich auch bei der Aufstellung dieses Haushalts widerspiegelt. Weil schon vor PISA einige Schwächen unseres Bildungssystems erkennbar waren, haben wir mit unserer Bildungsoffensive schon die richtigen Weichen für Niedersachsen gestellt.

(Busemann [CDU]: Ihr wart sozusagen Hellseher!)

Mehr Stellen für die Unterrichtsversorgung, mehr Mittel für Betreuung und Vertretung, mehr Mittel für die Förderung in den Klassen 5 und 6, mehr Stunden für den naturwissenschaftlichen Unterricht, mehr Mittel für die Ganztagsschulen - um nur einige Punkte unserer Bildungsoffensive zu nennen.

Mit dem Doppelhaushalt 2002/2003 werden dafür jährlich 100 Millionen DM für die niedersächsischen Schulen bereitgestellt. Damit steigern wir in nur drei Jahren unseren Bildungsetat um mehr als 310 Millionen DM.

(Frau Vockert [CDU]: Bei wie viel Schülern mehr?)

Meine Damen und Herren, in allen Bereichen - seien es die Schulen oder die Hochschulen - geben wir mehr Entscheidungsfreiheit und auch mehr Verantwortung an die vor Ort handelnden Personen. Im Hochschulbereich haben wir mit dem Innovationspakt II, der zwischen der Landesregierung und der Landeshochschulkonferenz geschlossen wurde, für die Hochschulen mehr Planungssicherheit geschaffen. Die Hochschulen erhalten mit diesem Entwurf jährlich rund 25 Millionen Euro zusätzlich. Auch wenn die Hochschulen im vergangenen Jahr diesen Betrag einmalig zur Haus-

haltskonsolidierung abführen mussten, erhalten sie den Betrag nun zurück und für die nächsten Jahre Planungssicherheit. Diese Planungssicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die nächsten Reformschritte an den Universitäten und Fachhochschulen. Mit dem neuen NHG werden wir die vor einigen Jahren begonnene Wende von der input- zur outputorientierten, leistungsorientierten Finanzierung vollziehen.

Weitere Ziele sind die Qualitätssicherung in der Lehre, der Ausbau der Autonomie und der Nachwuchsförderung. Ein wesentliches Element dabei ist die Einführung der Juniorprofessur, die als neue Personalkategorie in das neue NHG eingeführt wird. Bereits in der vergangenen Woche hat in Niedersachsen die bundesweit erste Juniorprofessorin im Fachbereich Chemie der Universität Göttingen die Arbeit aufgenommen.

Ich möchte darüber hinaus noch drei weitere Bereiche nennen, die für die Modernität und Innovation der niedersächsischen Hochschulpolitik stehen.

(Fischer [CDU]: Da ist der Wissenschaftsminister schnell rausgelaufen!)

Erstens die Eliteförderung. Mit Hilfe der wissenschaftlichen Kommission haben wir die Graduiertenförderung konsequent zu einer Eliteförderung, die diesen Namen auch wirklich verdient, weiterentwickelt. Insgesamt stehen hierfür für die Jahre 2002 und 2003 rund 7,2 Millionen Euro bzw. 8,3 Millionen Euro zur Verfügung.

Zweitens ein schnelleres Studium durch Intensivstudiengänge. Zum gerade beginnenden Wintersemester wird die Zahl der Intensivstudiengänge von derzeit drei auf 15 steigen. Für die Erprobungsphase sind dafür jährlich mehr als 1 Million Euro vorgesehen.

Drittens. Für uns gilt immer noch der Satz: Frauenförderung ist Hochschulreform. Deshalb begrüße ich Programme wie das Hochschulwissenschaftsprogramm und das Dorothea-Erxleben-Programm.

Präsident Wernstedt:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Fischer?

Frau Seeler (SPD):

Nein danke.

(Fischer [CDU]: Ich wollte nur wissen, ob der Wissenschaftsminister nicht dabei sein sollte!)

Deshalb begrüße ich es, dass das Hochschulwissenschaftsprogramm und das Dorothea-Erxleben-Programm ihre Wirkung entfalten. Das zeigt sich in der kontinuierlichen Steigerung der Promotionen von Frauen auf fast 33 % und der Habilitationen auf 21,4 % sowie einer stetigen Zunahme der Neuberufungen von Frauen auf Professuren. Ihr Anteil betrug 1999 an Universitäten 16,8 % und an Fachhochschulen 19 %. Es geht also mit der Frauenquote stetig aufwärts.

Allein diese wenigen Ausschnitte aus dem umfangreichen Haushalt des Wissenschaftsministeriums zeigen, dass Niedersachsen dabei ist, die Hochschulen für die Erfordernisse der Zukunft umzustrukturieren. Wie exzellent und erfolgreich unsere Hochschulpolitik ist, zeigen die neusten Zahlen der Studienanfänger und Studienanfängerinnen, die im laufenden Wintersemester um 9,8 % gestiegen sind. Mit dieser Steigerung liegt Niedersachsen übrigens zwei Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt.

Bei den Lehramtsstudenten beträgt die Steigerungsrate sogar 15 %. Das Ansehen des Lehrerberufs kann also doch nicht so schlecht sein, Herr Busemann.

Jetzt komme ich zum Schulbereich. Bei uns gehören nämlich sowohl der Hochschul- als auch der Schulbereich zum Bildungsbereich. Auch in den Schulen haben wir wichtige innovative Schritte eingeleitet. Deswegen haben wir schon zu Beginn der Legislaturperiode mit der Qualitätsdebatte begonnen und die Bildungsoffensive, von der ich vorhin bereits gesprochen habe, gestartet.

Wie anfangs schon gesagt, stellen wir dafür 310 Millionen DM zusätzlich bereit. Die PISA-Studie hat nach TIMSS und dem DIPF-Gutachten gezeigt, wie unausweichlich eine umfassende Schulreform ist, wenn wir den Anschluss an andere Länder nicht verlieren wollen. Dabei ist Geld allerdings nicht alles; das hat Frau Litfin auch bestätigt. Es ist allerdings auch falsch, was die CDU-Fraktion gesagt hat. Es geht nicht darum, Fakten, Fakten auswendig zu lernen. Es geht auch nicht darum, Druck durch die Zensuren auszuüben. Im Gegenteil: Nach den Untersuchungsergebnissen müssen wir vor allen Dingen unsere Lernkultur infrage stellen,

(Zuruf von Oestmann [CDU])

in der das Auswendiglernen von Fakten und Formeln im Vordergrund steht. Dies reicht nämlich offensichtlich für die Bewältigung realer Problemstellungen nicht aus.

(Zuruf von Frau Vockert [CDU])

Nein, Schule muss heute Lernsituationen herstellen, in denen Schüler Lösungswege allein oder mit Hilfe von anderen Schülerinnen und Schülern oder des Lehrers erarbeiten können.

(Busemann [CDU]: Aber die Grundfertigkeiten müssen doch erst mal sitzen!)

Außerdem muss eigenständiges Denken verstärkt und gelernt werden, damit die Kinder dieses Wissen und diese Verfahrungsweisen auf reale Problemstellungen bezogen anwenden können. Dafür ist in unseren Schulen die Qualitätssteigerung durch eine veränderte Aus- und Fortbildung von Lehrkräften wichtig, um die Methodik und Didaktik des Unterrichts ebenso wie die Diagnosefähigkeit der Lehrkräfte zu verbessern, damit sie die Schwierigkeiten der Kinder, aber auch ihre Stärken rechtzeitig erkennen und die Kinder entsprechend fördern können. Auch dies hat die TIMSS-Studie gezeigt.

Mit der Erhöhung des erziehungswissenschaftlichen Anteils bei der Lehrerausbildung und auch der Präsenztage, die zur Weiterbildung der Lehrkräfte dienen sollen, sind wir auf dem richtigen Weg.

Wir halten es bei der Schuldiskussion in der jetzigen Zeit so: Es gibt noch viel zu tun, also lassen Sie es uns anpacken. Die Bildungsoffensive bietet uns dafür das finanzielle Fundament. Mit 2 100 zusätzlichen Stellen werden wir die Unterrichtsversorgung verbessern. Hinzu kommen die über 1 000 Stellen für die Verlässliche Grundschule und dann auch noch 157 Millionen DM für Vertretungs- und Betreuungskräfte.

Übrigens haben die Eltern, Lehrkräfte und Schulträger die Chancen der VGS erkannt. Deshalb sind seit dem Start vor drei Jahren schon mehr als 1 100 der rund 1 800 Grundschulen Verlässliche Grundschulen geworden. Es gibt kein Reformprojekt, das so schnell flächendeckend umgesetzt wurde.

Auch für das Fördern und Fordern in den Jahrgängen 5 und 6 gibt es mehr Mittel, nämlich 30 Millionen DM.

Auch hoch begabte Kinder sollen eine angemessene Förderung bekommen. Auch dafür werden Mittel - nämlich 5,2 Millionen DM - zur Verfügung gestellt.

Wichtig ist uns vor allem der Ausbau des Ganztagsschulnetzes. Aus familienpolitischen Gründen, vor allem aber auch aus ausbildungspolitischen Gründen ist dieser Ausbau unausweichbar. 70 Millionen DM jährlich setzen wir in den nächsten Jahren dafür ein. Zwar wird vom Philologen- und auch vom Realschullehrerverband heftige Kritik daran geübt, weil wir prioritär verbundene Haupt- und Realschulen als Ganztagsschulen ausbauen wollen. Aber auch hier zeigt die PI-SA-Studie, dass dieser Ansatz richtig ist. Denn gerade dort gibt es viele Immigrantenkinder und Kinder aus bildungsferneren Schichten, die eine intensive Förderung besonders benötigen.

(Zuruf von Frau Körtner [CDU])

Diese sollen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Deshalb ist diese Prioritätensetzung nicht nur vertretbar, sondern sozial- und bildungspolitisch geradezu unausweichlich.

Summa summarum eröffnet der vorgelegte Haushalt neue Chance, und wir werden sie nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Wernstedt:

Jetzt hat der Kollege Klare um das Wort gebeten.

Klare (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Seeler, es wundert mich wirklich, mit welcher Oberflächlichkeit Sie über die Probleme der Schulen hinweggehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe angesichts einer solchen Problemsituation, wie sie an den Schulen besteht und wie sie uns von Eltern, Lehrern und Schülern geschildert wurde, noch nie erlebt, dass von der Regierungspartei in einer Haushaltsrede mit keinem Wort auf die Probleme eingegangen wird.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Frau Seeler [SPD])

Meine Damen und Herren, diese Art und Weise des Umgangs mit der Schule ist verantwortungslos und unangemessen, und wir werden unseren Aufgaben als Parlament nicht gerecht, wenn wir so miteinander umgehen.

(Beifall bei der CDU - Frau Seeler [SPD]: Herr Klare, Sie müssen zuhören!)

Sie wollen die Probleme nicht sehen. Das scheint die Politik der Landesregierung zu sein. Deswegen haben Sie auch fast das gesamte Vertrauen verloren, das Ihnen am Anfang entgegengebracht wurde.

(Frau Seeler [SPD]: Ach, Herr Klare, gucken Sie sich doch mal die Wahlergebnisse an!)

Was ist das für eine großartige schulpolitische Partei gewesen mit einer großen Tradition, Frau Seeler, und was ist nun daraus geworden? - Ein Mischmasch, ein Zirkus, ein Schönreden der Probleme. So werden wir nicht weitermachen können. Wir müssen endlich eine Veränderung herbeiführen.

(Beifall bei der CDU)

Das Vertrauen in die Landesregierung ist zutiefst gestört. Auch das Vertrauen in Sie, Frau Ministerin, ist zutiefst gestört; Frau Litfin hat vorhin darauf hingewiesen. Auch die Art und Weise, wie Sie mit Lehrerinnen und Lehrern und mit Eltern umgehen - nämlich diese dreiste Art und Weise der Bevormundung -, hat dazu geführt, dass das Vertrauen verloren gegangen ist. Dies hat zur Demotivation an unseren Schulen und zwar zur Demotivation derjenigen geführt, die Tag für Tag ihrer Arbeit nachgehen und mit Schülern bzw. mit Kindern auf langfristig angelegte Erziehungsziele hinarbeiten. Die nehmen Schaden durch eine solche Politik. Das liegt auch daran, meine Damen und Herren, dass Sie draußen anders reden, als Sie hier in Hannover handeln. Die Politik des Versprechens und des Nichteinhaltens führt dazu, dass die Leute kein Vertrauen mehr zu Ihnen haben. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir nehmen natürlich zur Kenntnis - Frau Seeler, Sie haben ein paar Zahlen genannt -, dass in der einen oder anderen Situation etwas getan wird, z. B. dass es zusätzliche Lehrerstellen gibt. Das war ja jahrelang nicht so. Das registrieren wir auch positiv. Ich sage Ihnen aber: Mit dieser realen Lehrereinstellung erreichen Sie keine Verbesserung, sondern - wenn überhaupt - halten Sie damit gerade einmal den schlechten Status quo. Hinzu kommt, dass Sie Stellen, die Sie vorher weggekürzt haben, z. B. im berufsbildenden Bereich, jetzt wieder hinzugeben. Das ist keine Verbesserung, sondern eine Festschreibung des schlechten Status quo.

(Vizepräsident Gansäuer übernimmt den Vorsitz)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren - das ist ja aufgrund Ihrer Statistik und der Statistik in anderen Bundesländern nachweisbar -: Trotz der vierten Bildungsoffensive in dieser Wahlperiode steht es an unseren Schulen schlecht. Bei einem Vergleich mit anderen Bundesländern stellt man fest - das ist leider die traurige Wahrheit -, dass in Niedersachsen der meiste Bildungsabbau betrieben worden ist. Diesen gab es in keinem anderen Bundesland. Das ist ein Skandal.

Frau Ministerin, ich habe das Kernproblem der niedersächsischen Bildungspolitik darin ausgemacht, dass Sie unsere Schulen vernachlässigen, indem Sie den Schulen immer mehr Verantwortung auferlegen, aber immer weniger Finanzmittel dafür zur Verfügung stellen. Hinzu kommt ein hoher Unterrichtsausfall trotz Reduzierung der Stundentafel, zu wenig Lehrerstellen bei steigenden Schülerzahlen, fehlende Qualitätsstandards für Schulleistungen, Hinnahme von deutlichen Qualitätsunterschieden zwischen den Schulen und zu anderen Bundesländern und eine Verdrängung des Erziehungsauftrages. Das ist die aktuelle Situation, über die Sie jedoch kein Wort verlieren.

Meine Damen und Herren, ich finde, dass endlich Schluss sein muss mit schönen Begriffen, mit denen Sie nur die wahre Situation verschleiern wollen. Was war denn das Modernisierungskonzept für berufsbildende Schulen? - Herr Lücht, Sie sind ja ein Fachmann. Man hat den Schulen 10 % des Unterrichtes weggerechnet mit der fatalen Folge, dass wir hinsichtlich der Ausbildungssituation im ländlichen Bereich große Probleme bekommen werden. Das ist leider die Realität.

(Beifall bei der CDU)

Was ist denn aus der Verlässlichen Grundschule geworden? - Natürlich haben viele diese beantragt; allerdings nur, weil ihre anderen Schulen ausgeblutet worden wären, wenn sie diese nicht beantragt hätten. Es ist eine Abkehr von bewährten pädagogischen Konzepten, die bis jetzt erprobt worden und gut gelaufen sind. Frau Ministerin, Sie werden sich hiermit noch einiges einhandeln. Warum reden Sie nicht über die Probleme dieser Verlässlichen Grundschule? - Es ist doch nicht akzeptabel, dass Förderunterricht in den Pausen stattfindet. Wer will denn in den Pausen gefördert werden? Das ist doch ein Unsinn hoch drei!

(Beifall bei der CDU)

Hinzu kommt, dass Sie keine Betreuungskräfte auf 630-DM-Basis und nicht genügend Vertretungslehrer bekommen werden. In einigen Bereichen geht es sicherlich, aber in vielen Bereichen gibt es Probleme. Dieses kann man ja auch den Presseberichten entnehmen. Diese Verlässliche Grundschule ist in manchen Bereichen zu einer verlassenen Schule geworden, meine Damen und Herren.

Auch bei dem Programm "Lernen unter einem Dach" - Frau Litfin hat bereits darauf hingewiesen - gaukeln Sie Integration vor, schaffen aber neue Probleme in den Grundschulklassen, weil man in den großen Grundschulklassen mit zwei Förderstunden natürlich nicht behinderte Kinder fördern kann. Das muss doch jedem einleuchten, der sich mit Schulpolitik befasst.

Zur Bildungsoffensive habe ich bereits etwas gesagt.

Meine Damen und Herren, damit das einmal ganz deutlich wird, möchte ich Folgendes zum Schluss sagen: Ich habe hier ein aktuelles Zeugnis einer Hauptschulschülerin vorliegen.

(Zuruf von Ministerin Jürgens-Pieper)

- Ich habe es Ihnen gegeben, Frau Ministerin. Sie hätten mir ja antworten können. Vielleicht können Sie ja gleich etwas dazu sagen.

(Zuruf von Frau Seeler [SPD])

- Nein, ich bekomme immer die aktuellen Zeugnisse; dieses ist vom letzten Schuljahr, meine Damen und Herren. - In 5 von 13 Pflichtfächern konnte keine Zensur erteilt werden. Bei den Fächern Geschichte, Erdkunde, Physik und Chemie gibt es jeweils einen Verweis auf eine Bemerkung; das Fach Biologie wurde erst gar nicht erteilt -. Die

Bemerkung lautet, dass wegen langfristiger Erkrankung der Lehrkraft keine Zensur erteilt werden kann.

(Frau Vockert [CDU]: Kein Einzelfall! - Busemann [CDU]: Das ist kein Einzelfall!)

Meine Damen und Herren, das ist kein Einzelfall, das ist die Realität. Jetzt sagen Sie diesem jungen Mädchen einmal, wie ihre Zukunft aussieht. Das ist ein Mädchen einer Hauptschule, die sich darauf vorbereitet, irgendwann in den Beruf einzusteigen. Kein einziges naturwissenschaftliches Fach wird unterrichtet, und die lapidare Bemerkung lautet: Wegen langfristiger Erkrankung einer Lehrkraft kann keine Zensur erteilt werden. - Dies, meine Damen und Herren, ist ein Skandal. Wir lassen die Schönrederei und die Manipulation bei der Unterrichtsversorgung nicht mehr länger durchgehen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, warum will denn eigentlich kein Mensch mehr Schulleiter in diesem Lande werden? - Das ist so, weil Sie die Verantwortung auf die Schule übertragen, aber die Finanzmittel dafür nicht zur Verfügung stellen, und weil die Leute keine Lust haben, sich von der Bezirksregierung bevormunden zu lassen, wie es z. B. in Gifhorn geschehen ist.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man um die zentrale Bedeutung von Schulleiterinnen und Schulleitern weiß, dann muss es einen doch umtreiben. Meine Damen und Herren von der SPD, Sie haben in den letzten elf Jahren regiert. Wir merken, dass die Luft bei Ihnen heraus ist. Deswegen kann ich nur sagen: Sie haben abgewirtschaftet - es tut mir leid, das sagen zu müssen, weil es um Kinder geht -, und aus diesem Grunde müssen Sie so schnell wie möglich aus der Regierungsverantwortung heraus.

(Beifall bei der CDU - Fischer [CDU]: Richtig!)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Wulf, Sie haben das Wort.

Wulf (Oldenburg) (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Luft ist bei uns keineswegs heraus, Herr Klare, sondern wir werden die reale und gute Schulpolitik in Niedersachsen, die wir bis jetzt schon gemacht haben, fortsetzen.

(Klare [CDU]: Das ist genau das, was ich gesagt habe!)

Es ist eindeutig, dass der Wunsch Vater Ihres Gedankens ist. Selbstverständlich, Herr Klare, werden wir uns den Problemen widmen, die es in der Schulpolitik gibt.

(Klare [CDU]: Wann denn?)

- Das machen wir jeden Tag, und wir werden das auch weiterhin tun.

(Beifall bei der SPD)

In allen Beiträgen, die es gestern und heute gegeben hat, ist deutlich geworden, dass für die SPD Bildung oberste Priorität hat.

(Busemann [CDU]: Deshalb sind die gerade alle herausgegangen!)

Das ist keine oberflächliche Feststellung, sondern in diesem Haushalt wird alles diesem Ziel untergeordnet, denn die Investition in die Zukunft unserer Kinder ist unser Leitmotiv. Der Haushalt 2002/2003 ist eindeutig davon geprägt, dass wir Bildung in den Mittelpunkt stellen. Das haben wir auch vorher schon getan, und zwar bereits vor der PISA-Studie, indem wir mit der Bildungsoffensive, die wir in diesem Jahr eingeleitet haben, ein 100-Millionen-DM-Programm für Bildung und Qualifizierung vorgelegt haben. Das setzen wir mit diesem Haushalt um.

Wir haben eine ganze Hitliste an Maßnahmen in die Wege geleitet.

(Biallas [CDU]: Es wäre schön, wenn Sie zur Wahrheit kämen!)

Ich möchte Ihnen einen Ausschnitt davon kurz darstellen: Wir stellen zwischen 2000 und 2003 zusätzlich 3 100 Kräfte für unsere Schulen ein. Damit erhalten wir junge Lehrerinnen und Lehrer für unsere Schulen, und der Altersdurchschnitt in den Kollegien wird verringert, trotz des Katastrophenszenarios, das Sie hier aufzuzeigen versuchen. Bis 2003 werden alle Grundschulen im Lande verlässlich, und wir garantieren eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung nach Stundentafel plus einer fünfprozentigen Vertretungsreserve plus einem Betreuungsangebot in den ersten beiden

Klassen plus der Einführung in die erste Fremdsprache in der dritten Klasse. Das ist schulpolitisch eine Erfolgsstory, der die CDU nichts, aber auch gar nichts entgegensetzen kann.

(Beifall bei der SPD)

Mit den kommenden Jahren werden wir mit dem speziellen Programm des Förderns und Forderns in den Jahrgängen 5 und 6 beginnen. Dafür - das ist dargestellt worden - setzen wir die entsprechenden Mittel ein, und zwar bis zu 30 Millionen DM.

(Frau Körtner [CDU]: Dafür werdet Ihr abgewählt!)

Dieses Geld werden wir den Schulen als Budget zur Verfügung stellen. Damit werden spezielle Fördermaßnahmen für die Schülerinnen und Schüler dieser Jahrgänge organisiert werden, sodass diese Jahrgänge dem Begriff "Förderstufe" tatsächlich gerecht werden. Es ist keineswegs, Herr Busemann, ein Auswechseln eines Türschildes, denn mit dem Begriff "Förderstufe" - der Name sagt es deutlich - ist auch ein inhaltliches Konzept verbunden, das sich von der Orientierungsstufe deutlich unterscheidet. Es geht nicht nur darum, Bildungswege aufzuzeigen und zu "orientieren", sondern auch darum, die inhaltlichen Schwerpunkte auf das Fördern, die Entwicklung der Fertigkeiten und Fähigkeiten und die Probleme der Kinder zu setzen. Das ist die inhaltliche Neuorientierung. Auch wenn Sie es nicht begreifen, es ist kein Auswechseln des Türschildes, sondern etwas völlig Neues.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die kooperative Haupt- und Realschule als zusätzliche Regelschule ins Schulgesetz aufnehmen, und wir werden mit einem Netz von Ganztagsangeboten die Basis für die Vereinbarung von Familie und Beruf legen.

(Klare [CDU]: Wollen wir wetten, dass Sie das nicht durchhalten?)

Das für den Bereich der Sonderpädagogik erstellte Integrationskonzept "Lernen unter einem Dach" werden wir fortsetzen und ausbauen. Dem naturwissenschaftlichen Unterricht werden wir durch die Einstellung von speziellen Lehrkräften mehr Raum geben. Darüber hinaus werden wir die Hochbegabten besonders fördern, und wir werden mit dem Programm N21 weiterhin Vorreiter in Deutschland sein, um Schulen online zu stellen.

Das ist eine Hitliste, gegen die Sie nichts sagen können.

(Biallas [CDU]: Wie sieht es mit der Unterrichtsversorgung aus?)

Ich möchte mich jetzt einigen dieser Punkte widmen, um deutlich zu machen, wie das eigentlich gehen soll. Voraussetzung dafür ist natürlich ein seriös finanzierter Haushalt; und den haben wir aufgestellt.

Unsere zusätzlichen Lehrkräfte können wir finanzieren. Wenn wir zwischen 1998 und 2003 vor der Tatsache stehen, dass 12 000 Lehrkräfte aus Altersgründen die Schule verlassen, dann werden wir diese 12 000 Menschen durch neue Lehrkräfte ersetzen. Darüber hinaus stellen wir mehr als 3 000 Menschen - das hat Frau Seeler deutlich gemacht zusätzlich in den niedersächsischen Schuldienst ein, sodass die SPD in Niedersachsen am Ende der Legislaturperiode, in diesen fünf Jahren, mehr als 15 000 junge Menschen in den Schuldienst eingestellt haben wird. Das ist meines Erachtens eine enorme Leistung.

(Beifall bei der SPD - Busemann [CDU]: Wie viele sind denn bis dahin pensioniert worden? Denken Sie einmal an die Pensionierungsquote!)

Dann schaue ich mir einmal den Haushaltsplanentwurf der CDU-Fraktion an. Großspurig findet man da den Titel "Herstellung der Unterrichtsgarantie durch 2 500 zusätzliche Lehrkräfte" an den verschiedenen Schulformen. Da hat Frau Litfin so richtig den Finger in die Wunde gelegt; denn Sie stellen hierfür zwar 48 Millionen Euro ein, im Ergebnis also mehr als 90 Millionen DM. Aber was verbirgt sich denn dahinter? - Die Einstellung dieser Lehrkräfte ab dem 1. August 2002 - das sind fünf Monate. Sie wollen die Einstellung dieser Lehrkräfte mit Mehreinnahmen aus der Förderabgabe finanzieren, von der Sie ganz genau wissen, dass das Aufkommen zurückgehen wird. Das ist eine reine Luftbuchung, nichts anderes!

(Beifall bei der SPD)

Da Sie nur einen Haushalt für 2002 vorlegen und keinen Plan für 2003 haben, drücken Sie sich eindeutig vor der Antwort auf die Frage, wie Sie diese Lehrkräfte im Jahre 2003 finanzieren wollen. Ihre 2 500 zusätzlichen Lehrkräfte kosten im Jahre 2003 nämlich mindestens 115 Millionen Euro, also rund 230 Millionen DM. Sie aber sagen kein Wort

dazu, woher das Geld dafür kommen soll. Das lassen wir Ihnen durchgehen, und das werden Ihnen auch die Bürgerinnen und Bürger des Landes nicht durchgehen lassen. Das ist unseriös, das sind nur Luftnummern, und das merken die Menschen. Das werden Sie sehen.

(Beifall bei der SPD - Busemann [CDU]: Aber Sie prahlen hier mit 12 000 Lehrkräften!)

Meine Damen und Herren, wir werden die Unterrichtsversorgung in Niedersachsen trotz des Anstiegs der Zahl der Schülerinnen und Schüler, der bis zum Jahre 2004 anhalten wird, weiter verbessern. Wir werden sie an den allgemein bildenden Schulen um 1 % auf 98,1 % heraufsetzen.

(Klare [CDU]: Herr Wulf, seit etwa zehn Jahren die gleiche Leier!)

Das Krisenszenario, das Sie, Herr Klare, hier wieder an die Wand gemalt haben, werden wir nicht gelten lassen.

(Klare [CDU]: Sie werden, Sie werden, Sie werden! Statistikmanipulation!)

Wir werden die Unterrichtsversorgung verbessern. Wir haben die Unterrichtsversorgung in vielen Fällen bereits verbessert und werden mit der Einstellung junger Lehrerinnen und Lehrer in unseren Bemühungen nicht nachlassen.

Unsere Maßnahmen zur Sicherung des Lehrerinnen- und Lehrernachwuchses sind bereits erfolgreich angelaufen. Bereits zum Wintersemester 2000 hat sich die Zahl der Studienanfänger deutlich erhöht. Die Werbemaßnahmen, die die Regierung zusammen mit den Gewerkschaften durchgeführt hat und denen Sie sich verweigert haben, haben dazu geführt, dass die Studienanfängerzahlen in den Lehramtsstudiengängen bereits im letzten Jahr um 25 % und in diesem Wintersemester noch einmal um 15 % gestiegen sind. Das zeigt, dass der niedersächsische Schuldienst für junge Menschen attraktiv ist.

(Beifall bei der SPD - Busemann [CDU]: Wann werden die denn fertig?)

Wir werden ihnen, nachdem sie sehr schnell fertig geworden sind,

(Lachen bei der CDU)

auch ermöglichen, das Referendariat zu absolvieren. Wir haben die Stellen im Vorbereitungsdienst für alle Lehrämter gegenüber 1990 von 2 800 auf aktuell mehr als 4 200 Stellen nahezu verdoppelt. Das bedeutet den Wegfall von Wartezeiten und ist eine Attraktivitätssteigerung sowie eine Maßnahme, die in die richtige Richtung geht. Ich meine, dass diesen Maßnahmen sogar Sie zustimmen müssten.

Meine Damen und Herren, mit der Schulreform. mit der wir im nächsten Jahr beginnen werden, wollen wir insbesondere das Fördern in den Mittelpunkt stellen und dabei insbesondere die Grundschulen, aber auch die fünften und sechsten Klassen in ihren Maßnahmen unterstützen. Wir werden die Förderung der Schülerinnen und Schüler - lernschwacher wie lernstarker - in den Jahrgängen 5 und 6 durch die Maßnahmen in der Personalausstattung und durch die organisatorische und inhaltliche Verzahnung zwischen Grundschule, den Klassen 5 und 6 und den weiterführenden Schulen verbessern. Wir erstellen individuelle Förderpläne, die wir auch evaluieren. Wir werden Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte entwickeln und in diesen Schulstufen mehr Beratungslehrkräfte einstellen; und zwar mit den Mitteln, die wir dafür zur Verfügung gestellt haben - bis zu 30 Millionen DM in den nächsten Haushaltsjahren.

In Folgendem widerspreche ich Ihnen, Herr Busemann, absolut: Wir werden kein Schulsterben in der Fläche haben, sondern wir werden verstärkt wohnortnahe attraktive Angebote insbesondere im ländlichen Bereich vorhalten. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der SPD)

Wir arbeiten daran, das Stadt-Land-Bildungsgefälle abzubauen. Das ist ein Gebot der Chancengleichheit. Außerdem stecken in diesen ländlichen Regionen - das hat die DIPF-Untersuchung deutlich zum Ausdruck gebracht - Bildungspotenziale, die wir ausschöpfen wollen. Aus diesem Grunde werden wir insbesondere das gymnasiale Angebot in der Fläche durchgehend verbessern.

(Widerspruch bei der CDU - Klare [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Wulf, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Wulf (Oldenburg) (SPD):

Aber natürlich. Wenn Herr Klare kommt, dann immer.

Vizepräsident Gansäuer:

Bitte sehr, Herr Klare!

Klare (CDU):

Können Sie eine Bemerkung dazu machen, wie viele Anträge es in der Vergangenheit von Schulträgern gegeben hat, gymnasiale Angebote im Lande zu unterbreiten, und wie viele insgesamt angenommen worden sind?

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Bitte sehr, Herr Wulf!

Wulf (Oldenburg) (SPD):

Herr Klare, ich kann Ihnen natürlich nicht die konkrete Zahl nennen; das müsste die Landesregierung machen. Ich möchte Sie aber darauf hinweisen, dass es Ihr Kultusminister - Herr Remmers - gewesen ist, der in den 70er-Jahren die Möglichkeiten, die gymnasialen Angebote z. B. an Realschulen durchzuführen, gestoppt hat. Das waren Sie!

(Beifall bei der SPD - Busemann [CDU]: Es geht um die letzten zehn Jahre!)

Meine Damen und Herren, wir wollen auch ein flächendeckendes Netz von Ganztagsangeboten in Niedersachsen aufbauen.

(Harden [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Wulf, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Wulf (Oldenburg) (SPD):

Jetzt ist Schluss! Das muss reichen.

Vizepräsident Gansäuer:

Das war Ihr Fraktionskollege Harden, der Sie fragen wollte.

Wulf (Oldenburg) (SPD):

Es tut mir Leid! Das habe ich nicht gesehen. Trotzdem: Wir wollen ja auch zum Ende kommen.

Meine Damen und Herren, wir werden dieses flächendeckende Netz an Ganztagsangeboten entwickeln, wobei dieses Angebot jeweils zwei bis drei Schulen an einem Standort realisieren sollen. Wir werden Mittel Höhe bis in von 70 Millionen DM einsetzen, um sicherzustellen, dass mit diesen Nachmittagsangeboten Bildung und Erziehung gewährleistet und nicht nur ein Aufbewahrungsmodell realisiert wird, wie Frau Litfin es uns unterstellt hat. Wir wollen dadurch eine stärkere Förderung der Schülerinnen und Schüler erreichen und ihre Fähigkeit und Fertigkeiten entwickeln.

Meine Damen und Herren, auch das Konzept "Lernen unter einem Dach" werden wir fortführen. Das ist kein Feigenblatt, wie uns unterstellt worden ist, sondern wir werden mit diesem gemeinsamen Unterricht Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterstützen und weiter fördern.

Wir haben bereits im Schuljahr 2001 in 13 Regionen solche regionalen Integrationskonzepte eingeführt. Ab dem 1. August 2001 werden in zehn weiteren Regionen Integrationskonzepte verfolgt. Im Augenblick bereitet die hierfür zuständige Arbeitsgruppe für weitere Bereiche regionale Integrationskonzepte vor.

Mit der Initiative N21 haben wir zusammen mit der Industrie eine Initiative in die Wege geleitet, für die bereits 750 niedersächsische Schulen einen Antrag gestellt haben und in deren Rahmen wir mit 36 Millionen DM die Arbeit der Schulen im Bereich des Internet online fördern. Das werden wir fortsetzen.

Meine Damen und Herren, selbst durch diesen kleinen Ausschnitt wird deutlich, dass die SPD in Niedersachsen eine konkrete Politik im Interesse der Kinder und Jugendlichen unseres Landes betreibt. Das ist im Gegensatz zu Ihnen von der CDU-Fraktion solide finanziert. Das sind keine Luftbuchungen. Damit werden wir die Menschen im Lande überzeugen. Niedersachsen macht Schule, und zwar eine gute, durch die SPD. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Ministerin Jürgens-Pieper, Sie haben das Wort.

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal gilt mein herzlicher Dank der Fraktion für diese Haushaltsberatung. Ich kann mir eigentlich nichts Schöneres wünschen als die Absicherung unserer Pläne. Wir sind damit glänzend aufgestellt. Seit dem Haushalt 2000 haben wir 310 Millionen DM mehr - und zwar im Haushalt sichtbar und nicht, wie Sie es machen, im Haushalt angekündigt, aber nicht sichtbar. Wo ist das Geld, mit dem Sie das unterlegen, was Sie hier im Parlament erzählen? Ich werde darauf nachher noch genauer eingehen.

Als ich Herrn Klare gehört habe, hatte ich den Eindruck: Er hat wieder einmal eine Besuchergruppe auf der Tribüne sitzen, dass er hier so in die Sahne hauen muss. Hinterher kommt er wieder an und entschuldigt sich und will die nächste Verlässliche Grundschule haben. Das geht so am laufenden Band.

(Beifall bei der SPD)

Da wird gehetzt und gehetzt, und in der Wirklichkeit, wenn ich draußen bin, werde ich gefragt, ob nicht dieses oder jenes geht. Wir sollten uns an solchen Stellen ein wenig mehr Ehrlichkeit zugestehen. Ehrlichkeit haben wir im Haushalt; das ist schon gesagt worden. Wir sichern die Finanzierung der Verlässlichen Grundschule ab, und zwar auch, was die Lehrerstellen angeht. Auch das erzählen Sie ständig falsch. Wir sichern für das Jahr 2002 300 und für das Jahr 2003 500 Lehrerstellen ab. Außerdem sichern wir die Unterrichtsversorgung ab. Dieses Mal ist sogar eine Verbesserung drin. Das wird sich im nächsten Jahr zeigen. Insbesondere wollen wir die Orientierungsstufen sowie die Haupt- und Realschulen mit zusätzlichen Stellen versehen, weil dort noch einige Probleme zu bewältigen sind.

(Zuruf von Ontijd [CDU])

- Versuchen Sie das doch erst einmal mit Ihren Vorschlägen zum Haushalt. Ich werde Ihnen gleich zeigen, was Sie veranstalten.

(Eppers [CDU]: Warum so giftig?)

- Wie es in den Wald hinein schallt, so kommt es wieder zurück! - Der Primarbereich wird also besser finanziert. Wir haben hier Wesentliches getan. Wir haben jetzt auch den Ausbau der Ganztagsangebote abgesichert. Wir befinden uns hier im Übrigen nicht bei Null, sondern bei 130 Schulen. Auch hierzu gibt es einen CDU-Antrag, auf den ich gleich noch eingehen werde, der haushaltsmäßig nicht abgesichert ist. Es gibt keine Finanzierungsvorschläge für das Ganztagsprogramm, das die CDU gefordert hat.

Die Förderung besonderer Begabungen ist abgesichert. Der naturwissenschaftliche Unterricht ist abgesichert. Das findet bei allen -außer offensichtlich bei Ihnen, Frau Litfin - Zustimmung. Ich werde ausgesprochen dafür gelobt, dass wir gemeinsam einen Schwerpunkt für Naturwissenschaften und Technik gesetzt haben. Dass Schülerinnen und Schüler besser vorbereitet werden müssen, ist Thema in dieser Gesellschaft, und das hat auch etwas damit zu tun, ob sie durchgehend Unterricht in Physik und Chemie haben. Sie sollten sich einmal umhören.

Die Strukturreform und die inhaltlichen Reformen, die wir vorhaben, können wir mit diesem Haushalt sehr gut absichern.

Ich danke für die Ergänzungen, die gegenüber dem Haushaltsplanentwurf vorgenommen wurden, und zwar insbesondere für die 100 zusätzlichen Stellen für Anwärter und Referendare. Das war auch für die Absicherung unserer gemeinsamen Initiative hinsichtlich des dänischen Modells, Kompetenzzentren zu schaffen, wichtig. Auch hier sind nach den Haushaltsberatungen in den Ausschüssen zusätzliche Mittel im Haushalt vorgesehen. Das gilt auch für die Aufstockung der Mittel für das Aktionsbündnis gegen Rechts. Auch hierfür sind zusätzliche Mittel in den Haushalt eingestellt worden. Dafür sage ich herzlichen Dank.

Nun zu Ihnen von der CDU-Fraktion und zu Ihren Vorschlägen. Sie haben Unterrichtsgarantie gefordert. Ich will Ihnen in diesem Zusammenhang einmal aufzeigen, was Sie in der letzten Zeit gemacht haben. Sie haben fünf Soll-Erhöhungen gefordert – ich lese das einmal vor -: die Erhöhung der Stundentafel für die Grundschule von 88 auf 96 Stunden, die Erhöhung der Schülerpflichtstundenzahl in der Kursstufe von 28 auf 32 Stunden, die Erhöhung der Stundentafel für die Hauptschule um eine Stunde, die Erhöhung der Stundentafel für die Realschule um zwei auf 32 Stunden. Das bedeutet,

dass die CDU hier zunächst einmal 2 151 Stellen einsetzen müsste, damit die Unterrichtsversorgung nicht sinkt. Zusätzliche Stellen haben Sie nicht eingesetzt. Also nehmen Sie in Kauf, dass die Unterrichtsversorgung von 97 % um 4 Prozentpunkte auf 93 % sinkt. – Das ist eine wunderbare Unterrichtsgarantie!

Jetzt geht es weiter: Sie wollen eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung. Sie haben den Antrag gestellt, zusätzlich 1 500 Stellen für allgemein bildende Schulen und 1 500 zusätzliche Stellen für berufsbildende Schulen zur Verfügung zu stellen. Auch dieser Antrag liegt dem Parlament vor. Das würde für den allgemein bildenden Bereich eine Erhöhung der Unterrichtsversorgung um 3 Prozentpunkte bedeuten. Damit wären wir wieder bei 96 %. – Wo ist die Unterrichtsgarantie?

(Krumfuß [CDU]: Das würde helfen!)

Mit einer Umsetzung Ihrer Anträge würde das Unterrichtssoll gesenkt. Gleichwohl halten Sie hier im Parlament solche Reden. Das ist doch eine Unverschämtheit!

(Beifall bei der SPD)

Die Unterrichtsversorgung würde, wenn wir Ihren Anträgen folgen würden, von 97 auf 93 % absinken, oder aber Sie müssten 2 151 Stellen finanzieren.

(Hogrefe [CDU]: Das sind Milchmädchenrechnungen!)

Sie haben einen "Ganztagsantrag" gestellt. Wir haben diesen Antrag durchgerechnet, Sie offensichtlich nicht. Sie müssten dafür maximal 343 Millionen DM ausgeben. Das kann ein bisschen preiswerter werden, aber im Prinzip ist es das. Gegengerechnet haben Sie den Sek II-Zuschlag. Das finde ich klasse. Endlich gibt es einmal eine Gegenrechnung. Diese Gegenrechnung ergibt 2,6 Millionen DM gegenüber den genannten 343 Millionen DM.

Alle Anträge, die Sie zum Bildungsbereich gestellt haben, machen in der Gesamtrechnung ein Finanzvolumen von 570 Millionen DM pro Jahr aus. Wenn Sie das für fünf Monate finanzieren wollen, wie Sie dies immer tun – unsere Finanzierungsrechnungen beziehen sich immer auf zwölf Monate –, sind das immer noch 237 Millionen DM. Für den Haushalt haben Sie 95 Millionen DM vorgesehen. Was ist das für eine Art, hier derart auf die

Pauke zu hauen, über Probleme zu reden, anschließend nichts, aber auch gar nichts finanziell darzustellen? - Das ist zumindest finanzpolitisch die Note 6!

(Beifall bei der SPD)

Bildungspolitisch versagt man, wenn man den Leuten etwas vormacht, anschließend aber nicht sauber durchfinanziert. Von Ihrem "Ganztagsantrag" ist im Zusammenhang mit dem Haushalt nichts mehr zu hören. Der Antrag wird aber gleichwohl noch beraten. Ich freue mich auf die nächste Beratung, in der dann vielleicht noch ein Antrag zum Haushalt gestellt wird. Ich möchte einmal wissen, wie Sie das machen wollen. Wahrscheinlich mit einer Ergänzungsvorlage.

Jetzt zu den Grünen. Frau Litfin, das, was Sie über Italien und Dänemark erzählt haben, zeugt nicht von Kenntnis der PISA-Studie. Ich überreiche Ihnen nachher den internationalen Vergleich. Wenn Sie um die durchschnittlichen Leistungen in diesen beiden Ländern im Vergleich zu Deutschland wissen, dann können Sie so etwas nicht mehr erzählen. Es geht auch nicht um eine bessere Finanzierung. Zumindest müssten Sie sich einmal anschauen, in welchem Verhältnis Finanzierung und durchschnittliche Leistung stehen. Das, was Sie hierzu gesagt haben, ist falsch!

Ich will auch noch einmal auf die gestrige Debatte eingehen. Von Ihrer Fraktionsvorsitzenden ist behauptet worden, die SPD-Fraktion würde mit ihrem Antrag Raumprobleme und Transportprobleme auslösen. Das ist so, und wir werden diese Probleme auch bewältigen! Ich habe gerade mit der kommunalen Seite über Übergangsregelungen gesprochen. Was machen Sie aber mit Ihrem Vorschlag einer sechsjährigen Grundschule? - Die Gutachter sagen Ihnen, dass so etwas überhaupt nicht finanzierbar ist. Finanzierungsvorschläge habe ich von Ihnen auch nicht gesehen. Was Herr Golibrzuch ausgeführt hat, fand ich in Teilen nachvollziehbar, weil er das finanziell sauber dargestellt hat. Aber das, was hier zur Bildungspolitik vorgetragen wird, spiegelt sich in Anträgen zum Haushalt nicht wider. Und vor diesem Hintergrund machen Sie anderen Leuten Vorwürfe! Reden Sie doch einmal mit der kommunalen Seite über Ihren Vorschlag einer sechsjährigen Grundschule und den Folgen, die sich daraus ergeben würden. Bildungspolitisch möchte ich das an dieser Stelle gar nicht bewerten.

Uns geht es um den Umbau der Gymnasialstruktur in Niedersachsen. Wolfgang Wulf hat das bereits gesagt. Wir haben nicht genug gymnasiale Angebote in der Fläche. Die Orientierungsstufe hat das bisher stabilisiert. Dies nach langjähriger Bildungspolitik, die in Richtung Orientierungsstufe ging, festzustellen, ist schmerzlich. Wir haben das erkannt. Wir werden das Problem aufgreifen und den Umbau gemeinsam mit der kommunalen Seite organisieren.

(Beifall bei der SPD)

Der inhaltliche Teil dieser Aufgabe besteht in einer veränderten Förderung im Hinblick auf die Migrantenkinder. Es ist nicht so, dass diese Kinder nicht gefördert würden, aber wir sind mit den Bedingungen, unter denen gefördert wird, offensichtlich nicht erfolgreich. Dieses Problem werden wir ebenfalls angehen. Auch dafür ist Geld vorhanden. So betreibt man Bildungs- und Finanzpolitik: Man muss Vorstellungen entwickeln und dann versuchen, diese seriös durchzufinanzieren. – Vielen herzlichen Dank.

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Ministerin, ich kann Ihnen keinen Ordnungsruf erteilen. Wenn Sie Abgeordnete wären, hätte ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilt, nämlich für die Verwendung der Worte "da wird gehetzt". Ich möchte Ihnen das nur sagen.

(Zurufe von der SPD)

- Das ist völlig zweifelsfrei unparlamentarisch. Auch die Mitglieder der Landesregierung sind aufgefordert, sich im Prinzip an unsere Regeln zu halten.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Kollege Klare hat sich nach § 76 der Geschäftsordnung zu einer persönlichen Bemerkung gemeldet. Ich habe ihm den Wortlaut des § 76 zum Lesen gegeben und bin sicher, dass er sich daran halten wird.

Klare (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eine Unterstellung zurückweisen. Frau Ministerin, Sie haben erklärt, ich würde hier auf die Sahne hauen und zu einer Besuchergruppe reden, und mich damit beleidigt. Ich weise das zurück.

(Lachen bei der SPD – Mühe [SPD]: Solche Gefühle kennst du doch gar nicht! – Weitere Zurufe von der SPD)

- Waren Sie im Saal, als ich vorhin gesprochen habe? Ich habe nicht auf die Sahne gehauen, Frau Ministerin, sondern ich habe über die Sorgen und auch über die Nöte so mancher Schulen gesprochen und habe Ihnen ein Zeugnis gezeigt, in dem bei insgesamt 13 Fächern fünfmal "kein Unterricht" oder "keine Zensur" stand. Sie sind nicht mit einem Wort darauf eingegangen, obwohl ich Ihnen dieses Zeugnis schon vor drei, vier Wochen gegeben habe. Das ist das Erste.

Das Zweite. Sie haben erklärt, ich würde mich nach der Rede wahrscheinlich wieder bei Ihnen entschuldigen und würde dann ankommen und eine Verlässliche Grundschule beantragen.

Erstens habe ich mich noch nie bei Ihnen nach einer Rede entschuldigt.

(Mühe [SPD]: Das hättest du man machen sollen!)

Das ist auch, glaube ich, nicht notwendig, denn wir können uns ja hart auseinander setzen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Ich habe noch nie bei Ihnen darum gebeten, dass in meiner Stadt eine Verlässliche Grundschule eingerichtet wird. Das habe ich auch nicht nötig, meine Damen und Herren, weil in Diepholz alle Grundschulen Volle Halbtagsschulen sind und kein Mensch, auch nicht Ihre Genossen, daran denkt, diese gute Schulform aufzugeben. Ich fordere Sie auf, erst einmal das Schulgesetz zu ändern und aus einer Versuchsschule eine Regelschule zu machen, bevor Sie weiter solche Aussagen machen.

Im Übrigen, Frau Ministerin - das gebe ich Ihnen einfach mal als Tipp mit -: Handeln Sie endlich! Reden Sie nicht ständig!

Vizepräsident Gansäuer:

Jetzt wird es schwierig, Herr Kollege.

(Plaue [SPD]: Gehen Sie mal auf Ihre persönliche Erklärung zurück! Das ist doch nicht zu fassen!)

Klare (CDU):

Entschuldigung, dann nehme ich das zurück und bleibe bei dieser Wortmeldung. Ich kann Sie nur bitten, bevor Sie mich angreifen und mir etwas unterstellen: Handeln Sie und setzen Sie um, was Sie hier seit fünf oder sechs Jahren entweder als Staatssekretärin oder als Ministerin ewig angekündigt haben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Das war haarscharf am Rande.

(Plaue [SPD]: Was soll denn das für eine persönliche Erklärung gewesen sein, Herr Kollege? Das ist eine Erschleichung von Redezeit! - Mühe [SPD]: Herr Präsident, er kann doch nicht lesen! - Gegenruf von Frau Pawelski [CDU]: Das sollten Sie mal lesen!)

Frau Ministerin, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Jürgens-Pieper, Kultusministerin:

Herr Präsident, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass ich das Wort "hetzen" verwendet habe. Dafür entschuldige ich mich ausdrücklich vor dem Parlament.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe manchmal schon den Eindruck, dass es in bestimmten Reden sehr persönlich wird, ob das bestimmte Diffamierungen sind oder andere Geschichten. Dann schallt das von mir manchmal so zurück. Dafür entschuldige ich mich ausdrücklich. Das ist dann der Emotion geschuldet, die dabei entsteht. Sie wissen ganz genau, dass ich auch sehr sachlich mit Ihnen umgehen kann. Sie haben das gerade bei der letzten Fraktionssitzung erlebt, Herr Klare.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Ministerin.

Meine Damen und Herren, wir sind jetzt mit dem Schulbereich fertig. Wir kommen zum Bereich Wissenschaft und Kultur.

Dazu hat sich Frau Kollegin Mundlos gemeldet.

Frau Mundlos (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über zehn Jahre Hochschulpolitik, rot bestimmt, da kann einem eigentlich nur noch schwarz vor Augen werden. Die Situation der Hochschulen ist katastrophal, absolut unbefriedigend. 530 Millionen DM sind von 1995 bis heute gekürzt worden, 1 100 Personalstellen weniger, und das, wie Frau Seeler selber heute ausgeführt hat, bei wieder steigenden Studierendenzahlen.

Jetzt sollen die Hochschulen 50 Millionen DM zurück bekommen. Aber auch das muss man näher betrachten. Erst ist ihnen etwas genommen worden, jetzt gibt man es wieder zurück, verkauft das als Erfolg, als Innovation und erwartet auch noch Dankbarkeit dafür. Ich halte das für unseriös. In meinen Augen sind das Rosstäuschertricks.

(Beifall bei der CDU)

Fakt ist, dass im vorliegenden Haushalt weitere globale Minderausgaben zum Tragen kommen werden, dass wir mit Folgen des so genannten Hochschulstrukturkonzepts rechnen müssen, mit Kürzungen bei den Studentenwerken. Weitere 46 Millionen DM werden für die nächsten zwei Jahre weggekürzt.

So darf es auch nicht verwundern, wenn die Bertelsmann Stiftung in einer Untersuchung, in der die Länder verglichen werden, in den Jahren 1991 bis 1998 zu dem Ergebnis kommt, dass die Hochschulausgaben in Niedersachsen bei weitem zu niedrig sind, dass man bei einem Wetteifern um gute Professoren und gute Studenten langsam ins Hintertreffen gerät, insbesondere im Vergleich mit den süddeutschen Flächenländern. Frau Seeler, denken Sie auch an die Anhörung zum NHG. Ich kann Ihnen nur sagen, Sie sollten mit dem Wort "modern" vorsichtig umgehen. Gerade die Anhörung hat gezeigt, dass manche dieses Wort etwas anders aussprechen: Es modert und rumort, so würde ich das mal eher sehen.

Die Anhörung hat ergeben: Die Forschungssituation ist unattraktiv. Für qualifizierte Berufungen fehlt nahezu das Geld. Die Hochschulen können gar nicht so um die besten Köpfe wetteifern, wie sie es gern tun würden, weil sie diesen besten Leuten gar nicht die Infrastruktur finanzieren können, die diese, um entsprechend arbeiten zu können, auch erwarten dürfen.

Weiter hat die Anhörung ergeben, dass das Modell "Stiftungshochschule" als trojanisches Pferd betrachtet wird und nicht einmal ansatzweise die finanzielle Situation verbessern wird.

Die Liegenschaften werden von den Hochschulen als Negativgewinn und Belastung bezeichnet.

Hier wird auf den Juniorprofessor hingewiesen. Auch dazu muss man einiges ganz klar sagen. Die ersten Mediziner wandern ab, weil sie die Chancengerechtigkeit nicht mehr gewahrt sehen. Alle Hochschulen wissen ganz klar, dass sie nach der ersten Anreizfinanzierung die Juniorprofessoren selber werden ausstatten müssen. Sie werden das Geld aus dem eigenen Bestand nehmen müssen, um überhaupt noch etwas bewegen zu können. Das bedeutet de facto Kürzungen auf einem anderen Sektor.

Niedersachsen wird jetzt bereits die besten Köpfe verlieren. Der Minister sagt, er möchte sie gewinnen. Dazu muss er sich etwas anderes einfallen lassen. Mit diesen Kürzungsmaßnahmen geht es jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CDU)

Die Fachhochschulen machen sich große Sorgen. Sie sind an den Grenzen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten angelangt. Sie könnten, sie wollen, und sie würden auch mehr machen und auch vorhandenes Potenzial nutzen, wenn sie wenigstens einen Fonds hätten, um den alle Fachhochschulen wetteifern könnten, um das in neue Ideen für weitere Innovationen umzusetzen. Aber wir stellen fest: Auch da ist in Niedersachsen leider nur eine Nullmenge angezeigt.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus greift man den Studierenden in die Tasche. Nach der Verwaltungskostenpauschale soll es Studiengebühren geben. Aber, meine Damen und Herren, das eigentliche Problem liegt doch nicht beim "faulen Studenten". Das eigentliche Problem liegt in der schlechten personellen und materiellen Ausstattung, in überfüllten Hörsälen, fehlenden Tutorien, fehlenden Praktika, schlechten Bibliotheksangeboten, fehlender Übung und dem Warten auf Prüfung - ja, selbst dem Warten auf Prüfung! Da hat jemand alle Scheine, würde sich gern prüfen lassen, um fertig zu werden, aber es geht nicht, er muss warten. Da hat jemand das Lehramtsstudium begonnen, weil er benötigt wird, muss ein Praktikum machen, findet keinen Platz

und bekommt aus dem Ministerium gesagt, er solle halt ein Semester länger studieren. Was soll's! Anschließend wird er dafür auch noch bestraft.

(Beifall bei der CDU)

Wir halten das für eine unverantwortliche, mangelhafte Hochschulpolitik mit dem Etikett Oppermann, wobei Überlast und Unterfinanzierung toleriert werden.

Lassen Sie mich in der Kürze der Zeit auch ein paar Worte zum großen Bereich der Kulturpolitik sagen.

Dass nun endlich die Landesmusikakademie und auch ein Mehr an Musikkultur zum Tragen kommen, geht ja wohl eindeutig auf CDU-Anträge zurück.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Zuruf von der SPD: Das meinen Sie doch nicht im Ernst? - Möllring [CDU]: Es ist aber schlimm, dass Sie das noch nicht gemerkt haben!)

Ich meine, eine andere Förderung der Musikkultur war längst überfällig. Vergleichen wir das einmal mit dem großen Bereich der Sportförderung. Man kann dann ermessen, wie engagiert die Schaffenden in der Musik sind und dass es wirklich zu einer gerechteren Behandlung im Vergleich mit Sport und Sportförderung kommen muss. Hier ist aber lediglich ein erster Schritt in die richtige Richtung getan worden.

Das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir z. B. bei den Musikschulen noch Großes leisten müssen, da die Musikschulen Sorge haben. In den letzten Jahren haben die Eltern immer mehr die Hauptlast der Finanzierung der Musikschulen tragen müssen. Die Kommunen steigen mit einem nennenswert großen Beitrag ein. Das Land bleibt dann bei etwa 2 % stehen. Man kann in der Tat nicht umhin, wenn man die Bildungsleistung der Musikschulen würdigen will, zu bedauern: Niedersachsen ist Schlusslicht im Vergleich der deutschen Bundesländer. Hier ist nicht mehr Reden, sondern endlich Handeln angesagt!

(Beifall bei der CDU)

Auch andere Bereiche der Kultur machen sich Sorgen darüber, wie sie weiterhin die Qualität erhalten können, die sie leisten könnten, wenn sie dürften. So ist festzustellen, dass bei den Staatstheatern vorgesehene Kürzungen zwar teilweise zurückgenommen werden, dass dies aber lediglich durch Umschichtungen im Haushalt geschieht. Ich will auch klar darauf hinweisen, dass insbesondere bei den Staatstheatern Braunschweig und Oldenburg kein weiteres Kürzungspotenzial mehr vorhanden ist, weil sich sonst die Frage nach der Qualität stellt. Ich meine, dass Kultur nicht nur ein Gut für Luxuszeiten ist und dass sich Niedersachsen neben Hannover auch in der Fläche gute Qualität leisten sollte und kann.

(Beifall bei der CDU)

Wenn nur innerhalb des Haushalts umgeschichtet wird, steigt allenfalls die Streitkultur unter den Kulturschaffenden, nicht aber die Qualität der Kultur selbst.

(Beifall bei der CDU)

Zur Bildungspolitik gehören neben Schule eben auch Hochschule mit Forschung und Lehre, Berufsakademie, Erwachsenenbildung und der große Bereich der Kultur. Das muss sich auch im Haushalt widerspiegeln. Wer von lebenslangem Lernen und ganzheitlichem Bildungskonzept redet, redet mit gespaltener Zunge, wenn er diese Bereiche gleichzeitig gegeneinander ausspielt und unter in die Zukunft gewandtem Gestalten lediglich kürzen, kappen und streichen versteht und dies auch praktiziert.

Das Ministerium heißt ja "für Wissenschaft und Kultur". So wundert es wenig, dass dieses Ministerium von einem - zugegeben, manchmal nicht ungeschickten - Selbstdarsteller geführt wird. Eines jedoch ist dieser Minister sicherlich nicht: der erste Fürsprecher, Sachwalter oder gar Kämpfer für eine bessere Wissenschaft und Kultur in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zuletzt noch eines ansprechen. Der Kollege Wulf hat darauf hingewiesen,

(Wulff (Osnabrück) [CDU]: Oldenburg!)

- Wulf, Oldenburg -, wie groß Niedersachsen bezüglich der Bildungspolitik ist. Aber eine Bildungsoffensive, bei der dem Hochschuletat etwas genommen wird, was den Schulen zufließt, und bei der einzelne Bildungsbereiche gegeneinander ausgespielt werden, ist keine Bildungsoffensive. Das sollten Sie sich einmal hinter die Ohren schreiben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Minister Oppermann, Sie haben das Wort.

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als manchmal nicht ungeschickter Selbstdarsteller bin ich froh, dass ich sofort Gelegenheit habe, die Wirklichkeit der niedersächsischen Hochschulen darzustellen. Was Sie gezeichnet haben, Frau Mundlos, war ein Zerrbild, war teilweise auch absurd. Ich will das sofort nachweisen.

Erster Punkt. Sie rechnen eine Kürzung bei den Hochschulen, die Mitte der 90er-Jahre vorgenommen wurde und allein die Universitäten betraf, hoch und kommen auf eine Summe von 500 Millionen DM. Sie vergessen dabei aber, dass die gleiche Regierung in der ersten Hälfte der 90er-Jahre ein genau so großvolumiges Fachhochschulentwicklungsprogramm aufgelegt hat, das bis heute Bestand hat. Auch das müssen Sie fortschreiben. Wenn Sie dann saldieren, kommen Sie auf null. Die Einsparung bei den Universitäten ist das gewesen, was das Land vorher mit einem massiven Programm in die Fachhochschulen investiert hat.

Zweiter Punkt. In der Tat haben die Hochschulen im Jahre 2001 wegen der schwierigen Lage einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 50 Millionen DM für das Land geleistet. Diese 50 Millionen DM bekommen sie durch den Haushalt 2002 zurück, aber nicht nur das: Zusätzlich erhalten sie 28 Millionen DM.

(Zuruf von der CDU: Erst wegnehmen!)

- Wir nehmen ihnen das pauschal weg; das ist richtig. Aber jetzt sage ich einmal, wo es hinkommt. Die 50 Millionen DM kommen erst mal pauschal zurück. Darauf setzen wir noch einmal 28 Millionen DM, davon 10 Millionen DM für Multimedia - ich werde das gleich erläutern -, für ein neues Programm ELAN, E-Learning Academic Network, in Niedersachsen, und 8 Millionen DM für Kompetenzzentren. Weitere 10 Millionen DM fließen den Hochschulen ab 2003 aus den Einnahmen für die Studiengebühren zu.

(Möllring [CDU]: 2003 ist ohnehin Makulatur!)

Das ist die Realität, Frau Mundlos, und nicht das, was Sie da aufgezeichnet haben.

(Beifall bei der SPD)

Was sind die Kernaufgaben der Hochschulen? -Die Kernaufgaben sind Forschung und Lehre. Wir müssen in Niedersachsen internationale Spitzenforschung betreiben, wenn wir zukunfts- und wettbewerbsfähig bleiben wollen.

(Möllring [CDU]: Warum verhindern Sie sie dann?)

Die Hochschulen haben darüber hinaus die Aufgabe, erstklassige junge Leute auszubilden, aus großen Begabungen Fachkräfte oder Nachwuchswissenschaftler zu machen. Wir haben in Deutschland ein Riesenproblem, weil wir mit 29 Jahren die ältesten Hochschulabsolventen haben und mit 13 Semestern durchschnittlicher Studiendauer die längste Studienzeit in der ganzen Welt. Das ist übrigens nicht nur in Niedersachsen, sondern auch im Durchschnitt der Bundesländer so, also auch in Bayern. In Baden-Württemberg ist es nicht mehr ganz so stark; darauf komme ich gleich noch zurück.

Deshalb bin ich dankbar dafür, dass wir es nach jahrelanger Debatte geschafft haben, mit dem Haushaltsbegleitgesetz ein Studienguthaben einzuführen. Dieses Studienguthaben in Höhe der Regelstudienzeit plus vier Semester, also ein Guthaben von 12 bzw. 13 oder 14 Semestern - je nach Regelstudienzeit -, ist ein außerordentlich großzügiges Angebot. In kaum einem anderen Land der Welt bekommen die Studierenden ein so großzügiges Stipendium vom Staat, auch nicht in den OECD-Ländern, in denen 45 % eines Altersjahrganges studieren, während es bei uns 28 % sind. Das ist fast einmalig.

Wir führen das auf der Grundlage des Prinzips von Leistung und Gegenleistung ein. Das Guthaben in Höhe von 12 bis 14 Semestern, das jeder, ohne Gebühren zahlen zu müssen, in Anspruch nehmen kann, ist die Leistung des Staates bzw. der Steuerzahler. Das sind 3,2 Milliarden DM, die die Steuerzahler jedes Jahr für die Hochschulen in Niedersachsen aufbringen. Die Gegenleistung, weil Solidarität nämlich keine Einbahnstraße ist, die die Steuerzahler und das Land erwarten können, besteht darin, dass diejenigen, die das Privileg haben, zu studieren, dies so zielorientiert, so schnell und auch so gut wie möglich machen, damit wir gute Nachwuchswissenschaftler haben und damit wir

Fachkräfte für die Wirtschaft haben. Das ist die Rechnung, die wir hier aufmachen.

(Möllring [CDU]: Das hat Frau Mundlos eben gefordert!)

- Mir wurde vorgehalten, das seien neoliberale Eskapaden. Das ist ein Irrtum.

(Möllring [CDU]: Aus Ihrer eigenen Partei ist Ihnen das vorgehalten worden!)

- Aus Ihrer Partei auch. Das wird mir von überall vorgehalten. Gleichwohl ist es ein Irrtum. Dies ist Kern sozialdemokratischer Politik. Diese Politik steht jedenfalls mit beiden Beinen fest auf dem Boden der neuen Mitte.

(Zuruf von der CDU: Warum sind Sie in der SPD nicht mehrheitsfähig? Warum sagt der Bundesparteitag das Gegenteil? - Frau Pawelski [CDU]: Darüber müssen Sie einmal mit Frau Bulmahn reden!)

- Frau Bulmahn steht zu diesem Gesetz. Da sind wir hundertprozentig einer Meinung. Da gibt es keine Differenz. 80 % der Bevölkerung halten es für richtig, dass ein Studium nicht nur einen Anfang, sondern auch ein Ende haben muss. Ich sage Ihnen: Auch aus Ihrer Fraktion sind es 80 %, die in der Pause zu mir kommen, mir auf die Schulter klopfen und sagen: Mach bloß weiter. Zieh das durch. Das ist richtig. -

(Zuruf von Wulff (Osnabrück) [CDU])

Dazu sollten Sie sich einmal offen bekennen, anstatt zu sagen, dass Ihnen das Ganze nicht gut genug ist.

(Zuruf von Möllring [CDU])

Frau Mundlos hat gesagt, den Studierenden würde Geld aus der Tasche genommen. Die Wirklichkeit aber ist anders. Die Studierenden werden am Ende mehr Geld in der Tasche haben. Das größte Problem für Studierende aus einkommensschwachen Familien besteht darin, dass bei einem Studium über eine Dauer von durchschnittlich 13 Semestern 100 000 DM an Lebenshaltungskosten für den Studierenden entstehen. Wenn es uns gelingt, die drei Semester, die die deutschen Studierenden länger studieren als die Studierenden im Ausland, einzusparen bzw. abzukürzen, dann können die

jungen Leute früher Geld verdienen, dann stehen der Wirtschaft früher Fachkräfte zur Verfügung. Die Leute können in den eineinhalb Jahren bei einem Anfangsgehalt für Akademiker von 60 000 DM im Jahr 90 000 DM verdienen. Das heißt, sie können innerhalb der Zeit, die jetzt noch Studienzeit ist, das Geld verdienen, das ein ganzes Studium kostet.

(Möllring [CDU]: Sie reden wie ein Oppositionspolitiker, nicht aber wie der zuständige Minister!)

- Ich begründe hier ein Gesetz, dem Sie gleich nicht zustimmen werden, Herr Möllring. Das ist doch Ihr Problem. Niemand wird durch das Studienguthaben und die 500 Euro, die nach Erschöpfung des Studienguthabens bezahlt werden müssen, vom Studium abgeschreckt. Baden-Württemberg, das diese Regelung schon hat, und Niedersachsen, das diese Regelung jetzt als zweites Bundesland einführt, haben im laufenden Wintersemester die höchsten Zuwachsraten bei den Erstsemestern zu verzeichnen. Wir stehen unter den Ländern an der Spitze. Baden-Württemberg und Niedersachsen sind dabei.

Meine Damen und Herren, wir verbessern aber auch die Studienbedingungen. Insgesamt haben in Niedersachsen schon 27 000 Studierende ihr Konto erschöpft. Das sind diejenigen, die länger als die Regelstudienzeit plus vier Semester studieren. Von diesen 27 000 Studierenden befinden sich 13 000 im 20. oder einem höheren Semester. Von diesen 13 000 studieren 5 000 jenseits des 25. Semesters. Die Grünen haben vorgeschlagen, ab dem 20. Semester eine Zwangsexmatrikulation vorzunehmen. Herr Golibrzuch, darüber kann man diskutieren. Ich halte es aber für besser, denjenigen, die - aus welcher Lebensplanung heraus auch immer - ihr Studium fortsetzen wollen, diese Möglichkeit für 500 Euro pro Semester einzuräumen. Die müssen aber auch bezahlt werden.

Gleichzeitig verbessern wir in diesem Land die Studienbedingungen. Niedersachsen ist führend bei der Einführung von gestuften Studiengängen, Bachelor-Studium und Master-Studium. Wir haben mittlerweile 72 Studiengänge. Im nächsten Jahr werden es mehr als 100 sein.

Niedersachsen hat als erstes Bundesland 15 Intensivstudiengänge mit Geld aus der Innovationsoffensive eingerichtet. Die Hochschulen bekommen Geld, wenn sie einen Studiengang einrichten, der die Semesterstruktur aufbricht und ein ganzjähriges Studium ermöglicht, international orientiert und interdisziplinär ausgerichtet. Für diese Studiengänge würden junge Leute anderswo auf der Welt gerne viel Geld bezahlen. Wir hingegen haben es geschafft. Ich persönlich bin in der Wirtschaft herumgegangen und habe Stipendien eingesammelt, damit junge Leute, die in diesem Intensivstudium in kürzerer Zeit als der Regelstudienzeit studieren wollen und insofern keine Zeit mehr zum Arbeiten und Jobben haben, einen Teil ihrer Lebenshaltungskosten aus einem solchen Stipendium bezahlen können. Ich habe viele Stipendien bekommen. Diese Intensivstudiengänge sind ein Renner, werden bundesweit beachtet und werden inzwischen sogar in Bayern kopiert. Im Bayerischen Landtag ist darüber diskutiert worden, dass solche Studiengänge der richtige Weg zur Studienreform sind.

Wir schaffen mit dem neuen Hochschulgesetz erstmals Studiendekane, die verantwortlich für die Qualität der Lehre sein werden. Wir richten außerdem paritätisch mit Studierenden besetzte Kommissionen für Studium und Lehre ein. 10 Millionen DM fließen - ich hatte das eingangs schon erwähnt - in ein Multimediaprogramm namens ELAN. Diese Abkürzung steht für E-Learning Academic Network. Mit diesem Programm wollen wir in Niedersachsen Lernmodule herstellen und das elektronische Studium verbessern. Wir haben gemeinsam mit der Stanford University das L3S eingerichtet, das Learning Lab Lower Saxony, das die Hochschulen bei dieser Aufgabe kompetent begleiten wird.

Wir richten mit einem Aufwand von 2 Millionen DM ein Zeitschriftenkonsortium ein. Wenn die Ausstattung mit Zeitschriften manchmal schlecht ist, dann liegt das daran, dass wir von den Verlagen nicht zuletzt auch wegen der schlechten Euro-Dollar-Relation jedes Jahr mit zweistelligen Preissteigerungsraten konfrontiert werden. Wenn eine Zeitschrift inhaltlich ein Monopol hat, sind wir erpressbar. Wir können nämlich nicht sagen: Wir bestellen sie ab. - Wir kaufen mit diesem Zeitschriftenkonsortium jetzt Zeitungen und versuchen, auch Lizenzen zu erwerben, sodass wir diese Zeitungen allen Hochschulen im Netz elektronisch zur Verfügung stellen können.

10 Millionen DM aus dem Gebührenaufkommen fließen an die Hochschulen zurück. Darüber hinaus werden wir in Zielvereinbarungen mit den Hochschulen klären, wie damit die Beratung und Betreuung der Studierenden sowie die Aufbrechung von Massenveranstaltungen geregelt werden können. - So viel dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Nun noch eine Anmerkung zur Forschung. Frau Mundlos hat eben gesagt, wir seien im Wettbewerb um die klügsten Köpfe nicht wettbewerbsfähig. Zunächst einmal, Frau Mundlos, steh uns ein komplettes System der Eliteförderung zur Verfügung: mit den Intensivstudiengängen, mit den neu eingerichteten Graduiertenschulen und Lichtenberg-Stipendien, mit denen wir für Doktoranden höhere Stipendien zahlen als die anderen Bundesländer, mit dem Junior-Start-Programm in Höhe von mehr als 10 Millionen DM und mit einem Lehrstuhlerneuerungsprogramm, das wir anglizistischneudeutsch als "Brain-Gain-Programm" bezeichnen, sowie mit Umschichtungen im Wert von insgesamt 200 Millionen DM stehen im nächsten und im übernächsten Jahr genügend Instrumente und Mittel zur Verfügung, um kluge Köpfe nach Niedersachsen zu locken bzw. um Spitzenwissenschaftler in diesem Land zu halten. Sie haben ja auch schon einen Vorgeschmack darauf bekommen, was für Leute in dieses Land gekommen sind. Erwähnen möchte ich beispielsweise Herrn Professor Balling, der jetzt an der TU Braunschweig lehrt und die Gesellschaft für Biotechnologische Forschung leitet. Das ist ein hervorragender Wissenschaftler, der aus Süddeutschland gekommen ist. Seit ich Minister bin, sind mehr als 30 % der neu berufenen Professoren aus Süddeutschland zu uns gekommen. 10 % kommen aus dem Ausland. Das heißt, dass wir attraktiv sind. Oder Professor Treue, der das Deutsche Primatenzentrum leitet. Auch er ist ein internationaler Spitzenwissenschaftler.

Wir sind auch wettbewerbsfähig, wenn es darum geht, unsere besten Leute zu halten. Professor Kollmeier, der in Oldenburg mit Hilfe des Bundes und des Landes ein hervorragendes Kompetenzzentrum für Medizintechnik ausgebaut hat, in dem die modernste Hörtechnologie entwickelt wird, für die es einen riesigen Markt gibt, ist in Niedersachsen geblieben, obwohl er zwei Auslandsrufe hatte. Oder nehmen Sie den BSE-Forscher Professor Brenig, der kurz davor steht, einen Bluttest am lebenden Rind zu entwickeln, was für die Landwirtschaft angesichts der BSE-Krise einen riesigen Fortschritt bedeuten würde. Auch er bleibt in Niedersachsen, obwohl er zwei Rufe aus dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten hatte.

Nicht zuletzt erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang den letzten Leibniz-Preisträger, Professor Kowalsky aus Braunschweig, der im Bereich der organischen Halbleiter forscht und einen Ruf an die Fraunhofer-Gesellschaft bekommen hatte. Wir haben ihn unter großen Anstrengungen in Niedersachsen gehalten. Jetzt, drei Monate später, hat er von der Deutschen Forschungsgemeinschaft den mit 3 Millionen DM dotierten Leibniz-Preis erhalten.

Ich bin der Meinung, dass diese wenigen Beispiele die Tatsache eindrucksvoll bestätigen, dass wir für internationale Spitzenwissenschaftler attraktiv sind. Mit diesem Haushalt verfügen wir über die Instrumente, die erforderlich sind, um solche Wissenschaftler nach Niedersachsen zu locken. Damit werden wir Wohlstand, Lebensqualität und die Zukunft dieses Landes sichern. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Golibrzuch, Sie haben das Wort.

Golibrzuch (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die niedersächsischen Hochschulen verzeichnen im laufenden Semester einen knapp zehnprozentigen Anstieg der Zahl der Studierenden. So erfreulich diese Entwicklung ist, so unerfreulich sind die Studienbedingungen, die diese jungen Leute dann an den Hochschulen hier im Land vorfinden: Überfüllte Hörsäle, unzureichend ausgestattete Bibliotheken und eine schlechte Studienorganisation der Hochschulen selbst sind weit häufiger der Grund für überlange Studienzeiten als die von Minister Oppermann behauptete Bummelei so genannter Langzeitstudenten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister, es ist ja schön, wenn Sie jetzt sagen, Sie würden Mittel investieren, um die Hochschulen finanziell besser auszustatten und um das Studium zu beschleunigen. Ich will Ihnen aber sagen: Das ist unehrlich, weil ein solches Projekt etwa für das Bibliotheksmanagement in Niedersachsen ein mehrjähriges Projekt ist, die Gebühr aber sofort kommt.

Meine Damen und Herren, das Studienangebot in Niedersachsen ist seit vielen Jahren unterfinanziert. Man mag sich über die Details der Kürzungen der Vorjahre zwar streiten, aber es ist jedenfalls unterfinanziert, und die hier eingesetzten Mittel werden weder leistungs- noch nachfragegerecht verteilt. Das gilt in ganz besonderer Weise für die Fachhochschulen, die einen nahezu 100-prozentigen Bewerberüberhang zu verzeichnen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade zu Beginn des Wintersemesters hat es wieder einen regelrechten Ansturm auf die Fachhochschulen gegeben: in Osnabrück, in Hildesheim, in Holzminden, in Göttingen, eigentlich überall im Land. Ich glaube, das hat mit dem erstklassigen Ruf zu tun, den diese Einrichtungen mittlerweile im Land, aber auch bundesweit genießen. Das hat aber auch mit den Berufschancen zu tun, die diese Ausbildungen eröffnen. Bei Absolventen der Fachhochschulen ist die Übergangsquote in den Beruf mittlerweile deutlich höher und die Arbeitslosigkeit niedriger als bei Universitätsabsolventen. Die Bundesanstalt für Arbeit hat das regelmäßig untersucht, ich glaube, zuletzt 1998, und die vorgelegten Zahlen bestätigen das.

Weil das so ist, sagen wir Ihnen: Wir brauchen deutlich mehr Plätze an den Fachhochschulen in Niedersachsen. Wir sind weit entfernt von den Empfehlungen des Wissenschaftsrats, mindestens 40 % der hier im Land vorgehaltenen Studienplätze an Fachhochschulen vorzuhalten.

Meine Damen und Herren, der Mangel an Fachhochschulplätzen hat Folgen. Denn wer in einer Fachhochschule, sei es in Niedersachsen oder anderswo, keinen Studienplatz findet, der bewirbt sich häufig auf einen Universitätsplatz, denn dort ist der Mangel nicht ganz so groß; die Auslastungszahlen weisen das klar nach. Es gibt meines Wissens zwar keine Untersuchung darüber, aber das Gespräch - ganz egal ob mit dem Hochschullehrerbund, mit dem Hochschulverband oder mit Lehrpersonal der Universitäten - weist ganz eindeutig aus: Viele Jugendliche sind sehr viel stärker an einer praxisbezogenen Ausbildung an den Fachhochschulen interessiert als an einer Ausbildung an der Universität. Und sie wechseln deshalb auch: Sie wechseln, sobald ein Studienplatz an den überlasteten Fachhochschulen frei wird. Oder sie brechen ihr Studium an der Universität ab - und erhöhen damit die dortige Abbrecherquote -, weil es ihren Neigungen und ihren Bedürfnissen nicht entspricht.

Und was machen Sie, Herr Minister Oppermann? - Sie wollen gerade bei diesen Leuten künftig abkas-

sieren. Sie verweisen mit Unschuldsmiene auf die zahlreichen Ausnahmebestimmungen,

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Aber wir glauben ihm nicht!)

die bei Ihren so genannten Studienguthaben vorgesehen sind und die ein Überschreiten um vier so genannte Toleranzsemester zulassen. Aber eine ganz wesentliche Ausnahme - vielleicht die Wichtigste überhaupt - fehlt, nämlich ein Studiengangwechsel. Während das BAföG-Amt auch noch nach vier Semestern einen Studiengangwechsel anerkennt und die dann getroffene Entscheidung ausfinanziert wird, sind Ihre vier Toleranzsemester in einem solchen Fall bereits verbraucht. Jede weitere Verzögerung führt dann insbesondere bei Jobbern, also bei Jugendlichen, die, weil das Elternhaus nicht so viel Geld hat, gezwungen sind, ihren Unterhalt für das Studium durch eine Teilzeitarbeit zu finanzieren, zwangsläufig dazu, dass die Gebührenfalle zuschnappt. - Herr Minister Oppermann, angesichts der gerade im Vergleich zum Ausland geringen Zahl von Stipendien hier zu Lande ist Ihre Haltung gegenüber diesen jungen Menschen nun wirklich arrogant.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie Ihre ständig wiederkehrenden Forderungen nach Studiengebühren auch ab dem ersten Semester immer mit dem Hinweis garnieren, dann bräuchte man irgendwie auch mehr Stipendien, sage ich Ihnen: Wir haben ein solches Stipendienangebot in Niedersachsen bisher nicht. Deswegen verbietet es sich auch, zum jetzigen Zeitpunkt Gebühren - seien es Langzeitgebühren oder die von Ihnen geforderten grundsätzlichen Studiengebühren - einzuführen. Damit schrecken Sie insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien vom Studium ab. Auch das ist in den Sozialerhebungen der Studentenwerke nachgewiesen; diese Untersuchungen liegen vor. Es ist auch sozial ungerecht.

Wenn Sie dann auf die Intensivstudiengänge verweisen - das haben wir bei der Anhörung zum NHG doch gehört -: Sicherlich, Sie haben es geschafft, eine Vielzahl von Stipendien einzuwerben. Die waren aber zeitlich befristet. Jetzt laufen sie aus, und die Wirtschaft ist nach Darstellung der Rektoren aus Clausthal-Zellerfeld, nach Darstellung des Präsidenten der TU Braunschweig nicht bereit, sie anstandslos zu verlängern. Das heißt, in Intensivstudiengänge können überhaupt nur die

hineingehen, die entweder ein reiches Elternhaus oder sonstwie Vermögen haben, aber doch nicht diejenigen, die nebenher arbeiten müssen. Das verträgt sich nämlich nicht mit einem solchen Intensivstudiengang.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, angesichts des eklatanten Mangels an Studienplätzen an Fachhochschulen in Niedersachsen fordern wir ein zweites Fachhochschulentwicklungsprogramm für dieses Land. Wir wollen, dass man - nach Möglichkeit gemeinsam mit dem Bund - in großer Zahl bedarfsgerecht neue Studienplätze finanziert.

Solange das nicht realisiert werden kann, wollen wir, dass die an die niedersächsischen Hochschulen ausgeschütteten Mittel leistungsgerecht in diesem Land verteilt werden. Es ist sachlich nicht nachvollziehbar, dass eine solche leistungsbezogene Mittelvergabe zwar zwischen den Fachhochschulen - und zwar ausschließlich zwischen den Fachhochschulen - stattfindet, nicht aber zwischen den Universitäten im Land und auch nicht zwischen Fachhochschulen und Universitäten im Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen das Geld so verteilen, weil wir auf die Nachfrage, wie sie sich in Niedersachsen entwickelt und die dieser Bewerberüberhang bei den Fachhochschulen ausweist, entsprechend reagieren wollen. Wir halten das für marktgerecht, um das auch einmal in Ihren Kategorien zu begründen.

Wir wissen um die Schwierigkeit, Forschungsleistungen gerade an Universitäten zu bewerten und in angemessener Weise zu verformeln. Nur, was spricht denn eigentlich dagegen, dass man zunächst einmal nur die der Lehre zur Verfügung stehenden Mittel leistungsbezogen zwischen Fachhochschulen und Universitäten in Niedersachsen verteilt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind immer der Hohepriester des Wettbewerbs. Aber da, wo es bei einer solchen leistungsbezogenen Mittelvergabe Verlierer geben könnte,

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Zum Beispiel Uni Göttingen!)

werden Sie zum Gralshüter der eigenen Wahlkreisinteressen. Das ist doch der eigentliche Grund, warum das nicht gemacht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch das mit der NHG-Novelle angedachte Stiftungsmodell, die Übertragung von Liegenschaftsvermögen auf Hochschulen in Niedersachsen, hat nichts mit Leistungsgesichtspunkten zu tun. Es werden Liegenschaften und auch das bewegliche Anlagevermögen auf Universitäten übertragen. Wer profitiert davon? -Natürlich haben es Traditionsuniversitäten in Niedersachsen geschafft - ich sage einmal, im Laufe von mehreren hundert Jahren -, einen großen Streubesitz, einen Grundstock, viele Liegenschaften und Gebäude, anzuhäufen. Ich weiß, dass das gerade bei denkmalgeschützten Gebäuden hohe Unterhaltskosten bedeutet. Aber in der Sache ist es doch so, dass künftig auch die Entscheidungsgewalt etwa darüber, ob man nicht denkmalgeschützte Objekte abreißt und das Grundstück verwertet, bei der Hochschule liegen wird.

Jüngere Hochschulen in diesem Land, also relative Neugründungen der 70er-Jahre in Osnabrück, in Lüneburg oder in Oldenburg, haben diese Möglichkeit aus nachvollziehbaren Gründen nicht. Deswegen kann man ein solches Modell, das wirklich nichts mit Leistung zu tun hat, sondern wo schlicht vorhandene Liegenschaften übertragen werden, doch nicht umsetzen.

Die Alternative ist - nicht dass Sie sagen, wir lehnten das in Bausch und Bogen ab -, dass wir ein Anreizmodell für die Hochschulen entwickeln, dass wir sagen, sie - übrigens nicht nur die Stiftungshochschulen in Niedersachsen, sondern alle Hochschulen im Land - sollen über das Liegenschaftsvermögen selbständig entscheiden. Sie sollen das auch verwerten, und sie sollen den Verwertungserlös meinetwegen zu 60 % behalten und am Standort verwenden dürfen. Aber die restlichen 40 % müssen doch genutzt werden, um zweckgebunden dem Hochschulbauplafond zugeführt zu werden, damit wir auch an den Standorten in Niedersachsen, die einen solchen Grundstock nicht haben, die Möglichkeit haben, zusätzliche Mittel einzusetzen, um dort dringend benötigte Kapazitäten neu zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushaltsentwurf gleich doppelt gestraft sind die Studentenwerke in Niedersachsen. Nun glaube ich auch, dass da Effizienzreserven vorhanden sind. Ich habe ja auch bei den Beratungen im Haushaltsausschuss angeregt, zu einem Landesstudentenwerk zu kommen, um gerade bei den Verwaltungsausgaben in der Spitze etwas sparen zu können. Aber was doch nicht geht, ist, dass Sie bei den Finanzhilfen der Studentenwerke 5 Millionen DM kürzen und gleichzeitig diese Langzeitstudiengebühr einführen, mit der den Studentenwerken - so die Erfahrungen aus Baden-Württemberg - Beitragszahler und damit Einnahmen verloren gehen. Was machen Sie? - Sie kürzen von einem auf das andere Jahr 20 % des Haushaltsbudgets der Studentenwerke. Sie schlagen diesen Leute wirklich im Laufen die Beine weg. Das ist einfach unerhört! Sie zwingen sie möglicherweise sogar zu betriebsbedingten Kündigungen. Das geht einfach nicht an.

Meine Damen und Herren, die Konsequenz einer solchen Politik wird sein, dass die Studentenwerke gezwungen sind - wenn sie denn nicht kündigen, was überhaupt nicht auszuschließen ist -, die Preise für ihre Leistungen zu erhöhen, dass das Mensaessen oder die Mieten in den Studentenwohnheimen teurer werden.

Ihre so genannte Langzeitstudiengebühr trifft deshalb in erster Linie auch nicht die von Ihnen so genannten Bummelstudenten, sondern Studierende, die gezwungen sind, sich ihren Lebensunterhalt und den Unterhalt ihres Studiums nebenher zu verdienen. In zweiter Linie trifft sie alle Studierenden im Land, weil die Studentenwerke gezwungen werden, diese Kürzungen der Finanzhilfe auf alle Studierenden in Niedersachsen umzulegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch die Hochschulleitungen in Niedersachsen haben den Unsinn einer solchen Gebühr erkannt. Nahezu einhellig von allen Senaten, von allen Konzilen - noch haben wir sie ja - und natürlich auch von den einzelnen Interessengruppen innerhalb der Hochschulen wird dieses Modell abgelehnt. Man hat sich einhellig dagegen ausgesprochen. Die Verwaltungskosten werden gerade einmal durch den bescheidenen Rückfluss an die Hochschulen refinanziert. Es bringt also den Hochschulen gar nichts. Dagegen ausgesprochen haben sich auch der DGB, das Wissenschaftsforum der SPD im Bezirk Hannover, in dem ja auch Frau Bulmahn Mitglied ist. Insofern würde ich hinterfragen, ob sie mit dem Gesetzentwurf wirklich zu 100 % einverstanden ist. Dagegen

ausgesprochen haben sich die Jusos, der SPD-Stadtverband Göttingen. Es haben sich die Landes-ASten-Konferenz, der SPD-Bundesparteitag in Nürnberg und selbstverständlich auch die Grünen gegen diese Gebühr ausgesprochen. Gemeinsam mit meiner Kollegin Gabi Andretta habe ich in der vergangenen Woche auf dem Opernplatz gegen diese Studiengebühren demonstriert.

(Möllring [CDU]: Morgen stimmt sie zu! Wie der Herr, so das Gescherr!)

Man muss einfach feststellen: Herr Oppermann, Sie haben für dieses Projekt angesichts dieser Gruppen - ich könnte die Aufzählung fortsetzen im Land und auch im Bund keine gesellschaftliche Mehrheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister Oppermann, Sie verordnen Verwaltungskostenbeiträge, Sie erzwingen Langzeitstudiengebühren, Sie fordern immer wieder und ganz offen Studiengebühren vom ersten Semester an. Dieses Verhalten, Herr Oppermann, lässt keinen Zweifel zu: Sie sind ein Gebührenfetischist!

(Beifall bei den GRÜNEN - Möllring [CDU]: Was haben Sie gegen Randgruppen?)

Wir wollen und wir werden verhindern, dass Sie diese Neigung in Niedersachsen weiter ausleben. Deshalb sage ich: Führen Sie diese Regelung ruhig ein, wenn es Ihnen kurzfristig Befriedigung verschafft. Wir werden dafür sorgen, dass diese Gebühren 2003 wieder abgeschafft werden, meine Damen und Herren. Und das ist gut so!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, Wortmeldungen zu dem Bereich Wissenschaft und Kultur liegen mir nicht mehr vor. Ich schließe damit die Debatte. - Herr Minister, wollen Sie noch?

(Möllring [CDU]: Jetzt ist die Debatte geschlossen!)

Bitte schön!

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Golibrzuch, Sie werden keine Gelegenheit dazu haben. Und das ist noch besser so.

Was Sie ausgeführt haben, war sicherlich sehr polemisch, aber nicht in jeder Hinsicht sachlich.

Zunächst zu den Fachhochschulen: Es trifft zu, dass wir eine große Nachfrage nach Fachhochschulstudienplätzen haben. Es gibt auch eine überproportionale Zunahme von jungen Leuten mit Fachhochschulreife. Die wächst schneller als bei der allgemeinen Hochschulreife. Dem werden wir Rechnung tragen müssen, indem wir zusätzliche Fachhochschulstudienplätze einrichten. Wir haben das übrigens mit den flexiblen Mitteln des Ministeriums in den vergangenen Jahren im Anschluss an das Fachhochschulentwicklungsprogramm getan. Aber man muss bei der Nachfrage sehr genau hinschauen.

Nachgefragt werden oft die gleichen Fächer, für die es auch an Universitäten einen Numerus clausus gibt. Die Medienwissenschaften sind auch an den Universitäten total überlaufen. Es können aber nicht alle Medienwissenschaften studieren, so wichtig das Fach auch ist. Für die Rechtswissenschaften gibt es einen Numerus clausus an den Universitäten, und dieses Fach ist auch an den Fachhochschulen überlaufen. Aber es gibt mittlerweile mehr als 100 000 zugelassene Rechtsanwälte in Deutschland. Es macht also keinen Sinn, wenn alle Jura studieren. Der Bedarf an Juristen in dieser Gesellschaft ist gedeckt, er muss nicht weiter gesteigert werden.

Bei den Betriebswirtschaften - da haben Sie Recht - ist es tatsächlich so, dass Leute, die den Numerus clausus an der Fachhochschule nicht schaffen, an der Universität wegen des dort etwas weniger strengen Numerus clausus unterkommen. Aber in beiden Studiengängen gibt es einen NC. Ich meine auch, dass nicht alle Betriebswirtschaften studieren können.

Dort, wo ein akuter gesellschaftlicher Mangel, nämlich in den technischen Fächern, in den Naturwissenschaften, besteht, sind die Fachhochschulen leider noch nicht voll, die Universitäten erst recht nicht. In diesen Fächern gibt es übrigens Studienbedingungen an den Universitäten - bedauerlicherweise, weil dort so wenig Studienanfänger in diesen Fächern zu verzeichnen sind -, die traumhaft sind. Wenn Sie sagen, die überfüllten Hörsäle, die

überfüllten Seminare und die schlechten Ausstattungsbedingungen seien schuld an den langen Studienzeiten, dann muss ich dem entgegenhalten, dass wir in den naturwissenschaftlichen Fächern, in den technischen Fächern und in den Ingenieurstudiengängen Verhältnisse haben, bei denen fast eine Mund-zu-Mund-Beatmung zwischen Professor und Student gemacht werden kann.

Trotz dieser hervorragenden Bedingungen gibt es überlange Studienzeiten. Es muss also auch einen Anreiz geben. Der Anreiz muss für die Studierenden da sein, von Anfang an mit der wertvollen Ressource Studium so zielbewusst und so kostenbewusst umzugehen wie irgend möglich. Aber wir brauchen auch den Anreiz an den Universitäten. Daher werden wir wie bei den Fachhochschulen in dem von Ihnen beschriebenen Sinne sehr wohl eine leistungs- und aufgabenorientierte Finanzierung einführen. Wir werden das aber nicht so machen, dass es zu Verwerfungen kommt. Die Fachhochschulen im Nordwesten hätten insgesamt 8 oder 9 Millionen DM verloren, wenn wir die Leistungsformel zu 100 % umgesetzt hätten. Deshalb habe ich mit Unterstützung insbesondere der Abgeordneten aus dieser Region entschieden, es bei 35 % einzufrieren. Dem haben Sie ja sogar zugestimmt. Sie haben selbst gesagt, dass das richtig sei. Es ist auch richtig, denn jede Fachhochschule muss solche Bedingungen haben, dass sie sich weiterentwickeln kann. Mit einer solchen Leistungsformel dürfen ihr nicht die Lebensbedingungen abgeschnitten werden.

Das war das, was ich Ihnen in Kürze entgegnen musste. Es gäbe noch mehr zu sagen. Aber dazu reicht die Zeit leider nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Frau Kollegin Mundlos!

Frau Mundlos (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schon etwas eigenartig, was wir hier gestern und heute erlebt haben. Da stellt sich die Kultusministerin hin und sagt: Wir haben zu wenig Abiturienten. Wir haben zu wenig Studierende. - Und dann stellt sich der Minister für Wissenschaft und Kultur hin und sagt: Es muss ja nicht jeder studieren. - Diesen Widerspruch sollten Sie innerhalb Ihrer Landesregierung einmal auflösen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister Oppermann, vor allem sollten Sie erkennen, dass Sie sich nicht hier hinstellen können wie ein Oppositionspolitiker, der eine Sachstandsbeschreibung abgibt und Forderungen erhebt. Sie sind Mitglied der Landesregierung! Sie sollten handeln! Sie sollten das auflösen! Sie sollten dafür sorgen, dass diese Widersprüche zu einem vernünftigen Ergebnis geführt werden und dass auch etwas geschieht, dass sich etwas bewegt!

(Adam [SPD]: Was wollen Sie denn ändern?)

Es ist ja schon eigenartig, um zum Abschluss ein konkretes Beispiel zu nennen, wenn für das schoollab, womit auch geworben wird, damit mehr junge Leute in die Naturwissenschaften gehen - Sie haben ja beklagt, dass zu wenig junge Leute Naturwissenschaften studieren und dass es zu wenig Ingenieure gibt -, nur eine halbe Lehrerstelle zur Verfügung steht. Dann springen Sie, und geben Sie denen anderthalb Lehrerstellen dazu, damit vernünftig gearbeitet werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Minister, bitte schön! Aber Sie wissen, was Sie damit auslösen können.

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Ich kann aber doch solche Sätze nicht im Raum stehen lassen. Ich habe nicht gesagt: Nicht jeder muss studieren. - Auch über die These kann man diskutieren. Wir brauchen natürlich auch Handwerker und technische Berufe. Insofern ist die Aussage nicht einmal falsch. Aber ich habe sie nicht gemacht, sondern ich habe gesagt: Nicht jeder muss Jura studieren, und nicht jeder muss Betriebswirtschaft studieren. Dort ist der Bedarf gedeckt. Der Bedarf besteht in den technischen Fächern.

(Biel [SPD]: Herr Minister, ein guter Handwerker ist besser als ein schlechter Jurist!)

Diese Fächer sind für die Wohlstandserarbeitung in diesem Land ganz bestimmt nicht unwichtiger als die Fächer, in denen es vorrangig darum geht, wie dieser Wohlstand verteilt wird. Darauf wollte ich noch einmal hinweisen.

Wir haben, und zwar sehr großzügig, mit Unterstützung der Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper vier Lehrerstellen dem x-lab zur Verfügung gestellt. Dort werden hervorragende Experimente durchgeführt, und dort wird Begeisterung bei jungen Leuten für Naturwissenschaften geweckt. Wenn Sie jetzt noch mehr Stellen wollen, dann muss ich das, obwohl es an diesem Standort ist, der mir schon vorgehalten worden ist, zurückweisen und sagen: Wir müssen uns auch in anderen Teilen des Landes engagieren und können es nicht nur an einer Stelle tun. Ein Projekt, bei dem vier Studienräte in einem Labor Experimente für Jugendliche durchführen, gibt es in Deutschland nirgendwo anders. Der Neubau wird bald fertig sein - ich lade Sie dann ein -, und da werden Sie, Frau Mundlos, sehen, wie hervorragend das funktioniert.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Wenn Sie nichts gesagt hätten, wäre es besser gewesen!)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren, nach § 71 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung erhält Herr Kollege Möllring das Wort für drei Minuten.

Möllring (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, als Sie hier noch einmal nach vorne gegangen sind, hatte ich eigentlich gedacht, Sie würden sich ein Beispiel an Ihrer Kollegin Kultusministerin nehmen und sich bei der Kollegin Mundlos entschuldigen. Wenn hier die Kollegin Mundlos etwas sagt, was Ihnen vielleicht nicht passt, dann ist es immer noch nicht Sache der Landesregierung, die berühmte Scheibenwischer-Bewegung zu machen, um zu zeigen, dass man jemanden für bekloppt hält. Wenn Ihnen das unterlaufen ist, dann sollten Sie, obwohl die Kollegin Mundlos in der Sache ja 100-prozentig durch Sie bestätigt worden ist, wenigstens die Größe haben, sich hier zu entschuldigen. Schlimm genug ist, dass Mitglieder der Landesregierung keinen Ordnungsruf oder Ähnliches bekommen können. Aber entschuldigen müssten Sie sich wenigstens können.

> (Beifall bei der CDU - Minister Aller: Dann müssen Sie mal Ihre Zwischenrufe auf den Prüfstand stellen!)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Minister, bitte schön!

Oppermann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Frau Mundlos hat binnen einer Minute - das, was ich gesagt habe, war ja noch im Raum - dieses wörtliche Zitat in völlig verdrehter Form hier wiedergegeben. Ich gebe zu: Das fand ich so unfair, dass ich daraufhin die Scheibenwischer-Bewegung gemacht habe. Wenn in dieser Scheibenwischer-Bewegung eine Beleidigung zu sehen ist, dann möchte ich sie zurücknehmen bzw. mich dafür entschuldigen.

Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist der Bereich Wissenschaft und Kultur abgehandelt.

Wir kommen jetzt, wie vereinbart, zu dem

Tagesordnungspunkt 23:

Zweite Beratung:

a) Vom Landwirt zum Energiewirt - mehr Arbeitsplätze im ländlichen Raum durch Förderung erneuerbarer Energie - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/1485 - b) Biogas-Offensive in Niedersachsen für Arbeitsplätze im ländlichen Raum entfachen! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/1577 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten - Drs. 14/2907

Der Antrag der Fraktion der CDU wurde in der 47. Sitzung am 30. März 2000 und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der 49. Sitzung am 10. Mai 2000 an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Kollege Wojahn, der jetzt das Wort hat. Bitte sehr!

(Unruhe)

- Diejenigen Damen und Herren, die sich diesem Thema nicht zuwenden wollen, bitte ich, den Plenarsaal zu verlassen oder die Unterhaltung einzustellen.

Wojahn (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde nur kurz Bericht erstatten. Der Antrag der CDU-Fraktion vom 1. März 2000 "Vom Landwirt zum Energiewirt - mehr Arbeitsplätze im ländlichen Raum durch Förderung erneuerbarer Energie" und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Biogas-Offensive in Niedersachsen für Arbeitsplätze im ländlichen Raum entfachen" vom 2. Mai 2000 sind im Ausschuss gemeinsam behandelt worden. Mit seiner Beschlussempfehlung in der Drucksache 2907 empfiehlt Ihnen der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einstimmig, die beiden Entschließungsanträge in geänderter Fassung anzunehmen. Die mitberatenden Ausschüsse für Umweltfragen sowie für Wirtschaft und Verkehr haben sich dieser Empfehlung des federführenden Ausschusses angeschlossen.

Den gesamten Bericht gebe ich zu Protokoll. Ich möchte nur einen Punkt herausheben. Da beide Anträge sehr umfangreich waren, hat der Ausschuss eine Anhörung durchgeführt. Diese Anhörung war sehr erfolgreich. Wir haben Gesellschaften, Kammern, aber auch viele Privatpersonen, die in Initiativen an diesem Thema der nachwachsenden Rohstoffe und der regenerativen Energien arbeiten, angehört. Wir haben einige Anregungen aufgenommen. Dass wir sie im Rahmen der Anhörung gehört haben, ist, meine ich, für sich schon ein Erfolg für diese Bürger, die sich um dieses Thema verdient gemacht haben.

(Zu Protokoll:)

Mit der Beschlussempfehlung in der Drucksache 2907 empfiehlt Ihnen der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einstimmig, die aus den Drucksachen 1485 und 1577 zu ersehenden Entschließungsanträge in geänderter Fassung anzunehmen. Ich kann mich zur Erläuterung deshalb auf nur wenige, den Beratungsgang skizzierende Anmerkungen beschränken.

Der Vertreter der Fraktion der CDU hatte bereits in der ersten Plenar-Beratung am 30. März 2001 das Ziel des Entschließungsantrages seiner Fraktion verdeutlicht. Danach sollte die Landesregierung aufgefordert werden, die in dem Antrag genannten Maßnahmen und Initiativen zur rationellen Energieverwendung und regenerativen Energienutzung zu unterstützen. Wie bereits die Plenarberatungen gezeigt haben, stimmten die Fraktionen von Anbeginn an in der Forderung überein,

den Landwirten weitergehende Informationen über die Einsatzmöglichkeiten erneuerbarer Energien durch kompetente Institutionen, wie z. B. die Informationsstelle Bioenergie Niedersachsen (BEN), zur Verfügung zu stellen. Hingegen seien die in dem Antrag der CDU-Fraktion angesprochenen Maßnahmen und Projekte - so machten Sprecher der SPD geltend - bereits von der Landesregierung in die Wege geleitet. Hierfür stünden auch Fördermittel in einem ausreichendem Umfange zur Verfügung. In diesen beiden Punkten habe sich daher der Antrag überholt.

Dem Entschließungsantrag der CDU-Fraktion folgte in der Plenarsitzung am 10. Mai 2000 ein weiterer Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ziel dieser Entschließung war neben dem im Antrag der CDU bereits formulierten Ausbau der Informations- und Einstiegsberatung für erneuerbare Energien - insbesondere für die Biogasenergie - das Verlangen nach einer Anhörung zu den Problemen im Bereich des Genehmigungsverfahrens und der optimalen Nutzung von Biogasanlagen.

Zu Beginn der Beratungen im federführenden Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verständigten sich die Mitglieder deswegen auf eine gemeinsame Behandlung der beiden Entschließungsanträge. Auch waren sich die Mitglieder einig, eine Anhörung mit Fachleuten aus verschiedenen Bereichen zu den beiden Energietechnologien "Biogas" und "Holz" in öffentlicher Sitzung durchzuführen.

In der Anhörung am 15. September 2000 berichteten Vertreter verschiedener Institutionen, die sich mit regenerativen Energien befassen, sowie die zuständigen Fachleute aus dem Umwelt- und dem Landwirtschaftsministerium dann zu den Kernpunkten der Anträge; so über die Genehmigungsverfahren verschiedener Landkreise, die Energiegewinnung in Biogasanlagen und die Erfahrungen mit der Nutzung von Biowärme. Auch wurden technische Lösungen für die Energiegewinnung aus pflanzlichen Rohstoffen und Möglichkeiten für eine Energiegewinnung aus Holz aufgezeigt. Die Ausschussmitglieder verständigten sich sodann auf der Grundlage der Anhörung darauf, erörterungsbedürftige Punkte in Änderungsvorschlägen zu formulieren und diese in den sich anschließenden Beratungen weiter zu behandeln.

Ergebnis der Ausschussberatungen ist eine aus den vorlegten Änderungsvorschlägen entwickelte,

schließlich von allen Fraktionen getragene und nun aus der Drucksache 2907 zu ersehende Beschlussempfehlung gewesen.

Die mitberatenden Ausschüsse für Umweltfragen sowie für Wirtschaft und Verkehr haben sich dem so gefundenen Beratungsergebnis des Landwirtschaftsausschusses ohne weitergehende Diskussionen angeschlossen.

Am Ende meiner Berichterstattung bitte ich Sie daher namens des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Beschlussempfehlung in der Drucksache 2907 zuzustimmen.

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Herr Kollege Klein, Sie haben das Wort.

Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir müssen bei Biogas weiter Gas geben! Biogas gehört zu den Bereichen der regenerativen Energien, die kaum umstritten sind. Wir haben weder Probleme mit dem Landschaftsbild, wie es etwa bei Windenergieanlagen der Fall ist. noch haben wir Probleme mit dem Gewässerschutz, wie es bei der Nutzung der Wasserkraft häufig der Fall ist. Wir haben keinen Streit über die Relation von Aufwand und Ertrag, wie wir ihn bei der Fotovoltaik haben.

Im Biogasbereich sind in den letzten Jahren 2 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Der Einsatz von Biogas ist geradezu ideal für die Grundlastenergie und damit auch ein idealer Ersatz für die Atomenergie. Wir haben besondere Synergieeffekte durch den Einsatz von Biogas, indem es einen Beitrag zum Klimaschutz leistet, eine umweltgerechte Entschärfung der Gülleproblematik in der Landwirtschaft bewirkt und die Möglichkeit der Einkommensdiversifizierung und der Einkommensstabilisierung in der Landwirtschaft bewirkt, insbesondere bei Hofanlagen.

Ich hoffe deshalb, dass die Landesregierung diese Entschließung ernst nehmen wird, dass sie sich nicht auf den Lorbeeren der Biogas-Branche ausruhen wird, sondern intensiv Punkt für Punkt abarbeitet.

Nach wie vor habe ich den Eindruck, dass sich einige Genehmigungsbehörden mehr darum küm-

mern, wie man solche Anlagen verhindern kann, als zu schauen, wie man sie ermöglicht.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Damit möchte ich es bei diesem Antrag belassen, über den wir ja viele Monate und mittlerweile sogar Jahre diskutiert haben, und noch ein aktuelles Problem ansprechen, nämlich das Problem des Marktanreizprogramms. Wir haben ja nun Gott sei Dank die Haushaltsbeschlüsse unter Dach und Fach. Die von uns gewünschte Erhöhung des Gesamtansatzes von 300 Millionen DM auf 400 Millionen DM ist verabschiedet und durchgesetzt. Nach wie vor ist der Bedarf groß. Ein großer Teil der Mittel für 2002 ist bereits belegt. Aber dank der Verdreifachung der Verpflichtungsermächtigungen auf Bundesebene werden wir da keine Not leiden.

Das Problem ist, dass nach wie vor keine Klarheit über die Förderrichtlinie besteht. Wir wollen im Biogasbereich nach wie vor insbesondere bei den Kleinanlagen auf den alten Stand zurückkehren. Ich appelliere eindringlich an die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, das zu unterstützen. Denn sonst ist die Hofbiogasanlage und damit eine wichtige Einkommensalternative auf den Höfen in Niedersachsen tot.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es darf nicht bei der Einstellung der Biogas-Förderung bleiben, so wie sie Wirtschaftsminister Müller auf der Bundesebene zur Mitte dieses Jahres verfügt hat. Fast alle Planungen kleinerer Anlagen sind dadurch zum Erliegen gekommen. Wir kennen ja den Hang der SPD zu großen Einheiten. Aber in diesem Zusammenhang macht es wirklich keinen Sinn. Was bei der Windenergie vielleicht noch nachzuvollziehen ist, gilt für Biogas nicht. Strom lässt sich wesentlich einfacher transportieren als Gülle oder nachwachsende Rohstoffe. Deshalb machen Hofanlagen Sinn.

Durch die Maßnahmen des Bundeswirtschaftsministers sind die Umsätze der Hersteller im Jahre 2001 um ein Drittel zurückgegangen. Die Prognose für 2002 geht von einer Halbierung der Umsätze aus. Wir gefährden damit die technologische Vorreiterrolle Deutschlands in dieser Branche, und wir beeinträchtigen damit die Exportchancen einer innovativen Branche.

Was ist das für ein Wirtschaftsminister, meine Damen und Herren, der solch einen Unsinn verzapft? - Bevor Sie immer wieder unnötigerweise versuchen, grüne Bundespolitik zu korrigieren, sage ich Ihnen: Bringen Sie erst einmal Ihre eigenen Leute in der Bundesregierung zur Vernunft!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Das muss ich jetzt auch tun, Herr Kollege; denn Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Klein (GRÜNE):

Ich muss zum Schluss kommen. Deshalb nur noch ein Satz. Die Lösung liegt auf der Hand. Wir können eine differenzierte Förderung der Anlagengröße umsetzen. Kleinere Anlagen sollten wie bisher gefördert werden. Dann kann schrittweise bis zu den Anlagen abgesenkt werden, die heute auch schon wirtschaftlich sind. Ich meine, es wäre eine wichtige Aufgabe - auch für die Landesregierung -, sich in diesem Sinne einzusetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Wojahn, bitte schön! - Meine Damen und Herren, bevor der Kollege das Wort ergreift, weise ich darauf hin, dass wir verzweifelt versuchen zu klingeln, damit die Beschlussfähigkeit des Hauses festgestellt werden kann, was zurzeit offensichtlich nicht möglich ist. Deshalb bitte ich die Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, sich in den Plenarsaal zu begeben, sonst können wir nicht über die Anträge abstimmen. - Bitte schön, Herr Kollege!

Wojahn (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus zwei Anträgen, die hier eingebracht worden sind - und zwar aus den Anträgen der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -, zusammen mit der Regierungsfraktion einen zu machen, ist keine einfache Sache. Das ist klar, und es ist gut, dass dies gelungen ist. Aber dann muss auch jede Fraktion auf Maximalforderungen verzichten, sonst geht das nicht. Dabei hat uns die Anhörung sehr geholfen. Darauf habe ich im Bericht schon hingewiesen.

Ich möchte trotzdem den Kollegen Klein und Schack, der zusammen mit mir die Koordination übernommen hatten, herzlich danken. Die Arbeit war konstruktiv und angenehm, und ich meine, dass wir uns damit sehen lassen können.

Ich weiß nicht, was die SPD-Fraktion entschieden hat. Wie ich höre, ist der Kollege Schack in den Wirtschaftsausschuss gegangen. Ob das eine Beförderung war, weil er bei uns gut gearbeitet hat, oder eine Strafversetzung, weiß ich nicht. Aber das muss ich auch nicht wissen.

(Adam [SPD]: Beförderung! Klare Frage, klare Antwort! - Gegenruf von Biallas [CDU]: Woher weißt du das denn? - Gegenruf von Adam [SPD]: Weil ich das veranlasst habe! - Gegenruf von Möllring [CDU]: Dann würde ich aber immer noch nicht behaupten, dass das richtig war! - Heiterkeit bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren, können wir das bitte einstellen?

Wojahn (CDU):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich auch mit den Fraktionen zufrieden bin, muss ich die Arbeit der Ministerien doch ein bisschen kritisieren. Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und auch das Umweltministerium haben meines Erachtens nicht so sehr in finanzieller Hinsicht - das kritisiere ich nicht -, aber hinsichtlich der Veränderung und Weiterentwicklung der Vorschriften und technischen Standards eine Bremserfunktion eingenommen. Das wird dieser Angelegenheit aber nicht gerecht.

(Zustimmung von der CDU)

Ich meine, der SPD-Fraktion würde es als Regierungsfraktion gut anstehen, nicht immer darauf zu schielen, ob die Ministerien einverstanden sind, sondern auch selbständig mit uns zusammen einige Dinge nach vorn zu bringen.

(Beifall bei der CDU - Ehlen [CDU]: Sehr gut!)

Aus den letzten Spiegelstrichen – da geht es um Wanddurchbrüche und um die Änderung der Kulturpflanzenverordnung - wird ersichtlich, dass wir

uns letztendlich durchgesetzt haben, wenn auch nicht hinsichtlich einer präzisen Formulierung.

Meine Damen und Herren, der Kollege Klein ist schon auf das Marktanreizprogramm für Biogasanlagen eingegangen. Das liegt mir natürlich auch sehr am Herzen. Das hat dazu geführt, dass die Förderung eingestellt worden ist. In der Zeitschrift *Solarthemen* ist zu lesen:

"Ein Rückgang der Neuanfragen bei den Herstellern von Biogasanlagen von 75 % führt diese Hersteller in die Krise."

Ich hoffe sehr, dass die Mittel, die in den Bundeshaushalt eingestellt worden sind, auch für Biogasanlagen freigegeben werden - dass auch Biogasanlagen gefördert werden; dem schließe ich mich ausdrücklich an -, und nicht nur für andere Dinge. Denn es nützt uns in diesem Punkt nichts, wenn wir zwar das Anreizprogramm haben, aber nur auf Großprogramme setzen und nicht auf die Technik der Biogasanlagen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auf einiges muss man auch verzichten. Leider ist es so, dass in diesem Entschließungsantrag einige Dinge nicht sehr präzise beschrieben worden sind. Deswegen hat unsere Fraktion in diese Plenarsitzung einen Antrag - der wohl direkt an den Ausschuss überwiesen wird - eingebracht mit der Forderung, die Biogastechnologie voranzubringen, in dem es uns insbesondere um die Vereinheitlichung der Genehmigungspraxis und auch darum geht - das ist vom MU immer blockiert worden -, dass Gülle aus Biogasanlagen als Dünger bewertet wird und nicht als Abfall.

(Beifall bei der CDU)

Das hindert den Fortschritt in diesem Punkt sehr. Dies wollen wir in jedem Fall erreichen, insbesondere für die bäuerlichen Anlagen. Dabei wird auch zu überlegen sein, ob § 35 des Baugesetzbuches nicht erweitert werden muss - auch wenn wir das nicht alleine machen können -, um den Bau von landwirtschaftlichen Biogasanlagen, die im Dorfgebiet manchmal nicht möglich sind, zu erleichtern.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss kommen.

(Zuruf von der SPD: Das wäre schön!)

- Das kann ich mir denken, aber wir haben Zeit genug.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich möchte noch eine eher spaßige Bemerkung machen. Sie haben gehört, dass der Antrag der CDU-Fraktion den Titel "Vom Landwirt zum Energiewirt" trägt.

(Zuruf von Dr. Domröse [SPD])

Diesen Begriff und diesen Antrag hat mein Kollege Ehlen kreiert. Als wir ihn vor anderthalb Jahren eingebracht haben, haben wir die Häme auf der Seite der SPD-Fraktion und natürlich auch vonseiten der Grünen zu spüren bekommen: Der Antrag war natürlich ein alter Hut; dies war alles bereits erledigt. - Ich will nicht nachkarten. Aber ich möchte Ihnen eine Begebenheit aus den letzten 14 Tagen erzählen.

Der Kollege Ehlen und ich waren zur Agrarkredittagung in Berlin. Den Kollegen Endlein habe ich dort auch gesehen. Auf der Tagung hat die neue Ministerin Frau Künast gesprochen. Sie hat ein neues Programm verkündet und ausgeführt, dass man Agrarpolitik auch anders machen kann. Ich bin mit Frau Künast in vielen Fragen nicht einig, aber diese Aussage war gar nicht schlecht.

Hören und staunen Sie: Frau Künast sprach von einem neuen Programm für die Zukunft: "Vom Landwirt zum Energiewirt". - Genau dasselbe, was wir vor zwei Jahren als angeblich "alten Hut" eingebracht haben, wird uns heute als neue Politik verkündet. Ich meine, das ist eine Superbestätigung für unsere Fraktion, und ich wünsche der Ministerin, dass sie wenigstens in diesem Punkt vernünftige Politik macht. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Meine Damen und Herren, bevor der Kollege Schack das Wort erhält, stelle ich die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. Es ist ja grandios, dass dies gelungen ist.

(Zuruf von der CDU)

- Ja, sehr schön; hervorragend. - Herr Kollege, bitte schön!

Schack (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass wir auf einem sehr pragmatischen Weg zu einem gemeinsamen Antrag gekommen sind, um im Bereich der erneuerbaren Energien auch im Land Niedersachsen bei der Biomasseverwertung mehr zu tun. Wir haben dazu bereits verschiedene Anträge beraten. Die Fülle der Anträge haben wir gemeinsam auf einen Antrag reduziert, der speziell die Belange Niedersachsens in der Zukunft berücksichtigt, was diese Anlagen angeht. Von daher haben wir eine große Klarheit erzielt und einen guten inhaltlichen Antrag für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Niedersachsen, für eine bessere Klimapolitik und für die Anwender und Betreiber von Biomasseanlagen auf den Weg gebracht.

Wenn heute Herr Klein die Gelegenheit nutzt, auf das Marktanreizprogramm hinzuweisen und darauf, dass die Förderrichtlinien weiter geändert und verbessert werden müssen, möchte ich in Erinnerung rufen, wie in dieser Frage alles angefangen hat. Mit dem Weißbuch der Kommission "Energie für die Zukunft - erneuerbare Energieträger" aus dem Jahr 1977 wurde den Mitgliedstaaten der EU eine klare Aufforderung zum Handeln auf den Tisch gelegt, den Anteil der Energieträger aus den erneuerbaren Energiequellen Wind, Sonne, Biomasse und Erdwärme am Primärenergieverbrauch der EU bis 2010 zu verdoppeln. Das Weißbuch schlägt eine Reihe von Maßnahmen zur Erreichung dieses hochgesteckten Ziels vor. Eine Aussage seitens der EU zur Finanzierung dieses ehrgeizigen Programms wurde nicht getroffen.

Inzwischen hat dankenswerterweise der Bund mit zwei politischen Instrumenten der Forderung der Kommission entsprochen, und zwar erstens durch das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien, das Herr Klein gerade angesprochen hat und das am 1. September 1999 gestartet wurde, und zweitens durch das EEG, das Erneuerbare-Energien-Gesetz zum 1. April 2000.

(Beifall bei der SPD)

Dazu ist eine zusätzliche Aufstockung des Programms zum 1. April 2001 erfolgt, indem die Biomasse verstärkt mit aufgenommen wurde. Dies hat dazu geführt, meine Damen und Herren, dass die Nutzung der Biomasse in Deutschland deutlich in den Vordergrund getreten ist.

Gerade das Land Niedersachsen hat in den vergangenen Jahren bei mehr als 40 Anlagen rund 20 Millionen DM investiert und die Biomasse in Niedersachsen nach vorne gebracht. Ich meine, dies war vernünftig und ist richtig gelungen. Allerdings sagt das Marktanreizprogramm auch, Herr Kollege Klein, dass etwas angereizt und nicht auf Dauer subventioniert werden soll. Daran müssen wir uns auch halten. Das können wir uns auf Dauer nicht leisten.

(Zuruf von Klein [GRÜNE])

Insofern hat die Bundesregierung reagiert. Alle Anlagen, die vor Juli 2001 beantragt worden sind, sind in das alte Fördergesetz mit hineingenommen worden. Insofern entsteht kein Ärger und kein Verzug. Von daher ist die Bundesregierung auf dem richtigen Weg.

Ich bin davon überzeugt, dass in Zukunft durch eine vermehrte Anlagenbetreibung und Anlagenherstellung die Preise gedrückt werden können und dass wir mit dem Marktanreizprogramm noch weitere Technologien und andere Dinge unterstützen können. Das sollte das Ziel sein. Insofern bin ich froh, dass wir heute den Antrag gemeinsam beschließen, weil wir mit diesem Antrag eine gute Voraussetzung für den weiteren Ausbau der Biomasseanlagen in Niedersachsen schaffen.

Zum Schluss möchte ich Folgendes sagen: Herr Wojahn, es ehrt Sie ja, dass Sie immer wieder versuchen, für den Berufsstand der bäuerlichen Landwirtschaft etwas herauszuholen. Ich bin aber der Meinung, dass wir in Zukunft die Klassifizierung der Gülle als Abfall nicht ungesehen hinnehmen dürfen. Wir müssen sehr gut aufpassen, dass das nicht zu Problemen führt, die wir bereits in der Vergangenheit gehabt haben, nämlich dass die Landwirte ihre Produkte nicht loswerden. Meine Bitte ist, sehr vorsichtig, vernünftig und realistisch an dieses Thema heranzugehen. Dann kann man sicherlich in diesem Bereich vorankommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Minister Bartels: Doch!)

- Entschuldigung! Herr Minister, bitte schön!

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich gefreut, dass durch die Beratung im Parlament noch einmal deutlich geworden ist, dass die Biomassenutzung ein Konsensthema ist. Ich bin jedoch etwas überrascht, dass die eine Seite heute versucht hat, sich auf Kosten der anderen Seite zu profilieren, und zwar mit der Bemerkung, Herr Wojahn, da säßen welche im Bremserhäuschen, oder mit der Bemerkung, Herr Klein, es wäre nicht genügend Ernsthaftigkeit bei dem Vorantreiben dieses Themas festzustellen gewesen. Vielleicht gehört das ja zum politischen Leben dazu, dass man auch dann, wenn man sich geeinigt hat, versucht, sich zu profilieren.

Meine Damen und Herren, der Wahrheit halber muss an dieser Stelle festgestellt werden, dass die Biomassenutzung in Niedersachsen von den beiden dafür zuständigen Ministerien sehr engagiert vorangetrieben worden ist, dass wir mit der Energieagentur BEN, die wir 1998 eingerichtet haben, genau in eine Lücke hineingestoßen sind, die es bis dato gegeben hat, und dass wir BEN zu einem Kompetenzzentrum ausgebaut haben, das jetzt bei den Landwirten, aber auch im kommunalen Bereich, wo solche Anlagen eingerichtet werden können, segensreich wirkt.

Meine Damen und Herren, das Marktanreizprogramm ist bereits angesprochen worden. Das Land hat auf Bundesebene gleich reagiert und den Bundeswirtschaftsminister gebeten, die vorgenommene Kürzung zurückzunehmen. Das ist mittlerweile geschehen, im Übrigen, Herr Klein, natürlich in einer Kooperation zwischen den Sozialdemokraten und den Grünen auf Bundesebene. Die Mittel für das Marktanreizprogramm sind wieder um 200 Millionen DM erhöht worden und stehen damit in vollem Umfang zur Verfügung.

Wir haben auf der Agrarministerkonferenz gesagt, dass wir nicht nur die volle Rückführung dieser Mittel wollen, sondern auch, dass ein Anteil für die Biomassenutzung reserviert werden soll. Der Bundesminister hat gesagt, dass dafür 35 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Das BMFEL arbeitet zurzeit mit der Unterstützung der anderen Ministerien - auch auf Länderebene - daran, nicht 35 Millionen Euro. sondern 35 % der 400 Millionen Euro dafür zu reservieren. Auch das wird von uns nicht nur geteilt, sondern ist von uns mit angeschoben worden.

Jetzt komme ich zu einem weiteren Punkt. Die Umweltministerkonferenz hat einstimmig beschlossen, dass die kleineren und mittleren Anlagen im ländlichen Bereich, die bäuerlichen Anlagen, die heute noch am Rande oder unterhalb der Wirtschaftlichkeit arbeiten müssen, mit in die Förderung aufgenommen werden. Die Förderrichtlinie wird also an dieser Stelle geändert, wie Sie und wir es gewollt haben. Das ist mit unserer Unterstützung geschehen.

Nun muss ich Ihnen aber eines zurückgeben. Weil das bis dato noch nicht klar war, Herr Klein, habe ich auf der PLANAK-Sitzung in Bonn in der vergangenen Woche dafür geworben, und zwar mit der Unterstützung Thüringens, Bayerns und anderer Länder und gegen den erklärten Willen der Bundesministerin und von Frau Höhn, dass wir mit dem einzelbetrieblichen Förderprogramm für die Biomassenutzung, die zwar auch heute gefördert werden kann, aber nur für die energetische Nutzung der erzeugten Energien im landwirtschaftlichen Betrieb, auch Betriebe fördern können, die sozusagen außerhalb ihres eigenen Betriebes die Energie verkaufen können. Das ist jedoch abgelehnt worden. Das bedauere ich sehr. Sie sollten einmal in ihrem eigenen Laden ein bisschen Dampf machen, damit in Sachen Biomassenutzung wirklich Gas gegeben werden kann.

Unter dem Strich ist das ein einvernehmlicher und guter Beschluss. Ich meine, dass wir damit auf diesem Felde weiter vorankommen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, jetzt liegen mir wirklich keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in der Drucksache 2907 zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, vor der Mittagspause noch den Tagesordnungspunkt 26 zu behandeln.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 26:

Zweite Beratung:

Verschärfung des Ausländerrechts - Konsequente Ausweisung extremistischer Ausländer - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 14/2766 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung - Drs. 14/2927

(Unruhe)

Dieser Antrag wurde in der 85. Sitzung am 24. Oktober 2001 an den Ausschuss für innere Verwaltung zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Der Kollege Harden ist Berichterstatter. Ich erteile ihm das Wort. Bitte schön!

Harden (SPD), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Beschlussempfehlung in der Drucksache 2927 empfiehlt Ihnen der Ausschuss für innere Verwaltung mit den Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion der CDU, den Antrag abzulehnen.

Den weiteren Bericht gebe ich zu Protokoll.

$(\boldsymbol{Zu\ Protokoll:})$

Der Ausschuss für innere Verwaltung hat sich mit dem Antrag in zwei Sitzungen befasst.

Ein Vertreter der CDU begründete in der 124. Sitzung des Ausschusses für innere Verwaltung den Entschließungsantrag damit, dass deutlich gemacht werden müsse, dass ausländische Extremisten und Terroristen aus der Bundesrepublik tatsächlich ausgewiesen bzw. abgeschoben würden.

Der Vertreter der SPD-Fraktion im Innenausschuss signalisierte in dieser Sitzung seitens der SPD-Fraktion grundsätzlich Zustimmung zu dem Entschließungsantrag, wies allerdings auf die rechtliche Problematik beim vierten Spiegelstrich des Entschließungsantrages im Hinblick auf beispielsweise die Genfer Flüchtlingskonvention hin.

Nachdem ein Vertreter des Innenministeriums auf die Gesetzesvorhaben des Bundesinnenministers zur Zuwanderung und zur inneren Sicherheit sowie auf eine Bundesratsinitiative von Niedersachsen und Bayern hinwies und außerdem erläuterte, dass der dritte Spiegelstrich des Antrages keine Verschärfung gegenüber dem geltenden Ausländergesetz bedeute, kam der Ausschuss überein, eine vorläufige Beschlussempfehlung, bestehend aus den Spiegelstrichen 1, 2 und 4 des Entschließungsantrags, dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen mit der Bitte um rechtliche Prüfung zuzuleiten.

Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen hat sich in seiner 102. Sitzung mit dem Entschlie-Bungsantrag befasst und sich von einem Vertreter des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes die Rechtslage erläutern lassen. Danach bestehen aus Sicht des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes erhebliche Bedenken, ob die Aufhebung des Abschiebungsverbots für politisch Verfolgte unter den in der vorläufigen Beschlussempfehlung genannten Voraussetzungen nach der einschlägigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts mit der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbar sei. Auch wegen der Bedeutung des § 51 Abs. 3 Ausländergesetz für das Grundrecht auf Asyl bestünden erhebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der vorläufigen Beschlussempfehlung, soweit es den Spiegelstrich 4 des Ursprungsantrags betreffe. Der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen hat danach beschlossen, die Beratung des Antrages an den federführenden Ausschuss für innere Verwaltung zurückzugeben und gleichzeitig empfohlen, das bisherige Beratungsergebnis unter der Berücksichtigung der Rechtsauffassung des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes zu überprüfen.

In seiner 127. Sitzung hat der Ausschuss für innere Verwaltung die Beratung des Entschließungsantrages erneut aufgenommen. Ein Vertreter der CDU-Fraktion vermochte sich den vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst gemachten verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Aufhebung von Abschiebungsverboten unter den im vierten Spiegelstrich des Ursprungsantrags genannten Bedingungen nicht anzuschließen. Er vertrat vielmehr die Auffassung, dass sich in dem, was mit dem Antrag der CDU-Fraktion gefordert werde, die A- und B-Länder im Bundesrat einig seien und mit dem vorliegenden Antrag der Ministerpräsident, der einen gleichlautenden Antrag in den Bundestag eingebracht habe, unterstützt werden solle.

Ein Vertreter der SPD-Fraktion erkundigte sich zunächst nach dem Sachstand der Diskussion auf Bundesebene. Dazu führte ein Vertreter des Innenministeriums aus, dass der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Terrorismus vorliege, in dem auch Ausweisungstatbestände enthalten seien. Eine bayerischniedersächsische Initiative und Änderungsanträge von Bayern zu diesem Gesetzentwurf würden in die Diskussion einbezogen. Dabei werde versucht, aus den vorliegenden Vorschlägen ein mehrheitsfähiges Konzept zu erarbeiten. Es gebe aber durchaus noch Unterschiede, beispielsweise insoweit, ob die Verhängung einer Jugendstrafe, wie im vierten Spiegelstrich des Ursprungsantrags der CDU-Fraktion gefordert, eine Ausweisung rechtfertigen könne oder nicht.

Ein Vertreter der SPD-Fraktion äußerte schließlich, vor dem Hintergrund der vom Gesetzgebungsund Beratungsdienst in den Beratungen geäußerten Bedenken könnten die Formulierungen, wie sie zunächst als Vorschlag an den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen weitergeleitet worden seien, nicht aufrechterhalten bleiben. Es stelle sich aber die Frage, ob die CDU-Fraktion mit einer Umformulierung ihres Antrages einverstanden sei.

Die Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ging davon aus, dass sich der vorliegende Antrag mit der Sitzung des Bundesrates erledigt haben werde.

Abschließend teilte ein Vertreter der antragstellenden Fraktion mit, dass er den Antrag in der vorliegenden Fassung aufrechterhalte und um Abstimmung bitte.

Damit schließe ich meinen Bericht und bitte Sie, der Beschlussempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung in der Drucksache 2927 zu folgen und damit den Antrag der Fraktion der CDU abzulehnen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat jetzt der Kollege Biallas.

Biallas (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Antrag beinhaltet eine aus unserer Sicht punktgenaue, angemessene und konsequente Reaktion auf die Ereignisse vom 11. September bezogen auf die Notwendigkeiten in Deutschland. Es geht darum, Ausländer, die sich extremistisch und terroristisch betätigen oder die Mitglieder einer als extremistisch einzustufenden Organisation sind oder diese unterstützen, umgehend ausweisen zu können. Das ist der Kern dieses Antrages.

Zur Verdeutlichung dieses Antrages will ich darauf eingehen, worum es weiterhin geht. Es geht darum, dass das Ausländerrecht in der Bundesrepublik Deutschland in keinem Fall diejenigen schützen darf, die eine Gefahr für die innere Sicherheit in unserem Land darstellen.

(Zustimmung von Möllring [CDU])

Der Aufenthalt von Ausländern, die eine Gefahr für die Sicherheit darstellen, muss beendet werden. Dazu stehen wir nach wie vor, egal, ob Sie das ablehnen oder nicht.

Die Ausweisung muss auch dann möglich sein hierzu bedarf es einer Änderung des § 45 des Ausländergesetzes -, wenn eine extremistische Betätigung vorliegt. Das heißt, wenn die Mitgliedschaft oder die Unterstützung einer extremistischen oder terroristischen Organisation festgestellt wird, muss unverzüglich ausgewiesen werden können. Die Bestimmungen des Ausländergesetzes dürfen nicht dagegen stehen.

(Beifall bei der CDU)

Ferner muss die Ausweisung nach einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr möglich sein. Bisher war dazu eine Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren erforderlich. Wir sind der Auffassung, dass derjenige, der zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt worden ist, wissen muss, dass er damit sein Gastrecht und sein Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik Deutschland verwirkt hat.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass Asylverfahren in erster Linie wegen des Einlegens von Rechtsmitteln so lange dauern. Deshalb dauern solche Asylverfahren manchmal viel länger als zehn Jahre. Wir sind der Auffassung, dass in diesem Fall Rechtsmittel gegen die Ausweisungsver-

fügung entfallen müssen; denn es kann nicht angehen, dass wir auf der einen Seite sagen, dass hier jemand nachweislich sein Gastrecht verwirkt hat, auf der anderen Seite aber zehn Jahre warten müssen, ihn auszuweisen, weil er sich durch alle Instanzen durchklagt. Auch das geht nicht.

(Beifall bei der CDU)

Nächster und letzter Punkt: Der Abschiebungsschutz für extremistische Ausländer wird aufgehoben. Wer sich bei uns extremistisch oder terroristisch betätigt, der verwirkt dadurch ebenfalls sein Gastrecht. Das heißt, das Abschiebungsverbot, das es im Ausländerrecht gibt, entfällt dann, wenn dem Täter eine Straftat nachgewiesen wird und er zu einer mindestens zweijährigen Haftstrafe verurteilt wird. Das gilt im Übrigen auch für das Jugendstrafrecht. Darauf werde ich gleich eingehen.

Das Interessante an diesem Antrag ist, dass uns zu Ohren gekommen ist, dass der Herr Ministerpräsident eines Abends an seinem PC saß und offensichtlich dasselbe aufgeschrieben und es an die SPD-Fraktion und an das Innenministerium geschickt hat. Das ist sehr erfreulich. Wir haben das sehr begrüßt. Der Herr Innenminister - dafür wollen wir ihn ausdrücklich loben -- ist dann auf seinen bayerischen Amtskollegen zugegangen und hat 1:1, punktgenau, das, was ich soeben vorgetragen habe, zusammen mit Bayern in einem gemeinsamen Antrag in den Bundesrat eingebracht.

Nun kommt es: Gestern hat uns der Innenminister berichtet, dass diese gemeinsame Aktion außerordentlich erfolgreich war. Er hat uns berichtet, dass dieser Antrag im Bundesrat mit 16: 0 beschlossen worden ist. Herzlichen Glückwunsch, Herr Innenminister!

(Beifall bei der CDU)

Das wäre also, wenn es so weitergegangen wäre, eine positive Entwicklung gewesen. Wenn da nicht gestern eine Pressemitteilung der Kollegen der SPD-Fraktion

(Jahn [CDU]: Collmann & Co.!)

erschienen wäre, in der Herr Collmann behauptet, dass die CDU-Fraktion die Debatte im Innenausschuss nicht richtig begriffen habe, und in der begründet wird, warum die SPD-Fraktion genau diesen Antrag, den der Innenminister im Bundesrat erfolgreich durchgebracht hat, im Ausschuss abgelehnt hat.

Meine Damen und Herren, ich will auf zwei Punkte eingehen. Zum ersten Punkt: Die SPD-Fraktion hat vorgetragen, wir verstießen gegen die Genfer Konvention. Dazu will ich Ihnen aus dem Beschluss des Bundesrates vorlesen:

"Nach einer am Schutz grundlegender Rechtsgüter orientierten Auslegung der Genfer Konvention schützt auch grundsätzlich eine drohende politische Verfolgung nicht vor einer Beendigung des Aufenthalts im Bundesgebiet, wenn schwer wiegende Gründe die Annahme rechtfertigen, dass ein Ausländer schwerste Verbrechen begangen hat oder plant oder Vereinigungen mit derartigen Zielen angehört oder diese unterstützt."

Das ist die Antwort des Bundesrates darauf.

Zweiter Punkt: Die SPD-Fraktion hat uns vorgeworfen, wir würden rechtlichen Frevel begehen, wenn wir dieses Vorhaben auf das Jugendstrafrecht oder eine Freiheitsstrafe von zwei Jahren ausdehnen würden. Auch dazu zitiere ich:

> "Der Abschiebungsschutz bei politischer Verfolgung greift bereits bei strafrechtlichen Verurteilungen zu einer Freiheitsstrafe"

- jetzt kommt es! -

"von mindestens zwei Jahren statt bisher drei Jahren nicht mehr. Die Aufenthaltsbeendigung wird durch die sofortige Vollziehbarkeit von Ausweisungsverfügungen kraft Gesetzes beschleunigt."

Das ist der Beschluss des Bundesrates, der mit 16:0 gefasst worden ist.

Wie ist das weitergegangen? - Gestern hat der Deutsche Bundestag darüber debattiert und abgestimmt. Nun kommt es: Die rot-grüne Mehrheit in Berlin hat den einstimmigen Beschluss des Bundesrates mit ihrer Mehrheit abgelehnt. Das empfinde ich als Unverschämtheit!

> (Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD - Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Das ist erfolgreiche grüne Politik!)

Sie, meine Damen und Herren, müssen sich heute entscheiden. Entweder Sie folgen Herrn Struck und seinen rot-grünen Truppen in Berlin - dann lehnen Sie das ab -, oder Sie stellen sich hinter Ihren Innenminister - dann stimmen Sie zu. Also, Baum oder Borke? - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Lanclée hat jetzt das Wort. Bitte schön!

Lanclée (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Biallas hat gesagt, dass das im Bundesrat alles erledigt wäre. Insofern wundere ich mich schon, dass Sie hier diesen Antrag einbringen.

(Biallas [CDU]: Das hat der Innenminister gestern berichtet! Da waren Sie wahrscheinlich nicht da!)

- Doch. Mit 16:0. Das haben Sie doch gerade berichtet. Der Innenminister hat das auch bestätigt.

Ich möchte für die SPD-Fraktion erklären: Wer in Deutschland Schutz und Zuflucht sucht, darf nicht zu Gewalt gegen Menschen anderen Glaubens oder anderer ethnischer Zugehörigkeit aufstacheln. Wer in Deutschland Schutz und Zuflucht sucht, sich also die Vorteile eines liberalen Rechtsstaates zu Eigen macht und gleichzeitig auf dessen Abschaffung hinwirkt, indem er fundamentalistische Ziele verfolgt, muss damit rechnen, dass sein Aufenthalt beendet wird. Darüber sind wir uns sicherlich alle einig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Biallas [CDU]: Dann müssen Sie zustimmen!)

Das ist auch das Ziel der von Herrn Biallas angesprochenen Gesetzesinitiative, die unsere Landesregierung zusammen mit Bayern in den Bundesrat eingebracht hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben ja gehört, dass der Bundesrat diese Gesetzesinitiative mit dem Votum aller 16 Länder verabschiedet hat.

(Jahn [CDU]: Warum denn nicht mit eurer Stimme?)

Diese Gesetzesinitiative hat das Ziel, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausweisung der Ausländer zu schaffen, die den gesellschaftlichen Grundkonsens unseres liberalen Rechtsstaates nicht anerkennen wollen bzw. an ihm rütteln.

Dies vorausgeschickt, möchte ich für die SPD-Fraktion Folgendes feststellen:

(Coenen [CDU]: Jetzt kommt der Salto mortale!)

Wir wollen, dass ausländische Extremisten und Terroristen aus der Bundesrepublik ausgewiesen und abgeschoben werden.

(Biallas [CDU]: Dann stimmt doch zu!)

Sie rennen mit dem vorliegenden Antrag also wieder einmal offene Türen bei uns ein,

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

wohl wissend, dass der Forderungskatalog Ihres Antrags, den Sie heute zur Abstimmung stellen, durch die von mir bereits angesprochene Bundesratsinitiative abgearbeitet worden ist. Dieser Antrag ist also wieder einmal nichts anderes als der durchsichtige Versuch, das Thema Terrorismusbekämpfung für parteipolitische Profilierung in Anspruch zu nehmen und zu instrumentalisieren, und nichts anderes, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Fischer [CDU]: Das ist doch dummes Zeug! Dieser Antrag ist vom 15. Oktober 2001, und wann war die Abstimmung im Bundesrat?)

- Herr Fischer, Sie können noch so laut schreien. Es wird Ihnen einfach nicht gelingen.

Meine Damen und Herren, Sie haben es noch nicht einmal für nötig gehalten, sich in der Beratung im Innenausschuss sachbezogen und ernsthaft mit den verfassungsrechtlichen Bedenken des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes auseinander zu setzen.

(Jahn [CDU]: Das ist doch Quatsch!)

Die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen einige Ihrer Forderungen hat auch unsere Fraktion - darin möchte ich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Stokar, einbeziehen - deutlich gemacht. Sie haben es versäumt, sich damit auseinander zu setzen.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Aber Ihre Landesregierung auch!)

Jedenfalls haben Ihre oberflächlichen Einlassungen dazu - auch das möchte ich unterstreichen - davon nichts erkennen lassen, nachdem wir auf die verfassungsrechtlichen Bedenken, die ich schon angesprochen habe, hingewiesen hatten.

(Biallas [CDU]: Welche sind das denn?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesem Antrag eröffnen Sie uns die Möglichkeit, noch einmal auf das umfassende niedersächsische Maßnahmenpaket zur inneren Sicherheit hinzuweisen, das wir im Landtag im Oktober-Plenum auf den Weg gebracht haben. Auch der Haushalt 2002/2003, den wir am Freitag beschließen werden, sieht bekanntlich eine ganze Reihe von Weichenstellungen zur weiteren Verstärkung der inneren Sicherheit in Niedersachsen vor.

(Beifall bei der SPD)

Es war schon amüsant, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Innenausschuss von der CDU-Fraktion zu hören, man wolle mit diesem Antrag die Initiative des Ministerpräsidenten und des Innenministers im Bundesrat unterstützen.

(Zuruf von der CDU: Ja, genau!)

Das ist bei unserem Ministerpräsidenten nicht nötig, und bei unserem Innenminister schon gar nicht!

(Lachen bei der CDU - Zuruf von der CDU: Ist der besser als der Minister-präsident?)

Das haben Sie, Herr Biallas, ja auch bestätigt. Das können die beiden allein! Dazu brauchen sie Ihre Unterstützung nicht. Wie nennt man das? – Auf den fahrenden Zug aufspringen! Nichts anderes!

Vizepräsident Gansäuer:

Herr Kollege Lanclée, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Lanclée (SPD):

Diese Spielchen kennen wir doch, Herr Präsident!

Vizepräsident Gansäuer:

Ich frage Sie, ob Sie eine Zwischenfrage gestatten?

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Sie müssen einfach nur ja oder nein sagen!)

Lanclée (SPD):

Ich habe schon darauf geantwortet. Ich wusste, was Sie fragen wollten, Herr Präsident. Herr Fischer hat sich ja gemeldet. Ich möchte keine Zwischenfragen zulassen.

Vizepräsident Gansäuer:

Das ist doch ganz einfach. Sagen Sie einfach nein, und die Sache ist erledigt.

Lanclée (SPD):

Meine Damen und Herren, nun zu dem Forderungskatalog des Antrages, dessen einzelne Punkte sich schnell in Luft – ich will einmal unterstreichen, in "heiße" Luft – auflösen.

Erstens stellt Punkt 3 des uns vorliegenden Antrages keine Verschärfung des geltenden Ausländerrechts dar.

(Biallas [CDU]: Dann kannst du doch zustimmen!)

- Das ist doch schon Gesetz. Da brauchen wir nicht mehr zuzustimmen. Die drei anderen Punkte haben erhebliche Bedenken in Bezug auf Verfassungsmäßigkeit und geltendes Ausländerrecht sowie auf die Vereinbarkeit mit der Genfer Flüchtlingskonvention, die insbesondere mit den dazu ergangenen Urteilen unseres Bundesverwaltungsgerichts angesprochen wurde, ausgelöst.

Unser Angebot an Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, den Antrag entsprechend umzuformulieren, haben Sie nicht aufgegriffen.

(Biallas [CDU]: Wo ist denn der Änderungsantrag?)

Das kann man nicht als seriös bezeichnen. Das will ich einmal vorsichtig so formulieren.

(Widerspruch bei der CDU – Frau Vockert [CDU]: Oh nein!)

Dass dieser Antrag für Sie nur ein Feigenblatt ist, wurde auch dadurch deutlich, dass Sie sich über die massiven rechtlichen Bedenken in Bezug auf die Verfassungsmäßigkeit einfach hinweggesetzt haben.

(Zuruf von der CDU: Welche sind das denn? – Biallas [CDU]: Werden Sie doch einmal konkret!)

Alles in allem war das eine unsaubere Arbeit, das muss man feststellen! Das können wir in der Innenpolitik so nicht durchgehen lassen!

(Lachen bei der CDU – Möllring [CDU]: Das war nach Herrn Plaue die zweitschlechteste Rede!)

Ich fasse zusammen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass der Antrag in dieser Form verfassungsrechtlich nicht tragfähig ist. Er lässt die einschlägige Rechtsprechung außer Acht. Er widerspricht der Genfer Flüchtlingskommission.

(Zuruf von der CDU: "Konvention" heißt das!)

Wir betrachten den Antrag als erledigt. – Konvention, genau das habe ich auch gesagt. Es ist besser, wenn Sie Ihren Antrag zurückziehen. Wir stimmen ihm in dieser Fassung jedenfalls nicht zu!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Gansäuer:

Vielen Dank. - Frau Stokar von Neuforn, bitte!

Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einem Punkt hat die CDU-Fraktion natürlich Recht: Solch eine Orientierungslosigkeit bei den für die betroffenen Menschen und auch gesellschaftspolitisch wichtigen Fragen, wie sie sich die SPD-Fraktion im Vorfeld der Bundesratssitzung geleistet hat, ist wirklich nur noch blamabel.

(Beifall bei der CDU)

Der Innenminister Bartling hat – da hat die CDU-Fraktion Recht – genau die Dinge im Bundesrat gefordert, die nachweislich verfassungswidrig sind und die gegen geltendes Völkerrecht verstoßen.

(Wernstedt [SPD]: So etwas macht er doch nicht!)

Meine Damen und Herren, wir werden diese Debatte nur nachvollziehen können, wenn wir einige ganz konkrete Entscheidungen treffen. Ich wäre dem Innenminister dankbar, wenn er wieder Orientierung in diese Diskussion bringen würde. Rot-Grün hat gestern nicht den gesamten Beschluss des Bundesrates abgelehnt, sondern es geht um einen Punkt, den ich hier schon angesprochen habe. Wir haben verhindert - das hat der Innenminister gestern auch falsch dargestellt -, dass es eine Verdachtsausweisung gibt. Wir haben in den Gesetzentwurf wieder aufgenommen, dass Tatsachen belegen müssen, ob jemand extremistisch ist.

(Möllring [CDU]: Wer ist denn "wir"?)

Auch die Darstellungen des Pressesprechers des Innenministers im Zusammenhang mit den Kaplan-Durchsuchungen sind schlichtweg falsch. Ich gehe inzwischen davon aus, dass das bewusste Propaganda ist. Natürlich wird auch unter Rot-Grün nicht vorausgesetzt, dass Gewalt nachgewiesen werden muss, um Extremisten auszuweisen. Nein, meine Damen und Herrn, die Ausweisungsgründe sind wesentlich weiter gefasst. Die Personen, die die Sicherheit gefährden, die gegen die Völkerverständigung verstoßen, können auch unter Rot-Grün ausgewiesen werden.

(Möllring [CDU]: Müssen! Müssen!)

Wir haben uns nur dagegen zur Wehr gesetzt, dass ein vom Verfassungsschutz geäußerter Verdacht, der nicht belegt werden muss und bei dem es noch nicht einmal eine aufschiebende Wirkung, d. h. die Rechtsweggarantie, gibt, für eine Ausweisung ausreicht. Das wäre verfassungswidrig, meine Damen und Herren. Es ist auch nicht die Genfer Flüchtlingskonvention, denn die Genfer Flüchtlingskonvention enthält eine Ausnahmeklausel. Es ist die Europäische Menschenrechtskonvention, die von Deutschland bisher immer noch mitgetragen wird.

Der Innenminister kann ja einmal erläutern, wie er bezüglich der Ausweisung zur Europäischen Menschenrechtskonvention steht, die nicht nur besagt, dass jemand nicht ausgewiesen werden darf, dem die Vollstreckung der Todesstrafe droht. Es ist ganz klar: Wir dürfen einen anerkannten Asylbewerber – darum handelt es sich auch bei Mitgliedern des Kaplan-Staates – nicht ausweisen, wenn

ihm Folter und Verfolgung im Herkunftsland drohen.

(Möllring [CDU]: Der darf überhaupt nicht ausgewiesen werden! Ein anerkannter Asylbewerber hat hier Asylrecht! – Zuruf von der SPD: Wo Herr Möllring Recht hat, hat er Recht! Das muss man ihm lassen!)

Entweder steht die SPD in Niedersachsen zum verbindlichen Europäischen Völkerrecht, oder sie steht nicht dazu.

Meine Damen und Herren, damit komme ich zum Ende. Wir als Grüne haben uns nie dagegen ausgesprochen, dass der Kaplan-Staat-Verein ausgewiesen wird, sondern ich habe im Gegenteil die Aufhebung des Religionsprivilegs schon im Zusammenhang mit der Scientologen-Debatte gefordert.

Eines, meine Damen und Herren, macht mir allerdings Angst: eine bestimmte deutsche Gründlichkeit bei der Umsetzung.

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Schluss kommen!

Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE):

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Aber ich möchte diesen Satz noch beenden. – Es macht mir Angst, wenn Polizeibeamte vermelden: Moschee besenrein übergeben.

(Zuruf von der CDU: Hören Sie den Polizeifunk ab?)

Ich fordere den Innenminister auf, dass die Gebetsteppiche und die Koran-Bücher, die Dinge, die dem Islam gehören, die religiösen Gegenstände, - -

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin, es sollte nur ein Satz sein!

Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE):

- - - die sich in den durchsuchten Räumen und Moscheen befanden, den anerkannten islamischen Gemeinden übergeben werden. Es war nicht richtig, sie auf diese Art und Weise zu beschlagnahmen.

Vizepräsident Gansäuer:

Frau Kollegin, ich entziehe Ihnen jetzt das Wort.

(Das Mikrofon am Rednerpult wird abgeschaltet)

Bitte nehmen Sie Platz. Ich habe Sie jetzt dreimal gebeten aufzuhören.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung, und wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses für innere Verwaltung in der Drucksache 2927 zustimmen will und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 2766 ablehnen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Ausschussempfehlung ist gefolgt, und der Antrag der Fraktion der CDU ist abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Sie dauert bis 14.30 Uhr. Ich wünsche Ihnen guten Appetit!

Unterbrechung: 13.09 Uhr.

Wiederbeginn: 14.31 Uhr.

Vizepräsidentin Goede:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sehe, Sie hatten eine angenehme Mittagspause. Wir fahren in unserer Tagesordnung fort.

(Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Haushaltsberatungen, ohne dass jemand von der Regierung anwesend ist? Das geht so nicht! - Weitere Zurufe - Biallas [CDU]:) Frau Präsidentin, ich verstehe Sie nicht!)

- Sie müssen etwas leiser sein. Ich bemühe mich, laut zu sprechen.

Ich rufe auf:

Fortsetzung zweite Beratung Haushalt 2002/2003 - Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte (einschl. einzubringender Änderungsanträge) unter Einbeziehung der betroffenen Ressortminister (Innenpolitik, Städtebau, Justiz, Soziales und Frauen, Jugend und Sport, Wirtschaft und Verkehr, Bundes- und Europaangelegenheiten, Landwirtschaft, Umwelt)

Für die nunmehr zu behandelnden Themenbereiche stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zur Verfügung: SPD und CDU jeweils bis zu 97 Minuten, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bis zu 61 Minuten. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, dass die Landesregierung eine Redezeit von 61 Minuten nicht überschreitet. Außerdem hatte der Ältestenrat dem Wunsch der SPD-Fraktion entsprochen, einen Rest der nicht in Anspruch genommenen Redezeit aus der Vormittagssitzung von ca. 8 Minuten auf den Nachmittag zu übertragen.

Ich bitte Sie wiederum, sich schriftlich zu Wort zu melden und dabei anzugeben, zu welchem Gebiet Sie sprechen möchten.

Wie im Ältestenrat vereinbart, behandeln wir zunächst die Themenbereiche **Innenpolitik**, **Städtebau und Justiz**. Dazu liegt mir eine Wortmeldung des Kollegen Schünemann vor. Bitte schön, Herr Kollege Schünemann!

Schünemann (CDU):

Der Innenminister ist nicht da! Müssen wir ihn zitieren, oder kommt er? Sonst macht das keinen Sinn.

Vizepräsidentin Goede:

Ich gehe davon aus, dass er gleich kommt. Ich unterbreche die Sitzung, bis der Innenminister hier ist.

Unterbrechung: 14.32 Uhr.

Wiederbeginn: 14.33 Uhr.

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Sitzung wieder und erteile dem Kollegen Schünemann das Wort.

Schünemann (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Polizeigewerkschaften weisen seit langem mit Nachdruck darauf hin, dass in keinem anderen Bundesland pro Kopf weniger Geld für die innere Sicherheit ausgegeben wird als in Niedersachsen. Daran sollten wir uns orientieren. Ich hätte eigentlich erwartet, Herr Innenminister, dass mit diesem Haushalt eine Kehrtwende eingeläutet wird. Leider Gottes ist dies wieder nicht passiert.

(Beifall bei der CDU)

Seit 1995 sind fast 600 Stellen im Polizeibereich gestrichen worden. Vor diesem Hintergrund haben Sie, Herr Innenminister, noch im Sommer dieses Jahres einen Haushalt mit vorgelegt, mit dem weitere Streichungen bei der Polizei beabsichtigt worden sind. Für mich ist das völlig unverständlich.

(Beifall bei der CDU)

Erst als die Mitglieder der Polizeigewerkschaften auf die Straße gegangen sind und Ihre Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion berechtigte Angst vor einem schlechten Kommunalwahlergebnis gehabt haben, ist Ihnen die SPD-Fraktion zur Seite gesprungen und schrittweise den Forderungen der Polizeigewerkschaften entgegengekommen.

Eine tolle Überschrift kurz vor der Kommunalwahl: 500 Stellen mehr. - Herr Innenminister, wir haben Ihnen sehr schnell nachweisen können, dass das eine Mogelpackung gewesen ist,

(Beifall bei der CDU)

die nur den Status quo festgeschrieben hat. Das kann so nicht weitergehen.

Dann kam der 11. September. Ihre Kolleginnen und Kollegen Innenminister haben danach ein Gesamtkonzept für mehr innere Sicherheit in ihren Ländern vorgelegt. Leider Gottes ist Derartiges von Ihnen hier in Niedersachsen nicht vorgelegt worden. Stückwerk haben Sie präsentiert. Erst nachdem in der Innenministerkonferenz beschlossen worden war, dass bundesweit die Rasterfahndung eingeführt werden soll, sind Sie mit hängenden Ohren zu uns gekommen und haben gesagt: Jetzt müssen wir schnell die Rasterfahndung auch in Niedersachsen ermöglichen. Auf Videoaufzeichnungen muss ich an dieser Stelle nicht eingehen; das ist völlig klar.

Was das Personal angeht, so haben Sie nur Symbolpolitik betrieben: 10 Stellen für den Verfassungsschutz und 18 Stellen zusätzlich für den Staatsschutz - das ist Bonsaipolitik, meine Damen und Herren! Das können Sie doch nicht ernsthaft als eine Verbesserung der inneren Sicherheit verkaufen.

(Beifall bei der CDU - Frau Körtner [CDU]: Die versuchen alles!)

Meine Damen und Herren, auch wir könnten natürlich nicht sofort mehr Polizeibeamte einstellen, weil Sie es nämlich versäumt haben, genügend Polizeibeamte auszubilden. Deshalb müssen wir morgen 650 zusätzliche Anwärterstellen für den Haushalt beantragen. Es dauert drei Jahre, bis diese Polizeianwärter ausgebildet sind. Das ist aber absolut notwendig, denn die Grenze der erträglichen Belastung der Polizeibeamten ist längst überschritten. Sie haben auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Dieser kommen Sie aber beim besten Willen nicht nach, Herr Innenminister.

(Beifall bei der CDU)

Ich gebe zu, dass Sie zur Terrorismusbekämpfung in der Staatsschutzabteilung Polizeibeamte zusammengezogen haben. Aber woher kommen diese Beamten, Herr Innenminister? - Sie kommen aus der Fläche! Sie ziehen Polizeibeamte aus dem ländlichen Raum ab, obwohl wir dort schon eine katastrophale Polizeidichte haben. So kann man auf Dauer keine Politik machen.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen aber auch kurzfristig reagieren. Deshalb haben wir einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet. Wir haben uns angeschaut, was in anderen Bundesländern geschieht. Macht es eigentlich Sinn, in der jetzigen Situation, in der wir wirklich jeden Polizeibeamten brauchen, im Bereich des Objektschutzes Hauptkommissare einzusetzen? Können wir dafür nicht auch Tarifangestellte - Stichwort "Wachpolizei" - zur Verfügung stellen? - Nach einem Vierteljahr sind solche Kräfte in der Lage, Objektschutz zu betreiben. Wir haben für diesen Vorschlag am Wochenende großes Lob bekommen, und zwar vom Bundesvorsitzenden der Polizeigewerkschaft, Konrad Freiberg. Er kommt aus Hamburg. Dort hat sogar der ehemalige SPD-Innensenator so etwas ermöglicht. Es macht Sinn! In Hessen läuft das! In Berlin läuft es! Sie aber, Herr Innenminister, sagen, das mache

keinen Sinn. Alternativvorschläge, wie Sie den Polizeibeamten helfen wollen, bekommen wir von Ihnen jedoch nicht, und von der SPD-Fraktion schon gar nicht.

(Coenen [CDU]: Da ist Schweigen im Walde!)

Alle diese Beispiele zeigen, dass Sie im Bereich der inneren Sicherheit nicht die Kraft haben und vor allem auch am Kabinettstisch nicht die Kraft haben, sich durchzusetzen und wirklich substanziell etwas zusätzlich für die Polizei zu tun.

Sie sind aber auch Kommunalminister. In dieser Funktion können Sie sich am Kabinettstisch offensichtlich überhaupt nicht mehr durchsetzen. Die Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat heute Morgen gezeigt, dass Sie das gesamte Feld dem Finanzminister überlassen. Dieser versucht natürlich, seine eigene Haut zu retten. Er versucht natürlich, alles für das Land zu behalten. Aber, Herr Innenminister, Herr Kommunalminister, sehen Sie denn nicht, dass die Kommunen in Not geraten sind?

Die Gewerbesteuer bricht ein. Bei uns in Holzminden haben wir pro Jahr 20 Millionen DM an Gewerbesteuereinnahmen gehabt. Jetzt haben wir einen Minusansatz von 1,7 Millionen DM. Sie lassen die Kommunen im Regen stehen! Wie können Sie es am Kabinettstisch hinnehmen, dass der Finanzminister vorschlägt, dass die Lasten nach dem BEB-Urteil mit auf die Kommunen abgewälzt werden? Damit haben die überhaupt nichts zu tun gehabt. Da müssen auch Sie aufschreien. Sie müssen sagen: Da gehört es nicht hin, die Kommunen sind in Not. Ich muss auf jeden Fall dafür stehen, dass sie auch tatsächlich wieder vor Ort etwas entscheiden und auch investieren können. Das ist doch entscheidend!

(Beifall bei der CDU)

Zur Gemeindefinanzreform hat die SPD im Bundestagswahlkampf gesagt: Wir werden das sofort umsetzen, wenn wir regieren. - Drei Jahre ist die SPD im Bund an der Regierung. Sie hat jetzt nur noch zehn Monate Zeit. Nichts ist passiert! Der Finanzminister hat gesagt, es würden lockere Gespräche geführt. - Nein, wir erwarten von Ihnen eine Initiative des Landes Niedersachsen, wir erwarten, dass Sie im Bundesrat aktiv werden, dass Sie mal einen Gesetzentwurf für eine Gemeindefinanzreform auf den Tisch legen, damit die Kommunen wieder eine Perspektive haben.

Herr Innenminister, Sie sind weder im Bereich der inneren Sicherheit jemand, der sich für die Polizeibeamten einsetzt, noch sind Sie ein vernünftiger Kommunalminister; denn sonst würden Sie die Kommunen nicht so im Regen stehen lassen.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es wirklich an der Zeit, dass wir spätestens in 14 Monaten eine andere Regierung bekommen. Es ist überfällig, dass wir auch einen anderen Innenminister bekommen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Stokar von Neuforn.

Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, in Niedersachsen ist die Gefahr für die Bürgerinnen und Bürger, Opfer einer ganz normalen Straftat zu werden, noch immer wesentlich größer als die Gefahr, Opfer eines terroristischen Anschlages zu werden. Im Zuge dieser ganzen Terrorismusdebatte, meine Damen und Herren, sollten wir nicht vergessen, dass es in der Haushaltsberatung unsere erste Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass die Polizei in Niedersachsen überhaupt in der Lage ist, die Gesetze, die in den letzten Jahren verabschiedet worden sind, auch in die Alltagsarbeit umzusetzen.

Ich möchte nur ein Beispiel nennen. Es geht um Gesetze, die neu verabschiedet worden sind, die auch wir sehr begrüßt haben, weil Polizei dadurch so etwas geworden ist wie ein gesellschaftlicher Partner. Das Gesetz gegen häusliche Gewalt führt dazu, dass es erheblich mehr Einsätze gibt und erheblich mehr Zeit für die Bearbeitung dieser Einsätze erforderlich ist. Das, meine Damen und Herren, muss sich dann aber auch in der Zuweisung von Personal widerspiegeln.

Wir hatten in der Auseinandersetzung um die Terrorismusgesetze auch im Zusammenhang mit der Rasterfahndung eine Frage gestellt. Herr Minister, es reicht einfach nicht, dass Sie mit Bayern konkurrieren, sagen, Niedersachsen würde die schärfsten Gesetze machen, und meinen, das sei eine überzeugende Politik der inneren Sicherheit. In einem können Sie mit Bayern nicht konkurrieren: Sie haben nicht das Geld in der Tasche, um

die Umsetzung dieser Gesetze mit dem entsprechenden Personal zu finanzieren.

Das führt dann in Niedersachsen zu abstrusen Überlegungen. Sie sagen: Weil wir nicht das Personal haben, die Ergebnisse der Rasterfahndung rechtsstaatlich vernünftig zu überprüfen, führen wir in diesem Bereich die Telefonüberwachung ein; das ist billiger. - Meine Damen und Herren, wer so versucht, ohne Geld in der Tasche eine Politik der inneren Sicherheit zu machen, der handelt wirklich fahrlässig. Das ist dann mehr Schein als Sein.

Meine Damen und Herren, ich möchte zu einem weiteren Punkt sprechen. Groß gefeiert wurde in Niedersachsen das Lingener Modell. Die Polizei hat ihren Beitrag geleistet und hat gesagt: Jawohl, wir sind bereit, die Flexibilisierung von unserer Seite einzubringen. Nur, meine Damen und Herren, was ist denn das Ergebnis aus dem Innenministerium gewesen? - Versprochen wurde Überstundenabbau. Das Ergebnis ist, dass in der Zeit, seit das Lingener Modell läuft, die Überstunden bei der Polizei in Niedersachsen von 1,4 Millionen - was schon eine Wahnsinnszahl ist - auf jetzt 3 Millionen gestiegen sind.

Meine Damen und Herren, diese Personalpolitik ist nicht mehr vertretbar und führt auch dazu, dass es in der Polizei keine Reformbereitschaft mehr gibt.

Als letzten Punkt möchte ich in diesem Zusammenhang nur die hohen CASTOR-Transportkosten ansprechen. Meine Damen und Herren, ich habe mich während des letzten Einsatzes mit Polizisten aus vielen Bundesländern unterhalten. Es ist doch mittlerweile ein bundesweiter Witz, dass Niedersachsen der Auffassung ist, es brauche 18 000 Polizisten aus dem ganzen Bundesgebiet, um mit 3 000 Demonstranten fertig zu werden. Hamburger, Berliner und NRW-Beamte sagten mir: Mit solchen Zahlen gehen wir mit unseren eigenen Hundertschaften um. Meine Damen und Herren, die hohen Kosten werden doch dadurch verursacht. dass Sie dort über Tage Gewahrsamstellen einrichten, hunderte von Leuten in Gewahrsam nehmen. Und hinterher wird festgestellt, dass das noch nicht einmal eine rechtmäßige Ingewahrsamnahme gewesen ist.

Herr Innenminister, ich wünsche mir einfach, dass Sie mit etwas mehr Gelassenheit Innenpolitik machen. Das wäre wirkliche Stärke. Meine Damen und Herren, ich komme noch zu einem anderen Punkt, über den im Rahmen der Haushaltsberatung meistens nicht gesprochen wird, nämlich zur Asyl- und Flüchtlingspolitik. In diesem Bereich hat das Land Niedersachsen in den vergangenen Jahren erhebliche Einsparungen erzielt. Für uns, aber auch für die Betroffenen überhaupt nicht nachzuvollziehen ist, dass dann in einem Bereich wie der Verfahrensberatung in den ZASten in Braunschweig und Oldenburg die Stellen eingespart werden. Diese Verfahrensberatung führt dazu - das wird in einem Brief vom Bundesamt bestätigt -, dass Verfahren verkürzt werden, optimiert werden und dass erhebliche Mittel eingespart werden. - Wie Sie gerade in diesem Bereich sparen können, ist für uns nicht nachvollziehbar.

Herr Innenminister, Sie versuchen hier, so zu tun, als seien Sie auch der Integrationsminister. Wo denn, bitteschön, ist im Haushalt wirklich ein Ansatz für ein Integrationskonzept? - Sie haben weder das Integrationskonzept noch die Mittel in den Haushalt eingesetzt. Die 10 Millionen DM, die hier zusammengefasst worden sind, sind nicht um einem Euro höher als die alten Haushaltstitel. Das sind alles zusammengefasste Projekte, finanziert durch EU-Mittel. Ihr eigener Beitrag zur Integration ist gleich Null.

Ich komme zum Schluss. Solch eine Politik gefährdet die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Der nächste Redner ist Herr Kollege Adam.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommt's!)

Adam (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit den Bereichen Innen- und Rechtspolitik - zu beiden Bereiche möchte ich kurze Ausführungen machen - reden wir über zwei Bereiche, die ganz wesentlich elementare politische und gesellschaftliche Aufgaben abdecken: den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Straftaten zu gewährleisten, die Ängste unserer Mitmenschen vor Kriminalität und Gewalt ernst zu nehmen und ihnen mit wirksamen Maßnahmen zu begegnen. Alles das zusammen, meine Damen und Herren, bedeutet, Lebensqualität zu schaffen.

Niedersachsen ist auch nach den Ereignissen des 11. September ein sicheres Land, in dem sich alle Bürgerinnen und Bürger wohl fühlen können. Vor allem die konsequent hohe Aufklärungsquote bei den Straftaten zeigt, dass sich die niedersächsische Polizei den aktuellen Anforderungen stellt und dafür gut gerüstet ist.

Durch die Terroranschläge in den USA vom 11. September ist die Notwendigkeit deutlich geworden, kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur möglichst frühzeitigen und effektiven Bekämpfung extremistischer, religiös-fanatischer und verfassungsfeindlicher Bewegungen zu ergreifen. Deshalb haben wir im vorliegenden Haushalt die Grundlagen dafür gelegt, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen - dies auch in Anbetracht der tief greifenden weltpolitischen Veränderung - weiterhin wohl fühlen können. Wir setzen damit ein deutliches Signal, dass auch in Zeiten knapper Kassen in Niedersachsen an der inneren Sicherheit nicht gespart wird.

Die Gesamtausgaben allein für die niedersächsische Polizei liegen 2002 bei 1,92 Milliarden DM. Das ist eine Steigerung um 6,5 % im Vergleich zum letzten Jahr.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Im Vergleich zu 1990 reden wir sogar von einer Steigerung um weit über 50 %.

Meine Damen und Herren, natürlich gehen wir nicht mit dem Füllhorn durch die Lande. Hinter all diesen Summen stehen konkrete Maßnahmen. Dazu gehören ganz zentral die von uns geschaffenen Rahmenbedingungen für eine höhere Präsenz von Polizei und Verfassungsschutz in Niedersachsen. Dazu gehören auch die zusätzlich erforderlichen Stellen.

(Zuruf von Frau Vockert [CDU])

- Frau Vockert, vielleicht schaffen wir es, uns seriös mit diesem Thema auseinander zu setzen. - Dazu gehören auch die erforderlichen zusätzlichen Stellen in der Staatsanwaltschaft und in der Finanzverwaltung. Dazu gehört nicht zuletzt unser Signal, die Landesmittel für den Katastrophenschutz auf dem Niveau des laufenden Haushaltsjahres zu halten.

Zur Erhöhung der polizeilichen Präsenz und zur Stärkung des Netzwerks innere Sicherheit schaffen wir 500 neue Stellen im Polizeibereich.

(Zuruf von der CDU: Wir haben euch doch vorgerechnet, dass es keine neuen Stellen sind!)

- Es ist immer ganz toll, wie ihr rechnet. Ihr solltet wieder in die Schule gehen, um rechnen zu lernen.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Aber nicht in Niedersachsen!)

Darüber hinaus werden wir zur Erhöhung der Qualität von Polizei und polizeilichem Staatsschutz insgesamt 500 Stellen anheben, davon 477 von der Besoldungsgruppe A 10 nach A 11 und 23 von A 9 nach A 10. Für die Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens hat dies ganz konkrete Auswirkungen; denn wir wollen dafür sorgen, dass wieder mehr Polizei auf die Straße kommt.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Auch den polizeilichen Staatsschutz verstärken wir um Stellen und entsprechende Mittel. Die Deckung all dieser zusätzlichen Mittel erfolgt aus den Einzelplänen 03 und 13. Wir legen Wert darauf, dass unsere Maßnahmen seriös finanziert werden und wir keine Scheinfinanzierungen haben.

(Zuruf von der SPD: Das ist Solidität!)

Mit der Aufzählung unseres Maßnahmenpakets bin ich noch lange nicht am Ende. Als Folge der Terroranschläge verstärken wir den Verfassungsschutz. Wir werden dafür sorgen, dass die Stellen besetzt werden. Bei Ihren Vorschlägen, Kolleginnen und Kollegen von der CDU - u. a. wollen Sie kurzfristig 50 und mittelfristig sogar 100 neue Stellen für den Verfassungsschutz schaffen -, fehlt - man ist versucht zu sagen: wie üblich - nicht nur jede solide Finanzierung. Ihren Gedankengängen kann auch nicht gefolgt werden; das wissen Sie durch die Informationen, die wir in den entsprechenden Ausschüssen bekommen haben, ganz genau.

(Biallas [CDU]: Was? Nur weil ihr nicht mitkommt?)

- Leider sind Sie nicht in dem Ausschuss, in dem wir solche Informationen bekommen. Aber, Herr Biallas, vielleicht erkundigen Sie sich, wenn es Ihnen wieder besser geht, einmal bei Herrn Jahn. Er hat mehr Informationen.

(Zuruf von Jahn [CDU])

Zudem fordert die CDU-Fraktion den Einsatz der Wachpolizei und des freiwilligen Polizeidienstes. Schwarze Sheriffs lehnen wir ab! Die wollen wir nicht auf den Straßen haben.

(Beifall bei der SPD)

Bei den Staatsanwaltschaften richten wir 60 zusätzliche Stellen ein. Zum einen sollen sie Entlastung schaffen, weil die von uns bewirkte Verbesserung bei der Polizei seit Jahren zu steigenden Aufklärungsquoten geführt hat, sodass die Staatsanwaltschaften folgerichtig insgesamt steigende Verfahrenszahlen zu verzeichnen haben. Die Stärkung der Staatsanwaltschaften dient zum anderen aber auch der Stärkung der Terrorismusabwehr, weil auch in diesem Bereich zusätzliche Aufgaben auf die Staatsanwaltschaften zukommen.

Das Haushaltsvolumen für die Stellen beim Justizministerium beläuft sich für das Haushaltsjahr 2002 auf rund 5,2 Millionen DM. Die zusätzlich geschaffenen Stellen werden, soweit sie sich nicht selbst tragen, aus der Zinsersparnis bei der Tilgung des Fonds "Deutsche Einheit" finanziert.

Wir wollen auch 50 neue Anwärterstellen in der Finanzverwaltung einrichten. Weitere zehn Stellen für bereits ausgebildete Finanzbeamte richten wir im Vorgriff mit Blick auf die Antiterrorpakete des Bundes ein. Das Haushaltsvolumen für die Stellen beläuft sich im Jahre 2002 auf 2,5 Millionen DM. Wir können allerdings mit gutem Grund davon ausgehen, dass sich diese Stellen selbst finanzieren werden. Denn natürlich ist im Zuge einer Lockerung des Bankgeheimnisses damit zu rechnen, dass mehr Straftatbestände aufgedeckt werden. Das wollen wir auch; denn wer nichts zu verbergen hat, der hat auch nichts zu befürchten.

(Zurufe von der CDU)

- Ich finde es sehr interessant, dass bei diesem gravierenden und sehr sensiblen Thema Zwischenrufe von der rechten Seite des Hauses kommen.

Landesregierung und SPD-Fraktion haben durch große gemeinsame Anstrengungen dafür gesorgt, dass die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, den hohen Standard der inneren Sicherheit in Niedersachsen weiter zu festigen. Dadurch wird Niedersachsen weiterhin hervorragend in der Lage sein, das Recht der Bürger auf Sicherheit und Schutz vor Kriminalität zu gewährleisten. Wir stehen an der Seite des Innenministers und werden seinem Haushalt und seiner Politik folgen.

(Unruhe bei der CDU)

Ich weiß genau, meine Damen und Herren, wie Ihre Reden hier sind. Sie hauen auf Heiner Bartling ein, um anschließend zu ihm zu gehen und zu sagen: Heiner, mach so weiter, wir stehen hinter dir.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Biallas, bitte schön!

Biallas (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Schünemann hat schon ausgeführt, wie es um die Polizeidichte in Niedersachsen bestellt ist. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass sich das Gefälle zwischen Stadt und Land bei der Polizeidichte so darstellt, dass die Polizeidichte in einigen Gegenden im ländlichen Raum nur noch etwa 1:800 beträgt. Das ist das eigentliche Problem, über das der Kollege Adam fröhlich hinweggesehen hat.

(Dr. Schultze [SPD]: Wie ist denn da die Aufklärungsrate?)

Dieser Zustand ist die Ursache dafür, dass das Unsicherheitsgefühl bei den Bürgern in Niedersachsen dramatisch gestiegen ist. Die Bürger machen sich zu Recht Sorgen um ihre Sicherheit; denn gerade im ländlichen Raum dauert es inzwischen unendlich lange, bis die Polizei, wenn sie gerufen wird, tatsächlich dort ist, wo man sie braucht. Deswegen werden wir es auch nicht hinnehmen, dass permanent das so genannte subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen gegen das so genannte objektive Sicherheitsgefühl ausgespielt wird. Innere Sicherheit in Niedersachsen ist unteilbar!

(Beifall bei der CDU)

Wir nehmen es nicht länger hin, dass die Dienststärke in vielen Polizeidienststellen nicht selten weit mehr als 10 % unter dem von Ihnen, Herr Minister, selbst errechneten Soll liegt. Da sind wir inzwischen gelandet. Es ist kein Wunder, dass allein dadurch inzwischen eine unerträglich hohe Zahl an Überstunden aufgelaufen ist. Herr Kollege Adam, in mancher Polizeiinspektion hat sich die Zahl der Überstunden auf 20 000 angehäuft. Nach

zuverlässiger Schätzung sind es landesweit im Polizeibereich mehr als 1 Million Überstunden.

(Ontijd [CDU]: Unglaublich!)

Um diese Überstunden durch Freizeit auszugleichen - damit wir wissen, worüber wir reden -, müssten Sie, Herr Minister, 1 000 Beamtinnen und Beamte ein Jahr lang in Urlaub schicken. So weit sind wir mit der inneren Sicherheit in Niedersachsen inzwischen gekommen!

(Beifall bei der CDU)

In der Tat brauchen wir mehr Beamtinnen und Beamte, damit der Dienst getan werden kann. Angesichts dessen ist es ein Schlag ins Gesicht aller Polizeibeamtinnen und Beamten, dass der Kollege Plaue gestern ausgeführt hat - das ist im Protokoll nachzulesen -, wer sich heute hinstelle und fordere, im Landeshaushalt mehr Personal zur Verfügung zu stellen, der sei schlicht reaktionär. Das ist eine Unverschämtheit gegenüber den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in unserem Lande!

(Beifall bei der CDU)

Nun kann der Innenminister sagen, die Überstunden könnten auch mit Bargeld ausgeglichen werden; sie könnten ausgezahlt werden. Das ist, wenn man genau hinsieht, ein Unterfangen, das in der Polizei verständlicherweise größtes Missfallen auslöst; denn eine Überstunde im Polizeidienst wird bei den normalen Beamtenrängen mit sage und schreibe 12 DM netto vergütet. Das zahlt der Innenminister den Polizeibeamten, die tagtäglich ihren schweren Dienst versehen.

(Frau Pawelski [CDU]: Oh! - Ontijd [CDU]: Das ist ein Hungerlohn! - Wegner [SPD]: Die kriegen aber ein normales schönes Gehalt!)

Ich weiß, dass man nicht mehr Personal fordern kann, wenn man nicht auch überlegt, wo man einsparen kann. Wir haben im Innenausschuss darüber gesprochen. Es gibt sehr ernst zu nehmende Vorschläge des Landesrechnungshofs dazu, wie man im Innenbereich einsparen kann. Ich erinnere an unsere Forderung, dass das Innenministerium jeden einzelnen Vorschlag prüft und uns mitteilt, was man damit machen kann, ob man das umsetzen kann oder nicht. Ich muss der Landesregierung einfach vorhalten, dass sie das nicht mehr rechtzeitig gemacht hat, sodass wir diesen wichtigen Beitrag des Landesrechnungshofs nicht in diesen

Haushaltsplanentwurf haben einarbeiten können. Das ist außerordentlich bedauerlich. Wir akzeptieren nicht, dass man heute herumjammert und sagt: Wir wissen ja nicht, wo wir sparen sollen. - Das sind die Dinge, die Sie selbst vernachlässigt haben, Herr Minister. Dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme jetzt noch auf die Ausstattung der Polizei zu sprechen. Inzwischen hat sich die Einführung von INPOL-neu - nach allem, was man hört - offensichtlich als totaler Rohrkrepierer erwiesen. Im Bereich der Datenverarbeitung und Datenübertragung haben Sie, Herr Minister, kein schlüssiges Konzept. Vielmehr haben Sie im ganzen Land nur Insellösungen geschaffen und Flickschusterei betrieben, was dazu geführt hat - das muss man in aller Öffentlichkeit sagen -, dass ein Großteil der Beamtinnen und Beamten in den Dienst geht und private Computer mitbringen muss. Das ist ein unerträglicher Zustand, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Diejenigen Computer, die Sie, Herr Minister, dann haben beschaffen lassen, sind zum Teil extrem veraltet. Als ich mit einem Kollegen in ein Polizeikommissariat gegangen bin und mich dort informiert habe, haben uns die Beamtinnen und Beamten dort vorgetragen, dass sie jeden Freitag auf den Schrottplatz gingen. Wir haben gefragt: Warum gehen Sie auf den Schrottplatz? Bekämpfen Sie dort vielleicht die Umweltkriminalität? - "Nein", haben die gesagt. "wir gehen jeden Freitag auf den Schrottplatz und suchen uns im Elektroschrott Ersatzteile für die dienstlichen PCs." Das ist der Zustand der Polizei in Niedersachsen unter dieser Regierung!

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

- Ich weiß ja, dass Sie die Wahrheit nicht ertragen können. Damit kann ich aber gut leben. - Wir haben deshalb beantragt, die Streifenwagen so mit Laptops auszurüsten, wie es in Holland gang und gäbe ist, und die Polizeidienststellen statt mit Schwarz-Weiß-Kameras mit Digitalkameras auszustatten. Wir haben schon sehr viele Zuschriften aus dem Bereich der Polizei bekommen, aus denen hervorgeht, dass genau dies der richtige Weg sei.

Der richtige Weg ist auch der, dass dies der letzte Haushalt für die Polizei ist, der unter Ihrer Verantwortung vorgelegt worden ist. Den nächsten machen wir. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Collmann, Sie sind der nächste Redner

Collmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meiner Meinung nach ist es nicht erforderlich, auf diese pastorale Märchenstunde näher einzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Da Sie so maßlos überzogen haben, haben Sie Ihrer Kritik wirklich die Substanz genommen, Herr Kollege. Das ist schade, weil eine sachgerechte Auseinandersetzung mit diesem Thema dadurch unterbunden wird.

Für uns, meine Damen und Herren, hat innere Sicherheit einen sehr hohen Stellenwert. Der hier zur Diskussion stehende Haushaltsplanentwurf weist neben den vom Kollegen Adam bereits erwähnten Punkten folgende wesentliche Positionen auf, die die SPD-Fraktion naturgemäß besonders begrüßt:

Erstens. Wir setzen die Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei mit insgesamt 2 300 Umwandlungen fort, ohne dafür Stellen zu streichen. Bisher galt: Die Umwandlungen werden durch Stellenstreichungen gegenfinanziert.

Zweitens. 18 neue Stellen weisen wir für den polizeilichen Staatsschutz aus.

Drittens. Es wird 100 neue auf Dauer ausgewiesene Polizeianwärterstellen sowie 382 befristete Anwärterstellen geben.

Viertens. Wir führen das Vorhaben INPOLneu/MIKADO mit rund 47 Millionen Euro fort.

Fünftens. Die Polizei wird jährlich neue Pistolen für 1,5 Millionen Euro anschaffen können.

Sechstens. Die Einführung des Digitalfunks ab 2003 mit jährlich 2,6 Millionen Euro bringen wir auf den Weg.

Siebtens. Wir setzen zehn neue Stellen für den Verfassungsschutz ein. Wir weisen den in jüngster Zeit für den Katastrophenschutz ausgebrachten Ansatz in Höhe von 700 000 Euro auch in diesem Haushalt wieder aus. Zusätzliche Mittel in Höhe von 614 000 Euro gibt es für den Brandschutz im Wesertunnel. Zudem werden wir 37 Stellenhebungen im mittleren Dienst der Vermessungsund Katasterverwaltung vornehmen. Wir erhöhen die Sachmittel der Polizei um 3 %. Wir werden die Bauten der Polizei in Braunschweig, Hannover, Delmenhorst, Osnabrück und Buchholz finanzieren. Wir werden zudem auch etwas abschließen können, was in der Vergangenheit immer wieder unser besonderes Thema gewesen ist, nämlich die Ausrüstung unserer Feuerwehren mit Feuerschutzjacken. Damit haben wir das Programm in einem Umfang von etwa 12 Millionen DM abgewickelt

Meine Damen und Herren, in der Summe stellen wir 88 Millionen Euro für Maßnahmen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit neu in den Haushalt ein - ein wahrlich stolzer Betrag! Dabei möchte ich natürlich nicht unterschlagen, dass wir mit dem jetzt vorliegenden Entwurf und den Änderungen dazu gegenüber dem Regierungsentwurf auch auf die schrecklichen Ereignisse vom 11. September dieses Jahres reagiert haben.

Lassen Sie mich nun zu den Änderungsanträgen der Opposition kommen. Ich bin über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion aus folgenden Gründen verwundert: Die CDU-Fraktion behauptet in der Begründung ihres Änderungsantrages, unter der SPD-Regierung seien 584 Planstellen bei der Polizei gestrichen und mehr als 400 Anwärterstellen nicht besetzt worden. Diese Behauptung ist falsch.

(Frau Pawelski [CDU]: Sagt die Polizeigewerkschaft denn die Unwahrheit?)

Richtig ist: Seit 1990 hat die Zahl der Stellen bei der Polizei um 607 zugenommen. 575 Stellen, die im Jahr 1989 von der CDU gestrichen worden waren, wurden wieder in den Haushalt aufgenommen.

(Zuruf von Schünemann [CDU])

Nicht nur diese Beispiele sind ein Beleg für einen unglaublich nachlässig gefertigten Änderungsantrag der CDU-Fraktion zumindest zum Einzelplan 03, über den wir hier reden.

Ich nenne weitere Beispiele: Sie wollen bei Titel 231 12 in Kapitel 03 02 - dabei handelt es sich um

die Zuweisungen des Bundes im Zusammenhang mit der Beseitigung des SED-Unrechts - die Einnahmen um 105 000 Euro erhöhen, übersehen dabei aber, dass es sich hier um einen durchlaufenden Posten handelt. Anders ausgedrückt: Höhere Einnahmen bedingen auch höhere Ausgaben. Die erhöhen Sie aber nicht. Ja, Sie beachten zudem nicht, dass höhere Einnahmen vom Bund auch die Ausgaben aufseiten des Landes erhöhen. Bund und Land haben sich die Kosten zu teilen. Bei höheren Einnahmen vom Bund würde sich unser Eigenanteil erhöhen. Der entsprechende Betrag wäre demnach - würde man Ihrem Antrag folgen – noch in den Haushalt einzustellen.

Bei der Fachhochschule wollen Sie die Ausgaben für das Trennungsgeld um 198 000 Euro senken. Gleichzeitig aber fordern Sie zusätzliche 650 Stellen für Polizeianwärter. Diese Forderung hat jedoch höhere und nicht niedrigere Ausgaben beim Trennungsgeld zur Folge, meine Damen und Herren. Im Übrigen haben Sie offenkundig auch übersehen, dass der Haushaltsausschuss auf unseren Antrag hin bereits 382 neue Anwärterstellen in seine Empfehlung aufgenommen hat.

Unsolide ist in mehreren Fällen auch die von der CDU-Fraktion beantragte Kürzung wegen eines angeblich geringeren Ist. Dadurch gewinnen Sie Finanzmasse, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Das sind unseriöse Buchhaltertricks, nicht mehr und nicht weniger, meine Damen und Herren.

Bleiben noch die Laptops, die Digitalkameras sowie die von Ihnen beantragten 50 zusätzlichen Stellen für den Verfassungsschutz. Über die Laptops und die Kameras müssen wir uns sicherlich noch unterhalten. Wir möchten allerdings nicht unterschlagen wissen, dass unsere Ausgabenansätze dafür bereits erhöht worden sind. Damit lässt sich das Anschaffungsprogramm fortsetzen.

Kein Verständnis haben wir allerdings für Ihren Antrag, zusätzlich 50 Stellen für den Verfassungsschutz einzuplanen. Abgesehen davon, dass schon die Empfehlung des Haushaltsausschusses zehn zusätzliche Stellen vorsieht, können Sie den Bedarf doch gar nicht belegen. Bei der Anhörung des Landesamtes für Verfassungsschutz im Innenausschuss ergab sich eindeutig, dass dort weitere Stellen nicht - ich wiederhole: nicht - erforderlich sind. Sie mussten uns Ihren behaupteten Stellenmehrbedarf damit erklären, dass Sie nicht nur der Polizei, sondern auch dem Verfassungsschutz die

Verfolgung organisierter Kriminalität übertragen möchten.

(Frau Pawelski [CDU]: Gucken Sie mal, wie toll das in Bayern läuft! Da machen die das!)

Wir werden dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen. Er ist schlicht unseriös. Die darin ausgewiesenen Mehrausgaben sind nur durch Buchhaltertricks oder das Unterschlagen notwendiger Ausgaben finanziert.

Zum Änderungsantrag der Grünen will ich folgende Anmerkungen machen, meine sehr verehrten Damen und Herren:

Erstens. Die Förderung für das Norddeutsche Kulturwerk und die Stiftung Schlesien wollen wir nicht streichen.

Zweitens. Wir wollen die Bezirksregierungen in Hannover und Braunschweig erhalten wissen. Die Grünen finanzieren ihre beantragten Änderungen aber im Wesentlichen mit der Auflösung der beiden Bezirksregierungen.

(Hagenah [GRÜNE]: Mit dem Einstieg in die Auflösung!)

Auch das nenne ich unseriös.

Drittens. Die ZASt in Oldenburg - das ist im Antrag so ausgewiesen; von Braunschweig ist da nicht die Rede - ist auch ohne Landesförderung in der Lage, die erforderlichen Betreuungs- und Förderungsaufgaben zu leisten.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir auch den Änderungsantrag der Fraktion der Grünen ablehnen. Im Übrigen: Ich bin mir sicher, dies wird nicht der letzte Haushalt sein, den unser Innenminister dem Hause vorlegt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Fischer [CDU]: Herr Collmann, was macht der kommunale Finanzausgleich?)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, jetzt hat Herr Minister Bartling das Wort.

Bartling, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Jahn [CDU]: Frau!)

- Ich bitte um Entschuldigung. - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Sie müssen mir nicht alles nachmachen!)

- Nein, Frau Stokar, dessen bin ich auch nicht verdächtig, dass ich Ihnen alles nachmache. Ich will auch nicht in die Versuchung geraten, an die Schrottplatzrede anzuschließen, die eben gehalten wurde.

(Beifall bei der SPD - Busemann [CDU]: Das hat Herr Collmann aber nicht verdient! - Frau Pruin [CDU]: Das entspricht aber der Wahrheit!)

- Na gut, wenn Sie mich herausfordern! Also, wenn Herr Biallas hier erzählt, er hätte gehört, man hätte sich etwas vom Schrottplatz holen müssen, dann ist das vielleicht seine Wunschvorstellung. Er war wohl auf dem Sportplatz, um den Schrott erzählen zu können, den er hier erzählt hat!

Meine Damen und Herren, ich möchte gerne zu einigen wenigen Dingen etwas sagen. Der vorliegende Haushalt stellt aus meiner Sicht eine solide finanzielle Grundlage für die Aufgabenerfüllung des Innenministeriums in den nächsten beiden Jahren dar. Die wesentlichen Schwerpunkte der innenpolitischen Arbeit sind finanziell abgesichert. Die bereits in Angriff genommenen Vorhaben können ohne Abstriche fortgeführt werden. Die angesichts der Sicherheitslage notwendigen Maßnahmen sind im Haushalt verankert.

Einen besonderen Schwerpunkt des Einzelplans 03 bildet der Bereich innere Sicherheit. Hier konnte, gemessen am Gesamthaushalt, eine überproportionale Steigerung der zur Verfügung stehenden Mittel erreicht werden. Wesentliche Ergänzungen sind zum Teil unter dem Eindruck des 11. September von der Regierungsfraktion zusätzlich in den Haushaltsplanentwurf eingebracht worden. Dies betrifft den Polizeihaushalt und die Bereiche Verfassungsschutz und Katastrophenschutz.

Lassen Sie mich die Zahlen, die Ihnen Herr Adam dazu schon genannt hat, um wenige Elemente ergänzen. Während in den Jahren 1991 bis 2002 das Volumen des Landeshaushalts um 25,6 % gestiegen ist, ist das des Polizeihaushalts um 49,4 % gestiegen, prozentual also um das Doppelte.

(Beifall bei der SPD)

Daran, meine Damen und Herren, wird deutlich, dass die Landesregierung einen Schwerpunkt in der Aufrechterhaltung und Verbesserung der inneren Sicherheit setzt.

Vizepräsidentin Goede:

Herr Minister Bartling, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Stratmann?

Bartling, Innenminister:

Gerne

Vizepräsidentin Goede:

Bitte schön, Herr Dr. Stratmann!

Dr. Stratmann (CDU):

Herr Minister, was wollen Sie mit dem aufgelaufenen Überstundenberg machen?

Bartling, Innenminister:

Dazu sage ich Ihnen gerne etwas, Herr Stratmann. Wenn Sie mich in meiner Rede fortfahren lassen, komme ich auch zu dem Stichpunkt Überstunden. Zuvor noch aber einige andere Aspekte.

Ich bin der CDU-Fraktion ja dankbar, dass sie sagt, sie will 650 neue Anwärterstellen einrichten. Nur, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, wenn ich mir Ihren Haushaltsantrag ansehe, dann ist es genauso wie in den vergangenen Jahren: Das hat nichts mit Solidität zu tun, sondern das sind reine Luftblasen, die Sie in die Gegend stoßen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen nirgends, wie Sie das finanzieren wollen. Diese Antwort bleiben Sie schuldig.

(Möllring [CDU]: Quatsch!)

Sie streuen den Menschen Sand in die Augen, wenn Sie immer nur mehr fordern.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben das Notwendige getan.

Wenn ich Ihnen gesagt habe, dass wir im finanziellen Bereich Steigerungsraten haben, die sich sehen lassen können, dann will ich noch eines hinzufügen. Es ist nicht nur von Bedeutung, was wir finanziell mehr tun, sondern auch, was an Inhalt, an Philosophie von Polizeiarbeit dahinter steht. Dahinter steht, dass wir immer gesagt haben, wir setzen auf Qualität statt auf Quantität.

Ich weiß, dass wir da an Untergrenzen geraten. Das war auch der Grund, warum wir vor dem 11. September gesagt haben, wir müssen die kw-Vermerke aufheben und noch etwas draufsetzen. Inzwischen haben wir 500 Stellen mehr.

Sie können das zwar immer wieder negieren, aber wenn wir 1990 bei dem geblieben wären, was Sie gemacht haben, nämlich 575 Stellen kw zu stellen, dann hätten wir heute 600 Beamte weniger. Das ist nun einmal so. Das ist von dieser Landesregierung wieder rückgängig gemacht worden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man neue Anwärterstellen einrichtet, begibt man sich immer auf einen längeren Weg. Die stehen nicht morgen zur Verfügung, die stehen frühestens in drei Jahren zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, völlig neu war für mich, was Herr Schünemann hier als stramme Behauptung in die Welt gesetzt hat. Das wäre eine völlige Veränderung der bisherigen Haltung der größten Organisation der niedersächsischen Polizei.

(Schünemann [CDU]: Das war aber so!)

Dass der Bundesvorsitzende der GdP jetzt mit einem Mal eine Wachpolizei fordert,

(Schünemann [CDU]: Das war aber so!)

ist für mich völlig neu. Herr Schünemann, da müssen Sie wohl falsch hingehört haben.

(Schünemann [CDU]: Nein, nein!)

Denn die Gewerkschaft der Polizei - nicht die Gewerkschaft im Beamtenbund, sondern die im Deutschen Gewerkschaftsbund -

(Schünemann [CDU]: So ist es!)

sagt in der Regel, wir brauchen eine gut qualifizierte, gut ausgebildete Polizei, die nicht nur zur

Bewachung irgendwelcher Objekte in der Lage ist, sondern die alles machen kann, die umfassend polizeiliche Arbeit leisten kann. Diese größte Organisation der niedersächsischen Polizei stand bisher für Qualitätsausweitung, und ich gehe davon aus, dass das nach wie vor so ist. Also ist das, was Herr Schünemann hier behauptet, ziemlich daneben.

(Beifall bei der SPD - Schünemann [CDU]: Das ist die Wahrheit!)

Frau Stokar, obwohl ich Ihnen nicht immer folge, nehme ich gerne den von Ihnen angesprochenen Aspekt auf: Seien sie gelassener bei der Frage der Begleitung von CASTOR-Transporten. - Frau Stokar, ich habe den Eindruck - unter der Beratung meiner Fachleute -, dass ich damit bisher nicht verantwortungslos umgegangen bin, wenn ich gesagt habe: Lasst die Polizei die Planung so machen, wie sie es für notwendig hält. Wenn ich der Polizei gesagt hätte, ihr kommt mit viel weniger aus, dann hätte ich befürchten müssen, dass etwas passiert. Das möchte ich nicht. Ich möchte, dass die CASTOR-Transporte so, wie sie rechtmäßig genehmigt werden, auch durchgeführt werden können. Es kann durchaus sein, dass wir nach den jüngsten Transporten die Lage anders einschätzen. Aber die schlanke Behauptung, ihr setzt da zu viel ein, ist durch nichts gerechtfertigt.

> (Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Lassen Sie sich mal von NRW beraten!)

- Wir beraten uns mit allen, Frau Stokar, das müssen Sie wissen.

(Frau Stokar von Neuforn [GRÜNE]: Ihre Fachleute sind traumatisiert!)

- Nein, Frau Stokar, das müssen Sie wissen, und das lassen Sie sich von mir bitte auch noch einmal sagen: In der Vorbereitung der CASTOR-Transporte wird nicht nach einer rein niedersächsischen Ideologie verfahren, sondern da arbeiten alle zusammen. Alle zusammen entwickeln die Einsatzpläne dafür, wie das umgesetzt wird. Ich höre hier, das hat bestens geklappt. Das war auch so. Aber ich nehme gerne mit, dass Sie den Eindruck haben, wir machten da zu viel. Ich wäre jedoch verantwortungslos, wenn ich sagen würde, die Polizei soll da weniger machen. Das passiert mit mir nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich nehme auch Ihre Anmerkungen zur Zuwanderung und zur Integration sehr ernst, Frau Stokar. Obwohl das morgen auch noch einmal eine Rolle spielt, möchte ich diese Haushaltsdebatte zum Anlass nehmen, dazu einige wenige Worte zu sagen.

Wir sind mit unseren Bemühungen, die Menschen, die zu uns kommen, zu integrieren, in der Tat nicht sehr weit gekommen. Ich gehe nicht ganz so weit, dass ich sage, wir sind da völlig gescheitert. Aber wir haben zu wenig Sorge dafür getragen, dass die Menschen, die zu uns kommen, auch integriert werden können.

Darum bin ich und werbe ich ganz intensiv für eine Zuwanderungskonzeption. Ich habe wenig Verständnis für die Beurteilung einiger politischer Kräfte, die sagen, was in Berlin vorbereitet wird, sei eigentlich eine zusätzliche Zuwanderung. Das ist nicht der Fall, meine Damen und Herren; das können Sie auch durch nichts belegen.

Wenn bei der CDU wirklich die Angst davor vorherrschen sollte, dass eigentlich mehr hereingeholt werden sollen, dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie einmal ohne Ideologie überlegen würden, was von dem niedersächsischen Vorschlag zu halten ist, die größte Zuwanderungsgruppe, nämlich die 100 000 Spätaussiedler im Jahr, in die Überlegungen zur Zuwanderung einzubeziehen. Denn die, meine Damen und Herren, bringen uns - das sagt Ihnen jeder, obwohl es im Moment niemand lösen will; auch die SPD-geführten Länder wollen das nicht lösen - die größten Probleme. Ich werbe dafür, das in die Überlegungen zur Zuwanderung einzubeziehen. Wenn die CDU als wesentlichen Punkt sagt, es sei zu viel, was kommt, dann wäre da der Ansatzpunkt, zu sagen: Macht da weniger. Dann würden auch die Mittel frei, um unsere Integrationsbemühungen so zu verstärken, dass sie mit Aussicht auf Erfolg ausgestattet wären. Das ist ein Aspekt, den wir auch in Haushaltsberatungen zur Kenntnis nehmen müssen.

Insoweit stimme ich Frau Stokar durchaus zu, wenn sie sagt, dass wir mehr für die Integration tun müssen. Das ist als ein zentrales Element in der Zuwanderungskonzeption des Bundesinnenministers enthalten. Er schreibt, weil es die CDU gern möchte, auch hinein, dass es auch Zuwanderungsbegrenzung heißen soll. Das soll also kommen. Insoweit müssten Sie bereit sein, dem zuzustimmen.

Nun noch ein Wort zur Ausstattung der Polizei: Ich habe Ihnen die durchaus beeindruckenden Zahlen für die Steigerung des Haushaltes genannt. Herr Biallas hat hier beklagt, INPOL sei ein Problem. Herr Biallas, ich würde Ihnen wirklich empfehlen, einmal genauer hinzugucken, wo die Verantwortlichkeiten liegen, und auch in andere Bundesländer zu schauen. Das ist ein Bundesprojekt. Wir sind mit unseren Projekten, was die Neuausstattung mit Informationstechnologie anbelangt, so weit, dass wir jederzeit einsteigen können. Es liegt aber an der Koordination zwischen der Bundesebene und anderen Ländern. Sie sollten sich also genau informieren, um die Verantwortlichkeiten zu klären. Es ist kein leicht zu bewältigendes Problem, wenn man sich ein solches Projekt vornimmt. Da messe ich auch keine Schuld zu. Aber da auf Niedersachsen abzulenken, ist wirklich überflüssig.

Jetzt noch zu den Überstunden: Ich erlaube mir, Ihnen einmal darzulegen, wie der Überstundenbestand in den Jahren von 1980 bis 1990 aussah, also jährliche Überstunden im Polizeivollzugsdienst.

(Biallas [CDU]: Wir hätten die gern von 1760 bis 1780!)

- Damit Sie mit diesen Horrorzahlen nicht bei Unbedarften Eindruck schinden, will ich einmal sagen, wie es auf diesem Gebiet aussieht. Also: 1980 sind es 2,3 Millionen Überstunden gewesen. Bis zum Jahre 1991 waren es immer mehr als 2 Millionen Überstunden. Danach ging es bis zum Jahre 1994 kontinuierlich zurück, und zwar auf 1,7 Millionen Überstunden. Herr Biallas, ohne die durch den CASTOR-Transport bedingten Überstunden waren es im Jahre 2001 1.6 Millionen Überstunden, und dazu kommen die durch den CASTOR-Transport bedingten Überstunden. Das ist eine zusätzliche Belastung. Ich will mit diesen Zahlen nur sagen: Wenn Sie mit den Millionenzahlen den Versuch unternehmen, Stimmung zu machen, müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass es in den 80er-Jahren unter CDU-geführten Landesregierungen schlimmer war.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Minister Bartling, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Bartling, Innenminister:

Ja, gern.

Vizepräsidentin Goede:

Herr McAllister möchte Ihnen eine Frage stellen. Auch Herr Kollege Jahn möchte eine Frage stellen. - Herr McAllister!

McAllister (CDU):

Herr Minister, wie kommen Sie eigentlich dazu, die Geschichte, dass Polizeibeamte in ihrer Freizeit auf Müllhalden herumwandern müssen, um Ersatzteile für ihre EDV-Anlagen zu suchen, als frei erfunden zu bezeichnen? Das frage ich insbesondere vor dem Hintergrund, dass ich den Kollegen Biallas bei dem Besuch des entsprechenden Kommissariats begleitet habe und ich diesen Sachverhalt 100-prozentig bestätigen kann.

Bartling, Innenminister:

Dann nennen Sie mir einmal den Polizeibeamten und die Dienststelle.

(Frau Pruin [CDU]: Damit er Druck bekommt! - Weitere Zurufe von der CDU)

Dann soll der Polizeibeamte mir das vortragen, und dann klären wir, warum es notwendig war. Wenn es notwendig war, dass er auf einen Müllplatz gegangen ist, dann werden wir dafür Sorge tragen, dass es in Zukunft nicht mehr der Fall ist.

Vizepräsidentin Goede:

Gestatten Sie noch eine Frage, Herr Minister Bartling? - Herr Kollege Jahn hat eine Frage.

Jahn (CDU):

Herr Minister, zur Seriosität der Finanzierung der Polizei frage ich Sie, ob Ihnen bekannt ist, dass in Bereichen der Polizei seit vier Wochen Benzinrechnungen aufgelaufen sind, die in diesem Jahr nicht mehr bezahlt werden können, weshalb darum gebeten worden ist, die Bezahlung erst im nächsten Haushaltsjahr vorzunehmen. Halten Sie das für seriös?

(Beifall bei der CDU)

Bartling, Innenminister:

Ich will mich jetzt nicht mit dem Begriff "seriös" auseinander setzen. Aber, Herr Jahn, ich will diesen Hinweis ernst nehmen und werde der Sache nachgehen. Wenn das so ist, werde ich den Ver-

such unternehmen, das zu klären und einer vernünftigen Lösung zuzuführen,

(Frau Pruin [CDU]: Versuch!)

aber nicht, um jemandem Schuld zuzuweisen, sondern um das Problem aus der Welt zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Stokar von Neuforn hat noch einmal um das Wort gebeten.

Frau Stokar von Neuforn (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, dass wir der Polizei oder den Bürgerinnen und Bürgern, die zu Recht von uns eine ernsthafte Debatte über die innere Sicherheit erwarten, einen Gefallen tun, wenn wir uns Geschichten und Zahlen um die Ohren hauen, die wirklich kein Beitrag zu einer seriösen Debatte sind.

Ich habe der CDU-Fraktion schon im Innenausschuss gesagt: Bevor Sie öffentlich über Computer reden, sollten Sie einmal in das BKA fahren. In den 16 Jahren CDU/FDP-Regierung hat das BKA nicht ein einziges Mal neue Computer bekommen.

(Jahn [CDU]: Was war denn damals? Das ist doch unglaublich!)

Die Grünen waren entsetzt, als sie bei ihrem ersten Besuch im BKA festgestellt haben, dass sie dort noch mit einem Computersystem von Herrn Herold arbeiten. Das Erste, was im Bundeshaushalt gemacht wurde, war: Wir brauchen ein neues System, und wir brauchen neue Computer. - Das war die Politik unter Ihrer Verantwortung, meine Damen und Herren!

Inhaltlich möchte ich einen zweiten Punkt aufgreifen. Sie fordern ja neue Anwärterstellen. Das finde ich auch richtig. Aber ich werfe dem Innenministerium etwas ganz anderes vor. In den nächsten Jahren wird es diese jungen Leute in Niedersachsen nicht geben, und zwar aus zwei Gründen. Es wird immer noch nicht an einem Konzept gearbeitet, das nach dem Realschulabschluss auf einen stärkeren Übergang in die Fachhochschule hinausläuft. Es gibt doch schon längst eine Konkurrenz um die

jungen Männer und Frauen, die polizeidiensttauglich sind.

Es macht also keinen Sinn, neue Stellen zu fordern, sondern erst einmal müssen wir dafür sorgen, dass wir in den nächsten Jahren überhaupt genügend junge Leute haben, die in den Polizeidienst gehen können. Niedersachsen wird auch nicht darum herumkommen, endlich ein Konzept vorzulegen, das Migranten, die ein Interesse an diesem Beruf haben, den Einstieg in die Polizei eröffnet. Sonst können wir zwar die Fachhochschulen ausbauen, aber die Plätze werden unbesetzt bleiben, weil sich niemand darüber Gedanken macht, wie man die benötigten Leute bekommt.

Meine Damen und Herren, ich habe wirklich bedauert, wie mit dem Ausscheiden der Grünen aus der Regierung die Polizeireform ins Stocken geraten ist und eine inhaltliche Reform einfach nicht fortgesetzt wurde, auch keine strukturelle Reform. Wir haben schon vor Jahren gefordert, die Bekleidungskammern, dieses Relikt aus uralten Zeiten, aufzulösen. Schon damals haben wir gefordert, es über einen Katalog, über das Internet abzuwickeln. Es ist auch für junge Polizeibeamte einfach nicht nachvollziehbar, dass sie fünf Hemden nehmen müssen, die sie aber nicht brauchen, während in Niedersachsen nach wie vor Schutzwesten nicht finanziert werden.

Über solche Inhalte, meine Damen und Herren, sollten wir beim Haushalt streiten: dass eine Strukturreform betrieben wird, dass die Assistenzdienste abgebaut werden und dass den Beamten eine moderne Ausstattung und die Ausstattung, die zur Eigensicherung erforderlich ist, zur Verfügung gestellt wird. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, jetzt spricht Herr Kollege Hagenah zum Bereich **Verwaltungsreform**.

Hagenah (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich dem Thema Verwaltungsreform, das jetzt im Innenressort angesiedelt ist, etwas vertiefend widmen, auch wenn man das Haushaltsbuch schnell wieder zuschlagen sollte, wenn man sich die Zahlen ansieht, die im Etat 2002/2003 für den Bereich Verwaltungsreform vorgesehen sind. Nicht nur innerhalb des

Landesdienstes haben die Beschäftigten den Eindruck, sondern auch der Haushaltsentwurf besagt, dass in Niedersachsen die Verwaltungsreform klinisch tot ist.

(Frau Leuschner [SPD]: Das stimmt aber nicht!)

Der Reformbeauftragte ist kaltgestellt, Verwaltungsreform ist als Lippenbekenntnis zu den Akten gelegt worden, es hat seine Schuldigkeit getan, am Ende der Legislaturperiode zeigt die Regierung ihr wahres Gesicht. Übrig bleiben nur Investitionen in technische Rationalisierung und Personalabbau. Die Reform ist zum offenen Steinbruch der Haushaltskonsolidierung geworden. Die Rahmenbedingungen für die Reform werden ständig nachverschlechtert, interne Ungerechtigkeiten werden verschärft, Versprechen werden nicht eingehalten.

Hören Sie sich einmal an, was Ihnen die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte in der Landesverwaltung und der ver.di-Landesbezirk Niedersachsen zu diesem Haushalt aufgeschrieben haben. Überschrift: Haushaltsbeschlüsse bewirken zusätzlichen Stellenabbau - Abkassieren und Demotivation bei den Beschäftigten. - Die Landesregierung will - - -

(Zuruf von Frau Wörmer-Zimmermann [SPD])

- Offensichtlich müssen Sie sich die Stimme der Beschäftigten noch einmal anhören.

(Frau Leuschner [SPD]: Von wann ist das Schreiben?)

Es bezieht sich auf alle jetzt im Haushalt enthaltenen Fakten, die umgesetzt werden.

"Die Landesregierung will die Reduzierung des Beschäftigungsvolumens um 75 % der nicht ausgeschöpften Stelleneinheiten. Insgesamt werden damit 670 Vollzeitstellen zusätzlich eingespart."

- Das ist Fakt. 54 Millionen DM fallen weg. –

"Die Reduzierung des Beschäftigungsvolumens bedeutet einen zusätzlichen Personalkostenabbau zu den 5 527 Stellen aus den Zielvereinbarungen. Die Reduzierung des Beschäftigungsvolumens gilt rückwirkend für 2001. Hinter den Zahlen ste-

hen jetzt schon reale Mehrbelastungen für die Beschäftigten, weil durch die reduzierten Beschäftigungsvolumina in den Dienststellen kaum noch Spielraum für Vertretungseinstellungen bei Teilzeit, Mutterschutz, Elternzeit, Altersteilzeit, längerfristigen Erkrankungen usw. besteht."

- Sozialdemokratische Regierungspolitik wird hier kritisiert! –

"Da das Arbeitsaufkommen nicht weniger wird, wird damit die Arbeitsbelastung der Beschäftigten nochmals erhöht."

- Das ist die Rasenmähermethode, der Sie eigentlich abgeschworen hatten, indem Sie gesagt haben: Wir machen jetzt nur noch zielgerichtet Abbau. Dafür war ja das Abbauprogramm mit dem ehemaligen Reformbeauftragten ins Leben gerufen worden. Jetzt regiert wieder der Rasenmäher.

Ich zitiere weiter:

"Diese Tendenzen könnten sich noch verschärfen, wenn die Dienststellen die Ausschöpfung des verbliebenen Beschäftigungsvolumens zwangsläufig weiter absenken, um sich wieder finanziellen Spielraum für personalwirtschaftliche Maßnahmen und vorgegebene Verpflichtungen, z. B. Teilzeiterhöhungen, Frauenförderung, bzw. zur Erwirtschaftung einer Reformdividende zu verschaffen. Dann schlägt nach den bisherigen Erfahrungen vermutlich wieder Finanzminister Aller zu."

Wer wird das also jetzt noch machen?

Ich zitiere weiter:

"Die Überprüfung der Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst soll wohlweislich nicht in die Zuständigkeit der Gewerbeaufsichtsämter gegeben werden, weil zu befürchten ist, dass die Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes für die Höchstdauer der Tages- und Wochenarbeitszeit oftmals überschriften werden."

- Wie wahr! Das stammt noch von vor den Veröffentlichungen über die Überschreitungen bei der

MHH und an anderen Stellen im öffentlichen Dienst, wo offensichtlich überhaupt nicht genau hingeschaut wird, ob die Arbeitszeiten rechtskonform eingehalten werden.

Weitere Auswirkungen:

"Durch das reduzierte Beschäftigungsvolumen wird auch ein Teil der Reformdividende einkassiert. Die Beschäftigten werden damit für ihr Engagement und die Mehrbelastung aus nicht besetzten Stellen abgestraft. Die Reformdividende wird offensichtlich vom Finanzministerium missbraucht, den Personalabbau zu beschleunigen.

Ich meine, meine Damen und Herren, wer sich von der Beschäftigtenvertretung für seinen Haushalt eine derartig niederschmetternde Bewertung geben lassen muss, der kann wirklich nicht mehr davon sprechen, dass man Verwaltungsreform in Niedersachsen ernst meint. Der muss wirklich zugeben, dass Verwaltungsreform zu den Akten gelegt ist, möglicherweise in einer kommenden Legislaturperiode noch einmal aufgriffen wird, dass jetzt aber nur noch Verwaltungsvollzug bezüglich Einsparmaßnahmen umgesetzt wird.

Zusätzlich weigern Sie sich, bis zum Jahr 2005 die versprochene Leistungszulage im Beamtenbereich auszuzahlen. 70 Millionen DM pro Jahr werden hier auf Kosten der Arbeitnehmer zusätzlich eingespart. Beschäftigtenzielzahlen, die in Reformbereichen festgesetzt worden sind, werden nachträglich verschlechtert, indem z. B. auch Anwärter nachträglich in diese Beschäftigtenzielzahlen eingerechnet werden.

Wer wundert sich noch darüber, dass die Beschäftigten nicht mehr daran glauben, dass Sie es mit der kooperativen Zusammenarbeit im Bereich der Verwaltungsreform ernst meinen, und dass Sie so schlechte Noten bei der Mitarbeiterbefragung bekommen haben, Herr Innenminister? Für Sie als für Verwaltungsreform zuständiger Minister ist es doch ein Trauerspiel, wenn nur 16 % in Ihrem Ministerium der Meinung sind, dass sich ihre Tätigkeit seit dem Beginn der Verwaltungsreform positiv verändert habe, wenn nur 18 % meinen, Reformvorhaben würden die Bedürfnisse der Mitarbeiter in Ihrem Ministerium genügend berücksichtigen, und wenn nur 17 % der Meinung sind, die Ziele des Reformmodells würden im Innenministerium auch tatsächlich gelebt.

Personalentwicklung wird im Haushalt sträflich vernachlässigt. Im laufenden Haushaltsjahr 2001 gab es Anmeldungen im gesamten Landesdienst, aus den Ministerien, aus den Landesdienststellen, in Höhe von 6,5 Millionen DM. Im Haushalt tatsächlich vorhanden war ein Ansatz von 2,6 Millionen DM, also weitaus weniger als die Hälfte.

Jetzt hat die Landesregierung in ihrer Weisheit diesen ohnehin schon viel zu kleinen Ansatz im Haushaltsplanentwurf 2002/2003 noch einmal um 1,3 Millionen DM halbiert. Die SPD-Fraktion hat versucht, darüber ein kleines Mäntelchen zu decken, und hat 400 000 DM draufgelegt. Das wird aber angesichts des Bedarfs wie auf einer heißen Platte verdampfen. Im Bereich Verwaltungsreform versagen Sie vollständig!

Der einzige Ausweg, der uns bleiben wird, ist, bei den Beschäftigungsbudgets der einzelnen Ministerien nachträglich einen prozentualen Anteil festzulegen, der in die Reformaktivitäten im Bereich der Personalentwicklung fließt. Denn in Ihrem eigentlichen Haushalt sind die Mittel dafür überhaupt nicht auskömmlich. Hier ist eine Sackgasse vorprogrammiert.

Das Pilotprojekt der dringend notwendigen Gesundheitsförderung im öffentlichen Dienst - denn es ist ja ein typisches Symptom der gescheiterten Reformbemühungen, dass der Krankenstand so hoch ist wie nie - wäre jetzt dringend umzusetzen, weil sich gezeigt hat, dass durch Maßnahmen der Beschäftigungsförderung und Personalentwicklung mehr Anwesenheit, mehr Gesundheit im öffentlichen Dienst und weniger Frühpensionierungen - die ja Unsummen verschlingen; immer mehr Beamte gehen vorzeitig in den Ruhestand; nichts ist teurer, als wenn wir sie frühzeitig für viel Geld nach Hause schicken und nichts mehr tun lassen bewirkt werden können. Hier wird versäumt, Prävention zu betreiben. Hierfür werden keine Mittel in den Haushalt eingesetzt.

Insgesamt haben Sie also auf der ganzen Linie versagt, scheuen Sie die wirklich großen Reformschritte, scheuen Sie Investitionen in die Beschäftigten, drücken Sie sich vor der Verantwortung und scheuen Sie sich, im Bereich der Bezirksregierungen mögliche Reformschritte, mit denen z. B. bei der Region Hannover Erfahrungen gesammelt worden sind, auch in andere Bereiche des Landes zu exportieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, jetzt hat sich Frau Kollegin Leuschner zu Wort gemeldet.

Frau Leuschner (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Hagenah, das war ja sehr harter Tobak - Sie an der Spitze der Gewerkschaft ver.di! Wir haben auch mit der Gewerkschaft ver.di geredet und verhandelt. Die Kolleginnen und Kollegen haben uns so etwas nicht gesagt.

Sie wissen genau, dass Verwaltungsreform in Niedersachsen weiter vorangeht. Wir unterhalten uns in den Ausschüssen und auf Veranstaltungen darüber und setzen es um. Ich glaube, dass das, wie Sie es hier im Plenum darstellen, wirklich hart an der Grenze ist.

Der Haushaltsplanentwurf der Landesregierung macht einen zwischen den Ressorts Staatskanzlei, Finanzministerium und Innenministerium abgestimmten arbeitsteiligen Prozess deutlich, der die Verwaltungsreform weiter intensiviert. Durch unsere Änderungsanträge wird dieser noch weiter vorangebracht.

Wir haben gerade im Bereich der IuK-Ausstattung sehr viele Mittel eingesetzt, Herr Hagenah. Das ist auch wichtig und notwendig und hilft im Endeffekt auch den Beschäftigten; denn sie brauchen neue Arbeitsmethoden und neue Arbeitsverfahren in den Finanzverwaltungen, beim Einsatz der Kosten- und Leistungsrechnung sowie neuer Steuerungselemente. Das dürfen Sie nicht vergessen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir haben in diesen Bereichen für das Jahr 2002 193,3 Millionen Euro und für das Jahr 2003 170,3 Millionen Euro bereitgestellt. Das ist eine Steigerung um 10 %: Das dient den Beschäftigten. Wir wollen hin in Richtung einer modernen Landesverwaltung. Die Grundvoraussetzung ist, dass wir diesen Bereich weiter ausdehnen.

Wir haben hier einen gemeinsamen Antrag zum Thema E-Government verabschiedet. E-Government ist notwendig. Auch für diesen Bereich dient der Einsatz dieser Mittel. Das sollten Sie wissen, Herr Hagenah. So, wie Sie es darstellen, nämlich dass es zulasten der Beschäftigten geht, ist es falsch. Es ist genau umgekehrt. Die Beschäftigten erwarten das. Wir begrüßen ausdrücklich, dass

dieser Bereich auch im neuen Doppelhaushalt besonders berücksichtigt ist.

Wir können die Veränderungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich engagieren und qualifizieren, vorantreiben. Wir haben im Bereich der Nachwuchsförderung eine ganze Menge im öffentlichen Dienst gemacht. Sie haben das vorhin erwähnt und als Tropfen auf den heißen Stein bezeichnet. Wir haben für Personalentwicklungsmaßnahmen sehr viele Mittel eingesetzt und haben nach Gesprächen mit der Gewerkschaft ver.di die Mittel für diesen Bereich um 200 000 Euro pro Jahr aufgestockt. Das war auch der Wunsch der Kolleginnen und Kollegen. Das dient auch der Gesundheitsförderung.

Insgesamt geht es nicht um den Einsatz von Mitteln, sondern darum, was man in Abstimmung mit den Gewerkschaften damit macht. Ich meine, dass das in unserem Änderungsantrag deutlich zum Ausdruck kommt. Wir lassen uns die Verwaltungsreform in Niedersachsen nicht schlechtreden. Sie können das aber gern versuchen.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Ihr macht sie selber schlecht!)

So stimmt das einfach nicht. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Jetzt kommen wir zum Bereich **Städtebau**, meine Damen und Herren. Dazu hat sich der Kollege Decker zu Wort gemeldet.

Decker (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bauwirtschaft, die eine Schlüsselrolle für die allgemeine Konjunkturentwicklung in Deutschland spielt, steckt bekanntlich in einer tiefen Krise. Die Beschäftigungssituation in der Bauwirtschaft war noch nie so schlecht wie heute. Bei den Baugenehmigungen haben wir den niedrigsten Stand seit den 80er-Jahren erreicht. Bei den Auftragsbeständen sind wir auf dem Niveau zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung angekommen, und die Umsätze und Investitionen in der Bauwirtschaft sind stark rückläufig. Die dramatische Lage wird auch dadurch deutlich, dass die Bauverbände – u. a. die IG BAU - dringend um Hilfe rufen, da-

mit sie in ihrer schwierigen Situation nicht allein gelassen werden.

Bei der Schwarzarbeit waren wir noch nie so "gut" wie heute. Wir haben bei der Schwarzarbeit einen Höchststand erreicht, aber wir haben es bis zum heutigen Tag nicht geschafft, dass die Landesregierung etwas dafür getan hat, dass die Zuständigkeiten für die Bekämpfung der Schwarzarbeit in diesem Lande koordiniert werden.

(Beifall bei der CDU)

Viele Landkreise haben sich inzwischen auf den Weg gemacht, um etwas zu tun und in eigener Zuständigkeit die Situation in der Schwarzarbeit zu bekämpfen. Sie haben nur ein Problem dabei: Wenn sie einen Tatverdächtigen durch die Instanzen treiben - Herr Hagenah hat das gestern bereits angesprochen - und das Urteil gefällt und ein Bußgeld verhängt werden, bekommt nicht der Landkreis das Bußgeld, sondern das Land Niedersachsen. Sie sahnen also noch von anderer Leute Tätigkeit ab, die eigene personelle Ressourcen geopfert haben, um dieser Schattenwirtschaft Herr zu werden, und nachher auf ihren Kosten sitzen bleiben.

Die Beschäftigungssituation in der Bauwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren bekanntlich dramatisch verändert. 1995 gab es noch 1,4 Millionen Beschäftigte; zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind es noch 930 000. Wir müssen davon ausgehen, dass es in diesem und auch im nächsten Jahr erhebliche Beschäftigungseinbrüche in der Bauwirtschaft geben wird.

Wir haben bei den Insolvenzen und Konkursverfahren einen Höchststand erreicht. Dieser Trend wird zurzeit leider nicht gebrochen. Bei den Konkursverfahren und bei dem Verlust von Arbeitsplätzen sollten nicht nur die Zahlen im Vordergrund stehen, sondern natürlich auch die Schicksale der Familien, die sich dahinter verbergen und die mindestens ebenso wichtig sind. Da wir diese schwierige Situation in der Bauwirtschaft erkannt haben und sehen müssen, wie wir mit relativ wenigen öffentlichen Mitteln private Investitionen erreichen können, haben wir uns dazu entschlossen, eine Erhöhung der Städtebaufördermittel um 5 Millionen Euro zu beantragen, weil wir alle wissen - die SPD-Fraktion hat es in ihrem Antrag im Frühjahr dieses Jahres noch einmal deutlich gemacht -, dass hiervon die größte Initialwirkung für die Bauwirtschaft insgesamt ausgeht.

(Krumfuß [CDU]: Genau der richtige Ansatz!)

Wir gehen davon aus, dass jede Mark, die im Bereich der Städtebauförderung eingesetzt wird, mit einem Multiplikator von etwa sieben zu versehen ist, sodass die veranschlagten 5 Millionen DM zusätzlich ein Beschäftigungsvolumen in der Bauwirtschaft in Höhe von insgesamt 35 Millionen DM mit sich bringen würden. Das setzt allerdings voraus, dass Sie auch den Kommunen, die seit vielen Jahren darauf warten, dass endlich ihre Stadt bzw. ihre Gemeinde in das Städtebauförderprogramm aufgenommen werden, entsprechende Handlungsmöglichkeiten lassen,

(Beifall bei der CDU)

damit sie in der Lage sind, die Mittel aus der Städtebauförderung gegenzufinanzieren. Andere Kommunen sind schon von 20 Jahren in das Programm aufgenommen worden und fühlen sich darin sehr wohl. Das ist allerdings auch ein Zustand, der nicht unbedingt sein muss, sondern man könnte durchaus auch zu einer Kürzung der Verfahrensdauer kommen, um anderen Gemeinden die Möglichkeit zu geben, von den Vorteilen der Städtebauförderung zu profitieren.

(Beifall bei der CDU)

Die Wohnungsbauförderung ist in den vergangenen Jahren ein Stiefkind dieser Landesregierung geworden. Sie ist großartig angetreten mit der Ankündigung, 15 000 Wohnungen pro Jahr zu fördern; davon sind gegenwärtig nur noch wenige hundert übrig geblieben. Was in den vergangenen Jahren noch gefördert worden ist, lief genau am Markt vorbei. Sie haben den Mietwohnungsbau in Wohn- und Ballungsgebieten gefördert, in denen es keinen Bedarf mehr gab. Heute haben Sie mehr Probleme damit, den Leerstand zu bewältigen, als Sie jemals bei der Förderung dieser Wohnungen hatten.

Sie haben es immer wieder abgelehnt, den Eigenheimbau in Niedersachsen, in dem es noch eine Nachfrage und genügend Leute gibt, die bereit sind, ihre Ersparnisse dafür einzusetzen, um ihren Traum vom eigenen Haus zu realisieren, stärker zu fördern. In diesem Bereich ist zu wenig gemacht worden. Mit den Förderungen im Mietwohnungsbau sind Probleme geschaffen worden, die gegenwärtig mit beträchtlichen Mitteln wieder gelöst werden müssen, nämlich durch das Programm "Soziale Stadt".

(Beifall bei der CDU)

Viele Probleme, die zurzeit mit dem Programm "Soziale Stadt" bestehen, hätten wir uns sparen können, wenn wir an die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus mit etwas mehr Augenmaß herangegangen wären und nicht jedes Projekt an jedem Standort in jeder Größe und jeder Konzentration gefördert hätten. Dafür brauchen wir derzeit die Mittel. - Das ist die eine Seite der Medaille.

Die andere Seite der Medaille ist die unsägliche Fehlbelegungsabgabe. Wir verlangen seit vielen Jahren die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe. Sie haben sich dem immer wieder krampfhaft widersetzt. Im Frühjahr haben Sie einen großen Versuch angetreten, die Fehlbelegungsabgabe in Niedersachsen endgültig abzuschaffen, und sind damit kläglich gescheitert, weil Sie nicht die richtigen Instrumente gefunden haben, um zu einer durchgreifenden Änderung zu kommen.

Meine Damen und Herren, mit der Fehlbelegungsabgabe sind über viele Jahre hinweg Menschen aus dem sozialen Wohnungsbau vertrieben worden, die besser dort hätten bleiben können, um eine vernünftige Durchmischung in schwierigen Stadtteilen zu erzielen. Dann hätten wir heute nicht die sozialen Probleme, die es in den Ballungszentren gibt und die wir wiederum mit dem Programm "Soziale Stadt" lösen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sehen, das Programm "Soziale Stadt" ist mehr oder weniger dafür da, die Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen im Wohnungsbau und im Städtebau in den letzten zehn Jahren zu bereinigen. Deswegen sollte die Schwerpunktsetzung in Zukunft wieder dorthin verlagert werden, wo sie am sinnvollsten ist, nämlich zu dem Bürger, der bereit ist, in sein eigenes Wohnhaus zu investieren. Wir sollten für sichere soziale Strukturen sorgen und letztlich von einer Wohnungsbauförderung Abstand nehmen, die am Bedarf vorbeigegangen ist.

Wir haben in den vergangenen Jahr zahlreiche Vorschläge zur Verstetigung der Investitionsmittel in der Bauwirtschaft, aber auch im steuerlichen Bereich und in anderen Bereichen erarbeitet. Alle guten Vorschläge haben Sie in den Wind geschlagen, meine Damen und Herren. Deswegen ist die Situation derzeit in der Baubranche auch so, wie sie ist. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Kollege Harden, bitte schön!

Harden (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Decker, einiges von dem, was Sie gerade ausgeführt haben, ist ein wenig gerade zu rücken. Die Situation in der Bauwirtschaft ist zwar so, wie sie ist.

(Frau Körtner [CDU]: Aber warum ist sie denn so?)

aber es war nicht nur böse Absicht, die dorthin geführt hat, sondern es ist ein Kapazitätsproblem, das sich mit der deutschen Einheit ergeben hat. Es gibt auch ein weiteres Problem, und zwar die fortlaufende illegale Beschäftigung, die der Staat offenbar nicht in den Griff bekommt. Aber auch das ist nicht allein Landesangelegenheit. Wir haben bereits über das Vergabegesetz gesprochen, mit dem versucht werden soll, etwas Ordnung zu schaffen.

(Zuruf von Frau Körtner [CDU])

Wobei Sie schief liegen, ist das, was die Anstrengung des Landes in der Städtebauförderung angeht. Die Mittel sind in den vergangenen Jahren und auch in diesem Jahr erheblich erhöht worden. Wie Sie wissen, ist auch das Bundesprogramm erheblich aufgestockt worden. Wir halten das auch für richtig. Sie haben zutreffend gesagt, dass die Städtebauförderung ein Programm ist, das die siebenfache Menge der eingesetzten Landesmittel an Investitionsmitteln bringt. Das ist auch richtig so; das wissen wir auch. Wir wollen aber nicht vergessen, dass man in früheren Jahren gemeint hatte, man hätte mit der Städtebauförderung inzwischen alles in Ordnung gebracht. Ich bin vorhin darauf hingewiesen worden, dass Herr Gansäuer, der seinerzeit Fraktionsvorsitzender im Landtag war, gesagt hat, es sei nicht nötig, dass es in jeder Wohnung in jeder Stadt goldene Wasserhähne gebe.

(Krumfuß [CDU]: Da hat er Recht!)

Damit hat er natürlich auch Recht.

Als die Förderabgabe noch geflossen ist, hat man bei der Städtebauförderung und Dorferneuerung in den Städten, die ich die Freude hatte zu bereisen, reichlich Klinker verlegt, während man in den 90er-Jahren auch mit Betonwerksteinen zufrieden war.

Was die "Soziale Stadt" angeht, bin ich ernsthaft anderer Ansicht, Herr Decker. Wir haben es nicht nur mit den Problemen der Architektur zu tun, sondern vielmehr mit den Problemen nicht geglückter, ja nicht einmal versuchter Integration.

Wir haben morgen noch zwei Anträge der CDU-Fraktion zu diskutieren, die ich von der Zielrichtung her für schändlich halte, weil sie das Ziel haben, dass das Zuwanderungsgesetz im Bundestag nicht verabschiedet wird. Dabei ist gerade dies das grundsätzliche und das gravierendste soziale Problem der letzten zehn Jahre - eigentlich sogar schon länger - gewesen. Wir haben es nicht geschafft, die Zuwanderung vernünftig zu regeln und die Zugewanderten vernünftig zu integrieren. Es gibt diverse Konzepte, wie man es machen könnte - Otto Schily hat sie in ein Gesetzeswerk gepackt -, und jetzt wird aus Wahlkampfgründen versucht, dieses Gesetzeswerk zu Fall zu bringen. Das kann nicht sein. Wir wissen, dass die Integration Bestandteil der Einwanderung sein muss. Nur dann können wir die großen Probleme lösen.

Das, was Sie im Bereich "Soziale Stadt" beklagt haben, ist hauptsächlich die Folge nicht geglückter und nicht versuchter Integration. Das ist eigentlich nicht nur ein Problem der Architektur. Das wollte ich damit gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Danke schön, Herr Kollege Harden. - Meine Damen und Herren, jetzt hat der Kollege Stratmann um das Wort gebeten. Es geht um den Bereich **Justiz.** - Bitte schön!

Stratmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Justiz befindet sich leider, Herr Minister, in keiner besonders guten Verfassung.

(Zurufe von der SPD)

Die Menschen in unserem Land müssen immer häufiger erleben, nicht mehr zeitgerecht zu ihrem Recht zu gelangen. Das ist eine Entwicklung, die uns große Sorgen bereiten muss, weil dadurch das Vertrauen in den Rechtsstaat zunehmend schwindet. Das Hauptproblem für den Bereich der Rechtsprechung, also bei unseren Gerichten, liegt bei der Arbeitsbelastung der so genannten Folgedienste. Meine Damen und Herren, was nützt das beste Urteil - die Verkündungszeiten sind zugegebenermaßen noch gut, weil wir sehr engagierte und qualifizierte Richter haben, die sich trotz großer Belastung bemühen, zu schnellen Verkündungszeiten zu kommen -, wenn es nicht zeitgerecht vollstreckt werden kann?

(Beifall bei der CDU)

Was nützt ein potenzieller Anspruch, den man zwar hat, aber angemahnt werden muss, wenn der Antrag in der Mahnabteilung des Gerichtes nicht zeitgerecht bearbeitet werden kann? Was nützt Eigentum, z. B. an einer Immobilie, wenn der Nachweis dafür nicht zeitgerecht im Grundbuch eingetragen werden kann, weil die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort völlig überlastet sind?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir müssen heute leider feststellen, dass die Belastung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz noch nie so hoch war, wie das zurzeit der Fall ist. Abnehmende Motivation und zunehmender Krankenstand sind natürlich die Folgen. Viele fühlen sich überfordert und beginnen zu resignieren. Nach einjähriger Amtszeit, Herr Minister Pfeiffer, kann dieser Tatbestand Ihnen noch nicht zur Last gelegt werden. Wir wissen, dass Sie Altlasten übernommen haben. und wir erkennen, dass Sie im Rahmen der Haushaltsberatung - das will ich Ihnen durchaus zugestehen - im Vergleich zu Ihren Kabinettskollegen nicht die schlechteste Figur gemacht haben; dies allerdings auch deshalb, weil Sie - das sage ich an dieser Stelle mit Nachdruck - über ausgezeichnete Mitarbeiter im Ministerium verfügen, die Ihnen dabei geholfen haben.

Dennoch wird der Haushaltsplanentwurf, der uns heute zum Bereich Justiz vorgelegt worden ist, den Problemen nicht gerecht. Bis heute fehlt offensichtlich der Landesregierung die Erkenntnis, dass die Sicherstellung einer ordentlich funktionierenden Justiz und eines ordentlich funktionierenden Strafvollzuges zu den Kernaufgaben eines Landes gehört und daher vorrangig, vor allen freiwilligen Aufgaben, zu behandeln ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte jetzt auf den Haushaltsplanentwurf eingehen. Es ist richtig, dass Sie 160 Stellenhebungen bei den so genannten Serviceeinheiten vornehmen wollen. Der Zustand, den wir in diesem Bereich zurzeit vorfinden, kann so nicht hingenommen werden. Wir brauchen diese Hebungen. Falsch, meine Damen und Herren, und geradezu paradox ist es aber, diese 160 Stellenhebungen dadurch finanzieren zu wollen, dass Sie bei den Referendarstellen Streichungen vornehmen. Das kann wirklich niemand verstehen,

(Beifall bei der CDU)

vor allem deshalb nicht, weil wir noch vor kurzer Zeit, als es um die Reform der Juristenausbildung ging, darüber Einigkeit erzielt hatten, dass wir kürzere Ausbildungszeiten brauchen. Wenn Sie Referendarstellen streichen, Herr Minister, werden Sie die Wartezeiten verlängern und damit zu längeren Ausbildungszeiten kommen. Das geht nicht. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, von diesen Streichungen abzusehen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist auch richtig, dass in Anbetracht der enormen Arbeitsbelastung der Gerichtsvollzieher zusätzlich elf Stellen geschaffen werden sollen. Doch diese elf Stellen reichen bei weitem nicht aus. Wir haben deshalb beantragt, auf 30 Stellen auszuweiten. Das ist auch nicht viel, aber es ist mehr als das, was Sie wollen. Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass der Beruf des Gerichtsvollziehers attraktiver gemacht werden muss, weil es Nachwuchsprobleme gibt. Die Leute wollen diesen Beruf wegen der hohen Arbeitsbelastung und wegen der schlechten Bezahlung nicht mehr ergreifen. An dieses Problem müssen wir herangehen. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass wir bei den Gerichtsvollziehern bis heute keine Kompensation dafür erreichen konnten, dass sie die eidesstattliche Versicherung abzunehmen haben. Das war ja früher eine Aufgabe der Rechtspfleger. Das machen heute die Gerichtsvollzieher. Dafür haben sie bis jetzt - trotz Versprechungen - keine Kompensation erhalten.

Es ist auch richtig, dass Sie im Bereich des Strafvollzuges weitere Stellenhebungen vornehmen wollen. Diese werden jedoch nicht ausreichen. Von daher beantragen wir, die von Ihnen vorgeschlagenen 47 Hebungen auf 100 zu erhöhen. Es gibt übrigens in unserem Änderungsantrag einen kleinen Fehler. Ich bitte, diesen zu korrigieren. Wir meinen natürlich Hebungen im gehobenen Dienst. Im Be-

reich des mittleren Dienstes ist in letzter Zeit einiges gemacht worden. Es ist aber nach wie vor unerträglich, meine Damen und Herren, dass Beamte des mittleren Dienstes immer noch mit dem Risiko leben müssen, sozusagen unter Sozialhilfeniveau in die Pension geschickt zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Endlich kommen Sie, Herr Minister, unserer seit vielen Jahren formulierten Forderung nach, etwas hinsichtlich des Opferschutzes zu tun. Dies begrüßen wir. Wir möchten aber, dass Sie für diesen Bereich kraftvoll zugreifen können, und sind deshalb der Meinung, dass die für den Opferschutz veranschlagten Mittel von 0,5 Millionen Euro verdoppelt werden müssen. Dazu haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt.

Ich möchte nun kurz auf unseren seriösen Finanzierungsvorschlag eingehen. Ich weiß, dass meine Redezeit begrenzt ist; es ist bei diesen Debatten nun einmal so, dass den Letzten die Hunde beißen. Wir möchten die Finanzierung dadurch sicherstellen, dass die Mittel für den Bereich des Betreuungsrechts reduziert werden. Hierfür haben Sie 33 Millionen DM veranschlagt. Sie haben eingeräumt, dass die Kommission, die Sie zum Betreuungsrecht eingestellt haben, Vorschläge unterbreitet hat, die zu einer zehnprozentigen Kürzung führen könnten. Der Landesrechnungshof hat gesagt, dass wir, wenn frühpensionierte Beamte im Betreuungsrecht eingesetzt würden, zu Einsparungen kommen könnten. Wir möchten, dass die Einsparung, die Sie nur sehr marginal vorgenommen haben, nämlich in Höhe von 1,5 Millionen Euro, mindestens 3 Millionen Euro beträgt. Damit wären unsere Vorschläge finanziert.

Ich bekomme heftigste Zeichen meiner Kolleginnen und Kollegen. Ich hätte gerne noch Vieles zur Justiz gesagt. Es gibt noch viel zu sagen, denn es gibt viele Probleme, die wir gemeinsam lösen müssen. Ich möchte aber sozusagen aus Solidarität zu meinen Nachrednern an dieser Stelle schließen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Goede:

Nun hat sich zum Themenbereich Justiz für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Bockmann gemeldet.

Frau Bockmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Stratmann hat gesagt: "Den Letzten beißen die Hunde". Ich sage: "Hunde, die bellen, beißen nicht". Dieses möchte ich auf Ihre Vorschläge zur Justiz beziehen. Sie haben bei Ihren Haushaltskonsolidierungsvorschlägen nicht einen einzigen zusätzlichen Richter, nicht einen einzigen zusätzlichen Mitarbeiter für die Gerichte gefordert. Sie haben also eine ganze Menge Luftblasen von sich gegeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zahlen dieses Justizhaushaltes belegen: In Niedersachsen wird weiterhin rechtspolitisch durchgestartet, der Strafvollzug bleibt sicher und human, und der Durchbruch zu einer Hilfe von Verbrechensopfern, die auch Sie begrüßen, Herr Kollege Stratmann, wird mit dem vorliegenden Zahlenwerk auf einen sicheren Weg gebracht. Prävention und damit Verbrechensvermeidung ist keine Worthülse in Niedersachsen. Wir untermauern diese Vorsorge in diesem Haushalt mit handfesten Zahlen. Der Personalbestand wird trotz Sparzwang aufgestockt, das Neubauprogramm läuft weiter, und die technische Ausstattung, insbesondere die des elektronischen Grundbuchs, kann sich sicherlich im Vergleich zu anderen Ländern sehen lassen.

Es wäre jedoch zu einfach, Debatten zu Haushaltseinzelplänen auf ein numerisches Zahlenwerk zu begrenzen; denn die hier eingesetzten Zahlen sind Ausdruck politischen Handelns unter Berücksichtigung der tatsächlichen finanziellen Landessituation. Dafür haben Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, zumindest in den Fachausschüssen Ihre Anerkennung zum Ausdruck gebracht. Von der Kritik, die Sie heute vorgebracht haben, haben wir in den Fachausschüssen nicht viel gehört. Dafür gibt es auch einen Grund, denn dieser Haushalt garantiert einen justizpolitischen Fortschritt und stellt keinen Stillstand dar.

Weil dieser neue Justizhaushalt von der Opposition unisono im Großen und Ganzen gelobt wird, gestatten Sie mir bitte, auf Ihre einzelnen Haushaltsverbesserungsvorschläge einzugehen. Die Veränderungsvorschläge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen liegen, wie es gute parlamentarische Sitte ist, schon seit längerer Zeit bei den fachinternen Beratungen vor. Von der CDU-Fraktion haben wir sozusagen im Last-minute-Verfahren Konsolidierungsvorschläge erhalten.

Die Vorschläge der CDU-Fraktion beinhalten auf den ersten Blick nichts Auffälliges. Herr Stratmann ist eben auf den Vorschlag eingegangen, die Entschädigungskosten nach dem Betreuungsgesetz von 33 Millionen Euro auf 30 Millionen Euro zu reduzieren. Opposition und Regierungsfraktion sind sich in diesem Punkt einig. Hier liegt ein dramatischer Anstieg vor, den wir stoppen wollen, aber auch stoppen müssen. Nur wir haben dem Anstieg mit aktuellen Haushaltszahlen Einhalt geboten, und folgende beispielhafte Maßnahmen sind angelaufen und werden auch umgesetzt: Wir verfolgen das ehrgeizige Ziel, den Mittelansatz um 5 % zu reduzieren. Zur Überprüfung dieses Sachverhaltes ist eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Richtern und Rechtspflegern, eingesetzt worden. Diese Profis beschäftigen sich intensiv mit dieser Thematik und werden geeignete Sparpotenziale herausfiltern. Erste Zeichen deuten darauf hin, dass zwischen 3 und 4 Millionen Euro eingespart werden können. Weitere Konsolidierungsideen - z. B. der Modellversuch in Jever, der 98 % aller Betreuungen an Ehrenamtliche überträgt, oder das Projekt, Freiberufler einem Betreuungsverein anzugliedern, bei dem sie vielleicht angestellt sind - bringen immerhin ein Einsparpotenzial von 30 %. Diese und andere Maßnahmen haben die Zielrichtung, den abenteuerlichen Anstieg der Betreuungskosten auf der Stelle zu stoppen.

Nun, Herr Kollege Stratmann, wende ich mich dem Vorschlag des Landesrechnungshofes zu. Der Landesrechnungshof sieht allerdings unsere hier aufgezeigten Einsparpotenziale - entgegen Ihrer Auffassung - sehr, sehr kritisch. Ausweislich der Niederschriften über die Beratungen im Ausschuss für Haushalt und Finanzen werden die im Haushalt ausgewiesenen 33 Millionen Euro als zu niedrig angesehen. Der Landesrechnungshof weist entgegen Ihrer Auffassung auf eine Deckungslücke in Höhe von 11 Millionen Euro hin, die wir allerdings durch intelligentes Sparen schließen wollen. Nun kommen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU-Fraktion, und wollen die Betreuung von Kranken und Alten in Niedersachsen einem finanziellen Würgegriff unterziehen, indem Sie die Betreuungskosten noch weiter herunterschrauben wollen. Das ist nicht seriös.

> (Frau Körtner [CDU]: Das war der Landesrechnungshof und nicht die CDU-Fraktion, Frau Kollegin!)

- Frau Kollegin Körtner, ich habe eben ausgeführt, dass der Landesrechnungshof eine Deckungslücke von 11 Millionen Euro bei den Betreuungskosten angemahnt hat. Es tut mir Leid; aber das habe ich schwarz auf weiß. Wir können diese Meinungsverschiedenheit gerne nach dieser Debatte klären.

(Stratmann [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Vizepräsidentin Goede:

Frau Kollegin Bockmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Stratmann?

Frau Bockmann (SPD):

Ja.

Vizepräsidentin Goede:

Bitte schön, Herr Stratmann!

Stratmann (CDU):

Verstehe ich Sie insoweit richtig, dass Sie vor dem Hintergrund der Kritik des Landesrechnungshofes gerade selbst eingeräumt haben, dass die 33 Millionen Euro, die in Ihrem Haushaltsplanentwurf veranschlagt sind, unseriös sind?

Vizepräsidentin Goede:

Bitte sehr, Frau Bockmann!

Frau Bockmann (SPD):

Herr Stratmann, es tut mir Leid. Wenn Sie sich mit Ihrem Kollegen Ontijd unterhalten, haben Sie natürlich keine Möglichkeit, meinen Ausführungen zu folgen.

(Ontijd [CDU]: Er hat überhaupt nichts gesagt!)

Ich skizziere es Ihnen aber kurz noch einmal. Mit den Einsparungen verfolgen wir das Ziel, den unaufhörlichen Anstieg zu stoppen. Wenn Sie die Entwicklung der Betreuungskosten in den letzten Jahren verfolgt haben, dann haben Sie festgestellt, dass die Kurve steil nach oben zeigt. Diesen steilen Anstieg haben wir mit unseren Maßnahmen erst einmal gestoppt. Wenn Sie aber glauben, dass wir die Kurve von heute auf morgen weiter nach unten ziehen können, dann werden Sie an Alten und Kranken sparen. Ich meine, das kann keine Politik im Sinne der CDU sein.

(Frau Körtner [CDU]: Nein, wir setzen das Geld nur sinnvoller ein!)

- Frau Kollegin Körtner, ich möchte jetzt gerne fortfahren.

Bei gutwilliger Betrachtungsweise kann man Ihre Gegenfinanzierung mit einem Satz kennzeichnen: Das ist Einfalt statt Vielfalt. - Ihr Vorschlag, nicht arbeitswillige bzw. arbeitsfähige Lehrer als Betreuer in die Bresche springen zu lassen, ist rechtlich überhaupt nicht durchsetzbar. Das wissen Sie so gut wie wir. Deshalb lassen Sie bitte Ihre Scheinkonsolidierungsvorschläge fallen. Sie bringen uns kein Stück weiter.

Wenn Sie in diesem Zusammenhang auf die Ausschöpfung von Stellenobergrenzen und den Abbau von Referendarstellen mit halb garen Haushaltszahlen reagieren, um diese Einsparungen zu vermeiden, so werfen Sie damit Nebelkerzen in den Raum, die den Betroffenen Illusionen, aber keine rechte Hilfe vermitteln. Im nächsten Haushaltsplan, für 2004/2005, soll den berechtigten Interessen der Mitarbeiter des gehobenen Dienstes des Justizvollzuges weitere Geltung verschafft werden. Der Justizminister wird sich für diesen Bereich mit Nachdruck einsetzen.

Zu beachten ist jedoch, dass wir dem Ziel, die Obergrenzen auszuschöpfen, mit dem Haushaltsplanentwurf 2002/2003 im Vergleich zu vorangegangenen Haushalten deutlich näher kommen. So konnten z. B. - das, Herr Kollege Stratmann, haben Sie, glaube ich, unterschlagen - im Haushaltsplan des Jahres 2001 nur für den Bereich A 10 22 Stellenhebungen bewirkt werden. Für die Bereiche von A 11 bis A 13 ist hingegen im Haushaltsjahr 2001 noch keine Verbesserung bewirkt worden. Wir werden hier spürbar nach vorne gehen.

(Ontijd [CDU]: Was heißt das?)

Zur Gesamtstellensituation in der Justiz möchten wir hervorheben, dass wir uns im Ländervergleich der Personalsituation im Justizvollzug im oberen Drittel befinden.

Sie haben im Zusammenhang mit der vorgesehenen Kürzung von 18 Referendarstellen zu Recht darauf hingewiesen, dass die Stellen von 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Service-Einheiten nach BAT IV b angehoben werden sollen; denn es ist schließlich gerecht, für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu zahlen. Die Reduzierung

weiterer Referendarstellen erklärt sich auch durch die sinkende Nachfrage. Wir haben im letzten Plenarsitzungsabschnitt die Einführung einer Zwischenprüfung für Referendare beschlossen. Auch das wird sich auswirken.

Ihre anderen Vorschläge - beispielsweise Einsparpotenziale ausschöpfen durch PC-Technik an den Gerichten - sind aus unserer Sicht bürgerfeindlich. Wir können stolz auf diese Ausstattung sein. Nebenbei bemerkt empfinden wir es als paradox, die Arbeit von Kammern für Handelssachen zu monieren und zugleich den PC-Bestand zurückschrauben zu wollen.

Von den Änderungsvorschlägen der Grünen haben wir den Eindruck, dass sie nicht von den Fachleuten der Fraktion erarbeitet worden sind. Es ist, was es ist: ein sympathischer Gegenentwurf - gut gemeint, aber ohne Sachkompetenz. Es ist nicht neu, dass Sie gegen den Neubau der JVA Göttingen-Rosdorf votieren. Aber dass Sie bei der JVA Hildesheim, die wir einmal für den dringend erforderlichen Frauenvollzug nutzen wollen, auf Mittel verzichten wollen, ist aus unserer Sicht unmöglich. Schließlich haben weibliche Häftlinge genauso ein Anrecht auf angemessene Haftunterbringung wie männliche Häftlinge. Genauso verhält es sich bei den Präventionsfonds, die Sie in Gänze streichen wollen. Sie wollen stattdessen die Männervereine berücksichtigen und damit eine Klientelpolitik erreichen. Das finden wir nicht in Ordnung. Es kann auch nicht ernsthaft im Sinne der Grünen sein, die Veröffentlichungskosten wie z. B. die für die Ausstellung über die Justiz in der NS-Zeit streichen zu wollen.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Dieser Haushalt ist mit sicherer und rühriger Hand geschrieben worden. Sie können ihm zustimmen. Ich meine, dass Sie sich dabei keinen Zacken aus der Krone brechen. Wir haben ihn im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen *gemeinsam* erörtert, und dabei sollten wir auch bleiben. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Herr Minister Pfeiffer, bitte schön!

Dr. Pfeiffer, Justizminister:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zum Einstieg möchte ich mich bei Herrn Stratmann für das verhaltene Lob bedanken, das der Justizetat von ihm bekommen hat. Ich stimme Ihnen darin zu, dass ich das ganz wesentlich der exzellenten Begleitung durch erfahrene Beamte zu verdanken habe; denn ich war zum Zeitpunkt des Aushandelns in diesen Dingen zwangsläufig noch Amateur und habe viel dazugelernt.

Zu meiner Freude können wir feststellen, dass der Justizetat um rund 2,9 % angestiegen ist. Die Erhöhungen ergeben sich ausschließlich im Personalbereich. Damit war es möglich, auf die Probleme, die hier gerade angesprochen worden sind, angemessen zu reagieren. Es ist aber auch noch Einiges geblieben, um den Bereich der Kür adäquat zu gestalten.

Noch gar nicht angesprochen worden ist, dass uns die neue Insolvenzordnung in der praktischen Umsetzung erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Von daher bin ich dankbar für 39 zusätzliche Stellen sowie für die bereits erwähnten elf zusätzlichen Stellen für Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher.

Auf das Gerechtigkeitsproblem bei den Serviceeinheiten ist bereits hingewiesen worden. Ich teile
nicht die Sicht von Herrn Stratmann, dass der Ausgleich für die 160 Hebungen, die wir ermöglichen,
zulasten der Referendare gehe und zu längeren
Wartezeiten führe. Wir können nämlich damit
rechnen, dass die Zahl der Referendare deutlich
rückläufig sein wird - nicht nur wegen der Zwischenprüfung für Studenten, sondern weil ganz
schlicht die Zahl der Absolventen zurückgeht. Von
daher ist es, so meine ich, vertretbar, hier einzugreifen und auf diese Weise einen Gerechtigkeitsausgleich zu schaffen.

Das dritte Problem war für uns, dass die Staatsanwaltschaften zu hoch belastet sind. Herr Adam hat bereits darauf hingewiesen, dass wir 60 zusätzliche Stellen bekommen. Das sind in Zukunft immerhin 5 % mehr Staatsanwälte. Ich hatte bereits Gelegenheit, mit der Praxis darüber zu sprechen. Die Staatsanwaltschaften haben sich höchst zufrieden und dankbar über die Verstärkung geäußert, die es ab 1. Januar geben wird.

Ein vierter Bereich, der ein Problem darstellt, ist die Fürsorge für die Senkung des Rückfallrisikos bei Sexual- und Gewalttätern. Hier sind wir mit 14 zusätzlichen Stellen für den Ausbau der Sozialtherapie und 175 neuen Sozialtherapieplätzen, die wir gerade einrichten, bundesweit Spitze. Da stehen

wir wirklich gut da, wenn es darum geht, dafür zu sorgen, dass sich das Risiko mindert.

(Zustimmung bei der SPD)

Auf das Problem der Stellenobergrenzen im Strafvollzug ist hingewiesen worden. Wir alle, so glaube ich, haben zustimmend zur Kenntnis genommen, dass sich der Strafvollzug selber in den vergangenen Tagen deutlich gezeigt hat und dass er dafür demonstriert hat, dass es hier zu Änderungen kommt.

Mit 76 zusätzlichen Hebungen, so meine ich, können wir uns sehen lassen. Das ist aber noch nicht alles. Ich kann nur in Aussicht stellen, dass wir bei den nächsten Haushaltsverhandlungen versuchen werden, den Rest auszugleichen, der noch offen ist.

Nach diesen Beispielen für die Pflicht nun doch noch einige Sätze zur Kür.

Der erste Beitrag dazu betrifft die Geldwäsche. Sie alle wissen, dass wir Polizeibeamte, Steuerexperten und Staatsanwälte dafür einsetzen, Gewinne und Einnahmen aus kriminellen Aktivitäten aufzuspüren. Das ist so erfolgreich gemacht worden, dass wir im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen mit Fug und Recht sagen können: Das, was bisher schwerpunktmäßig vor allem in Hannover gelaufen ist, wollen wir landesweit einführen. Dafür werden wir zusätzlich "nur" - sage ich 1,5 Millionen DM einsetzen; mit der Perspektive, dass der Finanzminister dadurch hohe Einnahmen erzielen wird und die Opfer von Kriminalität in diesem Bereich endlich ihren verdienten Schadenersatz bekommen.

Verbrecherische Aktivitäten werden sich in Niedersachsen weniger lohnen. In den letzten drei Jahren ist es immerhin gelungen, 91,5 Millionen DM sicherzustellen, was zugunsten der Opfer und auch des Finanzministers geht bzw. zum Teil bereits zugunsten des Finanzministers gegangen ist.

Zwei weitere rechtspolitische Schwerpunkte hatte ich in meiner Jungfernrede genau vor einem Jahr angekündigt. Damals hatte die Opposition gesagt: Er redet viel, aber er muss erst einmal etwas tun. - Inzwischen kann ich Ihnen sagen, dass das, was Sie damals noch skeptisch beurteilt haben, umgesetzt werden konnte. Zwölf neue Stellen für den Bereich des Opferschutzes sind bereits erwähnt worden. Hinzu kommt die Bereitschaft einiger Kommunen, dies vor Ort zu verdoppeln. Das heißt,

dass wir die Opferhilfe gemeinsam mit dem Weißen Ring in Niedersachsen auf ganz neue Füße stellen können und damit bundesweit ein Vorbild schaffen, wobei uns bislang kein anderes Bundesland hat folgen können.

Nun hat die CDU-Fraktion gesagt, die 500 000 Euro, die wir pro Jahr für die elf Opferhilfebüros einstellen wollen, seien zu wenig. - Das mag ja sein, aber das, was Sie zur Gegenfinanzierung Ihres Vorschlages von 1 Million Euro pro Jahr geboten haben, überzeugt mich nicht. Mir ist es viel zu unsicher, darauf zu vertrauen, dass wir es wirklich im Griff haben, die Betreuungskosten noch einmal herunterzusetzen. Deshalb ist es, so meine ich, richtig, jetzt mit 1 Million DM pro Jahr einzusteigen und die Staatsanwaltschaften aufzufordern, diesen Betrag von 1 Million DM vor Ort aus Bußgeldern zu verdoppeln. Immerhin werden wir bis Ende 2003 auf diese Weise 5 Millionen DM für Opfer von Straftaten in Niedersachsen erreichen können.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt betrifft die Verstärkung der Präventionsarbeit. 510 000 Euro werden dafür pro Jahr zur Verfügung stehen, um z. B. die Aussteigerhilfe aufbauen zu können, die am 1. November bereits ihre Arbeit begonnen hat, oder viele kleine Projekte im Lande fördern zu können, die im Bereich der Prävention eingerichtet werden.

Ein vierter Schwerpunkt im Landesjustizetat geht auf meine persönliche Initiative zurück. Es handelt sich um die Förderung des Ehrenamtes der Zivilgesellschaft und Bürgerkultur. Hier arbeiten wir Hand in Hand mit dem Sozialministerium zusammen. Jedes Ministerium hat 500 000 Euro im Haushaltsplan. Gemeinsam wollen wir diese Mittel, wie dies die Kollegin Trauernicht gestern schon überzeugend vorgetragen hat, z. B. für die Gründung von Bürgerstiftungen einsetzen, für die wir Starthilfe leisten, für Freiwilligenzentren und andere Formen bürgerschaftlichen Engagements und schließlich für eine Stärkung der Kultur der Anerkennung.

Was hat das alles mit Justiz zu tun? - Dazu ein kleines Beispiel. Die von mir gegründete Bürgerstiftung Hannover fördert in der Region Hannover an vielen Schulen die Ausbildung von Konfliktlotsen. Das senkt die Schulgewalt, ist aber gleichzeitig für die jungen Menschen ein Modell dafür, wie sie mit Streit, wie sie mit Konflikten konstruktiv

umgehen können. Das wird später dazu beitragen, dass sie weniger dazu tendieren werden, das Ganze gerichtsmassig zu machen und damit die Justiz zu belasten.

Damit bin ich bei dem letzten Punkt angekommen, der mir außerordentlich wichtig ist, bei einem neuen Schwerpunkt der niedersächsischen Rechtspolitik im nächsten Jahr. Ein Problem haben wir nämlich wirklich in Deutschland, das bisher viel zu wenig angegangen wurde. Wir haben pro 100 000 Bürgern im Vergleich mit der gesamten westlichen Welt die höchste Zahl von Rechtsstreitigkeiten, die höchste Zahl von Urteilen und deswegen auch die höchste Zahl von Richtern. Das hat, so meine ich, damit zu tun, dass wir in einem Punkt wirklich Spitze sind, nämlich als Streithansel. Unsere Rechtsschutzversicherungen oder - besser gesagt die Tendenz der Bürger, sich gegen diese Risiken abzusichern, tragen vielleicht mit dazu bei. Wer eine Rechtsschutzversicherung abschließt, will auch einmal die Gegenleistung sehen und streitet dann bis zum Gehtnichtmehr, obwohl es eigentlich keinen Sinn macht.

Deshalb starten wir in Niedersachsen im Frühjahr 2002 den Modellversuch "Mediation – schlichten statt richten", und zwar in den Bereichen der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Verwaltungs- und der Sozialgerichtsbarkeit. Mit der Finanzierung dieses Modellversuchs gehen wir einen neuen Weg. Ganz überwiegend wird er nämlich aus Drittmitteln finanziert und belastet kaum den Landesetat. Das ist meine Antwort auf die Probleme, die der Abgeordnete Stratmann zu Recht einleitend als Justizprobleme vorgetragen hat: Entlastung der Justiz, indem wir einer anderen Streitkultur den Weg bahnen. Niedersachsen ist das erste Bundesland, das von Landesseite aus einen solchen Modellversuch einführt. Ich bin gespannt darauf, welche Erfahrungen wir auf diese Weise machen können.

Ich danke der Fraktion der SPD für die Unterstützung, die sie dem Justizetat geben wird, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, bevor wir zu dem nächsten Themenschwerpunkt kommen, möchte ich mir den Hinweis erlauben, dass sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, dass wir morgen ohne Mittagspause durchtagen. Ich bitte Sie, sich darauf entsprechend einzustellen.

Wir kommen nun zum Themengebiet **Soziales und Frauen, Jugend und Sport**. Dazu hat als erste Rednerin Frau Pawelski das Wort. Bitte schön, Frau Pawelski!

Frau Pawelski (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Betrachtet man diesen Haushalt, so kommt man zu dem Schluss, dass von Sozialpolitik in diesem Lande kaum noch die Rede sein kann. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt in Niedersachsen ist verheerend, die Sozialpolitik ist in der Krise, die Qualität der Pflege ist aus den Fugen geraten, und die Krankenhauspolitik liegt auf der Intensivstation.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Goede:

Meine Damen und Herren, ich bitte, Frau Pawelski etwas mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Frau Pawelski (CDU):

Danke, Frau Präsidentin. - Das ist die sozialpolitische Bilanz dieser Landesregierung und der Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales. Ich finde, das ist eine vernichtende Bilanz.

(Beifall bei der CDU)

Unter dem Strich sind in den vergangenen Jahren die Mittel im Sozialhaushalt eher abgebaut worden. "Obwohl sich in einigen Bereichen die Problemlagen verschärfen, erscheint der alte Status quo bei den Haushaltsansätzen als Maximalerfolg der Sozialpolitik." Dies, meine Damen und Herren, ist ein Zitat der Landesarmutskonferenz Niedersachsen. Konsequenzen wurden daraus nicht gezogen. Trotz der katastrophalen Finanzlage, in die uns diese Landesregierung gebracht hat, werden wir gegensteuern und andere Prioritäten setzen.

(Zustimmung von Frau Schliepack [CDU])

Ihre Antwort auf die riesigen Probleme ist eine Inflation von Dialogen, Modellvorhaben und irgendwelchen Bündnissen. Nicht nur, dass diese Aktionen Zeit und Geld kosten, das besser angelegt werden könnte, Sie verlieren, verehrte Frau Ministerin, dabei den Blick für das Wesentliche.

(Beifall bei der CDU)

Allein der Dialog "Soziales Niedersachsen" verschlingt jährlich 500 000 DM. Wir wollen, dass dieses Geld sinnvoller eingesetzt wird.

Wir wollen, dass Sie, Frau Ministerin, einen Dialog mit Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führen

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin, Ihr Führungsstil im Sozialministerium stößt auf Unmut. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kündigen innerlich. Woher ich das weiß? - Wir haben eine Umfrage gelesen, die Sie sicherlich als ordentliche Abgeordnete auch gelesen haben. Ganze 19 % der Beschäftigten haben Vertrauen zur Spitze ihrer Behörde. Bemängelt wird die fehlende Dialogbereitschaft, von der Sie doch sonst immer so viel reden. Dieses Armutszeugnis haben Ihnen Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgestellt.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums ausdrücklich ganz herzlich für die Zuarbeit bei den Haushaltsberatungen bedanken.

(Beifall bei der CDU - Mühe [SPD]: Sie wollen doch bloß spalten!)

Meine Damen und Herren, mit 10,1 % ist die Quote bei der Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen mehr als doppelt so hoch wie in Bayern und Baden-Württemberg. Das ist doch kein Zufall. Mit sieben Jugendbüros wollen Sie, Frau Trauernicht, dieses Problem lösen. Begreifen Sie doch endlich, dass Sie nicht in Hamburg, sondern in Niedersachsen sind. Wir sind kein Stadtstaat, wir sind ein Flächenland.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern Sie auf, dafür zu sorgen, dass diese Jugendbüros landesweit eingerichtet werden, kombiniert mit Koordinierungsstellen und Kombilohnmodellen.

(Beifall bei der CDU - Mühe [SPD]: Ihr habt doch gar nicht begriffen, welche Aufgaben die wahrnehmen sollen!)

Für die effektive Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wollen wir jährlich rund 20 Millionen Euro

einsetzen, weil wir wissen, dass dieses Geld gut eingesetzt ist und dass es vielfach amortisiert wird.

In Ihrer Arbeitsmarktpolitik, in Ihrer Politik für junge Menschen fehlt es an klaren Orientierungen. Es gibt keine konkreten Erfolgskontrollen, keine Rückläufe über die Erfolge oder Misserfolge einzelner Maßnahmen. Ein Landkreis, wie z. B. Osnabrück-Land oder das Emsland, arbeitet sehr erfolgreich, anderswo, wie z. B. in Hannover Stadt, werden gerade die Mittel im Bereich Arbeit statt Sozialpolitik gekürzt.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Stimmt ja gar nicht!)

- Die Mittel wurden wohl gekürzt; Entschuldigung, die Mittel wurden gekürzt. - Wir vermissen hier Ihre führende Hand. Wir vermissen einen roten Faden. Ich vermisse die Hilfestellung, sich an den Besten zu orientieren. Es kann doch nicht schwer sein, einen Austausch über die Erfahrungen zu organisieren.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Das lässt der Sozialdezernent gar nicht zu!)

Meine Damen und Herren, ebenso wie die jungen Menschen in Niedersachsen stehen die 203 niedersächsischen Krankenhäuser vor einer unruhigen Zukunft, manche von ihnen gar vor dem Aus, wenn nämlich das neue Vergütungssystem im Jahre 2003 schrittweise eingeführt wird. Hier haben Sie keine Vorsorge getroffen.

(Mühe [SPD]: Natürlich haben wir Vorsorge getroffen! - Rolfes [CDU]: Gekürzt haben Sie!)

Denn trotz des Investitionsstaus, Frau Ministerin, von 2 Milliarden DM haben Sie noch einmal um 25 Millionen DM gekürzt. Der Ansatz war ohnehin schon mager genug.

(Beifall bei der CDU)

Frau Trauernicht, es kann sein, dass unsere Krankenhäuser durch die Einführung des neuen Vergütungssystems Schwierigkeiten bekommen werden. Möglicherweise wird auch ihre Existenz gefährdet. Aber sicher ist, dass die Existenz der Krankenhäuser durch Ihre Politik gefährdet ist, weil Sie nämlich Investitionsmittel ständig kürzen und nicht erhöhen.

(Beifall bei der CDU)

Das wird Ihnen jeder Fachmann bestätigen. Das ist kein Quatsch, sondern das ist Realität; traurige Realität, muss man sagen, aber es ist Realität. Wir wissen, dass bis zum Jahr 2015, wenn wir nicht gegensteuern, 30 % der Krankenhäuser in der Fläche geschlossen werden müssen. Das sage ich heute. Arbeiten Sie dagegen an, arbeiten Sie heute dagegen an.

(Beifall bei der CDU - Frau Elsner-Solar [SPD]: Aber nicht durch die Landesregierung!)

Deshalb wollen wir die verfehlte Krankenhauspolitik stoppen und die Investitionen um 20 Millionen Euro erhöhen. Wir hätten gern noch mehr in den Haushalt hineingegeben, aber Sie haben ja nichts übrig gelassen. Ihre Finanzpolitik hat den Haushalt so ausgelaugt, dass uns Grenzen gesetzt worden sind.

(Frau Elsner-Solar [SPD] lacht)

Meine Damen und Herren, bereits im Oktober 2000 entschied der Europäische Gerichtshof, dass der nach einer regulären Arbeitszeit geleistete Bereitschaftsdienst von Krankenhausärzten auch als Arbeitszeit gelten muss. Eine Umfrage unter jungen Ärzten ergab: Nur 8 % - nur 8 %! - halten die gesetzliche Arbeitszeit, nämlich 38,5 Stunden, ein. 29 % der Befragten gaben an, bis zu 60 Stunden in der Woche zu arbeiten. 38 % nannten sogar eine wöchentliche Arbeitsbelastung von mehr als 60 Stunden in der Woche. 37 % meinten, sie hätten nicht genug Zeit für Patienten. Das ist der Zustand an unseren Krankenhäusern!

Es klingt doch fast wie ein Hohn, wenn jetzt ein ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär wie Herr Staatssekretär Witte mit der Tatsache konfrontiert wird, dass an niedersächsischen Krankenhäusern, insbesondere in Hannover an der MHH, permanent gegen das Gesetz zur Arbeitszeitregelung verstoßen wird. Herr Witte, Sie haben als Gewerkschaftsfunktionär die 35-Stunden-Woche gefordert. Haben Sie das am Stück gefordert? Haben wir uns damals immer falsch verstanden?

(Mühe [SPD]: Pure Heuchelei!)

35 Stunden am Stück oder in der Woche? Sie sind doch als Landesregierung die Aufsichtsbehörde, und Sie nehmen das hin. Das ist schlimm.

Außerdem muss ich Sie fragen: Was passiert denn dann mit den Patienten? Möchten Sie von einem

Arzt behandelt, möglicherweise operiert werden, der schon 35 Stunden am Stück im Dienst ist? - Ich nicht!

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Das kommt auf seine Leistungsfähigkeit an!)

- Bitte noch einmal. Das möchte ich gerne noch einmal hören.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Das kommt auf seine Leistungsfähigkeit an!)

- Das kommt auf seine Leistungsfähigkeit an! Das sagt eine Politikerin, wenn es um die Arbeitszeit der Ärzte geht, wenn ein Arzt 35 Stunden am Stück arbeitet und dann noch operiert. Das ist Hohn, Pfui!

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Frau Elsner-Solar [SPD])

Die Landesregierung hat die Gesundheitspolitik des Landes Niedersachsen doch mittlerweile zum Pflegefall gemacht. Eine Kehrtwende in der Krankenhauspolitik ist dringend erforderlich.

(Beifall bei der CDU)

Endgültig Abschied von der Sozialpolitik nahm diese Landesregierung mit ihrem Vorschlag, den Schwächsten in unserer Gesellschaft bei der ambulanten Pflege 40 Millionen DM zu streichen - 40 Millionen DM! -, sie in stationäre Einrichtungen und in die Sozialhilfe zu treiben.

Meine Damen und Herren, nur dem Widerstand der Wohlfahrtsverbände und den Mitgliedern des Sozialausschusses ist es zu verdanken, dass diese Kürzungen rückgängig gemacht wurden.

(Beifall bei der CDU)

Dennoch wagen Sie es, durch die Kappungsgrenze beim Pflegewohngeld viele Empfänger in stationären Einrichtungen dem Sozialamt auszuliefern,

(Mühe [SPD]: 14 andere Bundesländer machen das auch!)

sie zu Bittstellern zu degradieren.

(Mühe [SPD]: Und was beantragen Sie jetzt?)

Alte Menschen werden nun zu Bittstellern beim Sozialamt!

(Mühe [SPD]: Reine Gefühlstrieferei!)

Meine Damen und Herren von der SPD, die Kürzungen in diesem Bereich in Höhe von 15 Millionen DM sind beschämend. Ich hatte gewünscht, dass sich die Mitglieder des Sozialausschusses dagegen wehren.

(Mühe [SPD]: Frau Pawelski, warum machen alle CDU-geführten Länder das auch so?)

Frau Ministerin Trauernicht, vor dem Hintergrund dieser vernichtenden Sozialbilanz stellen Sie sich hin und sagen, Ihre Wünsche seien alle erfüllt. Diese Bescheidenheit ehrt Sie nicht.

(Beifall bei der CDU)

Sie ist der Beweis Ihrer Unkenntnis über die Sorgen und Probleme in unserem Land. Das ist eine Bescheidenheit, die zulasten arbeitsloser Jugendlicher, zulasten Pflegebedürftiger und zulasten der Gesundheitspolitik Niedersachsens geht. Sie haben damit endgültig das Ende einer verantwortungsvollen Sozialpolitik in Niedersachsen eingeläutet.

Nicht umsonst sind Sie von der Presse sehr einhellig als "glanzlos" und mit "ausreichend" betitelt worden. In einer Zeitung stand sogar schon, dass über Ihre Zukunft stark spekuliert wird, ob Sie jetzt ein Mandat suchen, damit Sie nach der Wahl abgesichert werden, weil Sie dann garantiert nicht mehr Sozialministerin sind.

(Beifall bei der CDU)

Dreist ist es schon, Frau Ministerin, wenn Sie sich Erfolge zurechnen, für die Sie überhaupt nichts können. Ich denke da an die Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, welche die katholische Laienorganisation Donum Vitae eingerichtet hat. Sie haben sich frech diese Sachen auf Ihre Fahnen geschrieben. Das ist schon wirklich dreist.

(Viereck [SPD]: Unerhört!)

Was Sie uns ständig an Wohltaten verkaufen wollen, sind doch nichts anderes als Luftblasen oder die guten Taten anderer.

Meine Damen und Herren, im Interesse der Menschen, die von der Politik Hilfe, Unterstützung und zu Recht die richtigen Weichenstellungen erwarten, fordere ich Sie auf, zu mehr sozialer Gerechtigkeit in Niedersachsen zurückzukehren.

(Vizepräsidentin Litfin übernimmt den Vorsitz)

Lassen Sie uns in einer schwierigen Zeit immer vor Augen haben: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Dies gilt auch für die Pflegebedürftigen, die Wohnungslosen, die Familien.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Frau Ministerin, ich rechne es Ihnen hoch an, dass Sie das Wort "Familien" jetzt überhaupt in den Mund nehmen. Ich finde es gut, dass Sie ein Seminar zum Thema "Vereinbarkeit von Familie und Beruf" durchgeführt haben. Nur sage ich Ihnen ganz ehrlich: Ihr Haus hat Referenten bestellt, die Zahlen aus dem Jahre 1996 vorgelegt und dann über Familienpolitik Vergleiche mit Schweden, Dänemark und Finnland angestellt haben. Die hatten nichts Neueres zu bieten als Zahlen aus dem Jahre 1996. Ich hoffe nicht, dass Sie insgesamt so arbeiten. Ich hoffe es nicht für dieses Land.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Ich bitte Sie, zu einer sozialen Politik in Niedersachsen zurückzukehren, zum Wohle unseres Landes und vor allem der Menschen, die Ihren Schutzbrauchen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Das war dünn!)

Vizepräsidentin Litfin:

Die Kollegin Frau Pothmer spricht für die Fraktion der Grünen.

Frau Pothmer (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Offensichtlich ist Ministerin Trauernicht schon nach einem Jahr Amtszeit am Ende ihrer Wünsche angelangt; denn anlässlich ihres einjährigen Amtsjubiläums hat sie eine Pressekonferenz gegeben. Und danach titelte z. B. die HAZ: "Trauernicht sieht alle ihre Wünsche erfüllt". - "Am Geld ist nichts gescheitert", sagt die Nordwest-Zeitung. "Alle meine Wünsche sind in Erfüllung gegangen", war die Überschrift in der Neuen Presse.

(Viereck [SPD]: Für das erste Amtsjahr!)

Frau Pawelski, eine mögliche Interpretation ist, dass die Ministerin bescheiden ist. Die andere Interpretation wäre aus meiner Sicht,

(Mühe [SPD] und Viereck [SPD]: Sehr erfolgreich!)

dass das vielleicht auch ein Mangel an Ambitioniertheit ist. Ich kann nur sagen: Beides wäre nicht gut für die Hilfebedürftigen in Niedersachsen; denn die Frage, ob sie erfolgreich war oder nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, sollten diejenigen entscheiden, die in Niedersachsen auf Hilfe angewiesen sind. Ich bin mir ganz sicher, dass sie zu einem anderen Ergebnis kommen würden.

(Mühe [SPD]: Nein!)

Eines ist jedenfalls völlig klar: Die Ergebnisse der Haushaltsberatungen geben für diesen Jubel überhaupt keinen Anlass. Der Sozialetat ist erheblich gefleddert worden. Allein im Krankenhausbereich weist der Doppelhaushalt 70 Millionen DM weniger aus als der Haushaltsplan 2001. Während im letzten Haushaltsplan noch 230 Millionen DM für Investitionsmaßnahmen zur Verfügung gestanden haben, sind es für die beiden kommenden Jahre nur noch jeweils 160 Millionen DM; 150 Millionen DM für das so genannte normale Investitionsprogramm und 10 Millionen DM zur Bedienung der Darlehen für ein so genanntes Sonderprogramm.

(Zuruf von Frau Elsner-Solar [SPD])

Nun behauptet die Landesregierung, die SPD-Fraktion und auch Sie, Frau Elsner-Solar, diese Einsparungen seien gar keine Einsparungen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die 30 Millionen DM, die Frau Trauernicht bereits bei der Kabinettsklausur hergeben musste, seien, so behaupten Sie, zugesagte Mittel, die aber nicht abfließen würden und nach Ihrer Interpretation deswegen auch nicht gebraucht würden. Ich finde es wirklich perfide, wie Sie an dieser Stelle argumentieren. Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, die Träger würden die zugesagten Mittel nicht abfordern.

(Groth [SPD]: Sind sie im Vorjahr denn abgeflossen?)

Dabei ist es die Landesregierung, die die Mittel streckt, weil sie nicht mehr Geld zur Verfügung stellt. Aus dieser künstlichen Streckung machen Sie dann die Behauptung, dass das Geld nicht gebraucht wird. Das ist im Umgang miteinander schlicht nicht fair. Das behaupten Sie vor dem Hintergrund eines Investitionsstaus von 2 Milliarden DM. Das behaupten Sie vor dem Hintergrund von bereits aufgelaufenen Investitionskosten in Höhe von 700 bis 800 Millionen DM, die aus in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen herrühren. Das ist in der letzten Planungsausschusssitzung deutlich errechnet worden. Auch vor der Hintergrund einer daniederliegenden Bauindustrie, die jeden Auftrag möglichst schnell erledigt, ist das eine völlig unseriöse und falsche Behauptung.

Mit den weiteren 40 Millionen DM, die Sie im Krankenhausbereich einsparen, indem Sie 10 Millionen DM für das Darlehensprogramm auflegen, treiben Sie - das ist doch völlig klar - die Kosten für den Krankenhausbereich in die Höhe und verschieben diese schlicht auf die nächsten Haushalte und damit auf die nächste Generation. Sollen die doch sehen, wie sie damit fertig werden! Das ist Nachhaltigkeit in der Sozialpolitik, wenn Sozialdemokraten sie betreiben!

Zusätzlich zu diesen 70 Millionen DM, die im Krankenhausbereich eingespart werden, sollen weitere 16 Millionen DM durch die Kappung des Pflegewohngelds eingespart werden. Damit wird ca. ein Drittel der Pflegewohngeldbezieherinnen und Pflegewohngeldbezieher in die Sozialhilfe abgedrängt. Sollen doch die Kommen bezahlen, was das Land nicht mehr bezahlen kann! So einfach ist das.

(Groth [SPD]: Die Zahlen stimmen nicht!)

Für mich ist diese Art des Umgangs, den diese Entscheidungen offenbaren, im doppelten Sinne wirklich dreist, einmal gegenüber den Pflegebedürftigen, die derzeit Pflegewohngeld beziehen, aber auch gegenüber den Kommunen. Herr Groth, Sie können sich doch nicht ernsthaft darüber wundern, dass das Verhältnis zwischen Land und Kommunen gerade im sozialpolitischen Feld extrem zerrüttet ist. Den Beziehungsstress, den Sie durch den nassforschen Umgang mit den Kommunen verursachen, müssen die Hilfebedürftigen ausbaden, weil sie immer wieder in die Kompetenzrangeleien zwischen Land und Kommunen geraten.

Dass die kommunalen Spitzenverbände nicht mehr am Dialog "Soziales Niedersachsen" teilnehmen, finde ich konsequent; denn wer möchte den Kakao, durch den er gezogen wird, auch noch trinken? Während Sie hier entscheiden, dass die Kosten für die stationäre Pflege, die die Landesregierung nicht mehr tragen will, kurzerhand auf die Kommunen abgewälzt werden, diskutiert man im Dialog "Soziales Niedersachsen" locker und freundlich über Älterwerden und Pflege.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Du kennst doch auch die Überkapazitäten!)

Natürlich sind die Teilnehmer an diesem Dialog nicht gefragt worden, bevor Sie die Entscheidung bezüglich der Kappung des Pflegewohngelds getroffen haben.

Damit bin ich an dem zentralen Punkt meiner Kritik an den vielen Gesprächskreisen, mit denen die Sozialministerin derzeit das Land überzieht. In diesen Gesprächskreisen wird ganz unverbindlich und völlig ohne Befugnisse über die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen in Niedersachsen geredet. Aber die politischen Weichenstellungen und die finanziellen Einschnitte werden ganz woanders getroffen. Damit entziehen Sie diesen Gesprächen schlicht und einfach die Grundlage.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Das warten wir einmal ab!)

Es lässt sich doch niemand für solche Veranstaltungen missbrauchen. Ich jedenfalls wundere mich nicht, dass die Beteiligung an diesen Dialogen, zumindest was die Seite der Entscheidungsträger angeht, immer geringer wird.

Im Übrigen bin ich - wie Frau Pawelski - der Auffassung, dass die 1 Million DM, mit der allein der Dialog "Soziales Niedersachsen" den Doppelhaushalt belastet, direkt bei den Betroffenen eingesetzt, sinnvoller ausgegeben wären.

Ich muss auch sagen: Ich bin inzwischen in Bezug auf immer neue Projekte - Jugendbüros, Familienservice-Center - sehr skeptisch geworden. Ich habe zunehmend den Eindruck, dass diese Projekte eher zur Profilbildung der jeweiligen Sozialministerin bzw. des jeweiligen Sozialministers, die immer schneller ausgewechselt werden, dienen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Frau Elsner-Solar [SPD]: Sie brauchen sich damit Gott sei Dank nicht zu profilieren!)

Jedenfalls sind sie, weil sie keine finanzielle Absicherung haben, bestimmt nicht geeignet, die Struktur in der Sozialpolitik in Niedersachsen tatsächlich zu verbessern.

Ich komme zum Schluss. Frau Trauernicht, es ist Ihnen leider nicht gelungen, Ihr Ressort gegen die Vorstellungen des Ministerpräsidenten zu verteidigen, der - leider, kann man da nur sagen - nicht gerade den Ehrgeiz hat, sich mit seriöser Sozialpolitik zu profilieren. Es ist verdammt lange her, dass die Sozialministerin oder der Sozialminister in Niedersachsen ein Schwergewicht im Kabinett bildete. Mit dem Beginn der sozialdemokratischen Alleinregierung hat der Bedeutungsverlust von Sozialpolitik in Niedersachsen eingesetzt. Ich finde, das müssen wir bei der nächsten Wahl dringend ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Regierungsfraktion spricht der Kollege Mühe zum Sozialhaushalt.

Mühe (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zwei Vorbemerkungen machen. Die erste lautet: Sie werden im Jahre 2003 nicht die Möglichkeit haben, in Niedersachsen zu regieren;

(Zustimmung bei der SPD)

denn die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sehen das völlig anders.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Zweitens werden sie sich - ebenso wenig wie die SPD-Fraktion - der Jammerrhetorik, die hier vorgetragen wird, nicht anschließen. Das, was Sie hier veranstalten, ist schlicht Jammerei.

(Beifall bei der SPD)

Der Doppelhaushalt für den Bereich des Ministeriums für Frauen, Arbeit und Soziales bietet für meine Begriffe und nach Auffassung der SPD-Fraktion eine hervorragende Grundlage für eine erfolgreiche und nachhaltig wirkende Sozialpolitik für Niedersachsen.

Wenn ich von Sozialpolitik spreche, dann meine ich damit im Einzelnen: Politik für sozial Schwache und für Hilfsbedürftige, Unterstützung für Kranke und Hilfsbedürftige und für alte Menschen, Hilfen für Menschen mit Behinderungen, Pro-

gramme für Kinder, Jugendliche und Familien, aktive und massive Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, Unterstützung von Mädchen und Frauen und schließlich Förderung des Ehrenamtes und Förderung der im Ehrenamt Tätigen.

Meine Damen und Herren, dafür steht im Jahr 2002 ein Gesamtvolumen in Höhe von 2,2 Milliarden Euro bzw. 4,3 Milliarden DM zur Verfügung. Im Jahr 2003 sind es 2,3 Milliarden Euro bzw. 4,5 Milliarden DM. Das ist für die genannten Politikbereiche ein großer Batzen Geld.

Meine Damen und Herren, Dies ist ein sehr guter Haushalt; denn er gibt sehr viele wichtige und positive Signale hinaus ins Land. Das erste Signal möchte ich als Botschaft ganz besonders herausstellen. Die Partner des Landes im Gesundheitswesen - die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände, die Jugend-, Familien- und Frauenverbände - können sich in den nächsten zwei Jahren und darüber hinaus auf das Land verlassen; denn Verlässlichkeit, Berechenbarkeit, Innovations- und Reformbereitschaft sowie Partnerschaft sind die Markenzeichen der Politik von Frau Dr. Trauernicht.

(Beifall bei der SPD - Frau Jahns [CDU]: Trauerspiel!)

Das sind die positiven Merkmale, die sich in diesem Haushalt widerspiegeln.

Lassen Sie mich jetzt noch auf ein paar Punkte zu sprechen kommen. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist für die Landesregierung und für die SPD-Fraktion eines der wichtigsten Themen dieser Zeit. Für alle Arbeitsmarktprogramme, für RAN, RABaZ, für die Jugendwerkstätten, für die Jugendbüros stehen in den nächsten zwei Jahren immerhin 172,7 Millionen Euro bzw. 340 Millionen DM zur Verfügung. Unter Hinzunahme der Mittel der Arbeitsverwaltung werden in Niedersachsen fast 1 Milliarde DM zur Verfügung gestellt, um jungen Menschen zu helfen, wieder in Arbeit zu kommen. Das Ziel der Landesregierung, die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen zu halbieren, wird mit diesen Mitteln und aufgrund der Aktivitäten der Landesregierung erreicht werden.

Meine Damen und Herren, Sie können da so viel herumkritisieren, wie Sie wollen. Für die Gesundheitsförderung, für die Krankenhausfinanzierung, aber auch für die Suchtbekämpfung oder die Unterstützung der Aids-Bekämpfung stehen 235 Millionen bzw. 240 Millionen Euro zur Verfügung.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt bei der Förderung von Menschen mit Behinderungen. Für die Integration von Kindern und Jugendlichen, für die Teilhabe am Arbeitsleben sowie für die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft stehen allein im Einzelplan 05 für das Haushaltsjahr 2002 1,1 Milliarden Euro und für das Haushaltsjahr 2003 1,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Mittelansatz gewachsen, um den zusätzlichen Bedarf abzudecken.

Auch im Bereich der Familienpolitik sind die Mittel deutlich aufgestockt worden. Hier stehen insgesamt 4 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Mit diesen Mitteln wird die familienpolitische Initiative des Landes Niedersachsen finanziell unterstützt und fortgesetzt. Familienfreundlichkeit und Kinderfreundlichkeit sind zum Markenzeichen dieses Landes geworden, meine Damen und Herren

Für die Frauenpolitik werden erneut 11 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Mit diesem Betrag werden in den nächsten Jahren alle Maßnahmen fortgesetzt werden können. Die Ausgaben für freiwillige Leistungen belaufen sich auf fast 75 Millionen Euro. Gerade aufgrund der Änderungsanträge der SPD-Fraktion sind hier noch weitere Verbesserungen vorgenommen worden. Weitere 7 Millionen Euro sind zusätzlich zur Verfügung gestellt worden.

(Rolfes [CDU]: Die habt ihr doch im gleichen Einzelplan eingespart! Das ist doch nun wirklich getürkt!)

Diese Mittel werden insbesondere in den Bereichen Familie, Jugend und Gesundheit eingesetzt.

In gleicher Weise werden wir selbstverständlich die zukunftsweisende Jugendpolitik dieser Landesregierung unterstützen, weil sie auf den SPD-Beschlüssen basiert: Förderung der Jugendverbände und des Landesjugendringes, weitere Präventionsmaßnahmen, Kinder- und Jugendplan Niedersachsen, Förderung der Jugendbildungsstätten.

Ich möchte an dieser Stelle eines hervorheben, weil dies mir persönlich und auch uns allen aus der SPD-Fraktion besonders wichtig ist. Wir haben in den vergangenen Jahren in Bergen-Belsen eine hervorragende Arbeit geleistet. Die Gruppen, die Bergen-Belsen besuchen, werden im CVJM-Heim in Oldau eine gut ausgestattete Bildungsstätte haben. Dafür und für andere Maßnahmen sind weitere 1 Million Euro eingestellt worden.

Meiner Meinung nach muss hier auch noch einmal erwähnt werden, dass auch für die Förderung des Ehrenamtes die entsprechenden Mittel in den Haushalt eingestellt worden sind.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Die wichtigen Themen, Programme und Projekte im Bereich der Sozialpolitik, der Arbeitsmarktpolitik sowie der Politik für Kinder, Jugendliche, Familien und Frauen werden durch diesen Doppelhaushalt abgedeckt, abgesichert und abgebildet. Das schafft für unsere Partner draußen Planungssicherheit und Vertrauen.

(Rolfes [CDU]: Das sind nur inhaltsleere Sprüche!)

Der Doppelhaushalt gewährleistet aus unserer Sicht soziale Sicherheit und Wärme für Niedersachsen. Der Doppelhaushalt bietet eine klasse Grundlage dafür, die Situation von Frauen, Kindern, Jugendlichen und Familien nachhaltig zu verbessern.

(Rolfes [CDU]: Herr Mühe, man kann es ja so beschließen! Aber ein bisschen schlechtes Gewissen muss man bei solch einem Haushalt doch haben!)

Frau Ministerin Trauernicht hat heute ihren ersten Jahrestag in ihrem Amt. Meiner Meinung nach hat sie dieses Jahr genutzt, um der Sozialpolitik mit viel Kreativität und vielen neuen Ideen neuen Schwung zu geben. Ich bedanke mich dafür sehr herzlich.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte hinzufügen, meine Damen und Herren: Dieser Doppelhaushalt ist eine hervorragende Grundlage, um diese gute und erfolgreiche Politik auch in den folgenden zwei Jahren und in der weiteren Zukunft fortzusetzen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Anmerkung zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion machen. Sie wollen die 2,1 Millionen Euro für den Kinder- und Jugendplan streichen.

(Möllring [CDU]: 2,05 Millionen!)

- Sie wollen die 2,05 Millionen Euro für die Familienpolitik streichen. Zusammen sind es 8 Millionen DM.

(Rolfes [CDU]: Grausamer Unsinn!)

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen Folgendes: Die Kinder, die Jugendlichen und die Familien werden es zur Kenntnis nehmen: Sie wollen Kindern, Jugendlichen und Familien dieses Geld vorenthalten. Sie wollen nicht, dass dort Prävention durchgeführt wird. Sie wollen nicht, dass dort unterstützt und geholfen wird. Sie wollen nicht, dass Frau Dr. Trauernicht dort ihre Arbeit erfolgreich fortsetzen kann. Für mich sind Bilanz und Fazit dieser Streichgeschichte: Die CDU entwickelt sich immer mehr zu einer kinder-, familien- und jugendfeindlichen Partei. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion der CDU spricht jetzt die Kollegin Frau Schliepack zum Sozialhaushalt.

Frau Schliepack (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was die CDU-Fraktion von dem Sozialhaushalt hält, hat meine Kollegin hier schon eindeutig gesagt, nämlich nicht viel. Ich möchte das anhand von zwei Beispielen klar machen.

Erstens am Beispiel der Arbeitsmarktpolitik. Sie wissen, meine Damen und Herren, dass der Betrag von 85,5 Millionen Euro allein durch 58 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds gespeist wird. Das heißt, mehr als zwei Drittel der Mittel kommen aus Brüssel. Nicht einmal ein Drittel kommt vom Land; denn wir müssen berücksichtigen, dass sich auch noch der Bund und die Kommunen beteiligen.

(Mühe [SPD]: Das ist doch das Geld, das wir selbst eingezahlt haben! Das kommt jetzt zurück!)

Wir kriegen das Geld doch nicht deshalb, weil wir so schöne blaue Augen haben, sondern deshalb, weil Sie die Finanzen an die Wand gefahren haben und wir deshalb bedürftig sind.

(Beifall bei der CDU)

Im Haushaltsausschuss haben Sie, Frau Ministerin, erklärt, dass die Arbeitsmarktpolitik des Landes weit mehr als 40 000 Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit Bedrohte erreichen würde. Wollen Sie sich wirklich alle diese 40 000 an die eigene Weste stecken? - Sie wissen doch ganz genau, dass Arbeitsmarktpolitik von den Kommunen, vom

Bund - nämlich von den Arbeitsämtern - und von den Einrichtungen, die ganz erhebliche Anstrengungen unternehmen, betrieben wird. Das müssen wir doch sehen. Von daher wäre es unredlich, wenn Sie das für sich allein in Anspruch nehmen würden. Wir kennen doch Landkreise, die Sozialhilfeempfänger wieder in Brot und Lohn bringen. Es gibt erfolgreiche Landkreise, die die Sozialhilfekosten um Millionen herabsetzen können. Ich erinnere nur einmal an die Landkreise Weser-Ems und Peine, aber auch an die Stadt Osnabrück. Das sind gute Beispiele, von denen Sie sich etwas abgucken können.

Ich möchte jetzt aber über etwas berichten, was mir sehr wichtig ist. Wir machen hier in Niedersachsen eine besondere Arbeitsmarktpolitik mit der LaBIB. Was ist das eigentlich? - Das ist die Landesberatungsgesellschaft für Integration und Beschäftigung. Liebe Frau Kollegin, ich habe an einem dieser fantastischen Kurse teilgenommen. Ich muss Ihnen sagen: An einem Kurs zum Thema Gender Mainstreaming, einem der Kernpunkte der Querschnittsaufgaben der Landesregierung überhaupt - wenn ich das in der Vergangenheit so richtig verstanden habe -, haben nur drei Personen teilgenommen. Ich war eine davon. Die beiden anderen waren Frauenbeauftragte. Aus dem ganzen Land Niedersachsen sind zwei Frauenbeauftragte zu diesem Seminar gekommen! Uns gegenüber saßen fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Ministerium.

Meine Damen und Herren, können Sie sich eigentlich vorstellen, wie effektiv solch ein Seminar ist?

(Beifall bei der CDU - Frau Ernst [CDU]: Rausgeschmissenes Geld!)

Wir haben den ganzen Tag beraten. Wir haben unseren Beitrag bezahlt: 130 DM plus Mehrwertsteuer. Dies kann doch nicht die Kosten decken. Von den fünf, die uns gegenüber saßen, war eine Dame aus dem MFAS, und vier waren von der LaBIB; zwei davon waren Lernende. Dazu muss man wissen, dass die gesamte LaBIB ebenfalls aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert wird und dies eben nicht Eigenmittel sind, die die LaBIB selber erarbeiten muss.

Ich finde, hier werden Fördergelder verschwendet. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, dass die LaBIB mit ihrer unwirtschaftlichen Arbeit aufgelöst werden muss.

(Beifall bei der CDU - Dr. Winn [CDU]: Sehr richtig!)

Ein anderes Thema ist das Unterhaltsvorschussgesetz. Meine Damen und Herren, wir haben natürlich großen Respekt vor den Vorschlägen des Landesrechnungshofs, folgen ihnen, wie Sie wissen, aber nicht immer. Bei den Vorschlägen zu den Landesbildungszentren für Hörgeschädigte haben wir es z. B. nicht getan, und wir werden es auch jetzt nicht tun.

Gerade die Liste, die wir vom Niedersächsischen Landkreistag bekommen haben, hat uns klargemacht, dass Ihr so genanntes Anreizmodell, Frau Trauernicht, nicht wirken wird. Denn von unseren 61 Jugendämtern holen lediglich elf die Rückholqute von über 30 % wieder herein und hätten damit einen Vorteil davon. Alle anderen 50 Jugendämter in Niedersachsen machen Miese. Das ist auch verständlich, weil Sie nämlich 4,3 Millionen Euro, also 8,4 Millionen DM jährlich beim Land einsparen und den Kommunen aufdrücken. Das machen wir nicht mit, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerin, Sie sollten in Ihrer grundsätzlichen Öffentlichkeitspolitik einmal bedenken, dass die Gelder auch bei den Betroffenen ankommen müssen. Dieses Jekami-Prinzip - "jeder kann mitmachen" - tragen wir nicht mit, das sage ich Ihnen gleich.

(Beifall bei der CDU)

Zum Dialog "Soziales Niedersachsen": Bei der Eröffnungsveranstaltung wurde lediglich festgestellt, welches Thema man in Zukunft beraten wolle.

(Mühe [SPD]: Ihr seid doch nur dagegen, weil euch nichts einfällt! - Frau Elsner-Solar [SPD]: Das macht man beim ersten Mal so!)

Dazu wurden 50 Vertreter der Wohlfahrtsverbände, der Kirchen, der Gewerkschaften usw. eingeladen. Natürlich sind die gebauchpinselt und kommen zum nächsten Mal gern wieder, meine Damen und Herren. Aber damit kommt kein Pfennig bei den Betroffenen an. Das machen wir nicht mit. Wir wollen, dass Sie endlich eine Politik für diejenigen machen, die es wirklich brauchen; wir wollen, dass das Geld unten ankommt. Ich meine, bei 40 000 arbeitslosen Jugendlichen, bei 17 000 Wohnungs-

losen, bei den Missständen in der Pflege und im Gesundheitsbereich haben wir Probleme genug. Da brauchen wir nicht noch die 162 Projekte in Hochglanzbroschüren. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Auch der Kollege Schwarz spricht für die Regierungsfraktion noch zum Sozialhaushalt.

Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist überhaupt keine Frage: Geld kann im Sozialbereich nie genug vorhanden sein.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Aber warum ist die Ministerin dann schon am Ende ihrer Wünsche angelangt, nach einem Jahr?)

Das hängt nicht zuletzt mit der Vielfältigkeit der Aufgaben zusammen. Es gibt ohne Frage viele Ideen, was im pflegerischen oder im Krankenhausbereich, bei der Selbsthilfe oder im Gesundheitswesen verbessert bzw. verändert werden könnte. Die finanziellen Spielräume sind eng. Ich finde, angesichts dieser Rahmenbedingungen kann sich dieser Sozialhaushalt wirklich sehen lassen. Er hält an bewährten Strukturen fest, setzt Schwerpunkte und nimmt durch Umschichtungen neue Inhalte auf.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, anders als in den vergangenen Jahren haben freiwillige Leistungen bei den diesmaligen Haushaltsberatungen nicht zur Disposition gestanden.

(Beifall bei der SPD)

Es bleibt bei der Förderung in gleicher Höhe für Kontakt- und Informationsstellen, gesundheitsfördernde Projekte, gesundheitliche Aufklärung, Homosexuelle. Die Förderung der Selbsthilfe ist gut investiertes Geld und trägt zur Qualitätssicherung und -verbesserung bei. Es bleibt beim Landesblindengeld mit leichter Steigerung auf 113 Millionen DM, der flächendeckenden sozialen Schuldnerberatung, der Integration von Migrantinnen und Migranten als einem hoffentlich wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit. Der Ansatz für Betreuungsvereine wurde von

1 Million DM auf 1,5 Millionen DM aufgestockt. Es bleibt bei der Bekämpfung von Aids mit 3 Millionen DM und der Suchtbekämpfung mit annähernd 16 Millionen DM.

Dies sind übrigens alles Forderungen, die die Opposition immer erhoben und deren Nichterfüllung sie in den vergangenen Jahren immer massiv gegeißelt hat. Ich finde, anstatt hier pausenlos rumzumäkeln und da wir uns gerade in der Weihnachtszeit befinden, könnten Sie für diese Leistung auch einmal dankbar sein und uns loben.

(Beifall bei der SPD)

Zusätzlich hat die SPD-Fraktion in wichtigen Bereichen neue Impulse gesetzt, die sich in den nächsten Jahren auszahlen werden:

Erstens die erstmalige Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Verbesserung der Versorgung von Pflegebedürftigen, insbesondere Altersdementen. Hier sind neue niederschwellige modellhafte Angebote vorgesehen, um Pflegebedürftige besser zu betreuen, Pflegende zu entlasten und das Verbleiben der Pflegebedürftigen in der häuslichen Umgebung länger zu gewährleisten.

Zweitens. Erstmalig werden Haushaltsmittel für die Versorgung schwerstkranker Kinder und der Betreuung ihrer Angehörigen eingesetzt. Die SPD-Landtagsfraktion will mit rund 6 Millionen DM in den beiden Haushaltsjahren dafür sorgen, dass sowohl Investitionshilfen für neue Einrichtungen als auch zur Bestandssicherung bereits vorhandener Einrichtungen bereitstehen. Darüber hinaus sollen die Qualifizierungsmaßnahmen von speziellen ambulanten Kinderpflegediensten bezuschusst werden. Mit diesen Haushaltsmitteln setzen wir den von diesem Haus gemeinsam getragenen Entschließungsantrag konsequent um.

Drittens. Für die Nachqualifizierung von Gebärdendolmetscherinnen und Gebärdendolmetschern werden Landesmittel zur Verfügung gestellt. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für die Umsetzung des neuen SGB IX, der hörgeschädigten Menschen einen Rechtsanspruch auf Verwendung der Gebärdensprache im Verkehr mit den Sozialbehörden garantiert. Niedersachsen leistet damit einen substanziellen Beitrag zur Verwirklichung der Reformen zugunsten von Menschen mit Behinderungen.

Viertens. Aufgrund der Situation der Arbeitsgerichte und den damit verbundenen teilweise unzu-

mutbaren Wartezeiten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden Haushaltsmittel zur Neueinstellung von zusätzlichen Arbeitsrichtern bereitgestellt

Fünftens. Angesichts der ab 2003 zu erwartenden strukturellen Veränderungen in der Krankenhauslandschaft wollen wir ein Gutachten, das möglichst Entwicklungen aufzeigt und eine Entscheidungshilfe für zukünftige Investitionsförderungen darstellt, beispielsweise für die Frage, wo Kooperationen und Fusionen sinnvoll sind, wo Schwerpunktsetzungen sinnvoll sind und wo sich bereits jetzt abzeichnet, dass bestehende Häuser den Wettbewerb nicht überstehen können. Damit befinden wir uns übrigens in der Linie anderer Bundesländer.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Nur dass die sehr viel mehr Geld ausgeben!)

- Es ist ja gut, wenn das das Wenigste ist. Nur, Sie sind auf die Idee nicht gekommen, auch nicht mit Ihrem Haushaltsantrag.

(Beifall bei der SPD - Rolfes [CDU]: Das ist falsch!)

Entsprechend konsequent haben wir das Krankenhausinvestitionsprogramm in zwei Teile aufgeteilt. Auch wenn es wiederholt so dargestellt wird, meine Damen und Herren: Wir haben nicht gekürzt, sondern wir haben zwei unterschiedliche Finanzierungsformen gefunden. Dies mag man nicht verstehen wollen. Das ist nur ein Zeichen dafür, dass dieses Problem nicht erst seit PISA besteht.

Siebtens. Vor allem haben wir die 40 Millionen DM für die Investitionskostenförderung der ambulanten Pflegedienste wieder in den Haushalt eingestellt, um so zusätzliche Belastungen für die 40 000 Pflegebedürftigen zu verhindern und den Grundsatz "ambulant vor stationär" zu sichern. Dies war ein gewaltiger Kraftakt, auf dessen Bewältigung die SPD-Fraktion zu Recht stolz ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Gegenfinanzierung durch eine Kappungsgrenze beim Pflegewohngeld ist - ich habe das wiederholt gesagt - sachgerecht. Die durchschnittlichen Investitionskosten betragen in Niedersachsen 670 DM monatlich. Die Kappungsgrenze liegt bei 1 071DM, also fast beim Doppelten. Wir haben in Niedersachsen schon heute die Situation, dass 66 000 vorhandenen Pflegeplätzen nur 61 500 belegte Pflegeplätze gegenü-

berstehen. Es kann nicht sein, dass wir mit unbegrenztem Pflegewohngeld aus Steuermitteln auf der einen Seite den Wettbewerb anheizen und auf der anderen Seite Überkapazitäten finanzieren.

Unabhängig davon stellt das Land Niedersachsen immerhin noch 190 Millionen DM für Pflegewohngeld zur Verfügung. Dies ist wahrlich kein Pappenstiel, und es wird nicht zum Zusammenbrechen von Strukturen führen.

Meine Damen und Herren, es hat sich in den vergangenen Jahren eingebürgert, dass die Opposition entweder gar keine Anträge stellt oder erst im letzten Moment, nachdem die Haushaltsvorschläge der SPD-Fraktion vorgelegt wurden.

(Rolfes [CDU]: Wer hier solch einen Haushalt vertritt, sollte sich an die eigene Nase fassen!)

Ich finde, es spricht schon Bände, Herr Kollege, wenn eine Opposition bei ihren eigenen Vorschlägen so wenig Schneid hat, dass sie versucht, damit klammheimlich an der Seit vorbei zu kommen, um sich nicht der öffentlichen Debatte stellen zu müssen.

(Beifall bei der SPD - Frau Pawelski [CDU]: Seit wann sind denn Ausschusssitzungen öffentlich!)

Das spricht doch schon dafür, was Sie sich zutrauen.

Frau Pothmer, auch Sie haben hier mächtig vom Leder gezogen. Aber bei den Grünen fällt mir auf, dass sie fast alle Änderungsanträge der SPD-Fraktion übernommen haben. Dann kann ich nur sagen: Es ist ja nicht schlimm, wenn Sie zu der Einsicht gekommen sind, dass die Anträge der SPD-Fraktion inhaltlich richtig sind. Das ist ja in Ordnung, und es ist für Sie ja auch hilfreich. Ich frage mich aber: Wenn das schon so ist, warum stimmen Sie dann diesem Haushalt nicht einfach zu?

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Aber leider haben Sie unsere Änderungsanträge nicht übernommen!)

Es ist doch kein Verfassungsgebot, dass Oppositionsfraktionen einen Haushalt ablehnen, den sie selbst unterstützen und dazu Anträge im gleichen Sinne stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ganz anders die CDU-Fraktion. Sie hat mal wieder einen Last-minute-Antrag hingelegt. Wie das mit Last-minute-Anträgen so ist, sind sie entweder Angebote, die niemand haben will, weil sie Ladenhüter sind, oder sie sind Billigware.

(Möllring [CDU]: Sie haben überhaupt keine Anträge eingebracht!)

Wenn ich mir das so angucke, was Sie vorgelegt haben, dann meine ich, dass beides zutrifft.

Frau Pawelski, eine Seitenbemerkung: Nach Ihrer Rede ist mir klar, warum die Hannoveranerinnen und Hannoveraner Sie nicht gewählt haben. Sie haben damit gut getan.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Das ist ja schlimmer, als wenn Gabriel anfängt! - Möllring [CDU]: Warum kommen Sie denn in Ihrer Fraktion nicht nach vorn?)

Meine Damen und Herren, was will man erwarten, wenn der eigene Fraktionsvorsitzende als stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender zwar auf Bundesebene für Sozialpolitik zuständig ist, aber hier in seiner gestrigen Haushaltsrede Bildung, Wirtschaft und innere Sicherheit zu seinen Schwerpunkten erklärt?

(Frau Schliepack [CDU]: In der Regierungserklärung war das bei Ihnen überhaupt nicht drin!)

Sozialpolitik war bei Herrn Wulff gestern absolute Fehlanzeige. Übrigens: Ich fand, es war eine seiner schwächsten Haushaltsreden, die er hier bisher gehalten hat.

(Beifall bei der SPD - Möllring [CDU]: Wenn Sie so weitermachen, wird es eine Ihrer schwächsten Reden!))

Ich glaube, das hat etwas damit zu tun, dass er immer noch damit beschäftigt ist, in der Kandidatendebatte auf Bundesebene nicht ganz den Anschluss zu verlieren,

(Zurufe von der CDU - Glocke der Präsidentin)

und deshalb bleibt ihm nicht mehr allzu viel Zeit.

(Rolfes [CDU]: So etwas kann man doch allenfalls mal auf Zwischenrufe

machen! Aber das schreibt man sich doch nicht zu Hause auf!)

- Ich scheine ja Ihre Gemütslage exakt getroffen zu haben. Er ist bei der Haushaltsdebatte ja so gut wie nicht anwesend.

(Rolfes [CDU]: Wer solch einen Haushalt zu vertreten hat, sollte sich mal an die eigene Nase fassen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Was muss man eigentlich von Herrn Wulff in der Sozialpolitik erwarten? Man kann dieses sehen, wenn man seine Thesen, die er in der sozialpolitischen Kommission der CDU niedergeschrieben hat, liest. Dort plädiert Herr Wulff für Leistungskürzungen in der Arbeitslosenversicherung, für Leistungskürzungen in der Renten- und in der Krankenversicherung. Herr Wulff schlägt ernsthaft vor, dass Arbeitslosen, um bessere Vermittlungsaussichten zu bekommen, zukünftig ihre Rechte nach dem Kündigungsschutzgesetz abgekauft werden können. Es geht in der Tat um den Sozialhaushalt. Ich finde es schon hoch interessant, was Ihr Chef, der gleichzeitig für Sozialpolitik zuständig ist, auf Bundesebene für Kürzungsvorschläge in die Debatte bringt. Und Sie tun so, als seien Sie die neuen Samariter!

(Frau Pawelski [CDU]: Wir sind die Samariter!)

Sie machen doch nahtlos dort weiter, wo 16 Jahre Kohl gewesen ist - radikaler Sozialkahlschlag in diesem Land, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Die CDU-Fraktion hat in der Tat einen Haushaltsantrag vorgelegt. Wie hat Frau Pawelski gerade gesagt? - Wir brauchen eine Sozialpolitik, die Menschen verdient haben. Wenn das das ist, was Sie vorgelegt haben, dann muss das noch einmal deutlich gemacht werden. Die CDU-Fraktion kürzt die Ausgaben bei der Insolvenzberatung um die Hälfte.

(Möllring [CDU]: Anpassung ist das! - Rolfes [CDU]: Ganz einfach das, was ausgegeben wird!)

obwohl die in Not geratenen Menschen einen Rechtsanspruch darauf haben. Es geht um 1 Million DM. - Das hat nichts mit einer Anpassung an das Ist zu tun, das ist eine Schätzkorrektur. Sie wissen ganz genau, dass sich die Rechtslage

verändert hat. Es ist eine Mogelpackung, nichts weiter!

(Möllring [CDU]: Gucken Sie sich doch die Zahlen an! - Rolfes [CDU]: Wer sich mit dem Haushalt nicht beschäftigt, sollte auch nicht dazu reden!)

Die CDU-Fraktion kürzt bei amtsärztlichen Untersuchungen bei der Feststellung von Leistungsansprüchen für Schwerbehinderte nach dem Bundesversorgungsgesetz.

(Möllring [CDU]: Das ist Anpassung an das Ist!)

Ich finde, darauf müssen Sie nicht stolz sein - ganz und gar nicht -, wenn Sie Sozialpolitik angeblich als hohes Gut betrachten, meine Damen und Herren.

Die CDU-Fraktion kürzt fast ein Drittel des Haushaltsansatzes bei der ambulanten gemeindenahen Versorgung psychisch Kranker.

(Rolfes [CDU]: Aber das wird doch nicht ausgegeben! Gucken Sie sich das doch an!)

Wie hieß es, Frau Pawelski? - Die Würde des Menschen ist unantastbar. Toller Kürzungsvorschlag in diesem Sinne!

Und dann stellen Sie sich wieder hier hin und stellen fest, wie schlimm es ist, dass die 40 Millionen DM bei den ambulanten Pflegediensten durch die Landesregierung herausgenommen worden sind.

Vizepräsidentin Litfin:

Kollege Schwarz, der Kollege Rolfes möchte Ihnen eine Frage stellen. Wollen Sie sie zulassen?

Schwarz (SPD):

Er hört erst einmal bis zum Schluss zu. Das ist besser. - Sie stellen sich also hier hin und regen sich ganz fürchterlich darüber auf, verbreiten Pressemitteilungen darüber, wie schlimm das ist. Meine Damen und Herren, wir haben es in den Haushalt wieder eingestellt.

(Möllring [CDU]: Was denn?)

Die CDU hat die 40 Millionen DM für ambulante Pflegedienste in den Haushalt nicht wieder eingestellt.

(Rolfes [CDU]: Er hat doch die ganze Systematik nicht verstanden!)

Wenn Sie hier das Sagen hätten, dann wären die ambulanten Pflegedienste alle platt. Das ist die Wahrheit. Dazu sage ich Ihnen: Das ist scheinheilig!

(Beifall bei der SPD - Möllring [CDU]: Sie können ja noch nicht einmal den Haushalt lesen! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich kann den Haushalt lesen. Ich weiß auch, was hinter den Ansätzen steht, die Sie angesprochen haben.

> (Zuruf von Möllring [CDU] - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke der Präsidentin)

- Herr Kollege, im Haushalt waren 40 Millionen DM gekürzt, die die Grünen wieder reingesetzt haben, Sie aber nicht. Sie glauben, Sie kommen so durch das Dickicht, und hoffen, es merkt niemand.

(Zuruf von Rolfes [CDU])

- Ich kann das ja verstehen. Auch ich finde Ihren Haushaltsantrag peinlich. Dass ich Sie an dieser Stelle erwische, ist mir schon klar.

(Frau Schliepack [CDU]: Weil Sie es nicht verstanden haben!)

Die CDU-Fraktion streicht ersatzlos die LaBIB, um damit die Koordinations- und Controllingstelle der niedersächsischen Arbeitsmarktprogramme zu zerstören.

(Zurufe von der CDU)

Ich habe ja mitgekriegt, dass Frau Schliepack beim Seminar war. Ich glaube, auch wenn Sie noch zehn Seminare machen, haben Sie es immer noch nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD - Frau Schliepack [CDU]: Es waren nur zwei außer mir!)

- Es wäre doch Gelegenheit genug gewesen, sich intensiv beraten zu lassen, wenn Sie nur zu dritt gewesen sind.

Wir sind froh, für die Qualifizierung und Integration von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt wieder 180 Millionen DM bereitstellen zu können. Ihrer Partei, der CDU, meine Damen und Herren, die nach wie vor die höchste Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Republik zu verantworten hat, fällt nichts weiter ein, als mit ideologischen Scheuklappen die Speerspitze der niedersächsischen Arbeitsmarktpolitik zu zerstören. Dieses ist Ihre Alternative zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Ich finde, wer so agiert, verliert jede Glaubwürdigkeit, was das Thema der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit betrifft.

(Beifall bei der SPD - Frau Pawelski [CDU]: Die höchste Jugendarbeitslosigkeit der alten Bundesländer!)

Mit dieser sozialpolitischen Geisterfahrt ist es noch nicht zu Ende. Die CDU-Fraktion fordert ernsthaft, 14 Millionen Euro für ein Kombilohnprogramm für Jugendliche bereitzustellen. Meine Damen und Herren, mit Kombilöhnen subventioniert man Arbeitsplätze im Billigsektor mit geringen Qualifikationsanforderungen. Man kann ja über den Sinn bei Langzeitarbeitslosen und älteren Arbeitslosen vielleicht noch streiten. Für Jugendliche ist ein Kombilohnmodell sicherlich völlig unakzeptabel.

(Frau Pawelski [CDU]: Sie haben doch keine Alternative! Sonst hätten wir doch nicht so viele jugendliche Arbeitslose!)

Jugendliche müssen qualifiziert werden, um ihnen eine Perspektive zu geben; Jugendliche dürfen nicht in den Billigsektor abgeschoben werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Zu dem von uns beschrittenen Weg der flächendeckenden Einführung von Jugendbüros und den Qualifizierungsprogrammen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sind Ihre Vorschläge jedenfalls keine Alternative.

(Rolfes [CDU]: Wir brauchen in dieser Frage keine Belehrungen!)

- Sie brauchen da mehr als Nachhilfe. Sie brauchen sogar Überstunden.

(Rolfes [CDU]: Das müssen Sie gerade mir sagen!)

- Anscheinend.

(Frau Pawelski [CDU]: Mit einer solchen Rede kriegt man auch keinen Vorstandsposten!)

Auch in diesem Jahr wird wieder deutlich: Die Opposition hat in der Sozialpolitik weder inhaltlich noch personell eine Alternative. Sie flüchtet deshalb in persönliche Angriffe auf die jeweilige Ministerin bzw. den jeweiligen Minister. Das war bei Walter Hiller so, das war bei Wolf Weber so, das war bei Heidi Merk so, und das wird nun gnadenlos bei Gitta Trauernicht fortgeführt. Ich sage Ihnen: Solange Sie sich so verhalten und Menschen nur persönlich angreifen können, anstatt Alternativen vorzulegen, wissen wir, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Und das ist auch gut so, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Ebenfalls für die Regierungsfraktion spricht die Kollegin Frau Hemme, ich vermute, zur Frauenpolitik.

Frau Hemme (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frauenpolitische Maßnahmen finden wir in allen Häusern. Ich beschränke mich hier heute auf einige wenige Punkte, die im Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales haushaltsrelevant sind. Ich möchte das schlaglichtartig in aller Kürze hervorheben.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört in Europa zu den Ländern mit einer sehr niedrigen Frauenerwerbsquote. Unter dem Aspekt, dass Frauen in der Lage sein sollen, für sich selbst zu sorgen, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, kommt dem Programm zum Thema Frau und Arbeit eine große Bedeutung zu. So wird das Land Maßnahmen zur Integration von Frauen in das Arbeitsleben mit jährlich 2,2 Millionen Euro fördern. Eine Maßnahme dabei ist die Unterstützung der Ko-Stellen zur beruflichen und betrieblichen Förderung von Frauen insbesondere nach der Familienphase und aus der Arbeitslosigkeit heraus. Die Einrichtung der 14. Stelle in den vergangenen Wochen zeugt von der Akzeptanz dieser Arbeit bei den Frauen, aber auch bei der Wirtschaft, die immer mehr entdeckt, wie wichtig eine gut ausgebildete Frau für ihr Unternehmen ist, einer Wirtschaft, die bereit ist, über Eigenanteile bei der Lösung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachzudenken und zu handeln. Deshalb ist zu schauen, meine Damen und Herren, ob die Einrichtung der Familienservicestelle in Leer auf das Land übertragen werden kann.

Ein weiterer Punkt, den ich erwähnen möchte, weil wir hier im Landtag darüber diskutiert haben und weil er zum Teil sehr kontrovers diskutiert worden ist, ist die Einrichtung eines Internet-Busses für Frauen und Mädchen im ländlichen Raum, was auch unter dem Aspekt von Qualifizierung gesehen werden muss. Dieser Bus wird entgegen etlichen Unkenrufen im nächsten Jahr gestartet werden und wird erfolgreich laufen, unterstützt durch ESF- und Landesmittel aus der Spielbankabgabe.

Meine Damen und Herren, zum Schwerpunkt Frau und Gewalt kennen wir alle die Ausmaße von Gewalt im familiären Nahraum. Ich muss Ihnen nicht großartig ausführen, welche Tragödien sich dahinter verbergen. Wir wissen, dass in über 90 % der Fälle Männer die Täter sind. Durch das neue Bundesrecht wird sich die akute Situation ändern nach dem Motto "Wer schlägt, der geht". Zur Unterstützung dieser Umsetzung wird das Land sechs Stellen finanzieren, die landkreisübergreifend tätig werden, sodass ein Großteil des Landes abgedeckt werden kann. Diese neuen Beratungs- und Interventionsstellen werden insgesamt drei Jahre lang mit jährlich 430 000 Euro gefördert. Wenn Sie "BISS" hören, meine Damen und Herren, dann handelt es sich nicht um Kampfhunde - obwohl man bei diesem Thema manchmal durchaus an zweibeinige Kampfhunde denken könnte-, sondern dann handelt es sich um diese Einrichtungen. Dabei stehen selbstverständlich die Mittel für die Frauenhäuser weiterhin zur Verfügung, weil sich u. a. gezeigt hat, dass Frauenhäuser leider weiterhin nötig sind.

Meine Damen und Herren, Niedersachsen war in den letzten zehn Jahren mit dem Mädchen-Modellprojekt "Mädchen in der Jugendarbeit" bundesweit beispielhaft. Ich freue mich ganz besonders darüber, dass es gelungen ist, ein Nachfolgeprojekt zu initiieren und im Haushalt zu verankern. Das Nachfolgeprojekt heißt "Lebensweltbezogene Mädchenarbeit" mit den Schwerpunkten berufliche Orientierung und Ausbildung, Migration, Erlebnispädagogik und Sport, Gesundheit. Sowohl die alten als auch neue Träger werden hier arbeiten. Ich bin sicher, dass Niedersachsen weibisher vorne terhin wie sein wird.

770 000 Euro jährlich sind in meinen Augen gut angelegtes Geld.

Allgemein wird immer beklagt - das war ja hier heute auch schon kurz in anderen Zusammenhängen Thema -, dass Menschen nicht genug miteinander sprechen, dass die Dialogfähigkeit von Menschen immer mehr sinkt. Angeblich sprechen Männer und Frauen nicht die gleiche Sprache. Nach dem Motto "Du kannst mich einfach nicht verstehen" haben Menschen mit ihren Büchern viel Geld gemacht. Ich habe allerdings den Eindruck, meine Damen und Herren von der CDU, dass bei auch Ihnen das Sprachverständnis etwas gelitten hat oder unterentwickelt ist.

(Widerspruch bei der CDU)

Denn kurz vor Ende der Beratungen haben Sie im Zusammenhang mit den Einsparmöglichkeiten gesagt: Zuschüsse für laufende Aufgaben in der Familienpolitik brauchen wir nicht; wir können diese 2 050 000 Euro sparen. Ihrer Meinung nach handelt es sich hierbei nämlich um verschleierte Öffentlichkeitsarbeit ohne konkrete Hilfen für Familien und Kinder.

(Zurufe von der CDU)

- Ich bin da anderer Meinung. Warten Sie es ab, meine Damen. - Ich frage mich dann: Wie konkret kann ein Projekt noch sein, wenn es nicht so konkret ist wie das Familien-Hebammenprojekt, wenn es darum geht, dass eine Hebamme aufsuchende Hilfe leistet? Sie alle wissen, dass aufsuchende Hilfe von Erfolg gekrönt ist, dass Menschen zum Teil dahin geführt werden müssen, um Hilfe annehmen zu können. Wenn es hier darum geht, extrem junge Mütter in die Lage zu versetzen, mit ihren Kindern umzugehen, ein Leben mit diesen Kindern zu gestalten, dann geht es nicht nur um die jungen Mütter, sondern dann geht es auch um die Kinder, meine Damen und Herren. Hier geht es um einen Brückenschlag zwischen Gesundheit und Jugendhilfe. Wir alle kennen die Berichte über überforderte Mütter, die zum Teil mit lebensbedrohenden Vernachlässigungen enden. Deshalb ist dieses Projekt eine konkrete Arbeit unter dem Aspekt, den Sie gestrichen haben wollen. Bei der Einführung des ersten Hebammen-Projektes hat sich die Vertreterin des Hebammen-Verbandes äußerst positiv dazu geäußert.

(Frau Pawelski [CDU]: Richtig!)

- Sie werden aber von dieser Hebamme wohl nicht vermuten, Frau Pawelski, dass sie für die Landesregierung Öffentlichkeitsarbeit leistet. Von daher sollten Sie Ihre Position überdenken.

(Beifall bei der SPD - Frau Pawelski [CDU]: Konkrete Hilfe ist immer richtig!)

Vizepräsidentin Litfin:

Auch die Fraktion der Grünen wird noch durch Frau Pothmer zu dem Aspekt Frauenpolitik im Landeshaushalt Stellung nehmen.

Frau Pothmer (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich zum Frauen-Kapitel im Sozialhaushalt komme, möchte ich auf die Bitte von Herrn Schwarz reagieren, dem Haushaltsentwurf der SPD zuzustimmen. Herr Schwarz, das würde ich gerne tun, aber nur unter der Voraussetzung, dass Sie in Ihren Haushaltsantrag die 86 Millionen DM übernehmen, die wir in unserem Antrag zusätzlich vorgesehen haben. Dann bin ich gerne bereit, Ihrem Antrag zuzustimmen. Leider haben Sie sich aber entschieden, lieber bei der Wirtschaftsförderung draufzusatteln, obwohl inzwischen wirklich nachgewiesen ist, dass dieses Geld nicht zielgenau ausgegeben wird.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich jetzt noch etwas zum Frauenbereich sagen. Der Haushalt im Frauenbereich hat sich nicht sehr stark verändert. Das heißt auch - das möchte ich positiv hervorheben -, dass die Haushaltsansätze für die einzelnen Positionen weitgehend gleich geblieben sind. Da ist nicht weiter abgesenkt worden. Das ist in diesen Zeiten tatsächlich mehr als nichts. Das will ich hier deutlich hervorheben. Das aber gleich als Erfolg zu bezeichnen, meine Damen und Herren, ist aus meiner Sicht vielleicht doch etwas zu dick aufgetragen. Man darf vor allem nicht den Eindruck erwecken, dass damit nicht reale Kürzungen einhergegangen seien. Denn diese Haushaltstitel sind bereits seit 1993 nicht erhöht worden. Seit 1993 wird da entweder leicht eingespart, oder die Haushaltstitel sind gleich geblieben. Das sind also reale Kürzungen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Ich möchte Ihnen an dem Brief, den auch Sie, Frau Trauernicht, von dem Verband alleinerziehender Mütter und Väter erhalten haben, beispielhaft erläutern, wie sich das auswirkt. Ich trage das hier vor, weil das für viele Vereine und Verbände sehr exemplarisch ist. Die Geschäftsstelle des VAMV, also des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter, wird seit 1993 jährlich mit 100 000 DM gefördert. Die Fördersumme ist gleich geblieben. Bekanntermaßen sind aber die Kosten gestiegen, insbesondere die Personalkosten. Das hat dazu geführt, dass die Arbeit eingeschränkt werden musste. Landesweite Familienfreizeiten finden überhaupt nicht mehr statt, Beratungsbesuche bei Ortsverbänden können auch nicht mehr stattfinden, Bürozeiten werden gekürzt - d. h. schlechtere Erreichbarkeit für Ehrenamtliche -, die Treffen für Ehrenamtliche mussten ganz stark eingeschränkt werden, weil es kein Geld für Fahrtkosten und Bewirtungskosten gibt. - Meine Damen und Herren, auch das ist schleichender Sozialabbau,

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der CDU)

mit dem wir uns zumindest bei diesen kleinen Vereinen und Verbänden auseinander setzen müssen. Es fällt mir tatsächlich schwer zu verstehen, dass wir 500 000 DM oder insgesamt 1 Million DM im Doppelhaushalt für den "Dialog soziales Niedersachsen" ausgeben und dieser Verband die 15 000 DM, die er erbittet, nicht erhält. Ich meine, das ist eine falsche Prioritätensetzung. Das muss einmal deutlich gesagt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich meine aber auch, dass Frauenpolitik nicht nur an den Haushaltsansätzen gemessen werden darf. Man kann auch Frauenpolitik machen, wenn man gute Ideen hat und durchsetzungsfähig ist, obwohl die Ergebnisse von Haushaltsberatungen immer ein sehr sensibler und auch präziser Seismograf sind. Nur, die Frage ist, welchen Stellenwert dieser Politikbereich bei der Landesregierung hat.

Aber auch ohne zusätzliche finanzielle Mittel ließe sich für die Frauen im Lande weitaus mehr erreichen, als es bisher geschehen ist. Wir haben Ihnen dazu eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, denen Sie sich leider nicht angeschlossen haben. Ich möchte nur daran erinnern, dass wir gesagt haben, wir wollen gern im Rahmen der Budgetierung die Zuweisung der Finanzmittel an eine erfolgreiche Frauenförderung knüpfen. Das muss

man dann aber auch wollen, und man muss den Mut haben, das durchzusetzen. Ich meine, dass es dieser Landesregierung und auch dieser Ministerin an beidem mangelt. Das finde ich schade. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und von Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Zum Bereich Jugend und Sport redet die Kollegin Frau Vockert.

Frau Vockert (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum Kinder- und Jugendhaushalt können wir im Prinzip drei Überschriften festhalten. Die erste Überschrift lautet: "Es handelt sich um alten Wein in neuen Schläuchen."

(Wernstedt [SPD]: Kommt auf den Wein an! Manchmal ist es sehr gut, alten Wein zu haben!)

Die zweite Überschrift lautet: "Es sind die Kommunen, die die Zeche zu zahlen haben." Und die dritte Überschrift ist: "Landtagsbeschlüsse werden von dieser Landesregierung völlig ignoriert; sie sind dieser Landesregierung keinen Pfifferling wert."

(Beifall bei der CDU)

Zum ersten Punkt "Alter Wein in neuen Schläuchen": Die Landesregierung legt in ihrem Doppelhaushalt 4,7 Millionen Euro für einen so genannten Kinder- und Jugendplan fest, obwohl sie selbst noch nicht weiß, für welche einzelnen Maßnahmen sie diese Mittel tatsächlich einsetzen will.

(Zuruf von Frau Trost [CDU])

Wir haben erst vorgestern im Ausschuss gehört, dass es sich um neun so genannte Schwerpunktsetzungen und vier Impulsgebungen handeln soll. Wenn wir das einmal genauer überprüfen - obwohl das Konzept erst nächste Woche vorgelegt werden soll -, dann können wir schon heute feststellen, dass die Landesregierung bei den neun so genannten Schwerpunkten und Impulsen als ersten Punkt, der ihr wichtig ist, das Ehrenamt angibt, als zweiten Punkt Partizipation, als dritten Punkt Multimediainitiative und Internet usw. - alles Projekte und Maßnahmen, die bereits laufen; alles altbekannte

Projekte, die hier sozusagen neu konzipiert werden sollen.

(Beifall bei der CDU)

Uns bleibt nur, die Frage zu stellen, wie Sie mit dem Haushaltsgesetzgeber umgehen, wenn Sie einen Blankoscheck ausstellen - und zwar letztlich für Leerformeln, weil noch nicht feststeht, für welche Projekte.

Letztlich bleibt aber auch festzustellen, dass diese Ministerin, die dafür neu zuständig ist, die altbekannten Projekte neu verkauft und sich dafür auch noch feiern lassen will.

(Frau Pawelski [CDU]: So ist sie!)

Das ist nun wirklich zu verurteilen. Sie hat keinen einzigen neuen jugendpolitischen Ansatz, der diesen Mitteleinsatz rechtfertigt.

(Beifall bei der CDU - Mühe [SPD]: Ihr seid nicht nur blind, sondern auch taub!)

Dabei - das ist ganz besonders fatal, Herr Kollege Mühe - zieht sich die Landesregierung bei diesen so genannten neuen Projekten nach einer Anschubfinanzierung völlig zurück und überlässt die Finanzierung dann wem? - Das kennen wir ja schon: natürlich den Kommunen.

(Mühe [SPD]: Sie sollten mal das KJHG lesen! Dann wüssten Sie, dass die dafür zuständig sind! Das ist nur eine Rahmenfinanzierung!)

- Ja, schön, Herr Kollege Mühe, aber dann sagen Sie dieser Landesregierung auch: Ihr seid dafür zuständig, und Ihr finanziert von vornherein.

(Mühe [SPD]: Dann sagt Ihr doch wieder, alles Schlechte kommt von oben!)

Diese Landesregierung lässt sich für 20 000 Projekte feiern, lässt dann die Kommunen im Regen stehen, und dann bleibt es dabei, dass diese die Zeche zu zahlen haben - und das vor dem Hintergrund,

(Beifall bei der CDU - Mühe [SPD]: Nein, nein! Die Kommunen sollten von vornherein ihren Verpflichtungen nachkommen!) - Herr Kollege Mühe, Sie kennen die Niedersächsische Verfassung mindestens genau so gut wie ich, wenn nicht noch besser -,

(Mühe [SPD]: Besser!)

dass es Aufgabe der Landesregierung ist, dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung gestellt bekommen, damit sie die von Ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen können.

(Mühe [SPD]: Dann schauen Sie mal in den Haushaltsantrag der CDU-Fraktion! Null Mark sind in den Haushaltsanträgen dafür vorgesehen!)

Was machen Sie? - Sie lassen die Kommunen ausbluten. Dabei bleibt es.

(Zuruf von Mühe [SPD])

Zur so genannten Anschubfinanzierung will ich noch eines ansprechen; denn wir kennen es ja schon, wie die Landesregierung für einzelne Projekte Zuschüsse zur Verfügung stellt. Diese Landesregierung hat z. B. für Beteiligungsprojekte, die derzeit wieder neu aufgelegt werden sollen, im letzten Haushalt der Stadt Bad Münder 286,32 DM zur Verfügung gestellt.

(Viereck [SPD]: Oh nein!)

Diese Landesregierung hat für solche Projekte der Stadt Stadthagen 312,11 DM zur Verfügung gestellt.

(Zuruf von der CDU: Wahnsinn!)

Ich weiß nicht, wie viel Verwaltungsaufwand hierfür erforderlich war.

(Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Frau Kollegin Vockert - - -

Frau Vockert (CDU):

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

(Mühe [SPD]: Feige!)

Meine Damen und Herren, statt zu kleckern, sollte diese Landesregierung gerade in diesem so wichtigen Bereich lieber klotzen. (Beifall bei der CDU)

Zum letzten Punkt, nämlich der Tatsache, dass dieser Landesregierung und der sie tragenden SPD-Fraktion Landtagsbeschlüsse keinen einzigen Pfifferling wert sind.

(Frau Pawelski [CDU]: So ist es!)

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wir haben zwischen den großen Fraktionen - die Fraktion der Grünen hat nicht mitgemacht - 1999 gemeinsam ein Interventionsprogramm beschlossen und haben für dieses Interventionsprogramm ebenfalls 1999 im Haushalt mehr als 1 Million DM für Problemjugendliche zur Verfügung gestellt. Man hat natürlich nichts unternommen, aber die Mittel waren zumindest in den Haushaltsplan eingestellt. Im nächsten Jahr sind die Mittel reduziert worden, und es standen 852 000 DM zur Verfügung. In diesem Doppelhaushalt - vielleicht hat die linke Fraktion im Hause gemeint, dass wir nicht dahinter kommen - ist nicht einmal mehr der Titel aufgeführt.

(Fischer [CDU]: So was Linkes! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wann kontrollieren Sie eigentlich die Landesregierung? Wann nehmen Sie Ihren verfassungsmäßigen Auftrag wahr? Null Mark für das Interventionsprogramm - so wird mit Beschlüssen umgegangen!

(Beifall bei der CDU - Frau Pawelski [CDU]: Unglaublich! - Mühe [SPD]: Frau Vockert, auch das steht nicht in Ihrem Haushaltsantrag! Wenn Ihnen das alles so wichtig ist, hätten Sie es doch beantragen können! - Plaue [SPD]: Sie brauchen uns nur das zu sagen, wenn es in Ihrem Haushaltsantrag steht!)

- Herr Kollege Mühe, Sie können uns und der Bevölkerung gleich erklären, was passiert, wenn erneut ein Mehmet kommt.

(Mühe [SPD]: Wenn Sie etwas wollen, müssen Sie es beantragen! – Gegenruf von Fischer [CDU]: Machen Sie sich doch keine Mühe, Herr Mühe! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Sie müssen dann erklären, was passiert, wenn erneut ein Mehmet kommt und wir die Opfer zu beklagen haben, und warum es in Niedersachsen

immer noch keine geschlossene Heimunterbringung gibt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Frau Elsner-Solar [SPD])

Fazit: Dieser Haushalt ist im Jugendbereich kein Glanzstück. Bei der Ministerin ist der Lack ab, weil wir feststellen müssen, dass sie Blankoschecks für Anschubfinanzierungen ausstellt, und anschließend müssen dann die Kommunen die Zeche zahlen. Wir werden diesen Haushaltsplanentwurf ablehnen.

(Beifall bei der CDU - Oh! bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Herr Kollege Mühe, Sie haben sich in Ihrer Erregtheit dazu hinreißen lassen, die Kollegin Vockert zu beleidigen. Sie haben gesagt, sie sei feige. Dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der SPD - Oh! bei der CDU - Mühe [SPD] verlässt seinen Platz)

- Bitte setzen Sie sich wieder, Herr Kollege Mühe.

(Mühe [SPD]: Frau Präsidentin, dafür entschuldige ich mich förmlich, aber nicht inhaltlich! - Unruhe - Zurufe von der SPD)

Außerdem haben Sie in Ihrer Erregung dazwischen gerufen: "Ihr seid nicht nur blind, sondern auch taub!" - Auch das empfinde ich als beleidigend.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Was? - Weitere Zurufe von der SPD - Gegenruf von Rolfes [CDU]: Es gibt gleich die gelbe Karte! Vorsicht! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Auch dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf, Herr Kollege Mühe. Ich weise Sie darauf hin, dass der dritte Ordnungsruf dazu führt, dass Sie von der heutigen Sitzung ausgeschlossen werden.

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, zu versuchen, diese Debatte in Ruhe und Gelassenheit

weiterzuführen. - Der Kollege Plaue hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

Plaue (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es steht uns nicht an, das Präsidium zu kritisieren, jedenfalls nicht von dieser Stelle aus.

(Beifall bei der CDU)

Dafür haben wir uns in unserer Geschäftsordnung die entsprechenden Handreichungen gegeben. Ich kündige an, dass wir dies, was die Präsidentin soeben verkündet hat, zum Gegenstand einer Diskussion im Ältestenrat machen werden. Wir werden das nicht akzeptieren.

(Beifall bei der SPD - Fischer [CDU]: Sie können froh sein, dass er nur die gelbe Karte bekommen hat!)

Vizepräsidentin Litfin:

Kollege Schünemann zur Geschäftsordnung!

Schünemann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich meine, wir können der Präsidentin sehr dankbar sein, dass sie versucht,

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

die Plenarsitzung und die Debatte sachlich über die Bühne zu bekommen. Ich meine, dass es sehr sinnvoll ist, zu akzeptieren, wenn ein Ordnungsruf erteilt worden ist. Wir halten es nicht für notwendig, dieses Thema im Ältestenrat zu behandeln. Ich glaube, dass man der Präsidentin helfen sollte, zu einem vernünftigen Ablauf zu kommen. Es wäre besser gewesen, Herr Mühe, wenn Sie das akzeptiert hätten.

(Beifall bei der CDU - Plaue [SPD]: Das ist in höchstem Maße scheinheilig!)

Vizepräsidentin Litfin:

Frau Pothmer zur Geschäftsordnung!

Frau Pothmer (GRÜNE):

Das Präsidium leitet die Sitzung, und die Präsidentin hat diese Entscheidung getroffen. Ich meine,

dass es notwendig ist, so wie die Sitzung zum Teil auch heute wieder abgelaufen ist, deutlich zu machen,

(Wegner [SPD]: Dazu haben Sie viel beigetragen!)

dass es Grenzen gibt. Deswegen finde ich es richtig, so zu handeln. Wenn allerdings das Bedürfnis besteht, darüber im Ältestenrat zu reden, dann werden wir uns dem nicht verschließen. Sie sollten sich aber gut überlegen, Herr Plaue, ob Sie immer dann, wenn es einen Ordnungsruf gibt, eine Debatte im Ältestenrat darüber wollen. Das wird Ihnen sicherlich nicht dienen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass der Kollege Mühe die Debatte im Ältestenrat beantragen muss; denn ihm allein und nicht den Fraktionen steht das Recht zu, sich beim Ältestenrat zu beschweren.

(Lachen und Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der nächste Redner in der Haushaltsdebatte zum Thema Jugend und Sport ist der Kollege Viereck.

Viereck (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich sagen: Neben viel Trennendem gibt es auch Verbindendes in der Debatte um den Doppelhaushalt 2002/2003. Das bezieht sich insbesondere auf den Bereich Jugend und Sport. Die aktuelle Debatte nimmt mir jedoch ein wenig den Raum.

Frau Vockert, Sie sprechen von altem Wein in neuen Schläuchen. Ich musste zur Kenntnis nehmen, dass Ihre Haushaltsrede genau dieser alte Wein war: nichts Neues, keine Alternativen, keine Alternativanträge.

(Beifall bei der SPD)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das vorliegende Zahlenwerk für den Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik steht für Verlässlichkeit, Qualitätssicherung und Innovation. (Unruhe)

Niedersachsen ist auch in diesem Politikbereich auf einem guten Weg. Dies haben nicht zuletzt die Beratungen im Ausschuss für Jugend und Sport gezeigt. Einstimmige Beschlüsse und eine konstruktive Atmosphäre bei der Anhörung belegen die breite Akzeptanz für den Doppelhaushalt in unserem Politikbereich. Die Kernbereiche der Jugendarbeit, die Jugendverbandsarbeit und die Jugendsozialarbeit, werden in den kommenden Jahren finanziell abgesichert. In den vor uns liegenden zwei Jahren wird in Niedersachsen eine kinderund jugendpolitische Offensive gestartet. Die Grundlage dafür bietet der Kinder- und Jugendplan. Entgegen den Vorstellungen der CDU-Fraktion - man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich die Jugendpolitiker in der eigenen Fraktion nicht durchsetzen konnten - sieht es die SPD-Landtagsfraktion als einen Erfolg an, dass für diesen Politikbereich im nächsten Jahr 2,1 Millionen Euro und für 2003 2,6 Millionen Euro zur Verfügung stehen werden.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Plan bietet die besten Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Ideen und innovativer Angebote.

Meine Damen und Herren, vorgestern konnte sich der Fachausschuss einen Überblick über den aktuellen Diskussionsstand verschaffen. Noch vor Weihnachten - wer hat schon die große Freude? - werden die Partnerinnen und Partner des Landes informiert und in die inhaltliche Ausgestaltung mit einbezogen. Impulsprogramme sollen den Auftakt bilden. Ich nenne hier die Teilhabe an der Informations- und Wissensgesellschaft, die Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft und den Schutz vor Gewalt.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie erkennen also, es handelt sich mitnichten um Luftbuchungen oder Mittel für Broschüren, sondern um konkrete Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Die Bekämpfung von Gewalt, Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus ist und bleibt ein besonderes Anliegen der SPD-Landtagsfraktion. Den Schwerpunkt bildet das Präventions- und Integrationsprogramm PRINT. Dieses Programm wird von den Kommunen gut angenommen und verstärkt die notwendige Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule. Zu den Maßnahmen der Gewaltprävention zählen auch die Fanprojekte und

vor allem die Landesinitiative "Jugend in Niedersachsen für Demokratie, Menschenrechte und Toleranz". An dieser Stelle bedanke ich mich bei allen Beteiligten, insbesondere beim Landesjugendring, für die engagierte Mitarbeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Jugendarbeit ist ein zentrales Feld der Kinder- und Jugendhilfe. Zu den Schwerpunkten zählen Bildungsmaßnahmen, internationale Jugendbegegnungen, die Kinder- und Jugenderholung und die Förderung von Einrichtungen der Jugendarbeit. Die Mittel für die Jugendarbeit stehen in den Jahren 2002 und 2003 in vollem Umfang zur Verfügung. Dies bedeutet einerseits Kontinuität und andererseits Planungssicherheit für unsere Partnerinnen und Partner.

Meine Damen und Herren, die arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit bildet einen Schwerpunkt in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen. Ich nenne drei Beispiele:

Erstens. 97 Jugendwerkstätten werden in den kommenden sechs Jahren mehr als 57 000 Jugendlichen eine konkrete Perspektive und Hilfestellung bieten.

Zweitens. 29 RAN-Stellen informieren, beraten und zeigen individuelle Wege auf.

Drittens. Die Jugendbüros. Die ersten Einrichtungen haben ihre Arbeit aufgenommen. In den nächsten Jahren werden wir gemeinsam mit den Kommunen im Lande ein dichtes Netz knüpfen und somit Sozialhilfekarrieren junger Menschen verhindern können. Auch die Maßnahmen zur sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher Straftäter werden im bisherigen Umfang gefördert.

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In wenigen Tagen endet das von den Vereinten Nationen ausgerufene Internationale Jahr der Freiwilligen. Was nicht enden wird, meine Damen und Herren, ist der ehrenamtliche Einsatz vieler Menschen in unserem Land. Ohne dieses bürgerschaftliche Engagement wäre unsere Gesellschaft um vieles ärmer. In fast allen Lebensbereichen gibt es eine große Anzahl von Menschen, die sich für andere einsetzen. Das Land hat mit dem Niedersachsenring alle gesellschaftlich relevanten Gruppen an einen Tisch gebracht und zusätzliche Mittel im kommenden Doppelhaushalt vorgesehen.

Insgesamt können wir mit dem Haushalt zufrieden sein. Wir bedanken uns vor allem bei unserer Jugendministerin, Frau Dr. Trauernicht, für ein gutes und innovatives erstes Amtsjahr. Meine Damen und Herren, ich verrate kein Geheimnis: Viele weitere Amtsjahre werden folgen.

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen zum Wohle der jungen Menschen und ihrer Familien in unserem Land.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Bereich Jugend und Sport sind wir auch für die Sportpolitik im Land zuständig. Ich rede jetzt nicht über meine beiden Bundesligavereine, sondern stelle fest: Mit dem 100-Millionen-DM-Programm stehen in den kommenden sechs Jahren zusätzliche Mittel für die Sanierung und den Bau von Sportstätten zur Verfügung. Meine Damen und Herren, dieses Programm ist ein absoluter Renner und ist eng mit dem Namen unseres Sportministers Heiner Bartling verbunden.

(Beifall bei der SPD)

Von daher, lieber Heiner Bartling, darf ich Dir gleichermaßen fraktionsübergreifend Lob und Anerkennung dafür sagen, dass dieses Programm als eine wichtige Leistung für den Sport im Land im Rahmen schwieriger finanzieller Möglichkeiten auf den Weg gebracht wurde. Aufgrund der Aufteilung der Fördermittel zwischen Landessportbund, dem Ministerium und den Bezirksregierungen ist eine breite Verteilung im Land gesichert.

Meine Damen und Herren, wir sind stolz auf den Bereich Jugend und Sport des Haushaltsplanentwurfes und sehen ihn als eine gute Basis für eine gute Politik in den kommenden zwei Jahren an. -Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht die Kollegin Janssen-Kucz für den Bereich Jugend und Sport.

Frau Janssen-Kucz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Bitte jetzt nicht mehr so eine Jammer-Rhetorik!)

- Eigentlich habe ich auf einen erneuten Zwischenruf dieser Art gewartet. Ich meine, dass wir diese Zwischenrufe für heute ad acta legen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Haushaltsansätze für den Bereich Kinder- und Jugendpolitik sind einige der wenigen Ansätze, die im Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales kaum dem Rotstift zum Opfer gefallen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dahinter steht die Erkenntnis, dass in diesem Bereich weiterhin akuter Handlungsbedarf besteht. Der Handlungsbedarf ist da. Er darf aber nicht dazu führen, dass alle möglichen Modellprojekte angeschoben werden, ohne dass ein mittelfristiges, geschweige denn langfristiges Ziel erkennbar ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Einiges in diesem Bereich klingt nach Aktionismus. Natürlich hat das Land Kompetenzen. Doch das darf nicht dazu führen, dass die Kommunen als die Akteure vor Ort mit Modellprojekten überzogen werden und gleichzeitig die Frage nach der landesweiten Ausdehnung diskutiert wird. Das widerspricht sich. Modellprojekte haben einen anderen Charakter. Sie werden partiell und zeitlich klar begrenzt auf den Weg gebracht, wissenschaftlich begleitet und ausgewertet.

Vielleicht sollten wir einmal die konkrete Definition festlegen, was Modellprojekte bedeuten. Ziel ist doch, festzustellen, welche Folgerungen aus den Erfahrungen gezogen werden, um dann die Fortsetzung und eventuelle landesweite Ausdehnung auf der Grundlage von Förderrichtlinien zu beschließen. Wichtig ist in meinen Augen auch, dass im Vorfeld Einvernehmen mit den Kommunen darüber hergestellt wird, ob sie nach Ablauf eines Modellprojektes, sofern es positiv verläuft, willens und in der Lage sind, die weitere Finanzierung zu gewährleisten. Ansonsten haben nämlich die vielen Modellprojekte überhaupt keine Wirkung und verpuffen wie heiße Luft. Strohfeuer haben wir in der Politik wahrlich schon genug.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt geht es doch darum, Vertrauen und mittelbzw. langfristige Angebote für Erziehung, Betreuung und Beratung zu schaffen. Ich frage einmal konkret: Wo bleibt z. B. das Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz? - Die Landes-

regierung sollte sich endlich dazu durchringen, ohne Rücksicht auf Zuständigkeiten konkrete neue notwendige Aufgaben zu übernehmen und auch zu finanzieren, und zwar durchgängig und rechtlich abgesichert und nicht nur für ein Jahr oder über den Haushalt finanziert.

Der Kinder- und Jugendplan soll als Vorstufe eines Förderungsgesetzes erstellt werden. Aber darüber, ob das Land dann endlich konkrete neue Aufgaben übernimmt und finanziert, schweigt man sich aus, bzw. es werden unterschiedliche Antworten gegeben. Teilweise wird auch nur noch von "Fördergrundsätzen" gesprochen. Das wurde uns nämlich am Dienstag im Jugendausschuss erklärt. Bis zum heutigen Tag ist uns nicht so klar, wohin die Reise geht. 2,1 Millionen Euro in 2002, 2,6 Millionen Euro in 2003 - die Erläuterungen des Ministeriums haben nicht dazu beigetragen, den Zweck, den Fördergegenstand und den Empfängerkreis zu konkretisieren. Ich warne davor, den nicht gerade kleinen Haushaltsansatz als Wahlkampfgeschenk zu sehen und die Mittel ab Sommer 2002 - bis dahin sollen bekanntlich die Vorarbeiten abgeschlossen sein - in den Kommunen zu verteilen. Das ist nicht Sinn und Zweck des neuen Kinderund Jugendplanes.

Ich finde es bedauerlich, dass das Thema Kinderarmut im Kinderland Niedersachsen zwar immer mal wieder auf das Tablett kommt, dass es aber bis auf partielle Modellprojekte kaum Ansätze gibt, dieser Thematik adäquat zu begegnen. Wir erwarten, dass mit Hilfe des Kinder- und Jugendplanes eine gründliche Bestandsaufnahme erfolgt, die die Situation von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen erfasst, und dass ein Handlungsprogramm vorgelegt wird, damit die Situation verbessert werden kann. PISA hat uns drastisch vor Augen geführt, was notwendig ist und dass die gezielte Förderung im Elementarbereich im Kita-Bereich anfangen muss.

Wir wissen, dass die körperliche und gesundheitliche Entwicklung von Kindern, die in Armut aufwachsen, beeinträchtigt ist. Wir fordern die Landesregierung auf, ein Handlungsprogramm für die Verbesserung der gesundheitlichen Entwicklung von benachteiligten Kindern vorzulegen und sich für die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung einzusetzen.

Ich kann hier nur weitere Denkanstöße geben. Vieles konnten wir im Haushalt nicht unterbringen; es war einfach nicht machbar. Ich setze dabei - das

sage ich ehrlich - auf die positive Zusammenarbeit im Ausschuss. Für ausreichende soziale Wärme reicht dieser Haushalt meines Erachtens noch nicht aus. Da müssen wir noch einige Scheite drauflegen, damit die Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen nicht bibbern. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der CDU)

Vizepräsidentin Litfin:

Am Ende dieses Abschnitts der Haushaltsdebatte spricht noch einmal die Ministerin Frau Trauernicht.

Dr. Trauernicht, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der finanziellen Ausstattung meines Ressorts ist Niedersachsen gut gerüstet, um in den nächsten zwei Jahren gute soziale Politik zu betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Das sieht ja auch die Opposition so; denn die Änderungsanträge von CDU und GRÜNEN betreffen nicht einmal 2 % meines Haushalts. Das heißt über 98 % Zustimmung von der Opposition. Damit bin ich sehr zufrieden; vielen Dank.

(Rolfes [CDU]: So einfach sollten Sie es sich nicht machen! - Möllring [CDU]: Das ist ja dummes Zeug!)

Im Übrigen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, wünsche ich mir im Interesse der Menschen und der Sozialpolitik in Niedersachsen, dass mehr Sachlichkeit und mehr Niveau in die Diskussion Einzug hält.

Das Gesamtvolumen des Einzelplans 05 umfasst für das Haushaltsjahr 2002 insgesamt 2,2 Millionen Euro, für das Haushaltsjahr 2003 stehen 2,3 Millionen Euro -

(Möllring [CDU]: Milliarden! Das sind drei Nullen mehr!)

- Milliarden Euro bereit. Hinzu kommen die Haushaltsmittel für die Kindertagesbetreuung.

(Möllring [CDU]: Sie kennen ja Ihre eigenen Zahlen nicht! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Litfin:

Kollege Möllring, bitte lassen Sie die Frau Ministerin ausreden. Sie können sich ja zu Wort melden, wenn Sie Ihr eine Frage stellen wollen.

(Möllring [CDU]: Das war nur eine Hilfestellung!)

Bitte sehr, Frau Ministerin!

Dr. Trauernicht, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Mit diesen Mitteln gestalten wir gemeinsam mit unseren Partnern in Niedersachsen Sozialpolitik. Das sind u. a. die Jugend- und Familienverbände, das sind die Frauenverbände, die Wohlfahrtsverbände, die Sozial- und Behindertenverbände, selbstverständlich die Sozialpartner sowie zahlreiche Initiativen. Und das, meine Damen und Herren, stört Sie. Alle ziehen jetzt gemeinsam an einem Strang - als Lobbyisten für Menschen in Not und als Garanten für soziale Gerechtigkeit. Diese gemeinsame Kraft, diese Arbeit ist das, was Sie stört, was bei Ihnen Neid verursacht und deswegen auch zu manchen Wortentgleisungen führt.

(Beifall bei der SPD)

Frau Schliepack, Sie stört doch nicht das vierseitige Schwarz-Weiß-Info meines Ministeriums. Sie stört die Professionalität und die Empathie bei sozialer Politik in allen Feldern, die sich in dieser Informationsschrift niederschlagen.

(Beifall bei der SPD - Frau Schliepack [CDU]: Meinen Sie die acht Bilder auf vier Seiten?

Die Klammer um alle Bereiche meines Ressorts sind zentrale Werte wie soziale Verantwortung, Solidarität und Gerechtigkeit und die Zukunftssicherung der jungen Generation. Das bedeutet: Bewährtes bleibt erhalten, die Zukunft ist fest im Blick.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, die Gesellschaft verändert sich rasant und stetig. Diesen Veränderungen stellen wir uns u. a. mit einer neuen Familienpolitik. Im Hinblick darauf hat die Landesregierung zum ersten Mal ein familienpolitisches Gesamtkonzept verabschiedet und setzt es zurzeit in vielfältiger Weise um. Das hatte ich mir vorgenommen, und das habe ich in sehr kurzer Zeit erreicht.

Das ist ein klares Bekenntnis zum hohen Stellenwert von Familie und zum Zusammenleben mit Kindern.

(Beifall bei der SPD)

Neben vielen Bausteinen ist das Kernstück das Bündnis für ein Leben mit Kindern in Niedersachsen. Ganz oben auf der Agenda dieses Bündnisses stehen zwei von vielen wichtigen Themen. Wir haben uns entschieden, zunächst die Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Thema Erziehung, denn Erziehung ist anspruchsvoller geworden, zu bearbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, ich werde dazu noch in diesem Jahr eine weitere Sitzung haben. Es wird die vielen Verbände, die mit großem Engagement an diesem Bündnis teilnehmen, sicherlich sehr interessieren, dass Frau Schliepack der Meinung ist, dass sie nur kommen, weil sie sich gebauchpinselt fühlen. So machen Sie sich keine Freunde in der sozialen Landschaft in Niedersachsen!

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne beispielhaft die Maßnahmen des familienpolitischen Konzepts: Dazu gehört die Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern durch eine breit angelegte Moderatorenausbildung für Elternkurse mit dem Ziel, dass wir vielen Neueltern Erziehungskurse anbieten können. Außerdem wollen wir Familienservicestellen zur verbesserten Vereinbarkeit von Beruf und Familie einrichten. Davon profitieren außer den berufstätigen Frauen auch die niedersächsischen Wirtschaftsunternehmen, die das auch so sehen.

Ich bin vom Erfolg dieser Arbeit überzeugt, weil die Unternehmen heute wissen, dass sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die diesbezüglichen Investitionen allemal lohnen. Wenn Sie, liebe Frau Pothmer, den Wert dieser und auch anderer Projekte nicht erkennen, muss ich Ihnen sagen, dass Sie ganz offensichtlich nicht mehr dicht genug an den Menschen sind, ebenso wenig wie an den Institutionen und Verbänden und insbesondere nicht an den Kommunen, die diese und andere Projekte vielfältig wünschen.

(Rolfes [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Ich kann gar nicht so viele Projekte vergeben, wie es die Kommunen wünschen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU-Opposition, viele von Ihnen bedanken sich ja persönlich bei mir dafür, dass auch in ihren Regionen solche Projekte von mir bewilligt werden.

(Rolfes [CDU]: Das ist das alte Gönnertum! Nennen Sie einmal Namen!)

- Fragen Sie Ihre Kollegen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stellen uns den Veränderungen auch mit dem Konzept "Fördern und fordern in der niedersächsischen Arbeitsmarktpolitik". Neu sind die Jugendbüros sowie das erweiterte Aktionsprogramm "Nachwuchs sichern – Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen". Hier haben wir Mittel im Umfang von 40 Millionen DM zugunsten junger Menschen umgeschichtet, meine sehr geehrten Damen und Herren. Damit wird Armut bei Jugendlichen effektiv verhindert. Gleichzeitig wird die Selbstverantwortung des Einzelnen erhöht.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn junge Frauen und Männer in die Sozialhilfe abrutschen. Aber wir sagen auch: Wer kann, muss ran! Drücken gilt nicht!

(Rolfes [CDU]: Darüber sind wir uns einig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Jugendbüros als Profilpunkt der Ministerin zu bezeichnen, ist reiner Zynismus. Hier geht es um Schicksalsentscheidungen für junge Menschen, die ihre eigene Existenz absichern wollen. Sie können sich in den sieben bereits existierenden Jugendbüros von dem Erfolg dieser Arbeit bei den jungen Menschen selbst überzeugen.

(Beifall bei der SPD - Rolfes [CDU]: Die haben Sie doch nicht erfunden! Das haben Sie bei uns abgeguckt!)

Insgesamt werden 85,5 Millionen Euro im nächsten und rund 87,2 Millionen Euro im übernächsten Jahr für Arbeit und Qualifizierung ausgegeben. Das bedeutet mehr Prävention, mehr erster Arbeitsmarkt, mehr Verzahnung mit der Wirtschaftspolitik und immer wieder spezifische Maßnahmen für Frauen. Das sind die neuen Leitlinien. Vor allem aber steht die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Zur Frauenpolitik: Alltägliche Gewalt in den eigenen vier Wänden hinterlässt bleibende Spuren, nicht nur bei den betroffenen Frauen, sondern auch bei den Kindern. Deshalb werde ich in den nächsten zwei Jahren dem Bereich Gewalt gegen Frauen und Mädchen besondere Priorität einräumen. In meinem Bereich – das ist in diesen Zeiten überhaupt nicht selbstverständlich – werden zusätzliche Beratungsstellen, kurz BISS genannt, mit zusätzlich 750 000 Euro finanziert.

(Frau Jahns [CDU]: Sie haben doch gar keine zwei Jahre mehr!)

In der Jugendpolitik, meine Damen und Herren, liegt mir ebenso an der Bekämpfung der alltäglichen Gewalt. Gewalt und Gewaltbereitschaft muss entschieden entgegengetreten werden.

(Zuruf von der CDU: Der Meinung sind wir auch!)

Deshalb haben wir uns mit dem Präventions- und Integrationsprogramm besonders um die Integration ausländischer und zugewanderter junger Menschen gekümmert. 48 Projekte sind in diesem Jahr bereits an Schulen und sozialen Brennpunkten angesiedelt. Im nächsten Jahr kommen weitere 30 Projekte hinzu. Auch hier kann ich nur sagen, meine Damen und Herren: Erkundigen Sie sich vor Ort über die konkrete Umsetzung dieser Projekte. Dann wird Ihnen klar werden, dass mehr dahintersteckt, als Sie vermuten.

(Rolfes [CDU]: Hat das irgendeiner bestritten?)

Am 1. Januar 2002 startet das neu ausgerichtete Förderprogramm "Lebensweltorientierte Mädchenarbeit". Eine Koordinierungsstelle und 15 Träger, darunter eine Vielzahl von Jugendverbänden, werden mit jährlich 770 000 Euro gefördert. Arbeitsschwerpunkte sind u. a. die berufliche Orientierung und Ausbildung sowie Gesundheit und Sport, aber auch die Kindertagesbetreuung.

(Frau Elsner-Solar [SPD]: Das ist viel Geld!)

Meine Damen und Herren, ein fünfter neuer Bereich, den ich Ihnen gerne vorstellen möchte, steht unter der Botschaft: Die Not von Kindern lindern – Eltern unterstützen. Kinder – das wissen wir alle – sind unsere Zukunft. Sie zu schützen und zu fördern hat für mich oberste Priorität.

(Rolfes [CDU]: Zeigen Sie einmal einen, der das nicht so sieht!)

Gewalt und Vernachlässigung von Kindern sind die schlimmsten Seiten unserer Gesellschaft. Dagegen muss man früher etwas tun. Deshalb habe ich gemeinsam mit der Klosterkammer die Hebammen-Projekte ins Leben gerufen. Denn gerade sehr junge Menschen in sozial benachteiligten Lebenslagen sind leicht überfordert. Das ist gefährlich für die Mutter und vor allem für das Kind. Deshalb heißt junge Mütter zu unterstützen auch Schutz für die Säuglinge vor Vernachlässigung und Gewalt.

(Möllring [CDU]: Hat Frau Merk das alles vernachlässigt?)

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr über Ihre einstimmige Entschließung zur Versorgung schwerstkranker Kinder in diesem Jahr und über die zusätzlich zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel durch die SPD-Fraktion. Damit stehen erstmalig Mittel für die Errichtung eines Hospizes für schwerstkranke und sterbende Kinder zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, nicht nur die Kinder und Jugendlichen verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir haben auch die Herausforderung einer alternden Gesellschaft anzunehmen. Für mich sind Älterwerden und Lebensqualität im Alter untrennbar mit dem Anspruch auf ein selbstbestimmtes und aktives Leben verbunden. Auch auf den Erfahrungsschatz, das Wissen und Können unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger wollen wir nicht verzichten. Mit dem Landeswettbewerb für den Dialog der Generationen und der Einrichtung eines Koordinierungsbüros "Freiwilliges Engagement von Jung und Alt" starten wir Initiativen in diese Richtung.

Für viele Menschen bedeutet das Älterwerden allerdings Krankheit, Leistungsverminderung und Pflegebedürftigkeit. Rund 60 000 pflegebedürftige Menschen werden durch Investitionskostenzuschüsse unterstützt. Für Leistungen nach dem Niedersächsischen Pflegegesetz werden im nächsten Jahr 122 Millionen Euro und im übernächsten Jahr 124 Millionen Euro bereitstehen.

(Rolfes [CDU]: Das sagt allein nichts aus! Sie haben die Situation der zu Pflegenden verschlechtert!)

Die vorgesehene Kappung beim Pflegewohngeld wird die Pflegeleistungen nicht einschränken. Günstiger Preis und Wohnqualität schließen einander nicht aus. Das belegen viele Beispiele. Ich bin sehr froh, dass sich die Partner des Dialogs "Soziales Niedersachsen" als erstes dem Thema "Älterwerden in Niedersachsen" widmen werden. Das ist der Blick auf das Wesentliche, Frau Pawelski, und dieses in einem Verfahren, Frau Pothmer, das Sie in Wirklichkeit doch gerne selbst auf den Weg gebracht hätten.

(Frau Pothmer [GRÜNE]: Wie kommen Sie darauf?)

Sie werden sehen, dass es erfolgreich ist. Dieser Dialog "Soziales Niedersachsen", in dem Dutzende von Partnern im Pflegebereich gemeinsam arbeiten, hat sich vorgenommen, eine landesweite Personalinitiative "Pflege" zu betreiben. Mein Haus wird die Qualitätsverbesserung in den Heimen zusätzlich mit einer Qualitätsoffensive "Pflege" vorantreiben. Meine Damen und Herren, das ist ein Thema, mit dem sich die sozialdemokratische Landesregierung ebenfalls auseinander setzen wird, sodass für Sie nicht mehr viel Raum bleibt.

(Beifall bei der SPD - Frau Schliepack [CDU]: Dafür ist doch kein Geld im Haushalt!)

Meine Damen und Herren, die Investitionsförderung des Landes für die niedersächsischen Krankenhäuser ist – ich muss inzwischen unterstellen, wohl ganz bewusst – immer wieder Thema von Kürzungsspekulationen. Mein Kollege Uwe Schwarz hat das schon ausgeführt.

(Frau Jahns [CDU]: Das war ja auch von Ihnen beabsichtigt!)

Aber Sie sind offensichtlich unbelehrbar! Deswegen betone ich noch einmal, dass wir auch in den Jahren 2002 und 2003 Verpflichtungen für insgesamt 200 Millionen Euro eingehen. 50 Millionen Euro werden davon als Darlehen vergeben. Sie verwechseln diesen Ansatz immer mit dem Barmittelansatz, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU!

(Rolfes [CDU]: Sie können doch nicht alles in einen Topf werfen!)

Das ist der Unterschied.

Vizepräsidentin Litfin:

Frau Ministerin, der Kollege Rolfes möchte Ihnen eine Frage stellen. Wollen Sie das gestatten?

Dr. Trauernicht, Ministerin für Frauen, Arbeit und Soziales:

Es hat sich bewährt, dass er erst einmal zu Ende zuhört.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat außerdem – ich denke, dass es viele von Ihnen auch unmittelbar zur Kenntnis genommen haben – bundesweit ein einmaliges Konzept entwickelt, nämlich die kooperative Regionalisierung. Das ist eine Grundlage, um die Krankenhäuser auf die Zukunft vorzubereiten. Meine Damen und Herren, Sie alle - auch von der Opposition - profitieren ständig von dieser Arbeit aus meinem Hause.

(Zustimmung von Viereck [SPD])

Mit gut der Hälfte meines Haushaltes helfen wir Menschen mit Behinderungen, mit 1,2 Milliarden Euro im Jahre 2002 und 1,3 Milliarden Euro im Jahre 2003. Bis zum Jahre 2003 werden wir also zusätzlich 3 100 Menschen mit Behinderungen Unterstützung geben, mit maßgeschneiderten Angeboten zum Arbeiten, zum Leben, zum Wohnen und zur Therapie.

Mir persönlich liegt dabei besonders am Herzen, dass Menschen mit Behinderungen Arbeit bekommen. Es ist und bleibt unser Motto: So normal wie möglich und so viel Hilfe wie nötig. - Gemeinsam mit unseren Partnern in der Behindertenhilfe werden wir diesem Motto weiterhin Rechnung tragen. Der Haushalt erlaubt es, allen zusätzlich bedürftigen Menschen die Hilfe zu geben, die sie brauchen.

Meine Damen und Herren, 4,5 Milliarden Euro für Menschen in schwierigen Lebenslagen, für soziale Gerechtigkeit und für die Zukunft der jungen Generation, d. h. 4,5 Milliarden Euro für ein soziales Niedersachsen - das ist die Handschrift dieses Doppelhaushalts. Menschen, die Hilfe brauchen, bekommen sie auch. Das ist und bleibt der Grundsatz dieser sozialdemokratischen Landesregierung. Dafür sage ich Dank auch der Fraktion der SPD im Niedersächsischen Landtag. Die Bürgerinnen und Bürger werden sich dies merken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Zu dem Block Soziales und Frauen, Jugend und Sport liegen keine Wortmeldungen mehr vor, sodass wir ihn verlassen können.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie darauf hinweisen, dass das Plenum außerordentlich unruhig ist. Wenn Sie das möchten, können wir natürlich gern für eine Viertelstunde Pause machen. Aber ich meine, das muss nicht unbedingt sein. Wir alle sind froh, wenn wir zügig mit der Tagesordnung fertig werden.

Wir kommen jetzt zum Haushaltsblock Wirtschaft und Verkehr, Bundes- und Europaangelegenheiten. Zum Bereich Wirtschaft und Verkehr erteile ich zunächst dem Kollegen Dinkla von der CDU-Fraktion das Wort. Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen, die sich zu Wort melden, bitten, auf die Wortmeldezettel zu schreiben, zu welchem Bereich sie reden möchten. Das macht uns die Arbeit hier oben leichter. - Bitte, Herr Kollege Dinkla.

Dinkla (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! - Meine Damen und Herren! Diese Landesregierung steht in vielen Politikfeldern vor dem Scherbenhaufen ihrer Ankündigungen und Versprechungen.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Dies gilt in besonderer Weise für den Bereich der Wirtschafts- und Verkehrspolitik. Wer das Land finanziell vor die Wand fährt, fährt Niedersachsen auch wirtschaftlich vor die Wand. Jetzt, da Sie seit zwölf Jahren in Niedersachsen und seit vier Jahren in Deutschland

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

die Mehrheit haben, um alles zu machen, was Sie für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und Niedersachsens tun könnten, versagt die SPD auf der ganzen Linie.

(Zuruf von der SPD: Du liebe Güte!)

Beim Abstieg ist der Niedersächsische Ministerpräsident ein wahrer Musterschüler Schröders: Schlusslicht bei den Finanzen, Schlusslicht beim Wachstum in Westdeutschland, Schlusslicht mit der höchsten Arbeitslosigkeit, mehr Pleiten - plus 30 % - als im Bundesdurchschnitt, der bei 19 % liegt, kein Boom bei den Patenten - stattdessen liegt Niedersachsen im hinteren Feld, nämlich an drittletzter Stelle.

Ich darf an dieser Stelle auf die Ausführungen verweisen, die Herr Plaue gestern gemacht hat. Ich finde, Herr Plaue hat in gewisser Weise Glück. Wenn auch die Verbreitung von Falschmeldungen mit Ordnungsrufen und Verweisen geahndet würde, müsste Herr Plaue erst zum Februar-Plenum wiederkommen.

(Beifall bei der CDU)

Das wirtschaftspolitische Kolloquium von Herrn Plaue, das wir gestern über uns ergehen lassen mussten, ist bedenkenlos als PISA-Altlast einzustufen.

(Beifall bei der CDU)

Wer hier in diesem hohen Hause derart unverfroren falsche Zahlen und Bewertungen über die wirtschaftliche Situation Niedersachsens verbreitet, wer so tut, als sei die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in Niedersachsen ausgezeichnet, wer so tut, als sei die Lage der Unternehmen in Niedersachsen auf einem stabilen Niveau, wer so tut, als sei die Exportsituation in Niedersachsen ebenfalls auf einem guten Stand, der sitzt nach meinem Verständnis in einem politischen Elfenbeinturm und hat den Blick für die Realitäten verloren.

(Beifall bei der CDU)

Weshalb die wirtschaftspolitische Märchenstunde von Herrn Plaue auch noch mit einem Handschlag des MP belohnt worden ist, wird mir ein Rätsel bleiben.

(Senff [SPD]: Euch fasst ja schon niemand mehr an!)

Man mag vieles in Niedersachsen gnadenlos und ohne Skrupel mit Mehrheit beschließen können, aber die Regeln von Adam Riese können Sie nicht außer Kraft setzen. Es gibt auch die normative Kraft des Faktischen. Wie sieht denn die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in Wirklichkeit aus? - Nicht nur, dass wir über Jahre hinweg eine schlechtere Entwicklung als die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen hatten - nein, wir liegen auch jetzt, im Jahre 2001, bei einem schlechten Wert von ca. 0,5 % Wachstum, wäh-

rend Hessen einen Wert von plus 2,1 %, Baden-Württemberg von plus 2 % und Bayern von plus 1,2 % zu verzeichnen haben. Dass das CDU-regierte Saarland jetzt einen Wert von plus 1,4 % aufweist und nur das SPD-regierte Schleswig-Holstein einen noch schlechteren Wert als Niedersachsen hat, zeigt, dass in der Frage des Erfolges in der Wirtschaftspolitik schon ein Zusammenhang damit besteht, ob die CDU oder die SPD regiert, meine Damen und Herren!

(Senff [SPD]: Ich habe es geahnt!)

Der Aufschwung in Hessen und im Saarland zeigt das in aller Klarheit.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Die nackten Zahlen beweisen, dass die von der Landesregierung und insbesondere von der Wirtschaftsministerin veröffentlichten Investitionsprogramme reine Rosstäuscherei sind. Es gibt kein Investitionsprogramm von 2,2 Milliarden DM im Lande Niedersachsen. Hier sind Mittel hinzugezählt worden, die der Bund vergibt, sowie mögliche Investitionen der Bahn AG und anderer privater Investoren. Mich wundert es, dass Sie noch nicht darauf gekommen sind, die Investitionen von VW, von Conti, von Siemens oder der Eigenheimbauer zu Ihrem Investitionsprogramm hinzuzurechnen.

(Möllring [CDU]: Das kommt noch!)

Das Vorziehen von Investitionen bedeutet lediglich die Zusage der Landesregierung, die mit dem Haushalt verabschiedeten Mittel schnell umzusetzen. Wenn Sie das aber jetzt erst machen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann hat die Landesregierung in den Vorjahren den Einsatz von Landesinvestitionen verschleppt und verzögert.

(Beifall bei der CDU)

Wie in der Verkehrspolitik hat die Wirtschaftsministerin nach elf Jahren SPD-Wirtschaftspolitik jetzt quasi ein Chaos übernommen. Sie müssen den in zehn Jahren angehäuften Schutt einer verfehlten Wirtschaftsförderung, einer antiquierten und bürokratischen Mittelstandsförderung mühsam beiseite räumen. Schon der erste Blick in die Förderkassen war bei der Frau Ministerin eine Mischung von mühsam unterdrückter Erregung und blankem Entsetzen. Ihr Vorgänger hat leere Förderkassen

und sogar noch Schuldverschreibungen für die Fördermittel der nächsten Jahre hinterlassen.

Die Bürokratie in der Wirtschaftsförderung feiert in Niedersachsen fröhliche Urständ. Die Wirtschaftsministerin hat vor wenigen Tagen selber eingestanden, dass Niedersachsen hinsichtlich der Wirtschaftsförderung im Vergleich mit anderen Bundesländern im letzten Drittel liegt. Die Bearbeitung von Förderanträgen - das ist unglaublichdauert in Niedersachsen zwischen acht und 15 Monaten. Es kommt nach zwölf Jahren SPD-Regierung einer Bankrotterklärung gleich, wenn die Wirtschaftsministerin wörtlich erklärt: Wir können so nicht weitermachen. Gerade wenn das Geld knapp ist, muss das Verfahren optimal sein.

Man kann ein Land nicht schlechtreden, was uns von der CDU immer wieder vorgeworfen wird.

(Mientus [SPD]: Ihr versucht es aber immer wieder!)

Man kann ein Land aber schlecht regieren. Das ist die bittere Realität in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU)

In der Gabriel-Amtszeit wurde dem Mittelstand alles versprochen. Aber allen schlechten Rahmenbedingungen für den Mittelstand wurde in Berlin zugestimmt. Die niedersächsischen Unternehmerverbände haben dazu am 28. Juli 2001 erklärt: Bei den wesentlichen Themen auf Bundesebene hat uns Herr Gabriel nicht unterstützt, oder er hat in letzter Minute einen Rückzieher gemacht. - Das ist die Ausgangssituation!

(Beifall bei der CDU)

Durch diese wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen haben Sie die Investitions- und Beschäftigungsfähigkeit des Mittelstandes entscheidend geschwächt.

(Beifall bei der CDU)

Von den Versprechungen, Ankündigungen und Zukunftsentwicklungen ist nichts übrig geblieben außer einem angstvoll und mutlos zusammengeschusterten Haushalt: keine Impulse für die Zukunft des Landes, vor allem aber keine Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung, für Beschäftigung und für den ländlichen Raum. Auch das muss erwähnt werden.

Im Übrigen sind die Ansagen der neuen Wirtschaftsministerin im Klartext eigentlich ein Offenbarungseid für die Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts der SPD-geführten Landesregierung, die sich immer mit tollen Broschüren glanzvoll darstellen will. Wer als Abgeordneter über Jahre hinweg die Wirtschaftspolitik verfolgt hat, wer erleben musste, wie die SPD-Betonfraktion in diesem Hause alle kreativen Vorschläge der CDU-Fraktion abgeschmettert hat,

(Zurufe von der SPD)

- die Wahrheit ist schmerzlich, ich weiß das wohl! -

(Beifall bei der CDU)

wer die Hochglanzbroschüren und die Antworten auf Große Anfragen der SPD-Fraktion, z. B. "Moderne Wirtschaftspolitik für Niedersachsen - Bilanz und Ausblick" nachliest - ich habe das einmal mitgebracht -, muss sich mühsam beherrschen, um nicht in einen Lachkrampf zu fallen.

Da steht z. B.:

"Seit 1990 verfolgt die Niedersächsische Landesregierung konsequent eine aktive, potenzialorientierte Wirtschaftspolitik für Niedersachsen."

(Beifall bei der SPD)

"Damit hat sie messbar Erfolg. Wo lässt sich das besser nachweisen als am Wirtschaftswachstum!"

Das muss auch jetzt gelten!

Im Übrigen, meine Damen und Herren, wer die Hochglanzbroschüren - ich habe eben darauf hingewiesen - und jetzt das Versagen dieser Politik auch noch im Vergleich zu anderen Bundesländern sieht und anhand von Fakten bewertet, wer sieht und lesen kann, dass Frau Dr. Knorre jetzt frank und frei sagt, dass dramatischer Handlungsbedarf im Bereich der stärkeren Förderung von Gründern und Kleinbetrieben, im Bereich der Beschleunigung von Verfahren, im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, im Bereich der Bereinigung einer zersplitterten Förderlandschaft besteht, dem zeigt das in Wirklichkeit, dass SPD-Mehrheit seit Jahren einer Fiktion erlegen ist, nämlich der, für Niedersachsen eine gute und erfolgreiche Wirtschaftspolitik gemacht zu haben.

(Adam [SPD]: Das war keine Fiktion!)

Frau Dr. Knorre hat Ihnen ganz schlicht und ergreifend die Wahrheit um die Ohren geschlagen und damit natürlich auch deutlich gemacht, dass es ein fundamentaler Fehler war, gute Vorschläge der CDU-Fraktion einfach abzubügeln.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD: Welche?)

Es war ein Fehler, meine Damen und Herren, Anhörungen abzulehnen und den externen Sachverstand und Fachverstand zu scheuen wie der Teufel das Weihwasser. Das ist doch über lange Zeiträume hinweg die Realität gewesen. Es hat uns doch Mühe und Kraft gekostet, endlich in den letzten Wochen *eine* Anhörung zum Thema Mittelstand durchzusetzen.

(Adam [SPD]: Frau Präsidentin, ich will ein Handy!)

Die hat auch wirkliche Ergebnisse gehabt, die wir jetzt umsetzen werden. Wenn die Ministerin jetzt auch Vorschläge umsetzt, die wir gemacht haben, dann könnte ich das jetzt ganz zornig als "Ziehen von Raubkopien aus CDU-Anträgen" angreifen. Aber im Interesse des Wirtschaftsstandortes Niedersachsen neige ich eher dazu, das zu begrüßen, weil wir unabhängig von Fraktionen alle Möglichkeiten nutzen sollten, damit die wirtschaftliche Talfahrt in Niedersachsen nicht noch weiter zunimmt

(Beifall bei der CDU)

"Lausige Ergebnisse bei Umfragen" zur Konjunktur, wie sie noch nie da waren, so hat sich der Präsident der Landeszentralbank in Hannover in diesen Tagen öffentlich geäußert. Das zeigt doch in erschreckender Weise auch den politischen Handlungsbedarf auf.

Ich sage in aller Klarheit und Offenheit, mich stört etwas zusehends. Die Landesregierung und die SPD-Fraktion instrumentalisieren Osama bin Laden mehr und mehr als Alibi und Ablenkungsmanöver für eine verfehlte Wirtschaftspolitik im Lande!

(Adam [SPD]: Pfui! So etwas wird durchgelassen? - Weitere Zurufe von der SPD: Pfui!)

Vizepräsidentin Litfin:

Kollege Dinkla, das war mindestens unparlamentarisch, aber auch instinktlos. Ich möchte Sie bitten, so nicht fortzufahren.

(Senff [SPD]: So geht es nicht! - Adam [SPD]: So etwas ist unmöglich! Schämen Sie sich!)

Dinkla (CDU):

Ich sage jetzt weiter: Ich werde mir das sehr überlegen, Frau Präsidentin!

(Unruhe - Glocke der Präsidentin - Senff [SPD]: Unterbrechung! Ältestenrat!)

Ich sage Folgendes: Mit der Lage unserer Kommunen, der mangelnden Auftragslage im Handwerk, der schwierigen Lage in der Bauwirtschaft und bei den Speditionen, dem dramatischen Stellenabbau bei Großunternehmen mit der Verlagerung von Produktion ins Ausland hat der 11. September sehr wenig zu tun.

(Senff [SPD]: Das ist etwas für eine Karnevalsrede!)

Es ist und bleibt die konzeptionsarme Wirtschaftspolitik der Landesregierung, die diese Probleme eskalieren lässt. Der Einzelplan 08 ist kein Instrument, um die wirtschaftlichen Probleme dieses Landes in den Griff zu bekommen.

(Senff [SPD]: Ich gehe jetzt hinaus! Ich mache nicht mehr mit!)

Es ist und bleibt Stückwerk, und es wird nur eine Frage der Zeit sein, bis Sie auf weitere Vorschläge der CDU-Fraktion zurückgreifen, um diese Probleme zu bewältigen. Hoffentlich, kann ich nur sagen. Es lohnt sich bei diesem Einzelplan auch nicht, Einzelpositionen zu ändern. Das wäre quasi Beschäftigungstherapie.

(Schurreit [SPD]: Ihr habt keinen Vorschlag gemacht!)

Wir werden den Einzelplan 08 im Jahre 2003 insgesamt runderneuern. Das ist unsere Ansage. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD - Adam [SPD]: So ein Schmarrn!)

Vizepräsidentin Litfin:

Auch zur Wirtschaftspolitik spricht die Kollegin Frau Steiner von den Grünen.

(Senff [SPD]: Und das geht durch? - Zuruf von der SPD: Natürlich ist das durchgegangen! - Senff [SPD]: Der darf das doch nicht sagen, ohne einen auf den Kasten zu kriegen!)

Frau Steiner (GRÜNE):

Haben Sie das jetzt geklärt? - Soll ich also jetzt anfangen?

(Zuruf von der SPD: Nein, das war noch nicht geklärt!)

Vizepräsidentin Litfin:

Das Wort hat die Kollegin Frau Steiner.

(Senff [SPD]: Sofort Unterbrechung der Sitzung!)

Frau Steiner (GRÜNE):

Eine halbe Minute Redezeit ist mir schon verloren gegangen. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich mache jetzt nicht den großen Rundumschlag über die Konjunktur. Dazu fehlt uns als kleiner Fraktion leider auch die Zeit. Ich werde mich auf den Punkt konzentrieren, der für die Wirtschaftspolitik, für das wirtschaftliche Profil des Landes zentral ist, nämlich die Wirtschaftsförderung. Da kann über Landespolitik am meisten bewegt und profiliert werden.

Festzustellen ist, dass das Wirtschaftsministerium und insbesondere der Wirtschaftsförderfonds unter den allgemeinen Kürzungen nicht gelitten hat, sondern sogar noch zugelegt hat, allerdings nur nominell, weil das auf Bundeszuweisungen zurückzuführen ist.

Sehen wir uns an, was die Wirtschaftsministerin damit macht. Als Erstes Marketing. Sie produziert mehrfach Zeitungsüberschriften wie "Land pumpt Millionen in den Mittelstand" und vermarktet jedes ihrer Einzelprojekte extra. Vor professioneller Vermarktung könnte man ja Respekt haben. Aber man muss schon einmal feststellen, dass der Eindruck erweckt wird, die Landesregierung lege jede zweite Woche ein neues Programm auf und pusche die Wirtschaft enorm. In Wirklichkeit wird nur die ganz normale Mittelverteilung offensiv vermarktet.

Unbestreitbar gibt es erfolgreiche Programme im Rahmen des Landesdarlehensprogramms, z. B. das Existenzgründerinnenprogramm,

(Beifall bei der SPD)

nebenbei bemerkt eine rot-grüne Initiative aus der Zeit von 1990 bis 1994. Weiter gibt es die Gründeroffensive. Wir sind auch der Auffassung, dass das ausgeweitet werden muss. Das wird gut in Anspruch genommen. Das kann man an den Zahlen sehen.

Deswegen haben wir in unserem Änderungsvorschlag zum Haushalt z. B. auch in diese Richtung umgeschichtet. Es ist auch klar, warum. In dem Bereich der Existenzgründerinnen und der ganz kleinen Betriebe werden die meisten neuen Arbeitsplätze geschaffen, die auch über die Jahre hinweg bestehen bleiben, im Gegensatz zu den Großunternehmen, die eher Arbeitsplätze abbauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings hat sich an der grundsätzlichen Verteilung im Wirtschaftsförderfonds wenig geändert, an der mangelnden Transparenz, an der mangelnden Effizienzkontrolle der Wirtschaftsförderung auch nicht. Welcher Anteil an Großunternehmen geht, kann man nicht klar herausrechnen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wollen die auch nicht!)

Welche Ergebnisse mit Hilfe der Förderung bewirkt wurden, erfährt man nicht. Die Vermutung liegt nahe, dass bis heute auch im Wirtschaftsministerium keine Übersicht darüber besteht, wie viel als reiner Mitnahmeeffekt zu rechnen ist, gerade bei Großunternehmen, und wie viel tatsächliche Innovation voran getrieben worden ist und Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Wir haben das bereits im Frühjahr in einem Antrag gerade zur Wirtschaftsförderung thematisiert.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir haben gefordert, dass man die Mittel auf den Mittelstand konzentriert, die Großunternehmen herauslässt, dass man Transparenz herstellt, dass man ein Controlling schafft, dass man überprüft, wie viel die Förderung zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen hat, und danach die weitere Förderung bemisst.

Die Anhörung im November hat gezeigt, dass wir mit diesen Forderungen voll ins Schwarze getroffen haben und dass da auch ein großer Handlungsbedarf besteht. Wir fordern, dass die Wirtschaftsförderung entsprechend umstrukturiert wird. Auf dieser Basis halten wir es dann auch für durchaus möglich, den Wirtschaftsförderfonds um 27 Millionen DM zu reduzieren und die Mittel auf den Mittelstand zu konzentrieren bei gleichzeitiger Herausnahme der Großunternehmen.

Wir sind, wie man inzwischen wohl festgestellt hat, keineswegs wirtschaftsförderfeindlich. Aber wir wollen, dass die Wirtschaftsförderung sinnvoll und effektiv eingesetzt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Wirtschaftsministerium hat ohnehin in diesem Haushalt stillschweigend den Teil des Ökofonds vereinnahmt, der nicht für die neuen Energien in das Umweltministerium gegangen ist. Auf die im Sommer angekündigten überarbeiteten positiven Richtlinien warten wir noch bis heute. Sie waren für Oktober angekündigt.

Ein zusätzlicher Punkt, gerade weil der Ökofonds mit vereinnahmt worden ist: Wir fordern mit Nachdruck, dass Sie auch in der Wirtschaftsförderung die riesige Chance ergreifen, mit Umweltschutz die Wirtschaft zu beleben und Arbeitsplätze zu schaffen. Das haben Sie, Frau Ministerin, bisher als grünen Schnickschnack abgetan. Ich finde, 300 000 DM für eine Infoplattform für Produktionsoptimierung im Umweltschutz reichen nicht aus, um mich von Ihrem Sinneswandel zu überzeugen.

Mit der hohen Summe, die für Wirtschaftsförderung zur Verfügung steht, kann man der Entwicklung für Niedersachsen die richtige Richtung geben. Deshalb muss das Land seine Fördermittel zukunftsfähig einsetzen. Dann kann es auch beim Weg aus der Rezession die Nase im Vergleich mit anderen Ländern vorne haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Litfin:

Für die Regierungsfraktion spricht zum Bereich Wirtschaft der Kollege Schurreit.

Schurreit (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 08 für die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Häfen, Tourismus, Energie ist der zentrale Haushaltsbereich, was die Investitionsaktivitäten des Landes insgesamt anbetrifft. Er entscheidet vor allem über die Nettokreditaufnahme des Landes.

Ich freue mich, dass der Einzelplan 08 im Jahre 2002 mit 1,57 Milliarden Euro und im Jahre 2003 mit 1,65 Milliarden Euro eine weitere leichtere Steigerung zu verzeichnen hat. In der niedersächsischen Wirtschaftspolitik wird nicht gekürzt. Im Land wird mehr investiert, und das soll so bleiben.

Das wichtigste Förderinstrument ist und bleibt der Wirtschaftsförderfonds. Das Fördervolumen beträgt 137 Millionen Euro und liegt damit um 18 Millionen Euro über dem letztjährigen Haushaltsansatz. Das wird dadurch erreicht, dass dem Wirtschaftsförderfonds in den kommenden Jahren direkt aus dem Landeshaushalt 25 Millionen Euro zugeführt werden. Das ist eine besondere Anstrengung des Landes und eine Unterstützung durch den Ministerpräsidenten in Bezug auf sein Projekt "Förderung des Mittelstands". Damit können wir die gewerbliche Wirtschaft verstärkt unterstützen. Mit erhöhten Barmitteln werden wir das Technologieprogramm und auch die Kommunikationstechnologie in diesem Land fördern.

Nun zu den Schwerpunkten der Mittelstandsförderung. Erstens. Das Landesdarlehensprogramm wird 2002 die bisherige Höhe erreichen. Zweitens. Für das Existenzgründerinnenprogramm geben wir im nächsten Jahr 1 Million Euro mehr aus, und zwar insgesamt 4,6 Millionen Euro in den Jahren 2002 und 2003.

Diese beiden Programme sind nach wie vor sehr erfolgreich. Mit der Refinanzierungsmöglichkeit durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau können wir das Kreditvolumen vervierfachen. Die Konditionen sind so interessant, dass sie auch in Anspruch genommen werden. Die neuesten Zahlen machen deutlich, dass mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 260 Millionen DM 11 000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen worden sind. Das ist eine exzellente Erfolgsbilanz.

Was das Existenzgründerinnenprogramm anbetrifft, so werden Gründungen und Übernahmen vor allem im Bereich Handel, Handwerk und freie Berufe mit zusätzlich 10 Millionen DM unterstützt, was zu einer Sicherung von mehr als 500 Arbeitsplätzen führt.

Drittens. Die Gründungsoffensive Niedersachsen ist im letzten Jahr gestartet worden. Mit beiden Programmteilen, Meisterprämie und auch Grün-

dungszuschuss, werden Gründungen und Betriebsübernahmen im Handwerk unterstützt. Beide Programme laufen exzellent und zeigen genau die Impulswirkung, die wir uns vorgestellt haben.

Viertens. Mit der jüngsten Initiative des Landes, was den Bereich der Selbständigen anbetrifft, gelingt es hervorragend, mit dem Bonussystem als Hebel, d. h. dem direkten Einsatz von Landesmitteln, Aktivitäten in den niedersächsischen Regionen anzuschieben.

Fünftens. Das Land beschreitet zielorientiert den Weg der Innovationsförderung. Hierzu werden in den Jahren 2002 und 2003 jeweils rund 60 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Wir konzentrieren uns dabei auf die Bereiche, in denen wir besondere Potenziale und auch Markterfolge haben. Das ist eindeutig die Biotechnologie, der Bereich neue Materialien, die Mikrosystemtechnik, Informations- und Kommunikationssysteme, E-Commerce und vor allem die Mobilitätswirtschaft.

Die Verkehrspolitik ist der zweite große Investitionsbereich.

Erstens. Mit der Überschrift "Niedersachsen ist am Zug" ist das Nahverkehrsprogramm 2001 bis 2005 der Öffentlichkeit bekannt geworden. Das Land wird 1,6 Milliarden in ÖPNV-Projekte investieren. Davon profitieren nach der EXPO vorrangig die Regionen außerhalb des Großraums Hannover. Es werden besser ausgebaute Eisenbahnstrecken, bequeme schnelle Fahrzeuge, saubere und gut ausgebaute Bahnstationen Priorität haben, und der Erfolg kann sich sehen lassen. Sie können das als Nutzer der Eisenbahn überall erkennen.

Vizepräsidentin Litfin:

Herr Kollege Schurreit, der Kollege Eppers möchte Ihnen eine Frage stellen.

Schurreit (SPD):

Kleinen Moment! - Wir setzen dabei auf den Wettbewerb der Verkehrsanbieter; denn Konkurrenz - so unsere Meinung - belebt das Geschäft.

Zweitens. Die Regionalisierungsmittel belaufen sich in 2002 auf 544 Millionen Euro und 2003 auf 615 Millionen Euro. Hinzu kommen Darlehensrückflüsse aus Vorfinanzierungen, z.B. für das dritte Gleis der Strecke Lüneburg - Hamburg, sowie GVFG-Mittel. Wir haben in beiden Jahren einen erhöhten Ansatz. Die Investitionen, die 1999

noch zu 55 % direkt nach Hannover und nur zu 45 % ins flache Land geleitet wurden, werden in der Zukunft umgesteuert und zu 90 % in das flache Land fließen, während der Rest nur Abwicklungsinvestitionen in der Stadt Hannover betrifft. Diese Absichtserklärung der Landesregierung wird von der SPD-Landtagsfraktion voll unterstützt.

(Zustimmung bei der SPD)

Drittens. Für den Landesstraßenbau stehen Mittel für Unterhaltung und Instandsetzung in gleicher Höhe wie in den letzten Jahren zur Verfügung. Eine Zustandserfassung der 8 300 km Landesstraßen zeigt, dass sich der Zustand der Landesstraßen in den letzten Jahren nicht entscheidend verschlechtert hat.

Viertens. Beim Radwegebau an Landesstraßen sind wir um Kürzungen nicht herumgekommen. Niedersachsen ist im Vergleich aller Bundesländer das Land mit der größten Dichte von Radwegen an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Die führende Position bleibt auch bei Senkung des Haushaltsansatzes für Radwege an Landesstraßen - nur über sie reden wir - gesichert. Wir wollen zwei Jahre lang eine schöpferische Pause einlegen und vor allem das ergänzende Programm PROLAND so nutzen, dass Radwanderverbindungssysteme und vernetzte Strukturen in den jeweiligen Regionen aus diesem Topf mit gefördert werden. GVFG-geförderte Radwege der Kommunen werden weiter gebaut. Bestehende Verpflichtungsermächtigungen zum Bau von Radwegen werden eingehalten.

(Dr. Stratmann [CDU]: Das ist doch eine Selbstverständlichkeit!)

Herr Dinkla hat hier von einem angstvollen und mutlosen Haushaltsplan gesprochen. Er hat auf die kreativen Vorschläge der CDU-Fraktion hingewiesen. Ich möchte Sie daran messen. Sie haben sehr spät ein Papier vorgelegt und darin nur drei Veränderungen zum Wirtschaftshaushalt vorgeschlagen. Erstens haben Sie etwas zum Bau von Radwegen an Landesstraßen gesagt. Dazu habe ich Ausführungen gemacht.

Als Zweites haben Sie ausgeführt, dass Sie den Ansatz für Landeswerbung auf null zurückfahren wollen. Das ist für mich ein völlig unverständlicher Sparvorschlag.

(Zuruf von der CDU: Wir wollen nur keine Regierungswerbung!)

Das Land Niedersachsen steht, was den Einsatz von Mitteln für Akquisitionen für ansiedlungswillige Unternehmen angeht, im Vergleich der Bundesländer heute schon an einer hinteren Stelle. Diesen Ansatz auf null zurückführen zu wollen, zeugt von höchster Inkompetenz, Hermann Dinkla.

(Beifall bei der SPD)

Völlig unverständlich ist die Annahme - das möchte ich in der Öffentlichkeit deutlich erklären -, dass bei den Förderabgaben für Erdgas und Öl angesetzten 260 Millionen zusätzlich 150 Millionen eingeworben werden können. Das ist eine abstruse Vorstellung. Die Praxis hat Sie da überholt: Die Fördermenge und damit die Einnahmemöglichkeiten sind von uns im Haushalt realistisch bewertet worden.

Ich möchte nur noch einmal deutlich machen: Das ist die Substanz Ihrer Anträge zum Haushalt. Es kommt ein bisschen Rauch, aber nichts Inhaltliches.

Ich möchte betonen, Hermann Dinkla: Die Aussage, dass gute Vorschläge von eurer Seite von uns abgebügelt worden sind, weise ich vehement zurück. Bei vernünftigen Veranstaltungen - ob das bei dem Bau von Autobahnzubringern oder von Autobahnteilen war - haben wir zugunsten der Region ein gemeinsames politisches Vorgehen organisiert. An dieser Stelle zu sagen, dass wir euch abgebügelt hätten, ist schlicht eine Frechheit und entbehrt jeglicher Grundlage.

(Beifall bei der SPD - Dinkla [CDU]: Das können wir beweisen! Lest doch einmal die Protokolle!)

Der Vergleich mit Osama bin Laden, Hermann Dinkla, den du hier angebracht hast, ist eigentlich nicht dein Stil. Normalerweise konzentrieren wir uns im Wirtschaftsausschuss auf die inhaltliche Diskussion. So sollte auch bei diesem Thema verfahren werden. Eine solche Form und Sprache in der Auseinandersetzung zu wählen, fällt auf Sie zurück.

(Beifall bei der SPD)

Der Einzelplan 08 hat nach wie vor ein sehr hohes Niveau. Damit ist das Land seiner wirtschafts- und verkehrspolitischen Verantwortung in vollem Umfang nachgekommen. Damit wird die Schaffung eines modernen Niedersachsens eingeleitet. Die Schwerpunkte bei der Verteilung in diesem innovativen Bereich, was die Wirtschaftsförderung und die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur angeht, habe ich Ihnen dargestellt. Die Neugründungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Niedersachsen sind hervorragend und können sich im Ländervergleich sehen lassen. Das ist unbestritten.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass wir mit der Wirtschaftspolitik in Niedersachsen führend sind, dass wir eine gute Politik machen. Das hat auch etwas mit unseren Ministerinnen und Ministern und dem gesamten Apparat zu tun. Das werden wir noch viele Jahre so machen; denn das soll weiterhin so bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Litfin:

Der CDU-Kollege Eppers spricht ebenfalls zum Einzelplan Wirtschaft und Verkehr.

Eppers (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst zu Ihnen, Herr Kollege Schurreit. Wir hören das hier ja des Öfteren. Ich kann das jetzt nur noch als Märchenstunde und Realitätsverlust bezeichnen. Was Sie eben beschrieben haben, ist nicht die wirtschaftliche Situation, wie sie sich heute in Niedersachsen darstellt.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte von Ihnen einmal hören, wie Sie zu der Kritik stehen, die Frau Dr. Knorre bei Übernahme ihres Amtes an der Wirtschaftspolitik der Landesregierung geübt hat. Sie haben hier eben erzählt, dass die Wirtschaftsprogramme und alles andere toll seien. Das Einzige, das ich jetzt als weniger toll empfinde, ist, dass man nicht mehr 15 Monate auf einen Ablehnungsbescheid warten muss, sondern nur noch neun Monate. Das wird von Ihnen als Fortschritt bezeichnet. Für den Unternehmer aber macht es keinen Unterschied. Er bekommt die schlechte Nachricht nur ein paar Monate früher. Das ist die Realität in Niedersachsen, lieber Wolfgang Schurreit. An dieser Realität muss etwas geändert werden. Wir müssen mit der Wirtschaft ehrlich sprechen. Wir dürfen in Pressemitteilungen, bei großen Auftritten und bei IHK-Neujahrsempfängen nicht immer so tun, als ob wir im Haushalt noch Geld in Hülle und Fülle hätten. Die Mittel sind in den letzten elf Jahren fast auf Null gefahren worden. Das muss man an dieser Stelle auch einmal so deutlich aussprechen dürfen.

(Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein wichtiger Bestandteil des Einzelplans 08 ist der Bereich Straßenbau/Verkehrsinfrastruktur. Die beste Wirtschaftsförderung, die man betreiben kann, ist, eine gute und moderne Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung zu stellen. Dort, wo die Verkehrsinfrastruktur gut und modern ist, siedeln sich Betriebe an. Dort entwickelt sich wirtschaftliche Wohlfahrt. Das sehen wir in vielen Ballungsund Wirtschaftsräumen nicht nur in Niedersachsen, sondern in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Die Frau Ministerin hat vor einigen Monaten selbst gesagt, dass das so ist. Ich glaube, das bestreitet hier in diesem Haus auch niemand.

Wenn man diesen sich selbst auferlegten Maßstab zur Richtschnur macht, dann muss man sagen: Die Verkehrspolitik der SPD-Landesregierung ist in den letzten elf Jahren im Prinzip gescheitert. Lieber Wolfgang Schurreit, wenn Sie hier sagen, Sie hätten unsere Vorschläge nie abgebürstet, und es sei alles in Ordnung gewesen, dann muss ich darauf hinweisen, dass es natürlich auch Gemeinsamkeiten gab, was wir nicht bestreiten. Wir dürfen in diesem Zusammenhang aber nicht vergessen, darauf hinzuweisen, dass die 1990 bis 1994 von der SPD geführte Landesregierung stolz darauf war und dies in Broschüren veröffentlicht hat, dass sie keinen einzigen zusätzlichen Kilometer Autobahn für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet hat.

Meine Damen und Herren, das sind der Grund und die Ursache dafür, weshalb wir in Niedersachsen in vielen Bereichen bei der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur nicht weiter vorankommen. Wir beide haben doch an der Verkehrskonferenz der IHK Wolfsburg teilgenommen, bei der wir über die A 39 und die A 14 gesprochen haben. Die Frau Ministerin war ja auch da. Wir haben aber noch nicht einmal den Lückenschluss der A 39 rechtzeitig hingekriegt. Dieser Lückenschluss wird erst Mitte 2005 bzw. 2006 realisiert, weil Sie von 1990 bis 1994 nicht den Mut hatten, den grünen Koalitionspartner zurechtzuweisen und ihm zu sagen, dass man Infrastruktur braucht, wenn man wirtschaftliche Entwicklung haben möchte. Das ist der Grund.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Punkt stehe ich nicht alleine. Am 7. Dezember hat die *Neue Osnabrücker Zeitung* berichtet - Frau Knorre, ein sinngemäßes Zitat -, dass die SPD den

Autobahnbau in Niedersachsen systematisch und planmäßig vernachlässigt habe. Das ist dort so nachzulesen und wird von uns auch unterstrichen. Die Feststellung, Frau Knorre, wird begrüßt. Nur, auch Sie dürfen nicht den Fehler begehen, dass Sie im Land vor den Medien immer die richtigen Feststellungen treffen, dann aber an dem Ort, an dem gehandelt wird - nämlich im Kabinett und hier -, nichts dazu sagen. Dort machen Sie das mit, was die Regierungsfraktion Ihnen vorher aufgeschrieben hat. Auch das werden wir Ihnen so nicht mehr durchgehen lassen können, sehr geehrte Frau Knorre.

Wir haben dafür ja Beispiele. Wenn Sie darauf hinweisen, dass nur die Hälfte der Landesstraßen kaputt sei, dann muss ich Ihnen entgegen halten, dass es für mich ein Skandal ist, dass von 8 000 km Landesstraßen nach Angaben des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums 60 % - das ist der letzte Stand - mittel bis schwer beschädigt sind und dass man jährlich 1 Milliarde DM brauchen würde.

(Adam [SPD]: 50 % sind in Ordnung!)

Dieses Geld haben wir angesichts der desaströsen Finanzlage, die im Wesentlichen Ihre Partei verursacht hat, aber nicht.

(Mientus [SPD]: Na, na, na, na, na!)

Das muss man hier einmal sagen. 1 Milliarde DM bräuchten wir. Sie stellen aber nur 100 Millionen DM zur Verfügung. Damit können Sie noch nicht einmal den Status quo erhalten.

(Schurreit [SPD]: Ja, natürlich!)

- Nein, das geht nicht. Wir werden uns in einigen Jahren sicherlich noch darüber unterhalten müssen, dass nicht 60 % der Landesstraßen mittel bis schwer beschädigt sind, sondern 70 %.

Man muss sich auch über die Frage unterhalten, inwieweit andere GVFG-Förderbereiche wie bisher aufrecht erhalten werden können; denn wenn die Straßen kaputt sind, wird es schwer sein, den öffentlichen Personennahverkehr mit Bussen usw. aufrecht zu erhalten. Deshalb fordern wir für die Zukunft stärkere Bemühungen als bisher, den kommunalen Straßen- und Radwegebau aus dem Landeshaushalt zu unterstützen.

(Schurreit [SPD]: Dann müsst ihr solche Anträge auch stellen!)

- Wissen Sie, mit den Anträgen ist das immer so eine Sache.

(Schurreit [SPD]: Ihr werdet gemessen an dem, was ihr fordert!)

Man bildet Schwerpunkte, und trotzdem werden wir zu allen Bereichen des Haushalts Stellung nehmen und sagen, dass gerade Ihre Verkehrs- und Wirtschaftspolitik, die Sie seit elf Jahren zu verantworten haben, das Land in eine Sackgasse geführt hat.

(Beifall bei der CDU - Schurreit [SPD]: Nicht nur den Mund spitzen, sondern auch pfeifen!)

Ich habe ja gesagt: Wenn ich die Aussagen von Frau Knorre draußen und Ihre Äußerungen hier miteinander vergleiche, dann kann ich nur feststellen, dass Anspruch und Wirklichkeit sehr weit auseinander fallen. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie sich sehr gut überlegen, wie es mit dem Land Niedersachsen in den nächsten Monaten weitergehen soll. Spätestens nach der Landtagswahl werden wir eine andere, eine erfolgreiche Verkehrs- und Wirtschaftspolitik für Niedersachsen gestalten und mit unserer Mehrheit in diesem Hause dann auch durchsetzen.

(Beifall bei der CDU - Adam [SPD]: Wo? - Mientus [SPD]: Gewinnt doch erst mal die Wahl!)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Wenzel hat das Wort.

Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen, im normalen Leben sind Verträge zulasten Dritter zumindest sittenwidrig, manchmal auch noch schlimmer. In der politischen Welt der Landesregierung und der SPD-Fraktion ersetzen sie eine seriöse Haushaltspolitik oder sollen sie ersetzen. Beispiel: Autobahnbau und Bundesverkehrswegeplan. Sie bestellen, der Bund bezahlt. Sie bestellen massenhaft Projekte völlig ohne Augenmaß. Sie bestellen Projekte, die in diesem Land niemals finanziert werden können. Wenn man fragt, nach welchen Kriterien sie das gemacht haben, dann gibt es eine Fehlanzeige, dann können Sie die Kriterien nicht benennen.

Zweites Beispiel: Landesstraßen. Sie bauen Umgehungsstraßen im Zuge von Landesstraßen. Wer bezahlt? - Die Kommunen aus dem Haushaltstopf des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes. Der Landesrechnungshof hat festgestellt, dass das Ganze gesetzeswidrig ist, was Sie auch anerkennen mussten.

Drittes Beispiel: Radwegebau. Auch das alte Modell fifty/fifty ist schon ein Modell, das die Kommune zu Aufgaben heranzieht, die eigentlich Landessache sind.

(Mientus [SPD]: Wer radelt denn da?)

Baulastträger wäre eigentlich das Land. Wer aber zahlen soll, sind die Kommunen. Das alles ist Ihr Investitionshaushalt. Jetzt sollen die Kommunen noch mehr zahlen.

(Schurreit [SPD]: Die Summen stehen alle im Haushalt!)

Beispiel: "Niedersachsen ist am Zug" - ein Projekt, in dem viele gute Sachen stehen. Aber: Der Bund zahlt 2,5 Milliarden DM an Transfermitteln innerhalb von fünf Jahren. Das Projekt "Niedersachsen ist am Zug" ist mit 1,5 Milliarden DM ausgestattet. Wo ist die fehlende 1 Milliarde DM? Darüber reden Sie nie. Ich möchte das aber gern einmal hören.

Dann: Budgetierung im Bereich der Straßenbauverwaltung. Die Budgetierung soll jetzt kommen. Aber warum geht das so langsam? Jede Gemeinde ist hier schon viel, viel weiter als das Land. Auch hier hat man den Eindruck, dass das Dezember-Fieber zuschlägt. Ich wundere mich nicht allein darüber, warum so manche Landesstraße jetzt im Herbst noch schnell ausgebaut wurde, obwohl sie noch gar nicht an der Reihe war. Da sieht es immer so aus, als ob schnell noch etwas verbaut werden musste. Sie produzieren Planungsüberhänge im Bereich Straße, und Sie produzieren Planungsdefizite im Bereich Schiene. Dann haben Sie, Kollege Schurreit, Kollege Biel, den Radwegebau plattgemacht. Nun sagt mir der Kollege Plaue, Sie wollten mit Hilfe von EU-Mitteln Feldwegebau betreiben, was dann sozusagen das Projekt Radwegetourismus sei.

(Schurreit [SPD]: Ich habe dir doch erklärt, wie es geht! Das hast du nicht verstanden, Stefan! Das ist doch unerträglich!)

Dazu kann ich nur sagen: Früher haben die Feldmarkinteressentenschaften selbst beschlossen, wo ein Feldweg ausgebaut werden soll. Man hat vielleicht noch einmal die Gemeinde gefragt. Heute aber ziehen Sie die EU-Kommission heran, wollen das mit EU-Mitteln machen, und hinterher beschweren Sie sich darüber, dass alles so kompliziert ist und die EU-Kommission überall hineinregiert.

(Zuruf von Plaue [SPD])

- Herr Plaue, Sie konnten schon in Osnabrück nicht erklären, wieso das sinnvoll ist. Das können Sie auch heute nicht erklären. Anderenfalls können Sie noch einmal hier ans Rednerpult kommen und uns das verständlich machen. Ich verstehe nicht, warum das sinnvoll sein soll. Von daher kann ich nur sagen: Dieser Haushalt ist eine Luftnummer. - Vielen Dank.

Vizepräsident Jahn:

Mir liegt jetzt die Wortmeldung von Frau Ministerin Dr. Knorre vor. Bitte sehr!

Dr. Knorre, Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn es normalerweise nicht meine Art ist, eine Bemerkung kann ich mir nicht verkneifen: Sich als Trittbrettfahrer einer Konjunkturkrise zu betätigen, zeugt noch lange nicht von wirtschaftspolitischer Kompetenz.

(Beifall bei der SPD)

Mit Blick auf den Etat meines Ressorts kann ich feststellen, dass wir den Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen, sowohl hinsichtlich der Mittelausstattung als auch hinsichtlich der Schwerpunktsetzung in vollem Umfang gerecht werden können. Die Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen, sind - das ist, glaube ich, völlig klar -:

Erstens. Wir wollen unseren Unternehmen und dem Land helfen, durch diese Konjunkturkrise zu kommen. Ich kann Ihnen versprechen, das wird uns gelingen. Ich kann Ihnen auch versprechen: Der Aufschwung im nächsten Jahr ist unser Aufschwung und nicht Ihrer.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir werden gleichzeitig unsere Modernisierungspolitik für unsere Wirtschaft in Niedersachsen fortsetzen. Dabei lassen wir uns auch nicht von der Konjunkturkrise beirren.

Meine Damen und Herren, wir halten im Einzelplan 08 den Anteil der investiven Ausgaben in den kommenden Jahren nicht nur, sondern wir werden ihn deutlich nach oben fahren: von zurzeit 44,5 % auf über 49 % im Jahr 2003. Diese Zahlen sprechen für sich. Jede zweite Mark in meinem Haushalt wird investiv verwendet.

Meine Damen und Herren, ich habe es gesagt: Für mich bleibt die klare Ausrichtung auf die Modernisierung unserer Wirtschaft einer der Schwerpunkte. Ich nenne nur einige Beispiele; viele sind genannt; ich muss das nicht wiederholen.

Der Bereich Technologieförderung, der mir sehr am Herzen liegt, erfährt mit 60 Millionen Euro eine deutliche Aufstockung. Das ist im Vergleich zum Vorjahr fast eine Verdoppelung der Ansätze. Das kann sich wirklich sehen lassen.

Ein weiterer Schwerpunktbereich ist die Internetwirtschaft. Ich erwähne ihn deshalb, weil er so ein bisschen aus der Mode gekommen ist. Gleichwohl ist er ungebrochen wichtig für die Modernisierung unserer Unternehmen. Auch hier haben wir eine deutliche Aufstockung erreicht. Wir können insgesamt 6 Millionen Euro in diesen Bereich investieren. Damit setzen wir einen wichtigen Impuls für die Dienstleistungswirtschaft in unserem Land.

Meine Damen und Herren, zu den bewährten Darlehens- und Förderungsprogrammen muss ich, glaube ich, keine weiteren Ausführungen machen. Es ist gesagt worden, dass wir unsere Aktivitäten auf hohem Niveau weiterführen können.

Einen Punkt möchte ich aber noch anführen, weil er aktuell ist. Es ist meinem Haus nach harten Verhandlungen in Brüssel gelungen, unseren Spielraum insbesondere im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe wieder deutlich zu erhöhen. Sie wissen, vor einem Jahr konnten wir weitestgehend nur noch im Rahmen von Verpflichtungsermächtigungen agieren. Das ist inzwischen anders. Es ist uns nämlich gelungen, mit der Kommission zu vereinbaren, dass wir in ausschließlich GA-finanzierte Projekte der letzten zwei Jahre jetzt Ziel-2-Mittel einsetzen können. Das bringt uns zusätzliche Barmittel in Höhe von rund 30 Millionen Euro. Diese stehen uns jetzt kurzfristig zur Verfügung, und wir

können sie in unserem Investitionsbeschleunigungsprogramm einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Frau Ministerin, möchten Sie eine Frage des Kollegen Eppers beantworten?

Dr. Knorre, Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Ich würde gerne zu Ende reden.

Diese Möglichkeit haben wir genutzt. Ich bedanke mich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Hauses, die dies wirklich hervorragend verhandelt haben.

(Beifall bei der SPD)

Aber wichtig ist in der Tat auch - da stimme ich mit meinen Vorrednern überein, und das ist auch meine erklärte Absicht -, dass wir unsere Förderpraxis noch zielgenauer, noch effektiver ausrichten. Es ist gerade in Zeiten knapper Haushaltsmittel das Gebot der Stunde, hier unsere Anstrengungen zu verstärken. Dies habe ich bereits vor einem Jahr angekündigt; jetzt ist es, wie Sie wissen, umgesetzt. Wir haben die Kriterien für die Vergabe der Wirtschaftsfördermittel völlig neu geordnet und neu gewichtet. Wir haben ein internes Finanzcontrolling eingeführt, um eine effektive Steuerung zu erreichen. Und wir sind auch dabei, die Förderprogramme systematisch auf ihre Zielerreichung hin zu bewerten. Das zusammen bringt uns eine effiziente und effektive Wirtschaftsförderung. Wir haben neue Spielräume gewonnen und können damit auch neue inhaltliche Akzente setzen.

Meine Damen und Herren, nur noch eine kurze Anmerkung zur Verkehrspolitik. Hier geht es uns im Augenblick darum, unsere Investitionen so schnell wie möglich durch- und vorzuziehen. Wir wollen in der Tat unserem Vorsatz "Bauen jetzt" folgen. Ich bin dankbar für den Hinweis, dass im Augenblick so viel auf unseren Straßen gebaut wird. Das ist genau das, was wir machen wollen.

(Eppers [CDU]: Das sagen die Grünen, wir sagen das nicht!)

Das bestätigt mich darin, dass dieses Programm wirklich gut läuft und unsere Hausaufgaben gemacht sind.

Ich möchte auch noch einmal auf den Bundesfernstraßenbereich hinweisen, über den hier eben so heftig diskutiert wurde. Wir werden in Niedersachsen in den nächsten beiden Jahren 420 bis 430 Millionen Euro im Auftrag des Bundes verbauen. Das ist zwar Geld des Bundes, meine Damen und Herren, aber es ist die Leistung des Landes, dieses Geld hier in diesem Land zu investieren, und darauf kommt es an.

(Beifall bei der SPD - Eppers [CDU]: Und der Kommunen, die es gegenfinanzieren müssen!)

- Herr Eppers und Herr Dinkla, den Bauunternehmen ist es völlig egal, ob das Landes- oder Bundesgeld ist. Wichtig ist, dass wir es jetzt einsetzen, und das tun wir.

Unser Nahverkehrsprogramm "Niedersachsen ist am Zug" wurde erwähnt. Es ist deutlich geworden, dass wir hier einer sehr konsequenten Ausrichtung auf eine sehr offensive Bahnpolitik folgen. Wir haben unsere Ziele transparent gemacht und gesagt, welches unsere Maßnahmenpakete sind. Dieses Programm werden wir konsequent fortsetzen.

Ich gebe gerne zu, dass die Kürzungen im Radwegebau auch für uns schmerzlich waren. Aber ich sage auch ganz klar: Angesichts des hohen Niveaus, das wir in Niedersachsen im Radwegebau haben,

(Hoppenbrock [CDU]: Dank Albrecht!)

war diese Einsparung, die wir in meinem Einzelplan zu leisten hatten, vertretbar.

Meine Damen und Herren, abschließend noch folgender Hinweis: In den nächsten zwei Jahren steht die Vorbereitung zweier Milliardenprojekte im Mittelpunkt, die unser Land nachhaltig beeinflussen werden. Ich meine den Tiefwasserhafen und die Y-Trasse. Beide Großprojekte verlangen viel Aufmerksamkeit, viel Einsatz und natürlich auch die entsprechende finanzielle Begleitung. Das werden wir in den nächsten zwei Jahren zum Schwerpunkt machen.

(Adam [SPD]: Sehr gut! - Eppers [CDU]: A 14/A 39 müssen Sie auch sagen!)

Um es zusammenzufassen: Wir haben im Einzelplan 08 unseren Konsolidierungsbeitrag geleistet, wir haben aber ganz klare investive Ansätze und

ganz klare investive Schwerpunkte. Wir haben aber eben auch die richtige strategische Ausrichtung, und darauf kommt es an. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, wir wenden uns jetzt dem Bereich Bundes- und Europaangelegenheiten zu. Das Wort hat der Kollege Rabe.

Rabe (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin etwas verwundert, weil normalerweise die Opposition zuerst drankommt.

Vizepräsident Jahn:

Verehrter Herr Rabe, damit wir das gleich klarstellen: Der Kollege Wenzel hatte um Entzerrung seines abgegebenen Meldezettels gebeten. Er wollte, dass die Frau Ministerin erst das Thema Verkehr abhandelt. Dadurch sind Sie jetzt eins raufgerutscht. Er wird seinen Beitrag danach abliefern und Ihnen das Gehörige sagen. - Bitte sehr!

Rabe (SPD):

Herzlichen Dank, Herr Präsident.

Meine Damen und Herren, die Europapolitik ist traditionell ein relativ unstreitiger Haushaltsteil, wenngleich einer der strahlenden Höhepunkte einer jeden Haushaltsdebatte; das wissen wir.

Ich kann es relativ kurz machen und unseren Umwelt- und Landwirtschaftspolitikern einen Großteil meiner Redezeit überlassen.

(Mientus [SPD]: Die nehmen ja auch Europamittel!)

- Richtig.

Von den Oppositionsfraktionen liegt zum europapolitischen Teil kein Haushaltsantrag vor. Insofern sehe ich den Beiträgen meiner lieben Oppositionskollegen mit großer Spannung entgegen.

Der einzige Antrag, der zu diesem Haushaltsbereich gestellt worden ist, war der Aidshilfe-Antrag, den die SPD-Fraktion im Novemberplenum eingebracht hat und der dankenswerterweise auch einstimmig beschlossen worden ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte trotzdem drei Akzente deutlich machen, die der Doppelhaushalt, der unter dem Zeichen der Euro-Bargeldeinführung steht, setzt.

Zunächst einmal: Wir als Land sind weit voran mit der Akquisition einer neuen Vertretung in Brüssel. Das ist, glaube ich, ein unstreitiger Bereich. Die neue Landesvertretung dient der Unterstützung der ausgezeichneten Arbeit unser Landesbediensteten dort, für die ich mich bei dieser Gelegenheit ausdrücklich bedanken möchte.

(Zustimmung von Buß [SPD])

- Vielen Dank, Kollege Buß.

Wir werden auf diese Weise auch weitaus bessere Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen. Das ist eine sehr gute Sache.

(Beifall bei der SPD)

So wird jetzt Niedersachsen als erstes deutsches Land über das Europäische Informationszentrum eine Informationskampagne zur EU-Osterweiterung durchführen. Das ist sicherlich sehr erforderlich.

Der dritte und letzte Punkt, den ich hervorheben will, ist die hervorragende Akquisition von EU-Fördermitteln für Niedersachsen bis zum Ende der Förderperiode 2006. Sie wissen, wir haben mit fast 1,5 Milliarden Euro den Betrag für Niedersachsen fast verdoppeln können. Vor diesem Hintergrund sind die Attacken von Herrn Wulff,

(Mientus [SPD]: Mit seinem Hilfssheriff Busemann!)

der jetzt nicht hier ist, gegen unseren Minister Wolfgang Senff nur noch als absurd zu bezeichnen

(Beifall bei der SPD)

Falsch ist auch die Behauptung von Herrn Wulff, wir würden in Niedersachsen keine ausreichende Gegenfinanzierung für europäische Fördermittel vornehmen. Der Ministerpräsident selbst und Minister Senff haben mehrfach sehr deutlich gesagt: Wir lassen keinen Euro für Niedersachsen verfallen. - Die SPD-Fraktion steht geschlossen dahinter.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Kapitel 02 03 macht Niedersachsen fit für Europa. Ich bin froh darüber, dass wir trotz allem wenigstens in diesem Punkt Einigkeit gefunden haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Nun hat Herr Kollege Wenzel das Wort. Bitte sehr!

Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss wohl noch ein bisschen Wasser in den Wein gießen.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich habe mir heute noch einmal diese Rede hier ausgedruckt. Es sind ungefähr 15 Seiten. Darüber steht: Eine starke Region in Europa - das neue Niedersachsen gestalten. - Das ist die Regierungserklärung von Ministerpräsident Gabriel. Darin ging es zehn Seiten lang um Europa. Herr Senff, Sie sind in der Tat als Tiger gestartet. Aber ich glaube, wir befinden uns heute in einer völlig anderen Situation, und auch Sie sind in einer völlig anderen Situation. Jetzt sind sie nicht Tiger, jetzt sind Sie eher Bettvorleger.

(Widerspruch bei der SPD)

Der Haushalt ist trotz moderater Anpassung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit - wir haben beim letzten Mal über Eastern Cape gesprochen - wirklich ein Armutszeugnis. Dieser Haushaltstitel ist sehr klein. Auch wenn man ihn um 50 % erhöht, ist es im Vergleich zum Gesamtvolumen eigentlich eine sehr kleine Summe. Aber wenn man eine so fette Regierungserklärung hält, dann erwarte ich doch, dass hinterher ein bisschen mehr kommt.

Das Europäische Informationszentrum ist eine gute Sache. Aber es ist auch nur durch Umschichtungen auf Kosten anderer Maßnahmen finanziert worden.

(Mientus [SPD]: Welcher denn?)

Die Ausbildung und Entsendung von Personal des Landes - ich meine die Titelgruppe 72, Kosten der Entsendung von Landesbediensteten - ist mit sage und schreibe 24 000 Euro ausgestattet. Dazu heißt es immer, es werde aus den Ressorts finanziert. Aber wenn man nachfragt, wie es denn funktioniert, wird geantwortet: Die Ressorts haben keine Mittel dafür. Denn die wollen nicht, dass ihre Leute in Brüssel sind und ihnen im Haus fehlen.

(Mientus [SPD]: Reden Sie doch nicht wie der Blinde von der Farbe!)

Mit anderen Worten: Dieses Programm klappt hinten und vorne nicht. Es gibt keine Finanzierung. Dieses Programm ist bislang eine Luftnummer. Ich glaube, dass es ein elementares Anliegen ist, an diesem Punkt voranzukommen und unsere Leute für Europa fit zu machen, indem sie für ein halbes oder ein Jahr nach Brüssel gehen. Wenn sie dann zurückkommen, kennen sie sich in dem Laden aus und können wirklich etwas bewegen. Bayern hat das vorgemacht. Niedersachsen hat auf diesem Gebiet noch ungeheuer viel aufzuholen.

Herr Senff, Sie müssen einmal genau aufschlüsseln, wie viele Leute bisher nach Brüssel gegangen sind, aus welchen Häusern sie kamen, wie lange sie dort waren usw. usf. Ich weiß nur: Die Mitarbeiter sind mit dem Programm, so wie Sie es aufgelegt haben, in hohem Maße unzufrieden.

An dieser Stelle will ich auf weitere Beispiele verzichten, weil ich meinen Kollegen die Redezeit nicht wegnehmen will. Ich will aber noch sagen: Hier ist viel heiße Luft, und hier muss noch eine ganze Menge getan werden. Das, was getan wurde, steht in keinem Verhältnis zu dem, was in der Regierungserklärung versprochen wurde. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Nun hat Herr Kethorn das Wort.

(Frau Wörmer-Zimmermann [SPD]: Er hat die Rede von von der Heide! Die soll er vorlesen!)

Kethorn (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wenzel hat eben angekündigt und hat es auch getan, er wolle noch etwas Wasser in den Wein gießen. Ich will zusätzlich Wasser in den Wein gießen.

(Zuruf von Mientus [SPD])

Ich komme zu einer anderen Bewertung, Herr Mientus, als der, die Herr Rabe über die Europapolitik der Landesregierung abgegeben hat.

(Mientus [SPD]: Wo ist denn der Europafachmann Busemann?)

Wer in den vergangenen Jahren die Europapolitik der Landesregierung verfolgt hat, kommt zu der Feststellung, dass Anspruch und Wirklichkeit eklatant auseinander klaffen.

Meine Damen und Herren, vor zwei Jahren, als Ministerpräsident Gabriel seine Regierungserklärung abgab,

(Frau Wörmer-Zimmermann [SPD]: Die war gut!)

hat er darin als eine wesentliche Schwerpunktsetzung seiner Politik die Europapolitik hervorgehoben, und er hat das Kabinett um eine Position, nämlich um Minister Senff, erweitert. Wer allerdings diesen Haushalt näher untersucht, kommt zu der Feststellung, dass es eine klare Schwerpunktsetzung überhaupt nicht gibt. Da die Schwerpunktsetzung nachweislich nicht erkennbar ist, kann die Landesregierung auch nicht den Anspruch erheben, die Europapolitik an die vorderste Stelle zu setzen. Aber vor allem muss sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass ein Minister zu viel in diesem Kabinett ist, und das ist der Europaminister Wolfgang Senff.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, im Haushaltsplan gibt es an vielen Stellen unklare und unbestimmte Positionen. Es entsteht hier und da durchaus der Eindruck, Herr Rabe, dass der Zweck bestimmter Ausgaben verschleiert werden soll.

(Mientus [SPD]: Sie hätten doch nachfragen können!)

Wenn wir die Ausgabenpositionen durchgehen - es gibt dort viele Ausgabenpositionen -, so müssen wir feststellen,

(Mientus [SPD]: Warum ist die Opposition eigentlich nicht europatauglich?)

dass die Zuschüsse für laufende Ausgaben im Inund Ausland nicht klar nachvollziehbar sind. In vielen Fällen ist nicht klar, welcher Empfänger konkret welche Mittel in welchem Land bekommt. Hier wäre eine bessere Erklärung durch die Landesregierung auch bei der Einbringung des Haushaltes bei uns im Europaausschuss vonnöten gewesen.

Meine Damen und Herren, ich möchte drei Dinge kurz ansprechen.

Am Anfang des Jahres ist das Europäische Informationszentrum mit großen Brimborium eröffnet worden.

(Mientus [SPD]: Es war Mai, nicht Anfang des Jahres!)

Ich will hier keine Kritik an der Einrichtung an sich üben; sie ist notwendig, und wir haben Sie politisch immer unterstützt. Wer aber ein Europäisches Informationszentrum will, meine Damen und Herren, muss für die sachgerechte Aufgabenerfüllung auch die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die notwendigen Finanzmittel sind in diesem Haushalt aber nicht zur Verfügung gestellt worden.

(Mientus [SPD]: Das ist nicht zu fassen!)

Ich erwähne dies vor dem Hintergrund, Herr Mientus, dass das Europäische Informationszentrum bereits mehrere Veranstaltungen durchgeführt hat und in Zukunft weitere durchführen will. Dies werden wir auch unterstützen. Aber diese Veranstaltungen können nur dann durchgeführt werden, wenn Dritte entsprechende Mittel zur Verfügung stellen. Sonst werden diese Veranstaltungen durch die Staatskanzlei nicht gebilligt. Gerade vor dem Hintergrund, dass wir uns in der Phase vor der Erweiterung der Europäischen Union um die osteuropäischen Staaten befinden, ist eine wesentlich offensivere Informationspolitik notwendig. Wir wissen aus Umfragen, dass zwei Drittel der deutschen Bevölkerung die EU-Osterweiterung ablehnen.

(Rabe [SPD]: Deshalb die Kampagne, Herr Kollege!)

Gerade vor diesem Hintergrund haben wir enorm viel an Informationspolitik auf den Weg zu bringen, und wir dürfen nicht auf Mittel Dritter hoffen, wenn wir da in die Offensive gehen wollen. In dieser Phase sind verstärkte Bemühungen notwendig, meine Damen und Herren,

(Rabe [SPD]: Genau das machen wir!)

um den Europagedanken zu stärken und um die Akzeptanz von Europa in der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Mit der Politik, wie sie zurzeit betrieben wird, und bei den wenigen Mitteln, die für dieses Gebiet zur Verfügung stehen, werden wird das aber nicht erreichen.

Wir waren mehrmals im Europäischen Informationszentrum, haben dort mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesprochen. Dort besteht eine große Motivation. Dort gibt es Ideen für Aktionen, für Veranstaltungen.

(Mientus [SPD]: Die machen auch was! Nicht bloß Ideen!)

Wir erwarten aber auch, dass man sie nicht durch die Staatskanzlei am langen Arm verhungern lässt, sondern wir erwarten, dass die entsprechende politische Unterstützung aus der Staatskanzlei erfolgt. Aber die vermissen wir.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte einen zweiten Punkt erwähnen, den auch Herr Stefan Wenzel vorgetragen hat. Es gibt ja einen Haushaltsansatz dafür, um Landesbedienstete nach Brüssel zu schicken. So weit, so gut. Aber wenn wir uns den Haushaltsansatz ansehen, dann stellen wir fest, dass er halbiert worden ist. Wir wollen sehr wohl, dass Beamte der Landesregierung die Abläufe in Brüssel und die Finanzierungswege näher kennen lernen und dass sie dann ihre europapolitische Kompetenz hier in Niedersachsen umsetzen können. Aber wenn man die Mittel halbiert.

(Rabe [SPD]: Das hängt mit dem Euro zusammen, Herr Kollege!)

ist es am Ende nicht möglich, den Anspruch, den Sie dort erheben, zu erfüllen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Kethorn, möchten Sie eine Frage des Kollegen Mientus beantworten?

Kethorn (CDU):

Ich würde sie gerne beantworten. Aber wenn ich auf die Uhr schaue, sehe ich, dass mir die Zeit fehlt, um die Frage zu beantworten.

Herr Mientus, ich möchte einen dritten Punkt ansprechen: Es fehlen klare und glaubwürdige politische Positionen zur Europapolitik. Minister Senff hat bis heute nicht erklärt, wie z. B. eine Reform der Aufgabenverteilung zwischen EU und den Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips aussehen soll, welche Kernkompetenzen den Mitgliedstaaten verbleiben sollten, in welchen Bereichen eine Reduzierung der EU-Kompetenzen sinnvoll ist. Wir haben hier gemeinsam einen Entschließungsantrag verabschiedet und die Landesregierung aufgefordert, das vorzutragen. Das ist bislang ausgeblieben, es sei denn, dass Herr Minister Senff gleich die Möglichkeit nutzt, um das hier noch vorzutragen.

(Mientus [SPD]: Das nächste Mal wird im Ausschuss nicht geschlafen, mein Freund!)

Bei den entscheidenden Fragen bleibt der Minister also bislang eine Antwort schuldig. Ohne eine Lösung der genannten Fragen kann eine Fortentwicklung Europas den Menschen bei uns nicht vermittelt werden.

Meine Damen und Herren, der Haushalt zeigt in aller Deutlichkeit: Der Minister hat seine Hausaufgaben nicht gemacht. Daher werden wir diesen Haushalt ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU - Buß [SPD]: Das hätte Herr von der Heide aber besser gemacht! - Gegenruf von Kethorn [CDU]: Danke für das Kompliment! - Mientus [SPD]: Gott sei Dank sprechen wir so spät über Europa, sodass das nicht von der Presse aufgeschrieben wird!)

Vizepräsident Jahn:

Nun hat Herr Minister Senff das Wort.

Senff, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will den Versuch machen, den bisherigen sehr vernünftigen Konsens im Rahmen der Europapolitik so weit wie möglich auch heute Abend zu erhalten. Es sind Fragen gestellt worden, von denen ich hoffe, dass ich sie in meiner Rede ausreichend beantworten kann. Lassen Sie mich damit beginnen, dass sich morgen und übermorgen in Schloss Laaken in Brüssel die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union treffen. Sie werden - neben weiteren wichtigen Themen wie der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der EU-Erweiterung und dem Kampf gegen den Terrorismus - einen ersten wichtigen Schritt zur Umsetzung der Erklärung von Nizza zur Zukunft der Europäischen Union machen. Schon da, Herr Kethorn, bin ich dicht an der Beantwortung Ihrer Frage: Wie ist es eigentlich mit der Kompetenzverteilung in der Europäischen Union?

Lassen Sie mich aber, bevor ich zur Beantwortung komme, noch eines sagen: Die inhaltliche Begleitung dessen, was in Laaken beschlossen wird, wird Sie alle und auch mich in den kommenden Monaten, vermutlich Jahren - bis 2003; 2004 ist die Regierungskonferenz -, sehr beschäftigen. Von daher werden wir in dem zuständigen Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten - wie Sie wissen, bin ich immer sehr bereit, Sie dort ohne oder mit Einladung zu besuchen - manche für dieses Land, aber auch für Europa wichtige Debatte führen. Ich habe nur die Bitte, dass man dann. wenn ich im Ausschuss bin und über den Stand der Kompetenzneuordnung in Europa referiere, zumindest anwesend ist und auch zuhört oder, wenn das nicht der Fall ist, ersatzweise das Protokoll liest.

(Beifall bei der SPD)

Denn zu diesem Thema, Herr Kethorn, habe ich bereits berichtet. Wenn Sie wollen, lasse ich Ihnen das Protokoll heraussuchen, damit Sie das nachlesen können.

Zum 1. Juli dieses Jahres haben wir in Niedersachsen den Vorsitz in der Europaministerkonferenz übernommen. Wir haben bereits zwei Europaministerkonferenzen in unserem Land abgehalten, die beide - unabhängig von der politischen Couleur der Ministerinnen und Minister - als großer Erfolg gewertet wurden. In der letzten haben wir einen ersten Orientierungsrahmen zur Kompetenzabgrenzung in Europa verabschiedet, Herr Kethorn, die europaweit große Anerkennung gefunden hat. Was ich bedaure, ist, dass Sie, Herr Kethorn, sie nicht zur Kenntnis genommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Einen Schwerpunkt der Europapolitik bildet im Moment natürlich die Einführung des Euro - das ist

aber bald abgeschlossen - und daneben die Erweiterung der Europäischen Union. Ich bin Beauftragter des Bundesrates für die Erweiterung und vertrete mit meinem Kollegen aus Sachsen die Interessen aller deutschen Länder, selbstverständlich auch die Interessen Niedersachsens, für dieses Kapitel in Brüssel.

Niedersachsen sieht - auch darin gibt es überhaupt keine Unterschiede zwischen den deutschen Ländern - überhaupt keine Alternative zur Erweiterung der Europäischen Union. Wir sind uns dort alle einig. In diesem Hause - das darf ich, glaube ich, sagen - sind wir uns bei diesem Punkt doch auch einig. Es gibt da keinen Dissens. Deshalb lassen Sie uns bitte auch nicht mutwillig, nur weil wir irgendwann im Laufe des nächsten Jahres eine Landtagswahl haben, Dissense aufbauen, die in Wirklichkeit nicht vorhanden sind. Denn das Thema ist zu wichtig, als dass wir es in die kleinkarierte politische Münze ziehen. Es geht um Frieden und Wohlstand auf diesem Kontinent.

(Beifall bei der SPD)

Es geht nicht darum, sich in diesem Niedersächsischen Landtag zu zanken. Es geht selbstverständlich auch darum, im Wettbewerb mit anderen europäischen Regionen unsere eigenen Standortvorteile und unsere Chancen zu nutzen. Ein Wettbewerbsvorteil kann sein, wenn wir an den Finanzmitteln der Europäischen Union so stark wie möglich partizipieren. Ich darf Ihnen sagen, dass die Verhandlungen darüber laufen, dass es drunter und drüber geht, dass selbstverständlich jeder versucht, seine Interessen durchzusetzen. Das ist legitim und in Ordnung. Wir achten darauf, dass wir in Brüssel bei dieser Neuordnung der Strukturfonds und allem, was da ansteht, nichts verlieren, was wir nicht mindestens von Berlin zurückbekommen. Wir achten also darauf, dass es unter dem Strich, was die Neuordnung angeht, zu keiner Verschlechterung kommt.

Neben dem Wettbewerb um das meiste Geld, den ich gerade genannt habe, geht es aber auch darum - das ist die andere Seite der Medaille -, Europa bei den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes - - - Herr Präsident, kann ich einen Schluck Wasser bekommen? - Danke, da ist es.

Vizepräsident Jahn:

Verehrter Herr Minister, ich bin nicht dafür zuständig, hier das Wasser zu verteilen.

Senff, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Das wäre aber eine große Freude für mich gewesen. - Neben dem Run nach dem Geld, an dem wir uns beteiligen - und zwar gut beteiligen -, geht es also darum, Europa bei den Menschen im Lande wieder sympathischer zu machen, und geht es um Bürgernähe, sodass die Menschen wieder erkennen, dass Europa eine effiziente Veranstaltung ist. Dazu haben wir das Europäische Informationszentrum eröffnet. Ich stimme mit Ihnen überhaupt nicht überein, dass dieses Zentrum finanziell nicht ordentlich ausgestattet sei. Das ist nicht das Problem. Aufgrund der guten Arbeit dieses Zentrums, aufgrund der vielfältigen Aufgaben, die wir immer mehr für die Informationsarbeit in dieses Zentrum hinein verlagern, bräuchte ich - sage ich mal - eine Stelle mehr. Das werde ich organisieren. Darauf können Sie sich verlassen. Also Geld ist nicht mein Problem, sondern eine Stelle ist mein Problem. Darum werde ich mich kümmern.

Die Resonanz auf dieses Zentrum ist durchweg glänzend und positiv. Das ist das Ergebnis der Arbeit von Mai bis jetzt. Die Europäische Kommission spricht selbst von einem "Modell Niedersachsen" in Europa. Weil das so ist, werden wir auch finanziell unterstützt. Deshalb sagte ich: Geld ist dabei überhaupt nicht mein Problem.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, realisiert wurde seit der letzten Haushaltsplanung auch das niedersächsische EU-Beratungsnetzwerk, das wir im April dieses Jahres ins Leben gerufen haben. Straffung und Bündelung der bisherigen sach- und fachkompetenten Ressourcen, die schon im Lande vorhanden waren, sind die Leitlinien dieses Netzwerkes. Es arbeitet effizient. Die Aufbauphase ist in einem ersten Stadium abgeschlossen. Wir haben natürlich noch Teile zu erledigen. Das wird auch immer so bleiben, wenn man insbesondere ein Beratungsnetzwerk verbessern muss. Die Arbeit hat begonnen. Sie ist effizient. Es ist ein Erfolg.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: So ist es!)

Die Realisierung einer neuen und angemessenen Repräsentanz in Brüssel ist zum Greifen nahe. Da ich ein zurückhaltender Mensch bin

(Zuruf von der CDU: Ach, Wolfgang! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Sie kennen mich ja alle -, wage ich nicht ganz, die Wahrheit zu sagen. Aber das Äußerste, das Sie mir entlocken können, ist: Es ist zum Greifen nah. Die erforderlichen Mittel stehen zur Verfügung.

(Rabe [SPD]: Gute Nachrichten!)

Ich hoffe nicht nur, sondern bin zu 98 % davon überzeugt, dass wir in den nächsten Tagen einen Vorvertrag unterschreiben, wenn uns nicht gerade der Himmel auf den Kopf fällt. Aber daran glaube ich nicht.

Die neue Repräsentanz ermöglicht eine wesentlich bessere und effektivere Vertretung der niedersächsischen Interessen gegenüber der EU. Sie ist und bleibt ein Horchposten.

(Wenzel [GRÜNE]: Sie soll ein Aktivposten sein, kein Horchposten!)

Sie ist eine Kontaktfläche, und sie ist ein Trainingslager für die Damen und Herren unserer Verwaltung und anderer öffentlich-rechtlicher Einrichtungen. Dort sollen sie Europa kennenlernen und Kontakte knüpfen. Mit diesen Kontakten und Erfahrungen sollen sie zurückkommen und in der niedersächsischen Verwaltung ihre Kenntnisse zum Nutzen des Landes einsetzen.

Verstärkt werden sollen auch - insofern verstehe ich die Einlassung von Herrn Kethorn nicht; er weiß das im Übrigen auch alles besser, als er es hier ausgeführt hat; das hoffe ich jedenfalls - projektorientierte Arbeitsaufenthalte von Angehörigen der niedersächsischen Ministerialverwaltung und anderer Einrichtungen. Beratung und Kontakte gibt es selbstverständlich nicht erst seit heute - das haben wir nicht erfunden -, aber wir wollen sie künftig stärker und innovativer ausbauen.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt auch für unsere Landesvertretung in Berlin.

(Mientus [SPD]: Genau!)

Der Neubau wurde am 28. Juni mit unserem Partner Schleswig-Holstein eingeweiht. Wir hatten Sie alle eingeladen. Diejenigen unter Ihnen, die dort waren, haben ein wunderschönes Fest erlebt. Inzwischen ist längst mit der Arbeit begonnen worden. Keine Frage, mit Niedersachsen ist in der Bundeshauptstadt wieder zu rechnen. Wir sind wieder vor Ort. Wir müssen auch dort unsere Lobbyarbeit und unseren Erfahrungsaustausch ähnlich verstärken und betreiben, wie ich es Ihnen gerade im Zusammenhang mit Brüssel geschildert habe.

Wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche und politische Veranstaltungen stellen Niedersachsen mit seinen Wettbewerbsvorteilen dar und werben für unser Land.

Die Besucheranmeldungen und das Medieninteresse bestätigen das, was ich Ihnen eben sagte. Wir sind mit diesem Haus in Berlin auf die politische Bühne zurückgekehrt.

Ich möchte nun auf die politischen Beziehungen zu sprechen kommen, die Niedersachsen zu den europäischen und außereuropäischen Ländern unterhält. Im vergangenen Jahr hatte ich Ihnen die vielfältigen Beziehungen erläutert. Ich hatte Ihnen einen Katalog der unterschiedlichsten Kontakte, Partnerschaften und sonstigen Verbindungen zum Ausland vorgelegt. Viele davon sind über mehrere Jahre - über zehn Jahre - gewachsen. Ich will dieses Wachstum nicht bremsen, sondern im Rahmen der verfügbaren Mittel fördern.

Kenntnisse über nationale und regionale Identitäten von anderen Regionen Europas und der Welt sind - darauf hinzuweisen ist wohl gerade in dieser Zeit wichtig - die Essenz für ein tolerantes Miteinander in einer globalisierten Welt. Das geht eben nicht nur per Mausklick. Man muss sich sehen, fühlen und miteinander sprechen. Man muss auch Gedanken austauschen.

(Zuruf von Frau Wörmer-Zimmermann [SPD])

Das alte chinesische Sprichwort "Einmal sehen ist besser als tausendmal hören" gilt auch für die Beziehungen von Millionen Menschen und Völkern untereinander.

Gute Kontakte haben wir insbesondere - das ist selbstverständlich - zu unseren niederländischen Nachbarn. Euregio, Ems-Dollart-Region und Neue Hanse Interregio - das alles sind tragfähige Verbindungen. Wie Sie wissen, haben wir auch Beziehungen zu der Russischen Republik, zu den Gebieten Perm und Tjumen und auf internationaler Ebene zu der Republik Ostkap in Südafrika und der Provinz Anhui in China.

(Minister Bartling überreicht dem Redner einen Zettel)

- Ich weiß, was darauf steht: Hör auf, ich habe keine Zeit.

Wir werden unseren Blick noch stärker als bisher auf das Land in der Mitte, nach China, richten. Der WTO-Beitritt und der Besuch des Ministerpräsidenten mit der Delegation sind die Ergebnisse.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich überschlage auf Wunsch eines besonderen Herrn der SPD-Landtagsfraktion einen Teil und komme zu dem besonderen Interesse, das wir angesichts des EU-Beitritts an Polen haben. Mit unseren Partnerregionen Großpolen und Niederschlesien bearbeiten wir deren Probleme bei ihrem Beitritt zur Europäischen Union.

(Mientus [SPD]: Das ist gut so!)

Ich darf, um zum Schluss zu kommen, feststellen, dass last but not least die Entwicklungszusammenarbeit auch angesichts der Ereignisse am 11. September nach wie vor unsere Aufmerksamkeit verdient. Ich danke dem Haus bzw. der Fraktion dafür, dass sie die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit durch ihren Antrag verdoppelt hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden sie für den von Ihnen eingebrachten Antrag zur Aidshilfe in Südafrika und am Ostkap in Südafrika für andere Projekte verwenden.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit der Europapolitik, mit dem Neubau in Berlin, also der Bundesratspolitik, und mit unserem internationalen Auftreten ein gutes Stück vorangekommen sind. Selbstverständlich haben wir nicht alles erreicht. Dann würden Sie ja auch in Langeweile verfallen. Das wollen wir nicht.

(Adam [SPD]: Richtig!)

Aber wir gehen im Rahmen unserer Möglichkeiten Schritt für Schritt und mit großer Systematik vor.

Ich habe abschließend eine Bitte an das ganze Haus: Wer auch immer daran denkt, dass im Laufe eines Jahres Wahlkampf ist - vergessen Sie das in Sachen Europa.

(Zurufe von der SPD: Jawohl!)

Es hilft dem europäischen Gedanken nicht. Es hilft auch nicht denjenigen, die den europäischen Gedanken missbrauchen.

(Kethorn [CDU]: Das gilt auch für den Minister!)

Wir haben bislang in einem vernünftigen Konsens gearbeitet. Wenn Sie der Meinung sind, wir sollten das eine oder andere besser oder anders machen, dann habe ich, wie Sie wissen, immer ein offenes Ohr für Sie. Wir reden miteinander darüber. Was machbar ist, machen wir auch, und was nicht machbar ist, erkläre ich Ihnen dann. - Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, mit dem vorgelegten Zettel hat die SPD-Fraktion immerhin erreicht, dass für die Landesregierung noch zweieinhalb Minuten Redezeit übrig geblieben sind.

(Heiterkeit bei der SPD)

Den letzten Debattenschwerpunkt der Haushaltsberatungen bilden die Bereiche Landwirtschaft und Umwelt.

Ich erteile dem Kollegen Biestmann das Wort.

Biestmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Mientus, ich hoffe, dass ich auch Ihre volle Aufmerksamkeit habe. Es ist ein bisschen bedauerlich, dass wir zu so später Stunde bei der ganzen Konzentrationsschwäche, die man zu dieser Zeit nun einmal hat,

(Oh! bei der SPD)

ein so wichtiges Thema wie die Agrarpolitik behandeln muss. Wir weisen immer wieder darauf hin, dass dies der zweitwichtigste Wirtschaftsbereich in unserem Land ist. Insofern ist das etwas bedauerlich.

Meine Damen und Herren, der vorgelegte Agrarhaushalt rechtfertigt meines Erachtens nicht, dass es in Niedersachsen - um mit den Worten des Landwirtschaftsministers zu sprechen - eine Neuausrichtung der Agrarpolitik geben könnte. Das Gleiche gilt für die Strukturentwicklung des ländlichen Raumes.

(Minister Bartels geht durch den Sitzungssaal)

Vizepräsident Jahn:

Herr Minister, nehmen Sie doch bitte Platz.

Biestmann (CDU):

Noch nie sind der ländliche Raum und die Landwirtschaft so zur Ader gelassen worden wie in den letzten Jahren. Dies haben wir im Landtag, wenn es um die Probleme der Landwirtschaft ging, von der Landesregierung und der SPD-Fraktion in der Vergangenheit als eine durchgängige Schuldzuweisung in Richtung CDU-geführter Bundesregierung in Bonn erlebt.

(Schurreit [SPD]: Oh nein! - Buß [SPD]: Schon erledigt!)

Da inzwischen die Regierungsverantwortung auf beiden Ebenen bei Ihnen liegt, müsste man heute folgerichtig davon ausgehen können, dass kaum noch agrarpolitische Defizite zu erkennen sind. Natürlich ist die niedersächsische Landwirtschaft durch BSE und die drohende Maul- und Klauenseuche erschüttert worden. Die niedersächsische Agrarpolitik hat darauf mit Scheinkonzepten und Alibihandlungen reagiert. Den Landwirten wirklich geholfen hat sie nicht.

(Beifall bei der CDU)

Auch hier ist der Begriff der virtuellen Politik angebracht: so zu tun, als täte man etwas. Ich erinnere an das Stichwort Regierungskommission, eine Vielzahl von Kompetenzzentren und anderes.

(Zuruf von der CDU: Das ist Aktionismus!)

Die Landesregierung - das macht der Haushalt deutlich - hat die Landwirte und die vor- und nachgelagerten Betriebe der Ernährungswirtschaft mit der Bewältigung der BSE-Folgekosten weitgehend alleine gelassen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Das gilt für ein groß angekündigtes Existenzsicherungsprogramm für Rinderhalter, das diesen Ansprüchen nicht genügt, weil es nach Umfang und Bewilligungsvoraussetzungen keines ist. Bisher ist erst die Hälfte der vorgehaltenen 10 Millionen DM Fördergelder ausgezahlt worden. Dabei machen die Rindermastbetriebe zurzeit ihre größte Existenzkrise durch. Das gilt des Weiteren für die unzureichende Beteiligung von Bund und Land an den Entsorgungskosten von Tiermehl und Schlachtnebenprodukten bzw. von den so genannten SRM-Risikomaterialien. Noch immer gehört Niedersachsen zu den wenigen Bundesländern, die sich nicht

an den Folgekosten für die Tierkörperbeseitigung beteiligen. Die CDU-Fraktion hat in ihrem Antrag vorgeschlagen, zwischen den Tierhaltern – sprich: Tierseuchenkasse, den beseitigungspflichtigen Körperschaften, den Landkreisen und dem Land eine dritte Lösung anzupeilen. Auch hier Fehlanzeige. In der Entsorgung der SRM-Risikomaterialien ist eine Folgekostenregelung durch Bund und Land nicht in Sicht. Die Landesregierung hat je nach politischem Druck und je nach Finanzlage der Tierseuchenkasse beliebig und ohne Nachhaltigkeit ein halbes Jahr lang 50 % der Kosten übernommen. Im neuen Haushalt, meine Damen und Herren, sind hierfür keine Mittelansätze erkennbar. Das Gleiche gilt für die Übernahme der BSE-Testkosten durch Bund und Land.

Unsere Landwirtschaft, meine Damen und Herren, steht vor enormen Herausforderungen. Dabei geht es nicht nur um die Weiterentwicklung der Agenda 2000, die Osterweiterung oder die WTO-Verhandlungen, sondern es geht vor allem darum, wie die Bundesregierung und diese Landesregierung unsere Landwirtschaft abgeschrieben haben. Auf Bundesebene sind es die Ökosteuer, die Einkommensteuerreform sowie die Kürzungen in der Agrarsozialpolitik und in der Agrarstrukturförderung, die insgesamt zu Einbußen von durchschnittlich 12 000 DM für den einzelnen Betrieb in Niedersachsen geführt haben. In Berlin heißt das "Agrarwende". In Wahrheit geht es jedoch um einen ideologischen Klassenkampf gegen den bäuerlichen Berufsstand.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Landwirtsfamilien resignieren. Die Stimmung ist auf dem Nullpunkt. Frau Künast wird selbst von wohlwollenden Kommentatoren ein krasses Nichtwissen über landwirtschaftliche Zusammenhänge bescheinigt. In der Regierungserklärung vom 30. März 1998 hat der damalige Ministerpräsident Schröder noch vollmundig versprochen, die bäuerlichen Familienbetriebe mit Programmen und Projekten zu unterstützen.

(Möllring [CDU]: Der hat schon viel versprochen! - Weiterer Zuruf von der CDU: Kennt der doch gar nicht!)

Tatsächlich wird genau das Gegenteil getan. Dem Agraretat wird immer mehr Geld entzogen. Das Landwirtschaftsministerium ist zu einer verwaltenden Dienststelle verkommen. Gestaltet wird hier nichts mehr. Betrug der Anteil des Agrarhaushaltes im Jahre 1990 noch 4 % oder 1,3 Milliarden DM am Gesamthaushalt in Niedersachsen, so werden es im Jahre 2003 nach dem Haushaltsplanentwurf nur noch etwa 1,9 % oder 866 Millionen DM sein.

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Biestmann, möchten Sie eine Frage des Kollegen Möhrmann beantworten?

Biestmann (CDU):

Ich stehe wie alle unter Zeitdruck, weil auch ich meinen Kollegen noch die Gelegenheit geben möchte, Ausführungen zu machen.

Tatsache ist weiter, dass inzwischen Niedersachsen bei den unternehmensbezogenen Ausgleichszahlungen, Zulagen und Zuschüssen unter allen Bundesländern das Schlusslicht bildet. Was uns aber wirklich in Rage bringt, ist die Tatsache, dass Sie es allen Ernstes fertig bringen, zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Niedersachsen Bundesmittel aus dem Bund-Länder-Gemeinschaftsvorhaben "Agrarstruktur und Küstenschutz" verfallen zu lassen. So wollen Sie 2002 insgesamt 25 Millionen Euro verschenken, weil Sie sich weigern, die entsprechenden Landesmittel von ca. 16 Millionen Euro gegenzufinanzieren.

(Coenen [CDU]: Ist denn das möglich?)

Es geht hier insgesamt um mehr als 41 Millionen Euro, die für dringend benötigte Investitionen für den Küstenschutz, für die Sicherung der Deiche im Binnenland sowie für die Weiterentwicklung unserer landwirtschaftlichen Betriebe unverzichtbar sind.

(Beifall bei der CDU)

Die Nichtbindung der Bundesmittel ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Armutszeugnis für unser Land. Wir sind nicht bereit, meine Damen und Herren, dieses mitzumachen. Herr Minister Bartels, Ihre Begründung, man brauche finanzielle Spielräume für eventuelle Finanzierungslücken im Sozialbereich des Bundes bzw. für die Kofinanzierung der Modulation, sind nicht stichhaltig. Das spricht eher dafür, keinen Doppelhaushalt aufzustellen und die weitere Entwicklung abzuwarten.

Wenn man dann noch bedenkt, dass diese Landesregierung im Stillen seit Jahr und Tag den Agrarstrukturfonds plündert, der sich aus den Verkaufserlösen landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Vermögen speist, dann fällt einem dazu nichts mehr ein. Die Landesregierung hat allein in den letzten zehn Jahren insgesamt mehr als 230 Millionen DM aus diesem Fonds entnommen und in den allgemeinen Haushalt überführt. Statt diese Mittel in sinnvolle zukunftsträchtige Projekte und damit in die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu investieren, sind die Gelder in irgendwelchen Haushaltslöchern sinnlos versickert. Besonders ärgert uns, dass für die nächsten beiden Haushaltsjahre wieder 20 Millionen DM aus dem Agrarstrukturfonds herausgenommen werden sollen, um irgendwelche Haushaltslöcher zu stopfen. Ich frage mich: Warum verwenden wir dieses Geld nicht, um die GA-Mittel zu binden?

(Beifall bei der CDU - Kethorn [CDU]: Richtig!)

Es ist unbegreiflich, was hier abläuft und was die Landesregierung der Landwirtschaft und dem ländlichen Raum zumutet. Es ist doch keine Frage, dass Sie mit einer solchen Politik die Landwirtschaft dieses Landes im Wettbewerb alleine lassen und den Wettbewerb innerhalb des Bundesgebietes unter den Bundesländern zulasten Niedersachsens verstärken und maßgeblich zu einem weiteren Strukturwandel in unserem Lande beitragen. Was hilft es, wenn wir Sie auffordern, für einheitliche Produktionsbedingungen innerhalb der Europäischen Union, z. B. bei den Hygiene- und Umweltstandards, einzutreten, wenn Sie selbst alles daransetzen, dass unsere Bauern im innerdeutschen Wettbewerb gegenüber ihren Konkurrenten in Schleswig-Holstein, in Nordrhein-Westfalen oder Hessen immer wieder benachteiligt werden?

Ich will meine Rede abkürzen, weil ich meinen Kollegen noch Gelegenheit geben möchte, Ausführungen zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, generell ist zu sagen, dass die Landwirtschaftspolitik höheren Ansprüchen nicht gerecht geworden ist. Sie hat es bisher nicht verstanden, auf wichtige agrarpolitische Abläufe auf EU- und Bundesebene Einfluss zu nehmen. Ich erinnere an die Themen Agrarsparvorschläge, Steuerreform, SRM-Problematik, BSE, aber auch an die Legehennenhaltungsverordnung. Hier ließe sich noch vieles sagen. Ich glaube, wir werden in den nächsten Tagen und Wochen Gelegenheit haben, öffentlich zu diskutieren, wie es

miteinander zu vereinbaren ist, dass das Kabinett so beschließt und dass der Minister durch die Lande zieht und eine andere Position vertritt.

(Beifall bei der CDU)

Vom Agrarhaushalt 2002/2003, Herr Minister, gehen keine Impulse für eine neue Agrarpolitik aus. Die niedersächsischen Landwirte brauchen in dieser schwierigen Zeit verlässliche Rahmenbedingungen. Sie müssen aus der Kostenfalle des Landes und des Bundes befreit werden. Sie müssen vor weiteren sachfremden Reglementierungen in der Genehmigungs- und Förderpolitik verschont werden. Die Investitionsbereitschaft der Betriebe hat auf bedrohliche Weise nachgelassen, und zwar trotz Einkommensanstieg in einigen Bereichen der Landwirtschaft. Das ist ein Alarmsignal für falsche Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft und für fehlende Perspektiven in der Agrarpolitik. - Ich bedanke mich recht herzlich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Klein hat das Wort.

Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Biestmann hat es angesprochen: Beim Verzicht auf die volle Bindung der GA-Mittel hat sich die Landesregierung in der Schnelldenkerfalle gefangen. Sie hat die Kürzung mit dem Hinweis auf die erwarteten Kürzungen auf der Bundesebene begründet. In der Tat hat die Bundesebene mit der Begründung gekürzt, dass die Landesregierungen nicht zu 100 % ausfinanziert haben.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Allerdings - das ist das Entscheidende - werden die Mittel für die Länder, die zu 100 % ausfinanziert haben, nicht gekürzt. Insofern ist das in der Tat ein Schuss ins Knie gewesen.

Ich möchte kurz das PROLAND-Programm ansprechen. Ab dem 1. Januar nächsten Jahres gibt es neue PLANAK-Grundsätze. Diese sind bereits seit Juni bekannt. Mit der Anmeldung bei der Kommission, die auch in Kürze erfolgen wird, sind Bewilligungen nach diesen neuen Grundsätzen möglich. Damit sind neue Spielräume, z. B. im Bereich der extensiven Produktion und der tierartgerechten

Haltungsformen, geschaffen worden. Die Landesregierung ist hier allerdings seltsam unbeweglich.

(Coenen [CDU]: Wo ist sie überhaupt beweglich?)

Es tut sich nichts auf diesem Gebiet. Deswegen schlagen wir vor, durch Umschichtungen nichtgebundener Mittel innerhalb des PROLAND-Programms in Höhe von 20 Millionen Euro das Programm "Weidelandschaften" aufzulegen. Wir wollen damit auf die Entwicklung der letzten 20 Jahre reagieren, in denen wir 27 % unseres Grünlandes, 29 % der Kühe und 69 % aller Kuhhalter verloren haben. Das ist eine Entwicklung, die sich seit 1992, seit der Agrarreform, durch die abnehmende Wertschätzung des Grünlandes, insbesondere durch die Silomaisprämie, besonders beschleunigt hat. Niedersachsen hat diesen Trend gefördert. Es ist das einzige Flächenagrarland, das keine agrarstrukturelle Grünlandförderung kennt. Die Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete, die zu einem großen Teil deckungsgleich mit den Grünlandflächen waren, wurden 1996 abgeschafft.

Dagegen wollen wir etwas setzen. Tier- und Umweltgerechtigkeit sind wesentliche Faktoren der verbraucherorientierten Agrarwende. Wir wollen wieder Tiere auf der Weide sehen. Wir wollen gegen die Tendenz der Sommerstallfütterung vorgehen und uns für Weidegang einsetzen. Wir sind gegen Tierhaltung in geschlossenen Systemen. Wir wollen keine viele Quadratkilometer großen Deltaprojekte in Rotterdam oder 30 Stockwerke hohen Schweinehäuser, wie sie angedacht worden sind.

Ich möchte zum zweiten Schwerpunkt unserer Änderungsanträge, zur Verbraucherberatung, aus Zeitgründen nichts sagen und verweise insoweit auf unseren Antrag zur Stärkung der nichtstaatlichen Verbraucherberatung.

Ich möchte aber etwas zum Thema Modulation sagen. Hier steht bekanntlich am 20. Dezember die Entscheidung im Bundesrat an. Niedersachsen gehört zu den Ländern, die das Modulationsgesetz an der Finanzierungsfrage scheitern lassen wollen. Wir müssen uns klar machen, dass es hier wirklich um Peanuts geht. Die 40 %, die die Länder aufbringen sollen, betragen für alle Länder zusammen 12 Millionen DM. Ich meine, dass hier keine Länderinteressen im Spiel sind, sondern dass das eine Sabotage grüner Agrarpolitik ist, wie sie in Berlin betrieben wird.

(Beifall bei den GRÜNEN - Frau Hansen [CDU]: Wer sind denn die Saboteure?)

Wenn dieses Modulationsgesetz scheitert, wird es zu einer zustimmungsfreien Version kommen, die ohne den Sockelfreibetrag verabschiedet wird. Dann aber mache ich Sie, Herr Bartels, persönlich dafür verantwortlich, dass die sozialen Aspekte der kleinen und mittleren Familienbetriebe in diesem Gesetz nicht berücksichtigt werden können.

Hinterfragen muss ich auch den niedersächsischen Vorschlag für das Paket der Agrarumweltmaßnahmen, die im Rahmen der Modulation durchgeführt werden sollen. Man weiß ja noch nichts Genaues. Aber nach dem, was man so hört, läuft es offensichtlich auf eine Stilllegungsprämie für Stallplätze im Raum Südoldenburg hinaus. Das heißt, dass wir in eine Gegend, die sich in der letzten Zeit dumm und dämlich verdient hat und riesige Gewinne angehäuft hat,

(Widerspruch bei der CDU)

- schauen Sie sich die Zahlen an, Kollegen! - jetzt auch noch öffentliche Mittel hineinstecken sollen. Herr Minister, wenn eine solche ungerechtfertigte Bevorzugung des eigenen Wahlkreises und der eigenen Region wirklich Realität wird, dann stellen Sie damit die Bemühungen des Ministerpräsidenten um seine Heimatstadt Goslar bei weitem in den Schatten. Das werden wir nicht ungerügt lassen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Brauns hat das Wort.

Brauns (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gut ein Jahr vergangen, seitdem der erste BSE-Fall in Deutschland auftrat. Heute, ein Jahr danach, spricht kaum noch jemand von der Krise. Eines ist aber geblieben: der große volkswirtschaftliche Schaden, dessen Auswirkungen uns noch einige Jahre begleiten werden.

Ich möchte zunächst allgemein zum Haushalt sprechen und danach auf den Doppelhaushalt 2002/2003 eingehen. Unser zukünftiges Leitbild muss es sein, sich für eine Neuorientierung und nachhaltige Landwirtschaft einzusetzen. Nachhal-

tig ist die Produktion der Nahrungsmittel nur dann, wenn sie langzeitlich, umwelt- und sozialverträglich ausgerichtet wird. Die nachhaltige Landwirtschaft arbeitet umwelt- und gesundheitsgerecht in weitgehend geschlossenen Kreisläufen, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen und Tiere artgerecht zu halten. Diese Art der Bewirtschaftung dient auch dem Schutz und der Wiederherstellung einer abwechslungsreichen, vielfältigen und artenreichen Landschaft in den ländlichen Regionen.

(Frau Hansen [CDU]: Brauns Märchenstunde!)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Wir wollen mehr Transparenz, größere Rechtssicherheit und die Ausrichtung auf natürliche und gesundheitsgerechte Nahrungsmittel aus der Region. Unsere Strategie lautet: die multifunktionale Landwirtschaft stärken, eine flächendeckende umweltschonende Landwirtschaft, um Schadstoffe und Emissionen zu senken und den Artenreichtum unserer Kulturlandschaft zu erhalten. Wir wollen den Anteil des ökologischen Landbaus durch gezielte Vermarktungsstrukturen stetig erweitern. Wir wollen den regionalen Zusammenhang in der gesamten Kette von der Nahrungsmittelproduktion über den Vertrieb zum Verkauf stärken, und wir wollen eine artgerechte Tierhaltung und tierschutzgerechte Haltung und Transportbedingungen durchsetzen.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze im ländlichen Raum sichern und ausbauen. Die Land- und Forstwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag für die Wirtschaftskraft ländlich geprägter Räume in unserem Lande. Zusammen mit den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen ist die Agrarwirtschaft nach der Autoindustrie der zweitgrößte Wirtschaftsfaktor in Niedersachsen. Wir wollen die Leistung und Wettbewerbskraft dieses Wirtschaftsbereiches stärken.

Angesichts des Strukturwandels in der Landwirtschaft wird der ländliche Raum als Kulturlandschaft seine landwirtschaftliche Ausprägung nur dann erhalten, wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft und unterstützt werden und es den Landwirten gelingt, außerhalb der Nahrungsmittelproduktion Einkommensquellen zu erschließen. Hierzu gehört die Förderung der Nutzung und Vermarktung erneuerbarer Energien durch die Land-

wirtschaft, insbesondere aus Biomasse, die Förderung des sanften Tourismus, der Bauerngastronomie und der Direktvermarktung sowie der Regionalvermarktung und die Erleichterung der Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude für Zwecke des Wohnens.

Meine Damen und Herren, um dieses Ziel zu erreichen, hat die Landesregierung einen zukunftsorientierten Haushalt vorgelegt, den wir unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf ist zwar von der angespannten Haushaltssituation geprägt; er ermöglicht es uns aber dennoch, die Strukturentwicklung im ländlichen Raum wirkungsvoll fortzuführen. Dabei spielt das Programm PRO-LAND eine bedeutsame Rolle.

(Frau Hansen [CDU]: Das ist aber auch das Einzige!)

Bis zum Jahr 2006 werden mit dem Förderprogramm Investitionen in einer Größenordnung von rund 1,8 Milliarden Euro ausgelöst. Bei PRO-LAND geht es um konkrete Maßnahmen zur Weiterentwicklung des ländlichen Raumes und der Zukunftssicherung. Im Vergleich der Bundesländer steht Niedersachsen mit seinem finanziellen Engagement ganz oben an der Spitze.

(Frau Hansen [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

PROLAND bietet auch hervorragende Möglichkeiten für die gewollte Neuausrichtung der Agrarpolitik in Bezug auf Umwelt, Hygiene und Tierschutz oder für Maßnahmen zur Verbesserung der Produktionsqualität und -sicherheit.

Einen besonderen Stellenwert hat auch der ökologische Landbau. Mit der Erhöhung der Prämien von 300 auf 500 DM pro Hektar bei der Umstellung auf ökologischen Landbau wurden zusätzliche Anreize gegeben, die von den Landwirten mit steigender Tendenz wahrgenommen werden. Allein in diesem Jahr haben niedersächsische Landwirte Anträge auf Förderung der Umstellung für rund 17 000 ha gestellt. Dies ist ein gewaltiger Fortschritt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Frau Hansen [CDU]: Wie viele Anträge sind denn bewilligt?)

Die Ursache für die hohe Zahl der Anträge auf Förderung der Umstellung ist auch in der BSE-Krise zu sehen.

Die Landberatung ist eine wichtige Grundlage, um das Ziel der Neuorientierung zügig umsetzen zu können. In Niedersachsen sind rund 280 Beraterinnen und Berater tätig.

(Ehlen [CDU]: Und deren Zahl soll reduziert werden!)

Die hoch qualifizierten Fachleute werden von den Landwirten als kompetente Ratgeber geschätzt. Die Beraterinnen und Berater der Beratungsringe sind die Multiplikatoren von Informationen. Die Ringe sind landesweit organisiert und am ehesten in der Lage, umstellungswillige Landwirte optimal zu beraten. Hinzu kommt die Einrichtung eines Kompetenzzentrums in Walsrode. Aus diesem Grunde werden die geltenden Richtlinien zur Förderung der Beratung speziell um den Bereich der Umstellungsberatung ergänzt. Außerdem wird die Form der Beratungsförderung von Januar 2002 an wesentlich umgestellt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Worte zu den Landwirtschaftskammern anfügen. Die Kammern erhalten für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben im laufenden Haushalt Mittel in Höhe von rund 112 Millionen DM. Für das kommende Haushaltsjahr beträgt der Mittelansatz ca. 57 Millionen Euro. Dennoch wird beklagt, dass die Mittel nicht ausreichen. Durch die Verknappung der Haushaltsmittel wird sich die Agrarverwaltung umstellen müssen, auch unter Berücksichtigung des Strukturwandels in der Landwirtschaft und unter Berücksichtigung des vorliegenden AFC-Gutachtens.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen die Ergebnisse dieser Studie gemeinsam auswerten und im Interesse der Steuerzahler und der Kammermitglieder zu sachgerechten Entscheidungen kommen.

Einen weiteren positiven Aspekt möchte ich noch ansprechen. Im Jahre 2002 findet die erste Landesgartenschau in Bad Zwischenahn statt. Hierfür hat das Land erhebliche Mittel bereitgestellt. Allein für die dauerhaften Investitionen in die gartenbauliche Infrastruktur stellt das Land gemeinsam mit der EU 10,4 Millionen Euro zur Verfügung. Dieses Geld ist gut angelegt.

Nun noch eine Bemerkung zum Einzelplan 10. Hier ist es uns trotz der erforderlichen Einsparungen gelungen, ca. 300 000 Euro für die Waldinventur sowie ca. 550 000 Euro für Zuschüsse zu den Verbandsbeiträgen nach dem Niedersächsischen Wasserverbandsgesetz für den Privatwald zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass wir einen zukunftsorientierten Haushalt aufgestellt haben. Über die Kosten der SRM-Beseitigung werden wir gemeinsam im nächsten Jahr beraten.

(Biestmann [CDU]: Das hoffen wir!)

Über die 47 Millionen Euro, die zurzeit im Bereich der Gemeinschaftsaufgabe nicht gebunden werden können, werden wir uns ebenfalls im nächsten Jahr unterhalten. Im Übrigen bitte ich um Zustimmung zu den Einzelplänen 09 und 10. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat der Kollege Ehlen.

Ehlen (CDU):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will jetzt einmal abweichend von der Art, in der wir bislang diskutiert haben, die Regierung loben,

(Beifall bei der SPD)

und zwar in zweierlei Hinsicht. Sie werden dann ganz schnell merken, was die Regierung ohne eine ordentliche Opposition wäre.

(Lachen bei der SPD)

Gestern hat der Fraktionsvorsitzende Plaue gesagt, wir hätten vor Jahren in einem Antrag in 40 Positionen Forderungen formuliert, die wir nicht gegenfinanziert hätten. Ein Jahr später hat diese Landesregierung das PROLAND-Programm aufgelegt und dabei 38 Positionen fast wörtlich aus unserem Antrag übernommen. Ich sage: Das war super!

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Nun noch ein Lob in Ihre Richtung, Herr Minister. Herr Minister, wir haben im vergangenen Plenarsitzungsabschnitt eine Anfrage zum Forstbereich behandelt, in der wir moniert haben, dass der Ansatz für Zuschüsse zur Entlastung privater Waldbesitzer von den Beiträgen für Aufgaben nach dem Wasserverbandsgesetz gestrichen und auch für die Waldinventur keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden sollten. Sie haben dies auf der Landwirtschaftskammerversammlung aufgegriffen und haben gesagt, dass Sie diese beiden Haushaltspositionen bedienen würden. Dafür noch einmal recht herzlichen Dank. Auch an dieser Stelle möchte ich Sie fragen: Was wären Sie ohne eine ordentliche Opposition?

(Beifall bei der CDU – Inselmann [SPD]: Das sollt ihr auch noch lange bleiben!)

Die Art und Weise, auf die Sie damals meinen Kollegen Schirmbeck zurechtgewiesen haben, war nicht gut. Wenn Sie aber dennoch auf der Grundlage unserer Anträge ordentliche Beschlüsse fassen, dann lassen wir so etwas gern über uns ergehen.

(Beifall bei der CDU)

Nun noch ein Wort zu Herrn Kollegen Klein. Sie haben gesagt – ich will die Formulierung, die Sie gebraucht haben, nicht in den Mund nehmen -, dass in der Veredlungswirtschaft einige sehr viel Geld verdient haben. Wenn man jedoch die letzten drei Jahre mittelt – wir sind ja auch sonst immer für Nachhaltigkeit -, dann stellt man fest, dass die Veredlungsbetriebe um 700 DM unter dem Landesschnitt Niedersachsens liegen. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Der Herr Kollege Groth hat das Wort.

Groth (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte mir gewünscht, dass die beiden anderen Faktionen etwas zum Verbraucherschutz sagen würden. Wir sind in das Jahr 2001 mit einer erheblichen Agrarkrise und auch einer Krise, die durch mangelndes Vertrauen der Verbraucher in die Produkte der Landwirtschaft gekennzeichnet war, eingetreten.

(Kethorn [CDU]: Wir sind immer schon für Verbraucherschutz gewesen, nicht erst seit diesem Jahr!)

Ich habe dazu aber nichts gehört und von Ihnen auch keinerlei Vorschläge hierzu in Ihrem Haushaltsantrag vorgefunden.

Meine Damen und Herren, wir werden, wie schon im vergangenen Jahr, auch mit dem vorliegenden Doppelhaushalt wichtige Akzente für den Verbraucherschutz setzen. Wir haben erstens das Landesamt für Verbraucherschutz in Oldenburg - es befindet sich noch im Aufbau - mit über 500 Mitarbeitern gegründet. Wir haben dort die Aufgaben der Lebensmittelkontrolle, der Tierseuchenbekämpfung, der Verbraucherinformation und der Ernährungsberatung zusammengezogen. Die Von-Wedel-Kommission hat meines Erachtens, aber wohl auch nach Einschätzung des gesamten Parlaments diese im Land Niedersachsen gewählte Konstruktion ausdrücklich bestätigt. Auch das war ein wichtiger politischer Beitrag zum Verbraucherschutz in diesem Jahr.

Wir haben zweitens - wenn wir das Erste einmal als staatlichen Verbraucherschutz bezeichnen - auch den nichtstaatlichen Verbraucherschutz mit dem Doppelhaushalt 2002/2003 auf ein Niveau gehoben, wie wir es lange Jahre zuvor nicht hatten. Wir haben insgesamt im Haushalt des MW und im ML-Haushalt über 4 Millionen DM für den institutionellen und projektbezogenen Verbraucherschutz. Damit sind die Initiatoren im Land, die für den nichtstaatlichen Verbraucherschutz stehen, in der Lage, ihre Programme für eine bessere Beratung der Verbraucher zu fahren. Wir wissen uns mit den Organisationen darin einig, dass dies ihren Erwartungen entspricht.

Zu alledem gehört drittens aber auch - hier sind wir ebenso wie Herr Ehlen mit der Landesregierung sehr zufrieden; aber auch die Bundesregierung zeigt gute Ansätze -,

(Widerspruch bei der CDU)

dass wir im Bund dringend ein Verbraucherinformationsgesetz brauchen, damit die Erkenntnisse, die wir durch die Lebensmittelkontrolle und andere Stichproben gewinnen, publiziert und kommuniziert werden können. Der Niedersächsische Landwirtschaftsminister ist bundesweit hierfür Stichwortgeber und Initiator.

(Frau Hansen [CDU]: Alles hört auf sein Kommando! Ha, ha!)

Wir wollen ihn im nächsten Jahr bei diesem Thema intensiv unterstützen und hoffen auf Mitarbeit und Begleitung Ihrerseits, weil Sie ja eine gute Opposition sein wollen und hoffentlich auch bleiben werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, jetzt nähern wir uns der spannenden Frage, wie die Landesregierung ihre Restredezeit einteilt. - Das Wort hat der Herr Minister. Bitte sehr!

Bartels, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann das nur stichwortartig machen: Herr Biestmann leidet absolut unter Realitätsverlust. Das macht sich an den Zahlen bemerkbar, die der CDU-Antrag enthält. Er spricht von 25 Millionen Euro an Bundesmitteln, die wir angeblich verfallen lassen. Das stimmt schlicht und ergreifend nicht. Es sind 19 Millionen. Das ist noch immer eine Menge. Aber die Zahlen, die Sie genannt haben, stimmen von vorne bis hinten nicht. Das sind ja nur 11 Millionen DM weniger an Anforderungen. Das macht bei Ihren Anträgen keine Größenordnung aus.

(Möllring [CDU]: 19 Millionen Euro machen 11 Millionen DM aus?)

Das Volumen unseres Haushalts erfährt eine fünfprozentige Steigerung. Es wird nicht abgesenkt, Herr Biestmann.

Dem Agraretat ist kein Geld weggenommen worden, sondern er hat Geld dazubekommen. Richtig ist auch, dass im Jahre 1992 der agrarsoziale Strukturausgleich per Gesetz weggefallen ist. Das macht 600 Millionen DM aus. Wenn Sie das hinzurechnen, liegen wir bei 4 %. Wenn wir die Prämienzahlungen, die heute direkt an die Landwirte fließen, mit 1,4 Milliarden DM hinzuzählen, dann liegen wir bei 8 %. Was wollen Sie eigentlich mehr, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in unserem Agraretat die höchste Investitionsquote in Deutschland. Schauen Sie sich das einmal an: mehr als 370 Millionen DM in diesem Jahr an öffentlichen Mitteln als Zuschuss für den ländlichen Raum. Damit sind Investitionen in

einem Volumen von 1 Milliarde DM ausgelöst worden. Das ist nicht von Pappe.

Sie sagen, die Landwirte würden nicht mehr investieren, die Investitionsbereitschaft würde fehlen. Meine Damen und Herren, 638 Betriebe - so viele wie noch nie - haben in diesem Jahr die Investitionsmittel des Landes in Anspruch genommen. Das heißt, wir haben 370 Millionen DM an Investitionen angeschoben. Wo leben Sie eigentlich, Herr Biestmann?

(Widerspruch von Biestmann [CDU])

Die Gewinnsituation stellt sich für die niedersächsischen Landwirte mit Ausnahme der Rindermäster in dem abgelaufenen Wirtschaftsjahr blendend dar. Vor diesem Hintergrund können Sie doch nicht Untergangsstimmung verbreiten.

(Zuruf von Biestmann [CDU])

- Es ist doch nicht zu fassen, was Sie hier sagen!

Wir haben Investitionsbereitschaft bei den Betrieben, wir haben eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft, und wir haben vor, dies in den nächsten Jahren weiter auszubauen. Dafür legt der Haushalt 2002 eine hervorragende Grundlage. Die Landwirte lassen sich ihre Stimmung nicht durch Ihr Gerede verderben. Sie erkennen ihre Chancen im Markt und nutzen sie auch mit unserer Hilfe. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Wir kommen zum Bereich **Umwelt** und der Wortmeldung von Frau Kollegin Zachow.

Frau Zachow (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Als Rot-Grün vor zehn Jahren an die Regierung kam, wurde versprochen, dass der Umwelthaushalt auf 5 % gesteigert werden sollte. Was ist jetzt dabei heraus gekommen? - Mickrige 1,5 %! Sie, Herr Jüttner, haben wie der tapfere Pfeifer im Walde diesen Haushalt im Umweltausschuss verteidigt und heftig bestritten - das müssen Sie ja auch -, dass die Umweltpolitik an Bedeutung verloren habe.

Das Hauptpfund - zugegebenermaßen positiv -, mit dem Sie wuchern, sind die Fördermittel für erneuerbare und regenerative Energien und für sparsame Energieverwendung, also das, was wir früher im Ökofonds stehen hatten. Allerdings, meine Damen, meine Herren, obwohl die Erhöhung sehr positiv ist - immerhin 5 Millionen Euro -, hoffen wir, dass diese Mittel jetzt auch abgerufen werden. Der Ökofonds war überhaupt kein Erfolgsmodell. Der floss immer wieder an den Wirtschaftsminister zurück. Wir hoffen, dass das jetzt anders wird. Die Richtlinien sollen geändert werden. Sie liegen uns leider noch nicht vor. Wir warten das also mit Spannung ab.

Die CDU-Fraktion würde sich natürlich freuen, wenn Ihre Solaroffensive wirklich voran käme und wenn auch Biogas und Biomasse weiterhin vorangetrieben würden. Hier habe ich noch einmal eine Bitte, dass wir auch die Wasserkraft nicht vergessen. Das liegt zwar mehr im administrativen als im finanziellen Bereich. Aber es wäre schön, wenn wir auch dort weiterkämen.

Richtig ärgerlich, meine Damen, meine Herren, sind wir wegen der Änderung der §§ 104 und 105 des Wassergesetzes.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben das einmal als eine Systematisierung und Konsolidierung angekündigt. Übrig geblieben ist die Konsolidierung. Natürlich werden einige Verbände entlastet. Das erkennen wir an. Sie beteiligen sich an Schöpfwerkskosten.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch etwas!)

Aber unter dem Strich, meine Damen, meine Herren, werden 2 Millionen DM eingespart. Das ist ja eigentlich nur das Ende der Entwicklung. Über viele Jahre hin wurde der Sockelbetrag immer wieder geändert, Herr Jüttner. Jetzt kommen noch 2 Millionen DM dazu. Dann muss man wirklich sagen, dass Sie den ländlichen Raum dramatisch belastet haben.

§ 114 des Wassergesetzes ist nicht geändert worden. Wir werden morgen bei den strittigen Eingaben darauf zu sprechen kommen. Es scheint so, dass sich da doch vielleicht die eine oder andere Härte beseitigen lässt. Wir würden uns darüber freuen.

Sehr besorgt sind wir auch über die Maßnahmen beim Hochwasser- und Küstenschutz. Hier, meine Damen, meine Herren, gilt das Gleiche wie im landwirtschaftlichen Bereich. Der Verzicht auf volle Gegenfinanzierung von GA-Mitteln hat zu einer dramatischen Absenkung geführt. Es kann einfach nicht sein, dass gerade beim Hochwasserschutz im Binnenland die Mittel um rund 2,5 Millionen Euro gekürzt werden. Gerade in dem Bereich liegen noch riesige Aufgaben vor uns.

(Zuruf von der SPD: Unsere Deiche sind sicher! - Gegenruf von der CDU: Aber nicht alle!)

- Darauf kommen wir gleich noch. Ich denke jetzt an die Deiche an der Elbe. Ich denke an die Deiche an der Aller. Die Hochwasser an Delme und Hase sind uns allen noch in sehr lebhafter Erinnerung.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kommen wir zum Küstenschutz, Herr Bontjer; gerade war es Hochwasserschutz im Binnenland, um Ihnen das klar zu machen. In diesem Zusammenhang fand ich die Bemerkung von Herrn Jüttner, die Sturmflut könne kommen, die Deiche seien sicher, sehr mutig. Ich hoffe, dass Sie nicht mehr als mutig waren.

(Beifall bei der CDU)

Bei Ihrer Bemerkung, dass durch neue Ingenieurtechnik vielleicht weniger mehr sein könnte, meine Damen, meine Herren, kommt doch nur noch das Prinzip Hoffnung zum Ausdruck.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch unerhört! Jetzt machen Sie auch noch unsere Deiche schlecht!)

Wenn der Küstenschutz vernachlässigt wird, dann rächt sich das irgendwann bitter. Vernachlässigte Deiche, meine Damen, meine Herren, kommen uns auf die Dauer teuer zu stehen.

Ein riesiger Einnahmebrocken ist das Wasserentnahmeentgelt. Diese Einnahmen sinken dramatisch um 7,7 Millionen Euro. Der Grund ist ganz einfach: Das Kernkraftwerk Grohnde verbraucht durch technische Umstellung weniger Kühlwasser. Der Wasserpfennig - so hieß er einmal; ein Groschen ist es dann geworden - trägt einen wirklich großen Anteil zur Finanzierung des Umwelthaushaltes bei. Bedenkt man nun, dass 2003 auch Stade vom Netz gehen soll, dann werden 2003 die Einnahmen weiter sinken. Das ist übrigens noch nicht im Haushalt berücksichtigt worden.

Der Spielraum für den Umwelthaushalt wird gerade für den Naturschutz dringlichst gebraucht. In

diesem Sinne kann ich Ihnen und uns eigentlich nur wünschen, dass die Kernkraftwerke in Niedersachsen möglichst lange am Netz bleiben.

(Zurufe von der SPD)

- Ja, das ist die Logik. Der Naturschutz wird zu einem ganz großen Anteil mit diesem Geld bezahlt.

Meine Damen, meine Herren, wenn wir uns überlegen, dass im Lande immer mehr Fläche mit Naturschutz und Landschaftsschutz, mit Wasserschutzgebieten, mit FFH und EU-Vogelschutz überzogen wird, dann frage ich Sie: Wie wollen Sie das auf Dauer, d. h. über 2006 hinaus, eigentlich noch finanzieren? Erschwernisausgleich, Vertragsnaturschutz sind Daueraufgaben, wenn wir unsere Kulturlandschaft so erhalten wollen, wie wir sie zurzeit haben.

(Zuruf von der SPD: Das wollen wir ja noch verbessern!)

Hier müssen neue Wege gefunden werden. Sie haben nichts aufgezeigt. Ich habe im Ausschuss ausdrücklich danach gefragt.

(Beifall bei der CDU)

Vor diesem Hintergrund muss man natürlich infrage stellen, ob es dauerhaft sinnvoll ist, dass das Land große Flächen aufkauft, anstatt die Flächen in der Hand der Landwirte zu belassen und dann Verträge über Vertragsnaturschutz und Bewirtschaftungsverträge abzuschließen und Erschwernisausgleich zu zahlen. Ich glaube, wir kommen in eine Sackgasse, wenn wir so weiter handeln wie bisher.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen, meine Herren, die CDU-Fraktion ist nach der Beratung des Umwelthaushaltes zu dem Schluss gekommen, dass die Umweltpolitik wirklich an Bedeutung verloren hat. Das ist nicht nur schade und bedauerlich, sondern gegenüber kommenden Generationen auf Dauer auch nicht mehr zu verantworten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jahn:

Frau Steiner hat nun das Wort.

Frau Steiner (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vorstellung des Umwelthaushaltes im Ausschuss war von Reflektionen des Ministers über die Zwänge der finanziellen Situation begleitet. Das kann aber nicht von der Tatsache ablenken, dass der Umwelthaushalt beim Sparen im Vergleich zu den anderen Einzelhaushalten am meisten Federn gelassen hat. Das ist eine klare Aussage über die Prioritätensetzung der Regierung Gabriel: Wirtschaft plus, Umwelt minus.

Wer dem Glauben anhängt, auch ein Umwelthaushalt müsse den größten Teil der Ausgaben durch Einnahmen selbst erwirtschaften, geht mit dieser Gemeinschaftsaufgabe fahrlässig um. Der vorgelegte Haushalt ist auch ein Spiegel der Umweltpolitik: Welche Schwerpunkte werden gesetzt? Was wird wie finanziert?

Ich möchte drei Punkte beleuchten: den Naturschutz, das Biosphärenreservat "Elbtalaue" und den Moorschutz.

Seit Jahren fordern wir aus gutem Grund bei allen Haushaltsberatungen, dass die Mittel für den Vertragsnaturschutz heraufgesetzt werden. Statt immer mehr Flächen für den Naturschutz anzukaufen, muss der Vertragsnaturschutz ausgeweitet werden.

(Inselmann [SPD]: Machen wir doch!)

Beim Amtsantritt von Minister Jüttner war eine seiner wichtigsten politischen Ansagen, dass der Vertragsnaturschutz künftig das wichtigste Instrument im niedersächsischen Naturschutz werden sollte. Wir müssen aber feststellen, dass die Landesregierung den Weg des hoheitlichen Naturschutzes offenbar unbeirrt weitergeht. Der Minister spricht von Kooperation, von den Landwirten als unersetzlichen Pflegern wertvoller Kultur- und Naturlandschaft. Doch in der Praxis ist alles beim Alten geblieben. Das ist ein schlechter Dienst am Naturschutz. Wir haben als Konsequenz unserer Forderung beantragt, die Mittel für Vertragsnaturschutz um 1 Million Euro aufzustocken.

Nun zum Thema Elbtalaue: Die SPD-Fraktion hat zwar den Gesetzentwurf

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

für das Biosphärenreservat "Elbtalaue" in den Landtag eingebracht, doch die Haushaltstitel im Einzelplan 15 bleiben weitgehend leer. Die Begründung lautet: Man wolle dem Gesetzgeber Parlament nicht vorgreifen, da dieses Gesetz noch nicht beschlossen sei. Das Geld sei da, versichert Herr Inselmann den Bürgern an der Elbe, auch wenn es nicht im Haushalt ausgewiesen sei. So macht man keine überzeugende Politik, Herr Inselmann! Es muss schon drin sein, was drauf steht. Sie können den Bürgern nicht leere Flaschen mit bunten Aufklebern verkaufen

(Inselmann [SPD]: Das macht ihr ja!)

und dann treuherzig versichern: "Macht euch keine Sorgen. Wir füllen die Flaschen später auf." Ihre Politik ist an dieser Stelle höchst unglaubwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Parlament hat schon vor Jahren beschlossen, dass eine Konzentration von Fördermitteln zugunsten der Region zu erfolgen hat. Die Menschen haben davon noch nichts gemerkt. Es ist nichts angekommen.

Sie setzen den Etikettenschwindel fort, indem Sie nur Hausnummern im Haushalt ausweisen, die nicht mit Euro gefüllt sind. Wir haben diese Leerstellen in unserem Vorschlag zum Teil aufgefüllt.

(Inselmann [SPD]: Aber ohne Deckung!)

Zum Moorschutz: Am 1. Dezember 1981 wurde das erste niedersächsische Moorschutzprogramm aufgelegt. Das Moorschutzprogramm galt lange Zeit als Beispiel für eine innovative Naturschutzpolitik. In den Jahren der SPD-Alleinregierung ist das Programm ausgehöhlt worden und zum Patchwork-Programm verkommen. Weil Sie einer Bilanz aus dem Wege gehen wollten, wollten Sie stillschweigend über das Jubiläum 20 Jahre Moorschutzprogramm hinweg gehen, das in diesem Monat ansteht. Wir mussten Sie daran erinnern. Aber es gibt für Sie eben nichts zu feiern. Seit dreieinhalb Jahren schmort der Antrag der Fraktion der Grünen zur Ausweisung eines Moorschutzgebietssystems im Umweltausschuss.

(Schack [SPD]: Durch eure Schuld!)

Es ist offensichtlich, dass sich die Umweltpolitiker der SPD-Fraktion nicht gegen ihre Wirtschaftskollegen und die Torfabbaulobby in Weser-Ems durchsetzen können. Das Wirtschaftsministerium will im Landes-Raumordnungsprogramm gar noch eins draufsetzen und weitere Torfabbauflächen ausweisen, dies sogar gegen den Widerstand von Kommunen, die ihre letzten Moorflächen erhalten wollen.

Niedersachsen hat seine einstmals führende Rolle in Deutschland im Moorschutz verloren. Es ist dringend notwendig, sich auf die einstige Vorreiterrolle zu besinnen und nicht nur ein bisschen Moor unter Schutz zu stellen, sondern ein Stück der typischen Moorlandschaft als Natur- und Kulturerbe insgesamt zu erhalten. Diese politische Aussage vermissen wir in diesem Haushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verwalten statt gestalten - dieses Motto durchzieht diesen Haushalt ebenso wie den vorhergehenden. Dort, wo Sie originäre Pflichtaufgaben des Landes finanzieren müssen, wie im Naturschutz in den Schutzgebieten und Natura-2000-Gebieten, ersetzen Sie Landesmittel durch EU-Mittel. Ich kann an diesem Haushalt beim besten Willen nicht erkennen, wo Sie politische Akzente im Umwelt- und Naturschutz setzen. Ich hätte erwartet, dass die Landesregierung die von Rot-Grün in Berlin eingeleitete Agrarwende durch eigene Maßnahmen unterstützt und voranbringt und dass sich das auch im Umwelthaushalt niederschlägt. Das ist aber nicht der Fall. Sie machen keine neue Politik, sondern wechseln nur die Etiketten für die EU-Programme. Damit wird Umweltpolitik noch weniger berechenbar. Sie wird völlig abhängig von Brüsseler Geldern. Wenn ab 2006 weniger Geld für PROLAND und andere Programme von der Europäischen Union kommt, bricht Ihr Kartenhaus zusammen.

Gestalterische Politik will das Umweltministerium offenbar in Zukunft im Wesentlichen mit Drittmitteln machen. Der Einzelplan 15 ist systematisch mit Leertiteln ausgestattet worden, der die buchungstechnische Abwicklung von Projektmitteln und Spenden ermöglichen soll. Es kann doch nicht angehen, dass staatliche Stellen Gelder auf dem Spendenmarkt einwerben oder mit Projektmitteln der Bundesstiftung Umwelt Maßnahmen finanzieren und das Ganze anschließend als politische Leistungen der Landesregierung verkaufen.

(Inselmann [SPD]: Man muss erst einmal auf die Idee kommen!)

Gleichzeitig kürzen Sie die Finanzmittel für die Niedersächsische Umweltstiftung aus der Lotto-Konzessionsabgabe um 141 000 Euro. Aus diesen Mitteln wurden gerade kleine Projekte bezuschusst, für die im Landeshaushalt keine müde

Mark mehr vorgesehen ist. Die Abschaffung des eigenen Fördertopfes im Umweltministerium wurde seinerzeit gerade mit dem Verweis auf die Umweltstiftung gerechtfertigt. Das trifft engagierte Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die ehrenamtlich für Umweltbewusstsein und Umweltvorsorge arbeiten. Wir sollten uns grundsätzlich darüber einigen, dass Spenden- und Projektmittel an Nichtregierungsorganisationen den Initiativen zugute kommen, die vor Ort arbeiten. Es kann nicht sein, dass der Staat in seiner Finanznot Sponsorensuche betreibt und zu den NGOs in Konkurrenz tritt.

Natürlich begrüßen wir es, wenn sich Nationalparkhäuser oder die Naturschutzakademie für Projekte und Öffentlichkeitsarbeit private Sponsoren suchen. Aber es darf nicht dazu kommen, dass unsere Nationalparkverwaltungen und andere Einrichtungen aus purer Finanznot dazu gedrängt werden, Sponsorengelder einzuwerben. Das hätte zur Folge, dass dann Maßnahmen danach ausgewählt würden, ob sie sich zur Imagepflege potenzieller Sponsoren eignen. Ich glaube schon, dass wir die Aufgaben des Staates in diesem Bereich neu bestimmen müssen. Das sollte aber nicht unter der Hand durch eine aus Finanznot geborene Einführung von Sponsoring bei der Landesverwaltung geschehen.

Lassen Sie mich noch einige Sätze zum Umgang mit schwach radioaktiven Abfällen sagen. Nachdem die Landessammelstelle für schwach radioaktive Abfälle in Steyerberg aufgelöst worden war, hat die Landesregierung unter dem Druck des Parlaments und des Landesrechnungshofs ein neues Konzept für die Sammlung und Zwischenlagerung dieser problematischen Abfälle angekündigt. Ein Landtagsbeschluss von Oktober 1999 fordert ein umfassendes Konzept für die künftige Zwischenlagerung und deren Finanzierung.

Minister Jüttner hat im Oktober 2000 im Haushaltsausschuss zugesagt, dieses Zukunftskonzept zum Jahresende vorzulegen. Bereits im letzten Jahr sind mit der Gruppe GNS in Jülich Vertragsverhandlungen mit dem Ziel aufgenommen worden, einen so genannten Verwaltungshelfervertrag abzuschließen. Diese Gruppe soll die Aufgabe einer Landessammelstelle für Niedersachsen wahrnehmen. Sie führen schier endlos Verhandlungen und bringen sie nicht zum Abschluss. Die SPD-Fraktion hat inzwischen die notwendige haushaltsmäßige Absicherung für diesen Vertrag im Haushalt geschaffen. Aber das Konzept wird erst in der kommenden Woche - so steht es jedenfalls

auf der Tagesordnung - im Umweltausschuss vorgestellt. Das Umweltministerium hätte dann länger als zwei Jahre gebraucht, um dem Parlament ein neues Konzept für eine Landessammelstelle vorzulegen. Das heißt für mich: Der Umgang der Landesregierung mit diesen radioaktiven Abfällen zeugt nicht von Verantwortung, sondern ist durch jahrelange Schlamperei und Verschiebung gekennzeichnet.

(Inselmann [SPD]: Oh, oh!)

Abschließend ist festzustellen, dass man in der Gesamtbewertung zu dem Urteil kommen muss, dass dieser Haushalt nicht von der Schlagkraft der Regierung in der Umweltpolitik zeugt. Man wurstelt sich eben so durch. Gestaltungsspielräume werden nur im Bereich neue Energien gesehen, die das Umweltministerium mit Teilen des Ökofonds entwickeln kann. Gestaltende Umweltpolitik kann ich sonst nicht erkennen. Der Verweis auf die Zwänge des verschuldeten Haushalts und die Beweihräucherung einzelner Projekte können darüber nicht hinwegtäuschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Der nächste Redebeitrag kommt vom Kollegen Inselmann. Bitte sehr!

Inselmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Umwelthaushalt ist zukunftsorientiert und richtungsweisend. Er macht deutlich, dass es bei knapper werdenden Finanzen wichtig ist, sich auf wesentliche Projekte zu konzentrieren. Das passiert hier. Umweltpolitik in Niedersachsen wird schon lange nicht mehr mit dem Namen der Grünen, sondern mit Wolfgang Jüttner und der SPD verbunden, und zwar erfolgreiche Umweltpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Ich bedaure es außerordentlich, dass die Grünen nicht eine Zeile über den Agenda-Prozess verloren haben. Es steht eine sehr wichtige Politikentscheidung an. Sie alle wissen, dass im nächsten Jahr in Johannesburg die Nachfolgekonferenz von Rio stattfindet. Zur Agenda 21 verlieren die Grünen also kein Wort. Wir haben dazu im Haushalt Zeichen gesetzt. Wir finanzieren mit 1,8 Millionen wichtige Agenda-Prozesse in GA- und Ziel-2-Ge-

bieten. Darüber hinaus haben wir für die Regionen, die nicht GA- bzw. Ziel-2-Gebiete sind, Haushaltsmittel in der Größenordnung von 350 000 DM bereitgestellt. Darauf sind wir besonders stolz. Wir werden weiter Agenda-Prozesse im Lande voranbringen.

(Beifall bei der SPD)

Trotz knapper werdender Finanzen haben wir die Mittel für die Arbeit der Umweltverbände nicht gekürzt und sie dadurch gesichert. Die CDU-Fraktion hat hierzu dieses Mal wenigstens keinen Antrag auf Streichung gestellt. Offensichtlich haben Sie in dieser Frage Frieden mit den Umweltverbänden geschlossen. Wir attestieren Ihnen in dieser Frage bescheiden Lernfähigkeit.

Was die Agenda betrifft, so habe ich es außerordentlich bedauert, dass die CDU-Fraktion keine Änderungsvorschläge zum Haushalt vorgebracht hat. Wir nehmen das einmal als Kompliment und werten es so, dass Sie mit dem, was wir machen, zufrieden sind.

(Zustimmung bei der SPD - Zurufe von Frau Zachow [CDU])

Natura-2000-Gebiete sind einmal ein wichtiges Thema für die CDU-Fraktion gewesen. Dazu haben Sie hier im Landtag angeblich wegweisende Anträge gestellt. Nach Auffassung der SPD-Fraktion sind wesentliche Programmvorschläge aufgenommen worden. 58 EU-Vogelschutzgebiete und 172 Flora-Fauna-Habitat-Gebiete sind gemeldet. 14,6 Millionen DM stehen für 2002 und 2003 zur Verfügung, 8 Millionen DM für FFH und 6,6 Millionen DM für Vogelschutzgebiete.

Ich erinnere daran, dass die CDU-Fraktion dazu einen Antrag gestellt hat, dass die langfristige Finanzierung dringend sichergestellt werden muss. Ich stelle fest, dass die CDU-Fraktion zum Haushalt 2002/2003 nicht einen Antrag dazu gestellt hat. Sie wollen nicht einen Pfennig im Haushalt dafür einsetzen, obwohl das in den Regionen angeblich ein sehr großes Problem ist. Ich stelle also fest: Zum Haushalt bringen Sie dazu gar nichts. Das ist ein Armutszeugnis!

(Beifall bei der SPD)

Nun zum Thema Nationalparke. Im letzten Jahr haben wir die Nationalparke "Harz" und "Wattenmeer" erfolgreich gesichert. Wir haben sie durch den Haushalt auch finanziell gesichert. Wir setzen sogar noch eines drauf: Wir werden ein weiteres Nationalparkhaus in Jemgum am Dollart finanzieren. Wir haben das im Haushalt entsprechend sichergestellt. Wir sind nämlich der Auffassung, dass es richtig ist, auch dort die Naturschutzarbeit und den Tourismus zusammenzuführen.

Meine Damen und Herren, wir werden auch das Biosphärenreservat "Flusslandschaft Elbe" entsprechend umsetzen. Auch dafür haben wir die erforderlichen finanziellen Weichenstellungen vorgenommen. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt veranschlagt. Auch das ist ein Erfolg.

Frau Zachow hat die Energiewende angesprochen. Das ist in der Tat ein entscheidendes Thema. Die Erfolgsstory Windenergie ist hier im Landtag schon des Öfteren erwähnt worden. Ich möchte deshalb nur noch einmal sagen: In den letzten Jahren sind 100 Millionen DM an Fördergeldern geflossen. Wir werden dieses Erfolgsmodell jetzt auf Offshore umsteuern und auch hier Zeichen setzen. Auch hier wird Niedersachsen vorn sein. Wir werden die Energiewende auch in diesem Bereich fortsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden auch die Solaroffensive fortsetzen. Hierfür sind für die Jahre 2002 und 2003 22 Millionen DM eingesetzt worden. Wir hoffen, dass die Mittel auch abfließen. Frau Zachow, Ihr Antrag sieht dafür keinen einzigen Pfennig vor. Bei Ihnen findet die Energiewende nicht statt. Bei Ihnen findet die Solaroffensive nicht statt. Die CDU-Fraktikon betreibt im Umweltbereich die Politik der 50er-Jahre. Wir gratulieren dazu. Machen Sie ruhig so weiter. Deshalb bleiben Sie auch in der Opposition, und wir werden Mehrheitsfraktion bleiben.

Das Interessante dabei aber ist: Sie werden gegenüber den Vertretern Ihrer eigenen Partei wortbrüchig. Das sollte Sie nachdenklich stimmen. Dr. Helmut Kohl - er dürfte Ihnen ja noch bekannt sein; das ist der mit den Koffern - hat im Jahr 1997 das Weißbuch der Europäischen Union mitgetragen und durch Unterschrift bekräftigt. Danach soll der Anteil der erneuerbaren Energien von 6 % auf 12 % steigen; also eine Verdoppelung. Dafür muss man dann aber auch Geld bereit stellen. Wir setzen in diesem Bereich in Niedersachsen Zeichen. Die entsprechenden Mittel sind eingesetzt worden. Sie werden durch die Bundesprogramme begleitet, die Rot-Grün in Berlin eingesetzt hat.

(Frau Zachow [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Ich habe nicht genügend Zeit, Frau Zachow. Die Fragestunde ist morgen. Jetzt möchte ich gern meine Rede zu Ende führen.

(Beifall bei der SPD - Frau Zachow [CDU]: Schade!)

Nun zu den Themen Küstenschutz und Hochwasserschutz im Binnenland. Hierzu muss man sagen: Für den Küstenschutz sind 90 Millionen DM bzw. etwa 45 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden. Damit führen wir in Niedersachsen das hohe Niveau fort, meine Damen und Herren.

(Frau Zachow [CDU]: Sie senken das Niveau!)

Ich möchte - das sage ich jetzt auch an die Adresse der Grünen - nur einmal an Folgendes erinnern: Hätten wir das Emssperrwerk nicht finanziert und gebaut, dann hätten wir sehr viel mehr Geld für zusätzliche Deichbaumaßnahmen ausgeben müssen. Wir haben im Zusammenhang mit dem Emssperrwerk eine Menge Mittel für die betreffende Region bewegt. Sie waren dagegen. Sie haben gegen die Interessenlage dieser Region entschieden. Wir aber haben für die Region entschieden. Wir haben uns für den Küstenschutz entschieden. Es sind eine Menge Mittel in die Region geflossen.

(Frau Ortgies [CDU]: Aber wir doch nicht! Wir doch nicht von der CDU!)

- Ich habe von den Grünen gesprochen, nicht von Ihnen. Sie, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, stehen nicht immer im Mittelpunkt meiner Reden. Ich muss Sie da enttäuschen.

Mit dem Hochwasserschutz im Binnenland haben wir natürlich eine wichtige Aufgabe geerbt. Nach der deutschen Einheit sind die Deiche im Bereich des Amtes Neuhaus in unseren Zuständigkeitsbereich gefallen. Sie sind marode, und wir müssen sie sanieren. Dafür sind in den Haushalt entsprechende Mittel eingestellt worden. Wir werden das auch weiterhin schrittweise tun. Sie können sicher sein, dass wir auch für andere Maßnahmen des Hochwasserschutzes im Binnenland genügend Mittel bereitgestellt haben. Insofern kann man in Niedersachsen auch bei Hochwasser ruhig schlafen, meine Damen und Herren.

(Frau Ortgies [CDU]: Ihre Zeit ist abgelaufen!)

Schließlich noch ein Wort zum Ökolandbau. Ich bin maßlos darüber enttäuscht, dass Sie mit Ihrem Änderungsantrag erneut aufgezeigt haben, dass Sie in dieser Frage nicht lernfähig sind. Sie wollen die Mittel für den Ökolandbau kürzen. Wir sagen: Sie müssen erhöht werden. Das haben wir getan. Hier hat der Landwirtschaftsminister Zeichen gesetzt. Die Agrarwende findet auch in Niedersachsen statt. Wir hoffen darauf, dass Sie auch in dieser Frage noch etwas lernen. Wir geben Ihnen dafür noch ein paar Jahre Zeit. Üben Sie als Opposition noch drei Wahlperioden lang, bis Sie auch in dieser Frage gelernt haben. Dann können wir wieder über die Frage reden, ob Sie in diesem Land politikfähig sind. So lange Sie das nicht sind, machen wir das für Sie und werden es auch weiter für Sie durchsetzen und in diesen Fragen auch weiterhin Erfolge feiern, meine Damen und Herren.

Ich bedanke mich. Der Umwelthaushalt ist wegweisend. Deshalb werden wir mit dem Umwelthaushalt auch Zeichen setzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Schwarzenholz erhält eine Redezeit von drei Minuten.

Schwarzenholz (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Haushaltsplanberatungen haben einen etwas faden Beigeschmack; denn sie wirken wie ein Ritual. Die Ränge sind leer, die Medien sind nicht mehr da. Wir reden nur noch für das Protokoll. Wenn ein zukunftsfähiges Thema wie Umweltpolitik zu dieser Zeit behandelt wird, dann stellt sich für mich die Frage: Ist das ein Symbol für den Stellenwert, den dieses Thema gegenwärtig hat?

Ich werde mich jetzt bemühen, die übliche Regierungsschelte nicht ganz so scharf zu fahren. Herr Minister, Sie haben sicherlich das Verdienst, die Umweltpolitik in Niedersachsen versachlicht und bestimmte Konfliktebenen in dieser Umweltpolitik bereinigt zu haben. Wenn ich mir den Landeshaushalt angucke, frage ich Sie: Welchen Stellenwert hat eigentlich die Umweltpolitik? - Ich mache schon seit Jahren darauf aufmerksam, dass der Anteil des Umwelthaushalts am Gesamthaushalt relativ und absolut sinkt. Wenn man sich nun die öffentliche Debatte in Niedersachsen ansieht, frage

ich Sie: An welcher Stelle sind Umweltthemen oder Themen aus dem Zuständigkeitsbereich Ihres Ressorts Impulsthemen für wirtschaftliche oder soziale Entwicklungsprozesse?

Herr Inselmann hat den Agenda-Prozess angesprochen. Der Agenda-Prozess bekommt seinen Wert aber nicht dadurch, dass wir schwätzen, sondern dadurch, dass durch die Bündelung von Handlungspartnern Entwicklungsprozesse ausgelöst werden und zukunftsfähige Entwicklungen auch real stattfinden, die sowohl ökologische als auch soziale Wirkung haben. Solche Nachrichten gibt es in Niedersachsen aber kaum.

Sie haben so oft auf die erneuerbaren Energien verwiesen. Wir sind ein Industrieland. Wir sind ein Automobilland. Wenn ich mir dann - auch unter Berücksichtigung der Konkurrenzsituation der verschiedenen Automobilhersteller - aber angucke, welchen Stellenwert die Wasserstofftechnologie im niedersächsischen Entwicklungsprozess real einnimmt, dann kann ich, Herr Minister, nur feststellen: Wenn man die Bedeutung dieses industriellen Sektors für den Arbeitsplatzmarkt nicht nur in Niedersachsen, sondern auch in der Bundesrepublik insgesamt betrachtet und berücksichtigt, dass dieser industrielle Sektor in Niedersachsen einen derart hohen Stellenwert hat, so befinden wir uns in einer mittleren, eher sogar nachrangigen Position. Das hat etwas mit der Firmenpolitik von VW zu tun. Das hat aber auch etwas damit zu tun, dass wir keine Impulssynergien auslösen, die über Nischen hinausgehen.

Wir haben auf dem Energieerzeugungssektor - wenn ich mir einmal den Heizungsbereich und die erneuerbaren Energien angucke - die Möglichkeit, über Wasserstofftechnologien eine Revolution der Effizienz herbeizuführen. Wo steht Niedersachsen in diesem Zusammenhang?

Also, Herr Minister, ich will an Sie als Herausforderung die folgende Frage stellen: Wo ist der Ihrer Persönlichkeit und Ihrer Rolle im Kabinett entsprechende herausragende Stellenwert der Umweltpolitik, die in Niedersachsen als Impulsgeber für wirtschaftliche und soziale Entwicklungen eigentlich existieren müsste? - Wenn man die Veröffentlichungen in den Medien kritisch liest, muss man den Eindruck gewinnen, dass die Entwicklungsmöglichkeiten, die sich in Niedersachsen bieten, nicht ausgeschöpft werden.

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat der Minister Jüttner.

Jüttner, Umweltminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass der Umwelthaushalt erst so spät behandelt wird, hat der Ältestenrat festgelegt. Er hat dies wahrscheinlich auf der Grundlage der Nummerierung der Haushaltspläne getan. Der Einzelplan 15 ist der Letzte und kommt insofern als letzter dran. Ich halte das aus. Das ist in Ordnung.

(Biel [SPD]: Der Letzte kann auch mal der Erste sein!)

- Nächstes Mal rollt ihr das von hinten auf. Das ist in Ordnung.

Die Zeit reicht nicht aus, um auf viele Einzelheiten einzugehen. Deshalb möchte ich zunächst an die Bemerkung von Herrn Schwarzenholz zu dem Spektakulären in bestimmten Politikfeldern anknüpfen. Als die Umweltpolitik noch spektakulär war, war sie nicht sonderlich erfolgreich; denn sie hatte nichts anderes zu tun, als dramatische Krisensituationen zu bearbeiten. Sie hat dies an vielen Stellen geschafft. Viele Einzelprobleme sind gelöst worden: Die Gewässerqualität ist verbessert worden. Die Schadstoffemissionen der Kraftwerke sind reduziert worden. Die Probleme haben sich dramatisch verändert. Wir haben heute ganz andere Probleme. Sie entziehen sich aber dem Spektakulären.

Wenn wir die Zeit hätten, würde ich Ihnen am Beispiel der Entwicklung von Natur und Landschaft einmal verdeutlichen - meiner Meinung nach wäre es spannend, dies zu tun -, wie gestaltende Umweltpolitik aussieht. Wir müssten uns hier einmal hinsetzen und dieses Thema erörtern, aber nicht so, wie die CDU-Fraktion das Thema FFH unter dem Gesichtspunkt der Einschränkung von Landnutzung diskutiert, sondern wir müssten versuchen, die Qualitäten von Natur und Landschaft in Niedersachsen für die zukünftigen Generationen wenigstens einigermaßen bereitzustellen. Das ist das, was wir infolge der Umsetzung der FFH-Richtlinie machen müssen.

Wir kommen unseren gesellschaftlichen Verpflichtungen nach, indem wir Artenvielfalt gewährleisten, indem wir für die Tiere und Pflanzen in Niedersachsen eine Zukunft garantieren. Das ist unsere gesellschaftspolitische Aufgabe. Diese Aufgabe wickeln wir z.B. durch Flächenausweisung, durch Entwicklung von Erhaltungszielen und durch den Biotopverbund, der daraufhin entsteht, ab.

(Coenen [CDU]: Wer bezahlt das?)

- Das bezahlt diese Gesellschaft. Umweltpolitik zu unterlassen ist in der Regel teurer, als umweltpolitische Maßnahmen durchzuführen.

Das Gleiche, meine Damen und Herren, gilt für einen ganz wichtigen Bereich der Umweltpolitik. Die meisten Probleme entstehen in der industriellen Produktion, beispielsweise in der Frage der Ressourcennutzung. Sie sollten einmal zur Kenntnis nehmen, dass Niedersachsen in der Debatte um Recyclingstrategien, Stoffstrommanagement und Umweltmanagement bundesweit führend ist. Diese Debatten werden in Niedersachsen für die Bundesrepublik, zum Teil sogar für Europa geführt.

(Zuruf von Frau Körtner [CDU])

- Dass Sie davon nichts verstehen, trifft mich nicht sonderlich. Das muss ich Ihnen allerdings sagen. -Das darzustellen erfordert natürlich mehr als zwei Minuten am späten Abend. Diese Debatte sollten wir einmal im Rahmen eines eigenen Tagesordnungspunktes führen. Das hat ganz viel mit Gestaltung zu tun, mit einem Sich-Einlassen auf gesellschaftliche Gruppen, damit, Kooperationsstrategien zu entwickeln, die auf Dauer angelegt sind und die sich wunderbar in das einpassen, was Herr Inselmann hier zum Thema nachhaltige Gesellschaftsentwicklung vorgetragen hat. Dort werden in Zukunft die entscheidenden Weichenstellungen in den Fragen Ressourcenschonung und Veränderung des Energiemixes vorgenommen. Bei diesen Themen sind wir in Niedersachsen ziemlich weit. Dagegen ist so manche Haushaltsdebatte vergleichsweise zweitrangig.

Ich will das einmal an einem Beispiel deutlich machen. Hier ist gesagt worden, wir schafften, was den Küstenschutz angeht, Probleme, weil wir Gelder zurücknehmen. - Meine Damen und Herren, eine Pflicht der Parlamentarier ist es, sich mit den ausgeteilten Materialien zu befassen. Wir haben dem Haushaltsausschuss eine Aufstellung zum Küsten- und zum Hochwasserschutz vorgelegt. Dieser Aufstellung können Sie entnehmen, dass sowohl der Hochwasserschutz als auch der Küstenschutz durchgängig finanziert sind und wir daneben auch noch die Finanzierung des Emssperrwerks gewährleisten können.

Diese Regierung zeigt in der Umweltpolitik Kontinuität. Sie beseitigt eine Reihe von Altlasten - wir haben Münchehagen in diesem Jahr abgeschlossen -, und sie entwickelt gestalterischen Potenziale, mit denen die Zukunftsfragen von morgen angegangen werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, damit beenden wir die Haushaltsberatungen für heute. Wir setzen sie morgen mit den erforderlichen Abstimmungen fort.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 20. Wenn die vereinbarten Redezeiten ausgeschöpft werden, haben wir noch eine Stunde Arbeit vor uns.

Ich rufe also auf

Tagesordnungspunkt 20:

Zweite Beratung:

Mit Glaubwürdigkeit gegen Politikverdrossenheit: Zusagen an Butjadingen endlich einlösen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 14/527 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Häfen und Schifffahrt - Drs. 14/2902

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde in der 21. Sitzung am 17. Februar 1999 zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Häfen und Schifffahrt überwiesen. Berichterstatter ist der Kollege Klein. Bitte sehr!

Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Butjadingen lebt vom maritimen Tourismus und von der Fischerei. Landeshafen, Sportboothafen und das Strandbad sind - nein, ich muss sagen: waren - Eckpfeiler der wirtschaftlichen Hardware in dieser Region.

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Klein, ich unterbreche Sie sehr ungern, aber ich will noch einmal darauf hinweisen, dass Sie zunächst als Berichterstatter eingesetzt sind und erst danach mit Ihrem Debattenbeitrag beginnen können. Oder gibt es keinen Bericht?

Klein (GRÜNE), Berichterstatter:

Ich bitte um Entschuldigung. Den Bericht möchte ich gerne zu Protokoll geben. Anschließend möchte ich meinen Redebeitrag leisten.

(Zu Protokoll:)

Der Ausschuss für Häfen und Schifffahrt hatte sich im März 2000 darauf verständigt, die erneute Beratung des Antrages bis zum Abschluss von Gesprächen auf Bundesebene zurückzustellen. Im November dieses Jahres setzte der Ausschuss seine Beratungen fort.

Zum aktuellen Sachstand legte der Vertreter der Grünen dar, dass die Gespräche auf Bundesebene ergebnislos verlaufen seien, sich die Befürchtungen der Einwohner Butjadingen auf recht dramatische Art und Weise jedoch bewahrheitet hätten. So seien große Teile des Priels derart verschlickt, dass unter anderem das Strandbad nicht mehr genutzt werden könne. Außerdem erscheine aufgrund der starken Verschlickung des Priels die Realisierung eines Badepolders, der als Ausgleich dafür ins Auge gefasst sei, technisch nicht möglich.

Nach dem Dafürhalten der Grünen kritisierten die Einsender der in die Beratung des Antrages einbezogenen Eingaben zu Recht, dass die Landesregierung die Versprechen, die der Landtag in seinem einstimmig gefassten Landtagsbeschluss vom 14. November 1997 gemacht habe, nicht eingelöst habe. Die bisher in Angriff genommenen Baggerarbeiten jedenfalls hätten das Verschlickungsproblem nicht dauerhaft lösen können.

Aus diesem Grunde halte seine Fraktion an dem Antrag, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden solle, unverzüglich die Planung für eine dauerhafte Problemlösung aufzunehmen und die dafür erforderlichen Mittel in den Landeshaushalt einzustellen sowie gleichzeitig Verhandlungen mit der Bundesregierung und dem Land Bremen über eine Kostenbeteiligung bei den durchzuführenden Maßnahmen aufzunehmen, fest und schlage vor, die Antragsberatung abzuschließen.

Die Vertreter der CDU-Fraktion wiesen darauf hin, dass selbst dann, wenn der Badepolder realisiert würde, seine Funktionsfähigkeit nicht gewährleistet wäre, weil die Bereiche, die seiner Entwässerung dienten, in dem Teil des Wattenmeeres lägen, der durch das neue Nationalparkgesetz geschützt sei. Dem Vernehmen nach bestehe aber die Möglichkeit, im Rahmen einer Änderung des

Gesetzes über den Nationalpark Wattenmeer diesen Bereich aus dem geschützten Teil des Wattenmeeres herauszunehmen, sodass z. B. Baggerungen in diesem Teil des Priels wieder möglich wären.

Der Bürgermeister der Gemeinde Butjadingen habe eindringlich darum gebeten, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht für erledigt zu erklären. Er fürchte nach dem Dafürhalten der Vertreterinnen und Vertreter der CDU-Fraktion zu Recht, dass der Ausschuss dem Landtag mehrheitlich vorschlagen werde, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Fassung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion zuzustimmen. Ein solches Votum aber wäre gleichbedeutend mit der Feststellung des Landtages, dass die Landesregierung in Ausführung des Landtagsbeschlusses vom 14. November 1997 die niedersächsischen Belange bei der Einvernehmensherstellung zur Vertiefung der Außenweser berücksichtigt, die Zufahrt zum Hafen Fedderwardersiel ermöglicht und im Übrigen alles getan habe, um weiterhin einen Badebetrieb zu ermöglichen. All dies sei aber nachweislich nicht der Fall; das Verschlickungsproblem habe vielmehr an Schärfe gewonnen.

Im Übrigen teilten die Vertreterinnen und Vertreter der CDU-Fraktion die Auffassung des Bürgermeisters der Gemeinde Butjadingen, dass eine gutachterliche Betrachtung des Fedderwarder Priels durch die Forschungsstelle Küste vor der abschließenden Beratung des Antrages abgewartet werden sollte. Sie empfahlen dem Ausschuss daher, die Antragsberatung zurückzustellen und die Eingaben der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Vertreter der SPD-Fraktion erklärten, die Sorge des Bürgermeisters der Gemeinde Butjadingen, dass der Ausschuss die den Petitionen sowie dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugrunde liegende Verschlickungsproblematik für ausgeräumt erklären werde, sei völlig unbegründet. Es sei unrealistisch, davon auszugehen, dass die Verschlickungsproblematik im Fedderwarder Priel durch die vollzogenen einmaligen Baggerungen gelöst und dadurch der Hafen- und Badebetrieb für die Zukunft gewährleistet werden könne.

Der Landtag habe im November 1997 einstimmig eine Entschließung angenommen, die auf der Annahme beruht habe, dass das Verschlickungsproblem durch das HN-Modell, das auf eine Verbesserung der Strömungsverhältnisse abziele, gelöst werden könne. Nachdem der Landtag diese Entschließung verabschiedet habe, habe sich herausgestellt, dass die Realisierung des HN-Modells einmaliger Investitionskosten von 32 Millionen DM und jährlicher Unterhaltungskosten von 1 Million DM bedürfe, ohne dass damit die endgültige Lösung der Verschlickungsproblematik gewährleistet wäre. Neben diesen erheblichen Kosten sei erschwerend hinzugekommen, dass im Rahmen des Beweissicherungsverfahrens nicht habe geklärt werden können, ob die Verschlickung aufgrund der Weservertiefung oder der Jahrhunderte andauernden natürlichen Veränderungen des Wattenmeeres eingetreten sei. Vom Ergebnis dieses Beweissicherungsverfahrens werde es abhängen, ob die Kostenlast vom Bund als dem für die Bundeswasserstraße Weser Verantwortlichen oder vom Land Niedersachsen zu tragen sei.

Im Unterschied zu den Einsendern der Eingaben, die zu diesem Antrag vorlägen, vertrete die SPD-Fraktion nicht die Auffassung, dass das Land den Verschlickungproblemen untätig zugesehen habe. So habe sich das Land verpflichtet, die Hafenzufahrten frei zu halten, und sei dieser Verpflichtung auch zur Zufriedenheit der Butjadinger nachgekommen. Außerdem habe sich das Land bereit erklärt, sich mit 10 Millionen DM an dem Bau des Badepolders zu beteiligen, dessen Realisierung 12 Millionen DM kosten werde. Das Wirtschaftsministerium habe diese Zusagen in seinen Stellungnahmen zu den dem Ausschuss vorliegenden Eingaben noch einmal bestätigt.

Demgegenüber plädierte der Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dafür, die Eingaben der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Zu einer Annäherung der Standpunkte kam es nicht.

Die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung wurde im Ausschuss für Häfen und Schifffahrt mit den Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen.

Der Ausschuss für Häfen und Schifffahrt empfiehlt Ihnen, den Antrag abzulehnen und die Einsender der in die Beratung einbezogenen Eingaben über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

Vizepräsident Jahn:

Sehen Sie, nachdem Sie das mitgeteilt haben, erteile ich Ihnen das Wort für Ihren Redebeitrag.

Klein (GRÜNE):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. Ich werde auch nicht von vorne beginnen,

(Heiterkeit und Beifall)

sondern an der Stelle weitermachen, an der ich darauf hinweisen wollte, dass diese drei Bereiche einen Nerv besitzen, der sie letzten Endes mit Leben erfüllt. Das ist der berühmte Fedderwarder Priel, dem durch den Ausbau der Weser das Wasser abgegraben wird, ein Priel, für den das Totenglöcklein schon vernehmlich läutet, der bald nicht mehr da sein wird, wenn nicht schnell und durchgreifend gehandelt wird.

Vor vier Jahren hat der Landtag einen Beschluss gefasst. Ich will ihn einmal zitieren:

"Es wird durch geeignete Maßnahmen sichergestellt, daß die durch ständige Weservertiefungen"

- darüber waren wir uns damals einig -

"eingetretene und zukünftig entstehende Verschlickung der Strände und Hafeneinfahrten … beseitigt sind, damit ein ungehinderter Badebetrieb und eine uneingeschränkte Hafennutzung … möglich bleiben."

Vorher sollte es kein Einvernehmen zur Weservertiefung geben.

Das Einvernehmen ist längst erteilt, das Versprechen aber noch nicht eingelöst. Deshalb haben wir vor knapp drei Jahren diesen Antrag eingebracht, der ja nichts anderes enthält als die Aufforderung, dieses Versprechen nun einzulösen.

Was haben wir in dieser Zeit erlebt? - Viele Ankündigungen, denen niemals Taten folgten, öffentliche Treueschwüre, die zu Meineiden wurden. Ich weiß nicht, ob Herr Schulz noch da ist: Kein Jota sollte von diesem Beschluss abgewichen werden. Wir haben widersprüchliche Aussagen gehört, nicht eingehaltene Zusagen, Verzögerungsmanöver ohne Ende, angebliche Abstimmungen mit den Betroffenen vor Ort, die nie stattgefunden haben.

Immer wieder wurden Hinweise und Warnungen der örtlichen Fachleute ignoriert - mit den entsprechenden Bauchlandungen, so z. B. beim Freibaggern der Fahrrinne. Zunächst wurde mit ungeeigneter Technik gearbeitet und dann an den falschen Stellen gebaggert. So wurde letzten Endes 1 Million DM in den Sand gesetzt. Aus garantierten Mindestmaßen, die vereinbart waren, wurden beim Hafenamt plötzlich Orientierungswerte, sodass es in dieser Sache inzwischen zu riesigen Geldverschwendungen gekommen ist.

Zum Thema Geldverschwendung fällt mir dann natürlich auch der versprochene Badepolder ein. Hier werden schon bei der Planung und bei der Durchführung hohe Kosten anfallen, und das bei einer äußerst zweifelhaften Funktionalität dieser Lösung. Schon heute wird eingeräumt, dass es auch hier zu extremen Verschlickungen kommen wird, dass die Vorflut durch den nicht mehr vorhandenen Priel extrem gefährdet ist.

Hier geistert in der Tat schon wieder das Gespenst einer Bauruine durch den Raum. Das ist das Ergebnis einer Suche nach Billiglösungen, bei denen der Blick für die fachlichen Notwendigkeiten außen vor bleibt.

Die Gemeinde hat im August dieses Jahres ihre Vorschläge vorgelegt, einen Maßnahmenkatalog, der zum nachhaltigen Erhalt des Fedderwarder Priels beitragen kann. Das ist der einzig richtige Lösungsansatz.

Meine Damen und Herren, ich bitte insbesondere die SPD-Fraktion, heute die Entscheidung zu treffen. Erneuern Sie Ihr Versprechen, indem Sie unserem Antrag zustimmen, und tun Sie etwas. Das ist die eine Alternative.

Die andere Alternative heißt, unseren Antrag abzulehnen und damit heute den Menschen in Butjadingen klipp und klar zu sagen, dass sie von dieser Landesregierung nichts mehr zu erwarten haben. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat der Kollege Buß.

Buß (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Mit Glaubwürdigkeit gegen Politikverdrossenheit: Zusagen an Butjadingen endlich einlösen" - allein über eine solche Überschrift lässt sich schon trefflich streiten - und die sechs in der letzten Sitzung des Ausschusses für Häfen und Schifffahrt beratenen Eingaben sind Grundlage der heutigen Debatte. Hinzu kommt noch die einstimmig im Landtag verabschiedete Entschließung vom November 1997. - Sie sehen, dass ich hier nichts auslasse.

Wesentlicher Inhalt der Entschließung ist u. a. die Forderung, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass durch ständige Weservertiefungen eintretende und zukünftig entstehende Verschlickungen der Strände und Hafeneinfahrten in Butjadingen und Land Wursten beseitigt werden, damit ein ungehinderter Badebetrieb und eine uneingeschränkte Hafennutzung möglich bleiben.

Der Landtag hat im November 1997 einstimmig die Entschließung angenommen, die auch auf der Annahme beruht hatte, dass das Verschlickungsproblem durch das HN-Modell - die Fachleute, die hier sitzen, wissen, was das ist -, das auf eine Verbesserung der Strömungsverhältnisse abzielt, gelöst werden könne.

Nachdem der Landtag diese Entschließung verabschiedet hatte, hat sich herausgestellt, dass die Realisierung des HN-Modells einmalige Investitionskosten von 32 Millionen DM und jährliche Unterhaltungskosten von 1 Million DM erfordert, ohne dass damit die endgültige Lösung der Verschlickungsproblematik gewährleistet ist.

Neben diesen erheblichen Kosten ist erschwerend hinzugekommen, dass im Rahmen des Beweissicherungsverfahrens - im Übrigen bis heute - nicht hat geklärt werden können, ob die Verschlickung aufgrund der Weservertiefung oder der Jahrhunderte andauernden natürlichen Veränderung des Wattenmeeres eingetreten ist. Vom Ergebnis dieses Beweissicherungsverfahrens wird es abhängen, ob die Kostenlast vom Bund als dem für die Bundeswasserstraße Weser Verantwortlichen oder vom Land Niedersachsen zu tragen ist.

Im Unterschied zu den Einsendern der Eingaben, die zu diesem Antrag vorliegen, bin ich nicht der Auffassung, dass das Land dem Verschlickungsproblem untätig zugesehen hat. So hat sich das Land verpflichtet, die Hafeneinfahrten frei zu halten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Jahn:

Einen Augenblick, Herr Kollege Buß. - Meine Damen und Herren, ich möchte einige darauf aufmerksam machen, dass wir noch in den Beratungen sind und dass der Kollege Buß das Wort hat, sonst niemand. Nach Abschluss der Beratungen kann ich Ihnen vielleicht noch eine etwas erfreulichere Mitteilung machen. Aber darauf muss ich Sie jetzt gespannt warten lassen. Das geht am besten, wenn Sie jetzt zuhören. - Bitte sehr!

Buß (SPD):

Danke schön, Herr Präsident. - So hat sich das Land verpflichtet, die Hafeneinfahrten frei zu halten, und es ist dieser Verpflichtung auch zur Zufriedenheit der Butjadinger nachgekommen. Außerdem hat sich das Land bereit erklärt, sich mit 10 Millionen DM an dem Bau des Badepolders zu beteiligen,

(Beifall bei der SPD)

dessen Realisierung 12 Millionen DM kostet.

(Mientus [SPD] Viel zu viel!)

Die Ministerin Frau Dr. Knorre hat diese Zusagen in der vorletzten Woche im Ausschuss noch einmal bestätigt. Die Landesregierung hat sich nicht ihrer Verantwortung entzogen, sondern hat dafür Sorge getragen, dass die Zufahrt zum Hafen Fedderwardersiel erhalten bleibt. Somit wird auch die Zusage des Ministerpräsidenten vom 24. Januar 2001 umgesetzt. Jeder - ich betone es -, der nur etwas vom Wattenmeer versteht, weiß, dass sich Strömungsverhältnisse, die Wassertiefen und dadurch die Verschlickung der Priele und der Hafeneinfahrten ständig ändern und Maßnahmen deshalb immer angepasst werden müssen.

(Wegner [SPD]: Da spricht ein Fachmann!)

Aus diesem Grund läuft der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ins Leere und wird von uns abgelehnt. Die Eingaben müssen somit mit "Unterrichtung über die Sach- und Rechtslage" beschieden werden, wie es der Ausschuss empfohlen hat. Es ist falsch, wie Herr Wiesensee in der Presse am 21. November behauptet hat, dass die Eingaben abgelehnt wurden. Den Unterschied zwischen "Unterrichtung über die Sach- und Rechtslage" und "Ablehnung" oder "Erledigung" kennen Sie ganz genau, Herr Wiesensee. Deshalb sollten

Sie solche Presseerklärungen nicht abgeben, weil sie falsch sind.

Die Opposition von CDU und Grünen war bei den Eingaben für den Beschluss "Berücksichtigung", ohne aber zu sagen, wie und zu welchen Kosten. Das HN-Modell wird auch vonseiten der Opposition aus Kostengründen finanziell nicht für realisierbar gehalten, so wörtlich im Ausschuss für Häfen und Schifffahrt. Es gibt somit keine Alternative zur Handlungsweise der Landesregierung. Sie hat deshalb auch die Unterstützung durch die SPD-Fraktion. Wir werden den Antrag der Grünen ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Wiesensee hat das Wort.

(Wegner [SPD]: Nach diesen Ausführungen braucht niemand mehr etwas zu sagen!)

Wiesensee (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist leider nicht so, dass ich all dem zustimmen kann, was der Kollege Buß von sich gegeben hat.

(Wegner [SPD]: Das habe ich auch nicht erwartet!)

Die Politik, meine Damen und Herren, zumal die Landespolitik und die Landesregierung haben in Butjadingen nun einmal dramatisch an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Der von der CDU-Fraktion initiierte einstimmig gefasste Landtagsbeschluss vom November 1997 hatte nun einmal einige Kernpunkte. Ich will sie nicht alle wiederholen, aber einige doch noch einmal herausstellen.

So sollten vor der Erteilung des Einvernehmens zum Planfeststellungsbeschluss zur Weservertiefung die niedersächsischen Belange berücksichtigt werden. Die durch die Weservertiefung eintretende zukünftige Verschlickung sollte beseitigt werden. Die uneingeschränkte Hafennutzung wurde schon angesprochen. Es wurde auch zugesagt, dass ein moderater Eingriff in den Nationalpark, wie er sich aus dem vorgestellten HN-Modell ergibt, akzeptiert wird. Noch im Februar 1998 hat die Landesregierung gesagt: Wir werden kein Jota vom Beschluss abweichen und uns notfalls verklagen lassen. - Bei Beschlussfassung, meine Damen und Herren, war durchaus klar, dass das Einvernehmen vom Bund gerichtlich erzwungen werden konnte, das Ausbauvorhaben aber keinen Zeitverzug vertragen konnte und damit über die Zeitschiene die Möglichkeit bestand, den Bund und das Land Bremen an der Beseitigung der Schäden an Butjadingens Küste zu beteiligen.

Der damalige Ministerpräsident Schröder hat sich dann über diesen Landtagsbeschluss hinweggesetzt und das Einvernehmen erklärt. Angeblich hat er dabei ein umfängliches Beweissicherungsverfahren ausgehandelt, was meines Erachtens in einem solchen Verfahren eine Selbstverständlichkeit ist, wahrscheinlich aber auch nichts nützt, weil hinterher noch einige Baumaßnahmen durchgeführt wurden.

Da sich die Landesregierung der Möglichkeit begeben hat, den Bund und Bremen an den Kosten für die Beseitigung der Verschlickung zu beteiligen, muss sie - das ist nur folgerichtig - allein für die Beseitigung aufkommen. Es stehen noch aus: ein ungehinderter Badebetrieb und eine uneingeschränkte Hafennutzung. Der ungehinderte Badebetrieb soll durch einen Badepolder gewährleistet werden. Für diesen Badepolder ist aber auch ein intakter Fedderwarder Priel erforderlich, der die Be- und Entwässerung des Polders sicherstellt. Dazu muss noch einiges getan werden, vor allem wenn man daran denkt, dass die Be- und Entwässerung durch den Nationalpark Wattenmeer gehen.

Die uneingeschränkte Hafennutzung in Fedderwardersiel ist zurzeit nicht möglich. Das Zeitfenster zum Aus- und Einlaufen des Ausflugsschiffes und der Fischkutter hat sich seit 1997 um insgesamt zwei Stunden vermindert. Die am 13. Oktober 1999 zwischen den Nutzern, der Gemeinde und dem Land vereinbarte 40 m breite Fahrrinne auf SKN - 1 m wird nicht eingehalten. Wenn weiter so verfahren wird, werden noch mehr Fischer aus Fedderwardersiel abwandern und damit die Attraktivität dieses Hafens weiter vermindern, nicht nur für die seebezogenen Berufe, sondern auch für den Tourismus.

Am 25. Januar 2001 konnten wir in der örtlichen Presse lesen: Ministerpräsident Gabriel hat eine schriftliche Hafenzufahrtsgarantie für Fedderwardersiel zugesichert. Oder: Das Land garantiert die

Zufahrt auch schriftlich. Das sagte Ministerpräsident Gabriel dem Bürgermeister Blumenberg und dem Landrat Zempel zu.

Mit Schreiben vom 7. Mai 2001, also nach gut vier Monaten, wird diese Zusage relativiert, indem die am 13. Oktober 1999 vereinbarte 40 m breite Fahrrinne auf SKN - 1 m als Orientierungswert, der jeweils unter Kostengesichtspunkten optimal gelöst wird, zugesagt wurde. Diese Zusage, meine Damen und Herren, hat nun nichts, aber auch gar nichts mit einer uneingeschränkten Hafennutzung zu tun.

Die Gemeinde Butjadingen, die Bürgerinitiative, die Sportschifffahrt, der Landkreis und viele Einwohner haben sich mehrfach mit Petitionen, Resolutionen und Schreiben an die Landesregierung und an den Landtag gewandt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die jüngsten gleichlautenden Resolutionen der Gemeinde und des Kreistages vom 11. Dezember dieses Jahres stellen einstimmig, also mit den Stimmen der SPD vor Ort, fest: Die im Beschluss vom November 1997 formulierten Zusagen sind nicht umgesetzt.

Die Bevölkerung in Butjadingen und der Wesermarsch ist mehrheitlich durchaus für einen weiteren Ausbau der Containerterminals III A und IV in Bremerhaven und den Ausbau des Weser-Jade-Ports. Vor Ort wird man aber nicht bereit sein, weitere Fahrwasservertiefungen hinzunehmen, die den Schlickanfall weiter dramatisch ansteigen lassen.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es besteht dringender Handlungsbedarf. Bisher ist meines Erachtens nicht ernsthaft mit Bremen verhandelt worden, auch mit dem Bund nicht. Der Bürgermeister von Bremen, Herr Scherf, hat dem Landrat Zempel - so hat er mir heute noch einmal versichert - mehrfach Unterstützung zugesagt, die ernsthaft ausgelotet und, wie ich meine, auch eingefordert werden muss. Die Bevölkerung von Butjadingen, wo mehr als 1 400 Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, wenn der Tourismus wegbricht, hat einen Anspruch auf volle Unterstützung durch das Land.

(Beifall bei der CDU)

Die Region Butjadingen steht mit dem Rücken an der Wand - an der Schlickwand, wie man hier sa-

gen muss - und wird durch das Verhalten der Landesregierung gezwungen, mit allen Mitteln gegen weitere Verschlechterungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Fremdenverkehrswirtschaft, die Fischer und die Schifffahrt anzukämpfen.

(Mientus [SPD]: Können wir das nicht im Kreistag regeln?)

Wir bitten, den mehrheitlich gefassten Ablehnungsbeschluss des Fachausschusses nicht mitzutragen. Herr Buß, die Eingaben mit einer Unterrichtung über die Sach- und Rechtslage zu bescheiden, bedeutet faktisch eine Ablehnung. Wenn es keine Ablehnung wäre, dann hätten Sie empfohlen, die Eingaben der Landesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

(Zustimmung bei der CDU)

Das konnten und wollten Sie nicht. Meines Erachtens ist das eine Beerdigung 1. Klasse und damit eine Ablehnung.

(Beifall bei der CDU - Wulff (Osnabrück) [CDU]: Die sind in Butjadingen richtig verladen worden!)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat Frau Ministerin Dr. Knorre.

Dr. Knorre, Ministerin für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung ist sich ihrer Verantwortung für den Priel bewusst. Wir haben uns im weitgehenden Einvernehmen mit allen Beteiligten zu folgenden Schritten entschlossen:

Erstens. Um die Schiffbarkeit der Zufahrt und damit die Funktion als Watthafen zu erhalten, bedarf es keiner großen wasserbaulichen Ausbaumaßnahme. Im Gegenteil, neueste Untersuchungen durch die Forschungsstelle Küste belegen, dass die Morphologie in diesem Teil des Watts sehr dynamisch ist und dass erhebliche Zweifel bestehen, mit dem großen Wasserbau das Problem in den Griff zu bekommen. Meine Damen und Herren, dieses Gutachten, das in Kürze fertig gestellt sein wird, wird auch in der Region präsentiert werden, um diese Ergebnisse auch dort vor Ort bekannt zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Häfen- und Schifffahrtsverwaltung hat zusammen mit den Nutzern vorzuhaltende Abmessungen als Orientierungswerte festgelegt. Hierbei wurden die Verkehrs- und Zufahrtsverhältnisse der letzten zehn Jahre zugrunde gelegt. Auf mögliche Anpassungen und Änderungen wurde immer wieder hingewiesen. Dem Zweck der Freihaltung der Hafenzufahrt diente die Baggerung im Herbst letzten Jahres.

Frau Staatssekretärin Grote hat im Mai dieses Jahres schriftlich zugesagt, dass in dem bislang verabredeten Rahmen die Zufahrt zum Hafen zu erhalten ist. Damit wird auch die Zusage des Ministerpräsidenten vom Anfang dieses Jahres umgesetzt.

(Beifall bei der SPD)

Das zuständige Hafenamt ist an diese Weisung gebunden und wird auch in Zukunft alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, sofern sie wirtschaftlich vertretbar und fachlich zielführend sind.

Meine Damen und Herren, nun zum zweiten Punkt, nämlich zu den Bademöglichkeiten: Der geplante Badepolder ermöglicht - das ist das Zieldas Baden in der Nordsee zu Zeiten, in denen an anderen Stellen das Baden nicht mehr möglich ist, im Rahmen dieses Badepolders. Das ist ein echter Mehrwert für Butjadingen. Die Vorbereitungen dafür liegen im Zeitplan. Die Gemeinde Butjadingen als Auftraggeber hat das Planfeststellungsverfahren für den Badepolder eingeleitet. Die Landesregierung - ich wiederhole es - steht zu der Zusage, dass wir uns mit 10 Millionen DM an dieser Investition beteiligen werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Der Forderung der Landtagsentschließung wird damit in vollem Umfang Rechnung getragen.

(Frau Zachow [CDU]: Ich würde mich schämen, das zu sagen!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung leistet sachlich fundierte Arbeit. Wir beteiligen uns nicht an irgendwelchen teuren Schnellschüssen, und wir werden, wie bisher, weiter mit der Gemeinde an einer konstruktiven, gemeinsamen, tragfähigen und wirtschaftlichen Lösung arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung und erbitte Ihre Aufmerksamkeit für zwei Abstimmungen.

Wer der Nr. 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Häfen und Schifffahrt in der Drucksache 2902 zustimmen und damit den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ablehnen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich frage nach den Gegenstimmen. - Ich frage nach den Stimmenthaltungen. - Ich stelle fest, das Erste war die Mehrheit.

Wer nunmehr der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Häfen und Schifffahrt in der Drucksache 2902 zustimmen möchte, die Einsender der in die Beratung einbezogenen Eingaben über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten, den bitte ich ebenfalls um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das Erste war die Mehrheit.

Meine Damen und Herren, nun kommt die Mitteilung, dass wir die nächste halbe Stunde heute nicht zusammen sitzen müssen,

(Zurufe: Oh!)

weil die Fraktionen übereingekommen sind, den Tagesordnungspunkt 21 auf morgen zu vertagen und ihn im Anschluss an die Haushaltsberatungen zu behandeln.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und eine gute Heimfahrt. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr wieder.

Schluss der Sitzung: 20.45 Uhr.